

DIE KOMINTERN



DUNCAN HALLAS

DIE KOMINTERN

DUNCAN HALLAS

| Inhalt | Seite |
|--|-------|
| Zeittafel | 2 |
| Vorwort | 4 |
| 1. Die Anfänge | 5 |
| 2. Die Massenparteien | 18 |
| 3. Die Ebbe | 40 |
| 4. 1923-24: Das Jahr der Entscheidung | 64 |
| 5. 1924-28: Ausschlag nach links, Wende nach rechts | 81 |
| 6. 1928-34: Die Dritte Periode | 97 |
| 7. Der Terror und die Volksfront | 110 |
| 8. Das Erbe der Komintern | 127 |

SWP - 1985

Herausgeber: **Internationale Sozialisten - IS** - Oktober 1995

Bestelladresse: Norbert Nelte, Xantener Str 3b, 50733 Köln, ☎ 022-7604100

Postbank Hannover - BLZ 250 100 30 - Kto.Nr.: 1409 93-301

Verkaufspreis: 12,- DM

Zeittafel

- 1889** Gründung der Zweiten Internationale auf dem Pariser Kongreß.
- 1907** Einstimmige Verabschiedung der Resolution gegen den Krieg auf dem Stuttgarter Kongreß der Zweiten Internationale.
- 1914 August:** Beginn des Ersten Weltkriegs. Die deutsche und die österreichische Sozialdemokratische Partei, die französische Sozialistische Partei und die britische und belgische Arbeiterpartei stimmen alle dafür, ihre jeweiligen nationalen Regierungen zu unterstützen.
- November:** Lenin schreibt: »Die Zweite Internationale ist tot... Lang lebe die Dritte Internationale«.
- 1915 September:** Internationale sozialistische Antikriegskonferenz in Zimmerwald.
- 1916 April:** Internationale sozialistische Antikriegskonferenz in Kienthal. Osteraufstand in Dublin.
- Juni:** 50.000 Berliner Arbeiter streiken, als Karl Liebknecht der Prozeß wegen Organisation einer Friedensdemonstration gemacht wird.
- 1917 Februar** (alter Kalender): Sturz des Zaren in Rußland.
- April:** 200.000 deutsche Metallarbeiter streiken wegen Brotationen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) wird gegründet.
- September:** Internationale sozialistische Antikriegskonferenz in Stockholm.
- Oktober** (alter Kalender): Bolschewistische Revolution in Rußland.
- 1918 Januar:** Streikwelle gegen den Krieg in Österreich, Ungarn und Deutschland.
- November:** Matrosenaufstand und Revolution in Deutschland beenden den Krieg und überlassen die Regierung in den Händen eines SPD/USPD-"Rates der Volkskommissare".
- Dezember:** Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).
- 1919 Januar:** Spartakus-Aufstand in Berlin: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden ermordet. Aufforderung seitens Moskaus zur Teilnahme am ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale.
- Februar:** Berner Konferenz der Parteien der Zweiten Internationale.
- März:** Gründungskongreß der Komintern in Moskau. Errichtung der ungarischen Sowjetrepublik.
- April:** Errichtung der Münchener Räterepublik.
- Mai:** Münchener Räterepublik wird niedergeworfen.
- Juni/Juli:** Straßenunruhen wegen der Lebensmittelpreise in Italien erreichen beinahe aufständische Ausmaße.
- August:** Ungarische Räterepublik wird niedergeschlagen.
- September:** Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) in Bologna stimmt mit großer Mehrheit für die Entscheidung der Parteileitung, der Komintern beizutreten.
- Oktober:** Heidelberger Kongreß der KPD schließt Ultralinke aus.
- November:** Allgemeine Wahlen in Italien: Die PSI gewinnt fast ein Drittel der Stimmen.
- 1920 März:** Kapp-Putsch in Deutschland.
- April:** Generalstreik in der Turiner Region in Italien, um die Fabrikräte zu verteidigen.
- Juli:** "Internationaler Gewerkschaftsrat" in Moskau gebildet, um einen internationalen Kongreß von Roten Gewerkschaften zu organisieren.
- Juli/August:** Zweiter Kongreß der Komintern. Genfer Kongreß der Zweiten Internationale.
- September:** Besetzung der Fabriken in Italien. Kongreß der östlichen Völker in Baku.
- Oktober:** Kongreß der USPD in Halle beschließt Anschluß an die Komintern
- Dezember:** Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Tours beschließt Anschluß an die Komintern.
- 1921 Januar:** Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei in Livorno weigert sich, Reformisten auszuschließen: Der linke Flügel spaltet sich ab, um die Italienische Kommunistische Partei zu gründen (PCI).
- Februar:** Wiener Konferenz jener Parteien, die die Zweite Internationale verlassen, sich aber der Komintern nicht angeschlossen haben und die Wiener oder "Zweieinhalb"-Internationale gründen.
- März:** Märzaktion in Deutschland. Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) in Rußland
- Juni/Juli:** Dritter Kongreß der Komintern.

- Juli:** Erster Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI oder Profintern) in Moskau.
Dezember: Exekutivkomitee der Komintern gibt Anleitungen über die Einheitsfront heraus.
- 1922 April:** Zusammenkunft von Vertretern der Dritten, der Zweiten und der "Zweieinhalb"-Internationalen in Berlin.
Oktober: 'Marsch auf Rom' bringt Mussolini an die Macht in Italien.
November/Dezember: Vierter Kongreß der Komintern.
- 1923 Januar:** Französische und belgische Truppen besetzen das Ruhrgebiet.
Mai: Wiedervereinigung der Zweiten und der "Zweieinhalb"-Internationalen auf dem Hamburger Kongreß als 'Arbeiter- und Sozialistische Internationale'.
Juni: Rechtsputsch stürzt Bauernregierung in Bulgarien.
September: Fehlgeschlagener Aufstand der Kommunistischen Partei in Bulgarien.
Oktober: Die Kommunistische Partei Deutschlands bläst geplanten Aufstand ab. Der 'offene Brief' Trotzki's startet die Linke Opposition in Rußland.
November: Generalstreik in Polen: Arbeiter nehmen Krakau ein.
- 1924 Januar:** Tod Lenins.
Mai: Dreizehnter Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) bestätigt Dreierführung von Sinowjew, Kamenew und Stalin.
Juni/Juli: Fünfter Kongreß der Komintern.
Dezember: Fehlgeschlagener Aufstand der Kommunistischen Partei in Reval, Estland.
- 1925 März:** Fünftes Plenum der Kominternexekutive erklärt, daß »die Periode des revolutionären Aufschwungs zu Ende gegangen ist«.
April: Sprengstoffanschlag der militärischen Abteilung der Kommunistischen Partei Bulgariens auf den Dom in Sofia. Bildung des Anglo-Sowjetischen Gewerkschaftskomitees in Großbritannien.
Mai/Juni: Generalstreik in Schanghai, China, der sich auf andere Städte ausdehnt.
Dezember: Vierzehnter Kongreß der KPdSU: Sinowjew und Kamenew werden geschlagen, Ende von Sinowjews Vorherrschaft in der Komintern.
- 1926 März:** Tschiang Kai-Scheck startet einen Militärstreik gegen die Kommunistische Partei in Kanton.
Mai: Pilsudski-Streich in Polen. Generalstreik in Großbritannien.
Juli: Vereinigte Opposition von Trotzki, Sinowjew und Kamenew gebildet.
- 1927 April:** Die Kuomintang massakriert die Chinesische Kommunistische Partei in Schanghai.
November: Ausschluß Trotzki's aus der KPdSU.
Dezember: Fehlgeschlagener Aufstand der Chinesischen Kommunistischen Partei in Kanton.
- 1928 Juli/August:** Sechster Kongreß der Komintern: Erklärung der 'Dritten Periode' und Ende von Bucharins Vorherrschaft in der Komintern.
- 1929 Mai:** Erster Fünfjahresplan in Rußland wird gestartet.
Juli: Zehntes Plenum der Kominternexekutive belebt Theorie des 'Sozialfaschismus' wieder.
Oktober: Börsenkrach von Wall Street in den USA.
- 1930 September:** Wahlen in Deutschland: Der Stimmenanteil der Nazis springt von 800.000 im Jahre 1928 auf 6.400.000.
- 1933 Januar:** Hitler ergreift die Macht in Deutschland.
1934 Januar: Siebzehnter Kongreß der KPdSU verkündet 'den Sieg des Sozialismus' in Rußland.
Februar: Französische Faschisten marschieren auf das Parlamentsgebäude, und es kommt zu großen, vereinten antifaschistischen Demonstrationen. Die österreichischen Sozialisten werden unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Dreifuß errichtet.
- 1935 Juli/August:** Siebter Kongreß der Komintern.
- 1936 Juni:** Volksfront gewinnt die Wahlen in Frankreich: Welle von Fabrikbesetzungen.
Juli: Militärputsch in Spanien von Arbeiteraufstand vereitelt: Beginn des Spanischen Bürgerkriegs.
August: Beginn der Moskauer Schauprozesse.
- 1939 August:** Hitler-Stalin-Pakt.
September: Beginn des Zweiten Weltkriegs.
- 1941 Juni:** Deutschland marschiert in Rußland ein.
1943 Mai: Die Komintern wird aufgelöst.

Vorwort

Im Januar 1918 schrieb Lenin: »Es ist noch ein weiter Weg, bis wir die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beendet haben werden. Wir haben niemals die Hoffnung gehegt, daß wir sie ohne Hilfe des internationalen Proletariats beenden könnten. Wir haben uns darüber niemals einem Irrtum hingegeben«¹ ...»der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande ist unmöglich.«²

Im Juli desselben Jahres wiederholte er: »...wir haben uns aber niemals Illusionen gemacht, daß man mit den Kräften des Proletariats und der revolutionären Massen irgendeines einzelnen Landes, wie heroisch sie auch gesinnt, wie vorzüglich sie auch organisiert und diszipliniert sein mögen, daß man mit den Kräften des Proletariats eines Landes den Weltimperialismus stürzen könnte - das kann nur durch die gemeinsamen Anstrengungen des Proletariats aller Länder geschehen..«³

Und nochmals, im März 1919: »Im Weltmaßstab völlig, endgültig zu siegen, ist in Rußland allein nicht möglich, das ist erst möglich, wenn zumindest in allen fortgeschrittenen Ländern, oder auch nur in einigen der größten fortgeschrittenen Länder, das Proletariat den Sieg erringt. Dann erst können wir mit voller Überzeugung sagen, daß die Sache des Proletariats gesiegt hat, daß unser erstes Ziel, die Niederwerfung des Kapitalismus, erreicht ist.«⁴

Der Internationalismus ist das Fundament des Sozialismus, nicht einfach oder hauptsächlich aus gefühlsmäßigen Gründen, sondern, weil der Kapitalismus eine Weltwirtschaft geschaffen hat, die nur auf Weltmaßstab umgewandelt werden kann. Alles andere ist Utopie. Die aus der russischen Revolution von 1917 hervorgegangene Kommunistische Internationale war kein möglicher Zusatz, sondern ein zentraler, unverzichtbarer Bestandteil jener Revolution, die ihrerseits Teil einer internationalen revolutionären Umwälzung war.

Und umgekehrt waren die Ereignisse, die zehn Jahre später folgen sollten und die Komintern - wie sie inzwischen genannt wurde - zu einem Werkzeug der russischen Außenpolitik machten, Bestandteil der Erwürgung der Arbeitermacht innerhalb der UdSSR durch die aufsteigende Bürokratie unter Stalin.

Es gibt eine umfangreiche Literatur über die Komintern, die Dritte oder Kommunistische Internationale. Ein Teil davon ist stalinistisch; ein weiterer Teil ist sozialdemokratisch; der überwiegende Teil ist in verschiedenen amerikanischen Universitäten entstanden, gefördert durch die CIA im Interesse der US-Außenpolitik - von der ohne Zweifel auch wiederum ein großer Teil von der CIA finanziert wird. Es gibt natürlich einige ernsthafte akademische Literatur zu dem Thema, von der aber der größte Teil nur schwer zugänglich ist.

Zwei Bücher - C.L.R. James' "World Revolution", 1936 herausgegeben, und K. Tilaks "Rise and Fall of the Comintern" (1947) - machten einen Anfang in diese Richtung. Beide sind aber unzulänglich und quasi unerhältlich. Claudins "Die Krise der kommunistischen Bewegung" (1975) ist informativ, aber politisch schwach, wenn nicht geradezu schlecht. Pierre Franks "Geschichte der Kommunistischen Internationale" ist zwar als

¹ Lenin: "Gesammelte Werke" (1974-1978) (GW), Dietz Verlag, Berlin-Ost, Band 26, Seite 465

² Lenin: GW, Band 26, Seite 471

³ Lenin: GW, Band 28, Seite 9.

⁴ Lenin: GW, Band 29, Seite 42

Materialsammlung sehr informativ, aber die politische Wertung verliert sich in der Fülle der Informationen. Das hier vorliegende kleine Buch setzt sich zum Ziel, vom revolutionären sozialistischen Standpunkt aus eine Einführung in die Geschichte der Komintern von ihrer Gründungskonferenz 1919 bis zu ihrer Auflösung durch Stalin 1943 zu geben.

1932 schrieb Trotzki, damals ein machtloser und verfolgter Verbannter aus Rußland, eine Stellungnahme, die als politische Grundlage für eine internationale linke Opposition zu den Kommunistischen Parteien unter Stalin dienen sollte. Darin schrieb er:

»Die Internationale Linke Opposition stellt sich auf die Grundlage der ersten vier Kongresse der Komintern. Das heißt nicht, daß sie sich vor jedem Buchstaben ihrer Entscheidungen beugt, von denen viele lediglich einen zeitbedingten Charakter trugen und durch spätere Ereignisse widerlegt wurden. Aber alle grundlegenden Prinzipien (bezüglich des Imperialismus und des bürgerlichen Staates; der Demokratie und des Reformismus, der Diktatur der Proletariats; der Bauernschaft und der unterdrückten Nationen; der Sowjets; der Arbeit in den Gewerkschaften; des Parlamentarismus; der Einheitsfrontpolitik) bleiben sogar bis heute der höchste Ausdruck proletarischen Strategie in der Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus.«⁵

Die "Socialist Workers Party" in Großbritannien und die anderen Gruppen dieser Tendenz [wie auch die IS, der Herausgeber] stehen ebenfalls auf diesem Boden - und das ist der Grund, warum die Betonung dieses Buches auf der revolutionären Periode der Komintern liegt, auf der Periode der ersten vier Kongresse und unmittelbar danach.

Ich bin insbesondere Nigel Harris zu Dank verpflichtet, der mich überredete, dieses Buch zu schreiben, und Tony Cliff, der die erste Fassung einer strengen und wertvollen Kritik unterzog, sowie Alex Callinicos, Peter Goodwin, Peter Marsden, Steve Pepper, Dave Sherry, Ahmed Shawky und Steve Wright, die alle zum endgültigen Produkt beigetragen haben, obwohl ich nicht immer ihrem Rat gefolgt bin. Duncan Hallas, April '85

1. Die Anfänge

»Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der sich überlebten, offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der Dritten Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg... Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der kommunistischen Revolution zu erleichtern und zu beschleunigen.«⁶ Manifest des Ersten Kongresses der Dritten Internationale 1919.

Der 4. März 1919. Fünfunddreißig Delegierte, die im Kreml zusammengekommen waren, beschlossen mit einer Enthaltung die Gründung der Dritten oder Kommunisti-

⁵ Trotzki: "Die internationale Linke Opposition, Taktiken und Methoden" * 1932 oder Januar 1933. (Writings 32-33, Seite 51-52)

Mit * versehene Zitate konnten aus Zeitgründen nicht endgültig in deutschen Originaltexten geortet werden)

⁶ Degras: "Die Kommunistische Internationale", Band 1-4, Politladen GmbH, Erlangen 1973, Nr. 1, Seite 60/52.

schen Internationale - die bald unter dem Namen Komintern bekannt wurde. Es war keine besonders gewichtige oder repräsentative Versammlung. Nur die fünf Delegierten der Russischen Kommunistischen Partei (Bucharin, Tschitscherin, Lenin, Trotzki und Sinowjew) vertraten eine Partei, die sowohl eine Massenorganisation als auch eine wirklich revolutionäre war.

Stange, von der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA), vertrat zwar eine Massenpartei, aber die DNA war weit von einer revolutionären Praxis entfernt, wie die Ereignisse bald zeigen sollten. Eberlein, von der neugegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), vertrat zwar eine wirklich revolutionäre Organisation, aber eine vorerst nur wenige Tausend starke. Die meisten anderen Delegierten vertraten sehr wenig bis gar nichts, da sie nur zufälligerweise in Moskau anwesend waren.

Aus diesen Gründen wünschte Eberlein, in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Zentralkomitees der KPD, die Versammlung auf Vorarbeiten zu beschränken, auf die Annahme eines vorläufigen Programms usw. Wie er bemerkte, war Westeuropa überhaupt nicht vertreten. Die allgemeine Einschätzung, daß sich die Deutschen in Wahrheit vor einer unverhältnismäßigen Vormachtstellung der Russen fürchteten, ist wahrscheinlich berechtigt, obwohl dieser Standpunkt nicht offen vertreten wurde.

Die Delegierten nahmen es als selbstverständlich an, daß eine "Internationale" ohne einige tatsächliche Massenunterstützung in einer Reihe von Ländern Unsinn sei. Sinowjew vertrat für die Russen den Standpunkt, daß diese Massenunterstützung in Wirklichkeit bereits existiere. Die Schwäche vieler Delegationen sei nur zufälliger Natur: *»Wir haben eine siegreiche proletarische Revolution in einem großen Land... Sie haben in Deutschland eine Partei, die zur Macht schreitet und in einigen Monaten in Deutschland eine proletarische Regierung bilden wird. Und da sollten wir zögern? Man wird uns nicht verstehen.«*⁷

Von keinem der Delegierten wurde angezweifelt, daß die sozialistische Revolution eine unmittelbare Aussicht für Zentraleuropa und vor allem für Deutschland war. Eberlein selbst hatte gesagt: *»Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann steht das deutsche Proletariat vor dem letzten entscheidenden Kampf. Die Aussichten für diesen sind, so schwer dieser sein mag, für den Kommunismus doch günstig«*⁸. Lenin, der nüchternste und bedächtigste der Revolutionäre, hatte in seiner Eröffnungsrede gesagt: *»...nicht nur in Rußland, sondern auch in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern Europas, wie in Deutschland, ist der Bürgerkrieg zur Tatsache geworden ... die internationale Weltrevolution beginnt und wächst in allen Ländern«*⁹.

Dies war keine Einbildung. Im November 1918 war das deutsche Kaiserreich, bis dahin der mächtigste Staat in Europa, unter den Schlägen einer Massenrevolution zusammengebrochen. Sechs Volkskommissare, drei von ihnen Sozialdemokraten und drei Unabhängige Sozialdemokraten, ersetzten die kaiserliche Regierung. In ganz Deutschland entstanden Arbeiter- und Soldatenräte und übernahmen effektiv die Macht. Zwar setzten die sozialdemokratischen Führer, die diese Räte beherrschten, ihre ganzen Energien zur Wiederherstellung der alten kapitalistischen Staatsmacht ein, mit einer neuen "republikanischen" Maske. Aber das war umso mehr ein Grund für die Schaffung

⁷ "Protokolle des 1. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Reprint Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972, Seite 135

⁸ "Die Kommunistische Internationale", Band 1, Nr.1, Seite 20

⁹ Lenin, "GW", Band 28, Seite 469

einer revolutionären Internationale sozialistischer Organisationen mit einer starken zentralisierten Führung, um den Kampf um ein Sowjetdeutschland anzuleiten und zu unterstützen - um ein Deutschland, in dem die Zügel der Macht in den Händen von Arbeiterräten liegen würden, also von Sowjets, um den russischen Namen zu gebrauchen.

Und dieser Kampf schien trotz der blutigen Unterdrückung des Spartakusaufstandes im Januar 1919 voranzuschreiten. »Von Januar bis Mai 1919, mit Ausläufern bis in den Hochsommer hinein, tobte in Deutschland ein blutiger Bürgerkrieg...«¹⁰

Die zweite große zentraleuropäische Macht, Österreich-Ungarn, hatte aufgehört zu existieren. Die revolutionären Erhebungen Ende 1918 hatten es auseinandergerissen. Seine Nachfolgestaaten waren selbst in unterschiedlichem Maße vom revolutionären Fieber erfaßt. Im deutschsprachigen Österreich blieb als einzige effektive bewaffnete Macht die von Sozialdemokraten kontrollierte Volkswehr übrig. In Ungarn wurde am 21. März ein Sowjetstaat gegründet. Alle neuen oder wiedergegründeten Staaten, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und sogar Polen, waren instabil.

In all diesen Ländern spielten die Führer der sozialistischen Parteien eine entscheidende Rolle. Diese Parteien nannten sich selbst "sozialdemokratisch". Die russischen Bolschewiki entstammten dem konsequent revolutionären Flügel der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Aber die übrigen sozialdemokratischen Parteien Europas waren inzwischen alles andere als revolutionär. Im Namen der "Demokratie" unterstützte die Mehrheit in Wirklichkeit die Konterrevolution. Die meisten von ihnen beanspruchten für sich, Marxisten und Internationalisten zu sein, und waren es früher auch gewesen. Inzwischen waren sie aber zu einer Hauptstütze des Kapitalismus geworden und benutzten sozialistische Phrasen und den durch ihre jahrelange Agitation gewonnenen Kredit, um die Machtergreifung der Arbeiter oder deren Konsolidierung zu verhindern.

Ihre Versuche, die Zweite Internationale auf einem Treffen in Bern, in der Schweiz, neu zu gründen, wurde als weiterer dringlicher Grund gesehen, die Dritte Internationale auszurufen. Bereits 1914 hatte Lenin geschrieben: »Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt ... es lebe die ... III. Internationale!«¹¹ Nun, 18 Monate nach der Oktoberrevolution in Rußland, konnte der Ruf nach einer neuen Internationale verwirklicht werden. Es hatte fünf Jahre gedauert, Jahre des Krieges, sich vertiefender sozialer Krise, massiver Arbeiterkämpfe und Revolutionen, bis die notwendigen Bedingungen für die Bildung einer wirklich revolutionären Internationale herangereift waren.

Die Sozialdemokratie 1914

»Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges ... zu verhindern... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.«¹²

¹⁰ Haffner, "Die deutsche Revolution" 1918/19, Kindler Verlag GmbH, München 1979, Seite 164. Chris Harman "The Lost Revolution", (Bookmarks 1982) gibt die bei weitem beste Darstellung jener Tage und Ereignisse bis 1924 in Deutschland

¹¹ Lenin, GW, Band 21, Seite 27

¹² Schorske, "Die große Spaltung - Die deutsche Sozialdemokratie von 1905-1917" Olle & Wolter, 1981, S.116

Resolution des Stuttgarter Kongresses der Zweiten Internationale, 1907

Die Zweite Internationale war auf einem Kongreß in Paris gegründet worden, der symbolischerweise am 14. Juli 1889 zusammengetreten war - dem hundertsten Jahrestag der Erstürmung der Bastille, die den Ausbruch der großen französischen Revolution markierte. Sie deklarierte sich als Erbe der Internationalen Arbeiter Assoziation (1864-72), in der Marx selbst eine führende Rolle gespielt hatte.

»Der Salle Petrelle, in dem [der Kongreß] sich versammelte, war mit rotem Tuch ausgeschlagen und mit roten Fahnen geschmückt. Über der Tribüne prangten in Goldbuchstaben die Schlußworte des Kommunistischen Manifeste: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Im Vordergrund verkündete eine Inschrift das Ziel des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse:

"Politische und wirtschaftliche Enteignung der Kapitalistenklasse - Vergesellschaftung der Produktionsmittel". ... die französische Partei [die Gastgeber] begrüßte den Kongreß mit der Inschrift auf einem Schild an der Tribüne: "Im Namen des Paris von Juni 1848 und März, April und Mai 1871 und des Frankreich von Babeuf, Blanqui und Varlin: Gruß den sozialistischen Arbeitern beider Welten". In Huldigung der Vorkämpfer der sozialen Revolution zogen die Delegierten nach Schluß des Kongresses ... zum Massengrab der Kommunekämpfer.«¹³

Unter dieser scheinbar revolutionären Schirmherrschaft gegründet, diente die Zweite Internationale als ein Brennpunkt, um den herum sich einige große Arbeiterparteien entwickelten, welche sich gewöhnlich den Namen "Sozialdemokratische Partei" gaben - eine Bezeichnung, die Marx persönlich nicht gefiel, und der er den Namen "kommunistisch" vorzog. Sie waren bei weitem nicht die einzigen Arbeiterparteien, aber sie waren es, die die Arbeiterbewegung in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg dominierten.

Der Sozialdemokratie im klassischen Sinne war ein relativ kurzes Leben beschieden. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei (SPD), das Modell, "Säule und Vorbild" für die übrigen, war 1875 gegründet worden. Das Erfurter Programm, das sie 1891 annahm, wurde damals für marxistisch gehalten. Zwischen 1878 und 1890 war die SPD als illegale Organisation tätig gewesen, nachdem sie unter Bismarcks Sozialistengesetz verboten worden war. *»Auf ihrem ersten Exilkongreß im schweizerischen Weyden beschlossen die Sozialisten 1880 einstimmig, die einschränkende Klausel, ihre Ziele "mit allen gesetzlichen Mitteln" verfolgen zu wollen, aus dem Programm zu streichen... In dieser drückenden Zeit entfremdete sich die städtische Arbeiterklasse immer mehr vom Staat.«¹⁴*

Das wurde durch die Wahlergebnisse demonstriert. Die SPD war zwar verboten, aber sozialistische Kandidaten (in Wahrheit Kandidaten der SPD) waren in der Lage, sich zur Wahl zu stellen. Trotz eingeschränktem Wahlrecht erreichten sie 1881 zusammengenommen etwa 300.000 Stimmen und 1890 anderthalb Millionen. 1912 erhielt die SPD, eine inzwischen legal geduldete, aber sozial geächtete Organisation, viereinhalb Millionen Stimmen (34 Prozent aller abgegebenen Stimmen) und entsandte 110 Abgeordnete in den Reichstag. 1914 hatte die SPD 1.086.000 eingeschriebene Mitglieder.

In Frankreich errang die 1905 gegründete Vereinte Sozialistische Partei (SFIO -

¹³ Braunthal, "Geschichte der Internationale", Band 1-3, Seite 205f

¹⁴ Schorske, Seite 19

französische Sektion der Arbeiter-Internationale) 102 Sitze bei den Wahlen Anfang 1914. Ein Jahr zuvor hatte die italienische Sozialistische Partei (PSI) ein Viertel aller abgegebenen Stimmen erhalten und somit 78 Abgeordnete. Die Österreichisch-Ungarische Partei hatte mehr als eine Million Stimmen gewonnen und somit 82 Abgeordnete. Von Skandinavien bis zu den Balkanstaaten gewannen marxistische sozialdemokratische Parteien an Mitgliedern, Stimmen und Abgeordneten. Sogar die Sozialistische Partei in den USA (gegründet 1901) gewann bis 1912 125.000 Mitglieder und 800.000 Stimmen; sie hatte »56 Bürgermeister, 160 Ratsmitglieder und 145 Ratsherren ... acht fremdsprachige und fünf englische Tageszeitungen ... Hinzu kamen noch 262 englische und 36 fremdsprachige Wochenzeitungen.«¹⁵ Schwächere, aber trotzdem bedeutende Bewegungen entwickelten sich überall, von Großbritannien und Chile bis Spanien, Schweiz und Uruguay, und alle traten der Zweiten Internationale bei und verpflichteten sich dem sozialistischen Wiederaufbau der Gesellschaft und der kompromißlosen Gegnerschaft zu "nationaler Einheit" und Krieg.

Es war eine Illusion. Es gab zwar beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, aber im Grunde genommen waren sie pseudo-revolutionäre Parteien (wobei die australische und die britische Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei in den USA insofern eine Ausnahme bildeten, als sie weder marxistisches Vokabular noch revolutionäre Ziele für sich beanspruchten). Sie verbanden eine kompromißlose verbale Feindschaft gegen den Kapitalismus mit einer praktischen Tagespolitik, die sich im wesentlichen darauf beschränkte, Mitglieder und Stimmen zu gewinnen. Da sie von jeder Beteiligung an der Staatsmacht ferngehalten wurden und sie eine Ideologie vertraten, die alle Werte der offiziellen Gesellschaft ablehnte, schufen die Sozialdemokraten bis zu einem gewissen Grad eine eigene getrennte Welt. »Es gab keine größere Stadt ohne sozialdemokratische Tageszeitung, ohne Konsumgenossenschaften, ohne Sportvereine und Kulturverbände der Arbeiter.«¹⁶

Dieser beeindruckende Apparat war zum Selbstzweck geworden. Es gab keine wirkliche Perspektive, nämlich daß das Erreichen des Sozialismus einen Kampf um die Macht erforderte. Der Sozialismus würde zwangsläufig kommen, als Ergebnis der Widersprüche im Kapitalismus, betonte man immer wieder. Eine Konfrontation mit der Staatsmacht und sogar mit einzelnen Arbeitgebern wurde möglichst vermieden. Als politische Kraft war die Sozialdemokratie im Grunde genommen passiv. Obwohl einige der Parteien, insbesondere die Belgier und die Österreicher, sich bereit gezeigt hatten, das Mittel der politischen Massenstreiks einzusetzen - und eingesetzt hatten -, war dies für den strikt beschränkten Zweck, das Wahlrecht zu erringen beziehungsweise auszudehnen. Die meisten Parteien waren nicht einmal bereit, soweit zu gehen.

Im August 1914 wurde die Illusion zerstört. Die Sozialdemokratie brach zusammen. Die Kombination von extremem verbalem Radikalismus und politischer Passivität in der Praxis war von Massenparteien in kriegsführenden Staaten nicht länger aufrechtzuerhalten. Die Parteiführer standen vor einer einfachen Wahl. Entweder sie hielten an ihren politischen Positionen, ihrem Internationalismus, fest, was Opposition gegen den Krieg bedeutete, und sahen der Rückkehr zu Illegalität, Verfolgung und Gefängnis und der

¹⁵ Bell, "Marxian Socialism in the United States" (Princeton 1967), Seite 71/72

¹⁶ Abendroth, "Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung", Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1965, Seite 70

Beschlagnahmung ihrer riesigen Guthaben ins Auge. Oder es hieß, alle Prinzipien, für die sie eingetreten waren, aufzugeben, "ihren eigenen" imperialistischen Staat zu unterstützen und eine ehrenwerte und zunehmend bedeutende Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft einzunehmen. Sie kapitulierten und wurden zu Feldweblen für die Rekrutierung für den Ersten Weltkrieg. Die Bedeutung dieses Zusammenbruchs kann nicht genug betont werden. Seit dem 4. August 1914 haben die sozialdemokratischen Parteien als Agenten für die herrschende Klasse innerhalb der Arbeiterbewegung gehandelt.

Es gab Ausnahmen. Die Italiener und Amerikaner mußten sich nicht sofort entscheiden, da sich ihre herrschenden Klassen eine Weile neutral im Krieg verhielten. Die Skandinavier und die Holländer blieben bis 1919 in dieser Position. Auf der anderen Seite beharrten die Serben heldenhaft auf ihrem Standpunkt und wurden dafür einer mörderischen Verfolgung ausgesetzt. Die Bulgarische Mehrheitspartei, die sich 1903 von der rechten Minderheit gelöst hatte, stellte sich gegen den Krieg. In Rußland weigerten sich die Bolschewiki und sogar einige der Menschewiki, die zaristische Kriegsmaschine zu unterstützen. Überall sonst waren die Kriegsgegner in einer Minderheit.

Karl Liebknecht, der sich anfänglich als einziger SPD-Abgeordneter im deutschen Reichstag gegen den Krieg aussprach, schrieb: »Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht... Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze! ... Der Hauptfeind steht im eigenen Land!«¹⁷

Aber die "Sozialpatrioten", wie die sozialdemokratischen Unterstützer des Krieges von ihren Gegnern bald genannt wurden, konnten für sich beanspruchen, 1914 die Unterstützung der Masse der politisch bewußten Arbeiter zu haben. Das war die Wahrheit. *»Besonders unerwartet kam die patriotische Erhebung der Massen in Österreich-Ungarn«,* schrieb Trotzki über die Stimmung in Wien.

Was trieb sie an, fragte er sich. »Der nationale Gedanke? Welcher? Österreich-Ungarn war die Verneinung der nationalen Idee. Nein, die bewegende Kraft war eine andere. Solcher Menschen, deren ganzes Leben, tagaus, tagein, in monotoner Hoffnungslosigkeit verläuft, gibt es viele auf der Welt... Die Alarmglocke der Mobilisierung dringt in ihr Leben ein wie eine Verheißung. Alles Gewohnte, das man tausendmal zum Teufel gewünscht hat, wird umgeworfen, es tritt etwas Neues, Ungewöhnliches auf. Und in der Ferne müssen noch unübersehbarere Veränderungen geschehen. Zum Besseren? Oder zum Schlimmeren? Selbstverständlich zum Besseren: kann es ... schlimmer ergehen als zu 'normalen' Zeiten? ... Der Krieg erfaßt alle, und folglich fühlen sich die Unterdrückten, vom Leben Betrogenen mit den Reichen und Mächtigen auf gleichem Fuße.«¹⁸ Gleichermäßen gab es Massenbegeisterung für den Krieg in London, Paris und Berlin.

Aber Revolutionäre, die nicht vorübergehenden Volkshaß und öffentliche Verfolgung aushalten können, sind wertlos. Die Pioniere der Sozialdemokratie hatten zu ihrer Zeit

¹⁷ Karl Liebknecht, "Gesammelte Reden und Schriften", Dietz Verlag Berlin 1972, Band 8, Seite 230

¹⁸ Trotzki, "Mein Leben", Fischer Taschenbuch-Verlag Frankfurt 1980, Seite 206

beides ausgehalten. Warum verrieten sie nun ihre eigene Vergangenheit?

Eine Erklärung ist, daß sie es eben nicht taten, daß sich die bedeutendsten Parteien bereits nach dem Stuttgarter Kongreß von 1907 rasch nach rechts bewegten, zu einer Position der Unterstützung "ihrer eigenen" imperialistischen herrschenden Klassen. Natürlich trifft es zu, daß opportunistische Strömungen innerhalb dieser Parteien am Wachsen waren, und daß sich aktive Tendenzen auf dem rechten Flügel von der Niederlage um die Jahrhundertwende in der Frage der Zusammenarbeit mit "progressiven" bürgerlichen Parteien und der Teilnahme an "progressiven" bürgerlichen Regierungen erholten und ihr Haupt wieder erhoben.

Das alles kann aber die Schwere der Anschuldigung des Verrats keineswegs abschwächen oder gar die Tatsache des Verrats aus der Welt schaffen. Denn der außerordentliche Kongreß von Basel, der 1912 gerade wegen der zunehmenden Gefahr eines imperialistischen Krieges einberufen wurde, wiederholte und bekräftigte einstimmig die Stuttgarter Resolution gegen den Krieg.

Wie Sinowjew, damals Lenins engster Mitarbeiter, 1916 schrieb: »Das Basler Manifest wurde in der Erwartung jenes alleuropäischen Krieges geschrieben, der jetzt ausgebrochen ist ... Es gibt den Sozialisten aller Länder ein Aktionsprogramm. Und was sehen wir? Ist dort auch nur der leiseste Gedanke zu finden, daß die Sozialisten irgend eines jener Länder, die in den Krieg hineingezogen wurden, ihr Vaterland verteidigen müssen, oder aber sich an das Kriterium des Defensivkrieges zu halten haben? Nicht ein Wort, nicht der leiseste Hinweis in diesem Sinne! In diesem Dokumente findet man einen Aufruf zur Organisation des Bürgerkrieges, Hinweise auf die Kommune, auf das Jahr 1905 usw. Aber man findet darin nichts hinsichtlich eines Defensivkrieges... Der Basler Beschluß war nicht schlechter, sondern besser als der von Stuttgart. Jedes seiner Worte ist eine Ohrfeige für die jetzige Taktik der "führenden" Parteien der II. Internationale.«¹⁹

Das ist im wesentlichen richtig. Die wichtigste Opposition von rechts in dieser Frage auf den verschiedenen Kongressen kam in der Tat von solchen Vertretern wie James Keir Hardie von der Britischen Labour Party, der die Parteien der Zweiten Internationale dazu verpflichten wollte, beim Kriegsausbruch bloß den sofortigen Generalstreik auszurufen!

Ein weiteres Erklärungsmuster ist der fatalistische Charakter der sozialdemokratischen Theorie. Karl Kautsky, der "Papst des Marxismus" und Haupttheoretiker der SPD, äußerte das in folgenden Worten: »Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolutionen zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern«²⁰. Eine schöne theoretische Rechtfertigung für Passivität! Der Gedanke, daß Sozialisten die Arbeiter im Kampf gewinnen müssen, fehlt hier vollkommen. Und das ist kein Zufall.

Für Marx kommt die Praxis vor der Theorie. »Am Anfang war die Tat.« Die Theorie einer Massenbewegung hat genauso materielle wie auch theoretische Wurzeln. Gegen Ende seines Lebens schrieb John Wesley, der Gründer des Methodismus, in

¹⁹ Lenin/Sinowjew, "Gegen den Strom", Verlag der Kommunistischen Internationale. Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 1921, Seite 492f

²⁰ Kautsky, "Der Weg zur Macht" Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1972, Seite 52

einem bemerkenswerten Vorgriff auf die materialistische Geschichtsauffassung: »Überall werden die Methodisten geschäftstüchtiger und enthaltsamer; daher vermehren sie ihre Güter. Daher steigert sich proportional... ihre Fleischeslust... und ihr Lebensstolz. So kommt es, daß, obwohl die Form der Religion bleibt, der Geist rasch verschwindet«²¹.

Und so war es auch mit der Sozialdemokratie. Eine ganze Schicht von Sozialdemokraten war zu Wohlstand gekommen. 1913 besaßen die SPD und die mit ihr verbündeten Gewerkschaften bereits ein Vermögen im Wert von 90 Millionen Mark. Um es zu verwalten und zu kontrollieren, hatte die Partei *»eine Schicht von Parlamentariern, Arbeiterbürokraten und Verwaltungsfunktionären entstehen lassen, die in den Gewerkschaftsorganisationen saßen, den Genossenschaften, den Parteisekretariaten, in den Redaktionen der Parteipresse, als Abgeordnete in den Parlamenten. Sie lebten nicht mehr nur für die, sondern auch von der Arbeiterbewegung«²².*

Sie hatten viel mehr zu verlieren als bloß ihre Ketten. Lenin betonte einen weiteren bedeutenden materiellen Faktor. *»Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese "verbürgerte", ihnen Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ.«²³* Diese Theorie von der "Arbeiteraristokratie", die früher von Marx selbst für den besonderen Fall von Großbritannien entwickelt worden war, enthielt einen wichtigen wahren Kern.

Aber sie erwies sich als - eine zu grobe Vereinfachung. "Privilegierte" Facharbeiter spielten eine bedeutende Rolle in der Antikriegsbewegung. Jene Bewegung begann in dem Maße zu wachsen, wie die Listen der Kriegsoffer und die wirtschaftliche Notlage wuchsen - und beide wuchsen nach 1915 massiv in allen der wichtigsten kriegführenden Staaten.

Die revolutionäre Linke, mit Ausnahme einiger weniger "Ultralinken", unterschätzte allerdings die Rolle der Arbeiterbürokratien als eine selbständige soziale Schicht. Auf diese Frage wollen wir später zurückkommen.

Die revolutionäre Flut

»Der imperialistische Krieg leitet eine Ära der sozialen Revolution ein. Alle objektiven Bedingungen der jüngeren Vergangenheit haben den revolutionären Massenkampf der Arbeiter auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist die Aufgabe von Sozialisten, jeden Nutzen aus allen legalen Mitteln des Arbeiterkampfes zu ziehen, um ... das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln ... jede revolutionäre Aktion zu fördern und zu ermutigen, und alles Mögliche zu unternehmen, um den imperialistischen Krieg zwischen den Völkern in einen Bürgerkrieg zu verwandeln ... zur Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Verwirklichung des Sozialismus.«²⁴

Resolution der Zimmerwalder Linken, 1915.

Der Ausbruch des Krieges schien zunächst die sozialistische Bewegung in zwei Teile

²¹ Zitiert in J.H.Plumb, "England in the Eighteenth Century" (London 1963), Seite 97

²² Abendroth, ebenda, Seite 71

²³ Lenin, GW, Band 21, Seite 238

²⁴ Resolution der Zimmerwalder Linken *

gespalten zu haben, die "Sozialpatrioten", die die große Mehrheit darstellten, und die "Internationalisten". Es wurde jedoch bald offensichtlich, daß die Bewegung in Wirklichkeit in drei Teile gespalten war. Die Internationalisten selbst waren zwischen dem konsequent revolutionären Flügel und jenem Flügel gespalten, der später das "Zentrum" genannt wurde.

Die Zentristen vertraten pazifistische oder halbpazifistische Positionen. Sie traten gegen eine Unterstützung "ihrer eigenen" Regierungen und für Friedensverhandlungen ein. Sie wollten die internationalen Bindungen zwischen den sozialistischen Parteien wiederherstellen, und die besten unter ihnen waren bereit, dies notfalls sogar in der Illegalität zu tun, aber sie sehnten sich viel mehr zurück nach einer Wiedergeburt der alten Internationale als nach dem Aufbau einer neuen revolutionären Internationale. Sie sahen den Krieg als eine verheerende Unterbrechung des "normalen" politischen Lebens, nicht als eine Gelegenheit für die sozialistische Revolution. Für sie war die Internationale für "Friedenszeiten" da, für Feiertagsreden am 1. Mai, nicht für den revolutionären Kampf zur Veränderung der Welt.

Im September 1915 gelang es den italienischen und schweizerischen Parteien, eine Konferenz von Antikriegssozialisten in Zimmerwald, in der Nähe von Bern in der Schweiz, zusammenzurufen. Diese beiden Parteien waren vom "Zentrum" dominiert. Die Schweizer waren neutral (obwohl sowohl pro-deutsche als auch pro-französische Tendenzen in der Partei existierten), und die Mehrheit der italienischen PSI hielt an einer zentristischen Antikriegsposition sogar nach Italiens Eintritt in den Krieg im Mai 1915 fest. Es kamen nicht viele zur Konferenz. *»Die Delegierten scherzten selbst darüber, daß es ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der Ersten Internationale möglich war, alle Internationalisten in vier Wagen unterzubringen.«²⁵*

In Zimmerwald trat die Spaltung zwischen den Zentristen und der Linken offen zu Tage. Neben den zwei einladenden Parteien waren deutsche, französische, schwedische, norwegische, holländische, polnische, russische und weitere Delegierte anwesend. Mit 19 zu 12 Stimmen lehnte die Konferenz die von Lenin eingebrachte Resolution ab, die den Aufruf enthielt, *»den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln«* Trotzdem bezeichnete Lenin die Konferenz als *»den ersten Schritt«*, und die Linken, darunter auch die Bolschewiki, stimmten für das Mehrheitsmanifest, veröffentlichten aber auch ihre eigene abgelehnte Resolution. *»Die Kapitalisten aller ... Länder behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes ... Sie lügen«²⁶*, erklärte das Manifest.

»Daß dieses Manifest einen Schritt vorwärts macht zum wirklichen Kampf gegen den Opportunismus, zur Spaltung und zum Bruch mit dem Opportunismus, ist eine Tatsache«, schrieb Lenin. *»Es wäre Sektierertum, wollte man darauf verzichten, gemeinsam ... diesen Schritt vorwärts zu machen, solange wir uns die volle Freiheit und die volle Möglichkeit wahren, die Inkonsequenz zu kritisieren und mehr anzustreben«²⁷.* Angesichts der 1915 noch herrschenden Stimmung des brodelnden "Patriotismus", wo jeder Kontakt mit Staatsangehörigen aus dem "Feindeslager" als Verrat betrachtet wurde, war Zimmerwald in der Tat ein wirklicher Schritt vorwärts für den sozialistischen Internationalismus.

²⁵ Trotzki, "Mein Leben", Seite 219

²⁶ Lenin, GW, Band 21, Seite 390

²⁷ Lenin, GW, Band 21, Seite 393

Auf der folgenden Konferenz 1916 in Kienthal (auch in der Schweiz) nahm die Linke eine härtere Linie ein. *»Jeder weitere Schritt der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Wege, der in Zimmerwald aufgezeigt wurde, zeigt immer deutlicher die Inkonsistenz der Position der Mehrheit der Zimmerwalder Konferenz«*, stellte eine weitere erfolglose Resolution der Bolschewiki fest. Die Zimmerwalder Mehrheit, führte die Resolution weiter aus, *»scheut einen Bruch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro [dem vollkommen inaktiven Zentrum der Zweiten Internationale, D.H.]... Die Sozialchauvinisten und Kautskyaner aller Länder werden versuchen, das bankrott gegangene Internationale Sozialistische Büro wieder zu errichten. Den Sozialisten aber obliegt die Aufgabe, die Massen aufzuklären über die Unvermeidlichkeit des Bruches mit denjenigen, die eine Politik der Bourgeoisie unter der Fahne des Sozialismus treiben«*²⁸. Dies war ein Aufruf für einen politischen Bruch nicht nur mit der Rechten, sondern auch mit der Pseudolinken, die den Pazifismus unterstützte und Verhandlungen zwischen den kriegtreibenden Mächten als den Weg zur Beendigung des Krieges sah.

Die Antikriegsbewegungen konnten inzwischen einige wirkliche Unterstützung für sich verbuchen. Zu Ostern 1916 fand der Dubliner Aufstand gegen den britischen Imperialismus statt. Karl Liebknecht und Otto Rühle, gewählt als Reichstagsabgeordnete für die SPD, hatten mit der SPD gebrochen und agitierten im Reichstag gegen den Krieg. Im Mai 1916 löste die Verhaftung Liebknechts wegen Landesverrats einen Streik von 50.000 Arbeitern in Berlin und eine Welle von Zusammenstößen mit der Polizei aus. Die Vertrauensleute-Bewegung in Großbritannien machte Fortschritt.

Die Februarrevolution 1917 in Rußland war der Anlaß für massenhafte Friedensdemonstrationen sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland und Österreich-Ungarn. In jenem Frühling spaltete sich die SPD, und die Zentristen, darunter auch der Führer der SPD-Reichtagsfraktion von 1914, Haase, und der Theoretiker Kautsky, gründeten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) auf der Grundlage eines Antikriegsprogramms. Diese Spaltung war allerdings vom rechten Flügel der SPD aufgezwungen worden, und das Antikriegsprogramm war pazifistisch, nicht revolutionär. Die USPD bestand aus einer bunten Mischung von Reformisten, Zentristen und einigen Revolutionären. Die USPD reflektierte die wachsende Opposition gegen den Krieg unter den deutschen Arbeitern, führte sie aber nicht an.

Die Oktoberrevolution in Rußland hatte noch größere Auswirkungen in ganz Europa. Im Januar 1918 entwickelten sich Massenstreiks in Österreich-Ungarn und in Deutschland, nicht für mehr Geld, sondern für Frieden. *»Es ging los in der Fabrik Manfred Weiß, in Csepel, in der Nähe von Budapest, bei weitem der größten Munitionsfabrik in Ungarn... Der Streik breitete sich wie ein Lauffeuer aus... Bis zum 16. Januar hatte er die Munitionsfabriken von Niederösterreich erreicht; am 17. trat ganz Wien in den Streik. Wenige Tage später folgten die Berliner Munitionsarbeiter und dann die Metallarbeiter und viele andere Industriezweige im ganzen Reich. Nirgendwo hatte die offizielle Führung zum Streik aufgerufen... Die Bewegung erschütterte die Zentralmächte bis in ihre Fundamente«*²⁹.

Mehr als zwei Millionen Arbeiter waren beteiligt, aber die Bewegung konnte eingedämmt werden. Wie bei den großen Meutereien in der französischen Armee von 1917

²⁸ Lenin, GW, Band 22, Seite 181f

²⁹ Borkenau, "World Communism" * (Ann Arbor 1962), Seite 91-92

fehlte auch hier eine geschlossene revolutionäre Führung.

Aber die Meuterei der Matrosen der deutschen Hochseeflotte in Kiel am 4. November 1918 führte zum Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands. »In Kiel gab es nur ein Machtzentrum - den Arbeiter-, Matrosen- und Soldatenrat... Von Kiel aus breitete sich der Aufstand auf Hamburg aus, und in der Nacht des 8. Novembers wurde in Berlin bekannt, daß er mit wenig oder gar keinen Widerstand in Hannover, Magdeburg, Köln, München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Braunschweig, Oldenburg, Wittenberg und anderen Städten gesiegt hatte.«³⁰ Am 9. November wurde das besonders "zuverlässige" Vierte Füsilierr-Regiment eiligst nach Berlin beordert. Es meuterte. Der Kaiser flüchtete nach Holland. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte waren an der Macht.

Dieser Punkt muß betont werden. Sie waren an der Macht: keine andere Macht in Deutschland verfügte über eine effektive bewaffnete Kraft. Der Verrat an dieser erfolgreichen Bewegung durch die Führer der SPD (und der USPD) im Namen der "Demokratie" vertiefte jetzt weiter die Spaltung von 1914. Die Frage, ob die Macht bei den Arbeiterräten oder beim Parlament liegen sollte, war jetzt von zentraler Bedeutung.

Demokratie und Diktatur

»In den Republiken des alten Griechenlands im Altertum, in den Städten des Mittelalters, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und verschiedene Ausdehnung. Es wäre die größte Albernheit, anzunehmen, daß die tiefste Revolution in der Geschichte der Menschheit, der erste Übergang der Macht aus den Händen der Minderheit der Ausbeuter in die der Mehrheit der Ausgebeuteten, sich im Rahmen der alten bürgerlichen parlamentarischen Demokratie, ohne die größten Umwälzungen, ohne Schaffung neuer Formen der Demokratie, neuer Institutionen, neuer Bedingungen ihrer Anwendung usw. vollziehen kann.«³¹ Resolution des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1919.

Sowjets oder Parlament? Nach der Oktoberrevolution hatte die russische Kommunistische Partei die neugewählte Konstituierende Versammlung aufgelöst, in der der rechte Flügel der Sozialrevolutionären Partei, nominell eine Bauernpartei, die Mehrheit besaß, und hatte sich dafür entschieden, die Macht an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten zu übergeben. Nach der Novemberrevolution hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst, in denen sie eine Mehrheit besaß, zugunsten der Nationalversammlung, in der sie keine besaß. Die SPD-Führer waren zwar gezwungen, eine (einstimmig verabschiedete) Resolution für die Abschaffung des stehenden Heeres und die Bewaffnung der Arbeiter zu unterstützen - aber das war nur ein Täuschungsmanöver.

In beiden Fällen verbarg sich hinter der Frage der Staatsform in Wirklichkeit die Frage der Klassenherrschaft. Das Herangehen der russischen Kommunistischen Partei führte zur Schaffung eines Arbeiterstaates. Das Herangehen der SPD in Deutschland führte zur Schaffung eines wiederhergestellten bürgerlichen Staates, der Weimarer Republik. Nach der Pariser Kommune hatte Marx geschrieben, daß die Form des Staates in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus »nur die der revolutionären

³⁰ Oliviera, "A People's History of Germany" * (London 1942), page 93

³¹ "Die Kommunistische Internationale", Band 1, Nr.1, Seite 35/27. Oliviera, * Seite 97

Diktatur des Proletariats sein kann«. War die Losung der SPD-Führung während der Novemberrevolution: »Alle Macht den Räten von Arbeiter- und Soldatendeputierten? Nein. Wir lehnen die Idee der Diktatur einer Klasse ab, solange die Mehrheit des Volkes nicht hinter dieser Klasse steht«.

Die Sozialdemokraten waren in der Praxis dahingekommen, den Kern der marxistischen Staatstheorie zu verwerfen: daß der Staat »bloß die organisierte Macht einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen« ist, daß alle Staaten Klassenstaaten sind, daß es so etwas wie einen "neutralen" Staat gar nicht gibt. Und sie waren noch weitergegangen. Sie waren dahingelangt, ihre eigene ursprüngliche Position zurückzuweisen, wonach die sozialistische Revolution unvermeidlich sei, und wandten sich dem "friedlichen" parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu.

Die Weimarer Republik war jedoch genauso ein Produkt des gewaltsamen Sturzes des vorangegangenen Staates gewesen wie die russische Sowjetrepublik. Das Deutsche Reich war durch meuternde Soldaten und bewaffnete Arbeiter gestürzt worden, nicht durch Wahlen. Das gleiche galt auch für die Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn. Die Revolution war gekommen, trotz der Sozialdemokraten. Nun setzten sie ihre ganzen Energien ein, um den bürgerlichen Staat wiederherzustellen. Die viel weitergehende Umwandlung, die Zerstörung des Kapitalismus, sollte nach den Vorstellungen der sozialdemokratischen Rechten vermittels der gewöhnlichen Mechanismen der bürgerlichen Demokratie erzielt werden, nachdem der bürgerliche Staat mitsamt seiner Armee und seiner Polizei wiederhergestellt worden war!

In Wirklichkeit bedeutete dies die Aufgabe des Sozialismus. Es war für die SPD-Führung politisch und psychologisch unmöglich, dies bereits 1919 zuzugeben. Als sie das schließlich tat, vierzig Jahre später auf dem Bad Godesberger Parteitag von 1959, zog sie damit nur die logischen Schlußfolgerungen ihrer Handlungen von 1914 und 1919. Die Theorie wurde schließlich der Praxis angepaßt.

Die Dritte Internationale bekräftigte in ihrer "Plattform" von 1919 unzweideutig die marxistische Position. »Der Sieg des Proletariats liegt in der Desorganisation der feindlichen, der Organisation der proletarischen Macht; er besteht in der Zertrümmerung des bürgerlichen, im Aufbau des proletarischen Staatsapparates«³². Vom Sozialismus durch das Parlament konnte keine Rede sein. 1917 hatte Lenin zustimmend Engels Aussage zitiert, wonach das allgemeine Wahlrecht »der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse [ist]. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat...«³³. »Auch die demokratischste bürgerliche Republik war niemals etwas anderes und konnte niemals etwas anderes sein als eine Maschine zur Unterdrückung der Werk tätigen durch das Kapital, ein Werkzeug der politischen Macht des Kapitals, die Diktatur der Bourgeoisie«³⁴.

Die Arbeiterrepublik, auf der Grundlage von Arbeiterräten, war demokratisch. »Das Wesen der Sowjetmacht liegt darin, daß die Massenorganisation gerade der Klassen, welche von den Kapitalisten unterdrückt wurden, d.h. der Arbeiter und Halbproletarier (der Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuten und die ständig zum Verkauf wenigstens eines Teils ihrer Arbeit gezwungen sind), die ständige und einzige Grundlage der ganzen

³² "Die Kommunistische Internationale", Band 1, Nr.1, Seite 25/29.

³³ Lenin, GW, Band 25, Seite 405

³⁴ Lenin, GW, Band 29, Seite 300

Staatsmacht, des ganzen Staatsapparats ist.«³⁵ Das war ein etwas verschönertes Bild von Rußland, sogar für 1919, aber die "Abweichungen" erklärte man mit der Rückständigkeit des Landes, dem immer noch tobenden Bürgerkrieg und der Intervention fremder Mächte. Der nachfolgende Sieg des Stalinismus ermöglichte es den Sozialdemokraten, die Wahrheit zu vernebeln - nämlich daß Arbeitermacht die Herrschaft der Arbeiter durch ihre eigenen Organisationen bedeutet. Ohne Demokratie innerhalb dieser Organisationen können die Arbeiter nicht herrschen. Und ohne die Herrschaft dieser Organisationen im institutionalisierten Rahmen eines Arbeiterstaates können die Arbeiter ebensowenig herrschen.

Heute sind es nicht nur oder nicht einmal in erster Linie die Sozialdemokraten, die darüber Lügen verbreiten, obwohl sie mit der ursprünglichen Verfälschung in den 20er Jahren den Weg bereiteten. Zwei überaus mächtige herrschende Gruppen haben ein vitales persönliches Interesse daran, die Idee zu begraben, daß Arbeiterräte, Sowjets, eine Arbeiterrepublik, eine Sowjetrepublik bedeuten, daß die tatsächlichen Produzenten aller Güter, die wir alle brauchen, kollektiv und demokratisch ihre Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmen und dementsprechend die gesamte Gesellschaft gestalten.

Diese Gruppen sind auf der einen Seite die kleine Clique von Spitzen-Bürokraten, die die UdSSR beherrschen, und ihre Verbündeten, Satelliten und Nachahmer, und die herrschende Klasse der USA, mit ihren Verbündeten, Satelliten und ideologischen Vorkämpfern. Diese Leute reden gewöhnlich davon, daß "die Sowjets" dies oder jenes tun. In Wahrheit gibt es keine Sowjets in Rußland, und es hat auch seit den frühen 20er Jahren keine mehr gegeben. Der "Oberste Sowjet" und die anderen Körperschaften der UdSSR, die den Namen "Sowjet" tragen, sind keineswegs Organe der Arbeitermacht, wie sie durch die revolutionären Arbeiter von 1917 aufgebaut wurden. Es dient jedoch den Interessen der herrschenden Bürokraten der UdSSR, diese Lüge am Leben zu halten - ihr Anspruch auf die Erbschaft der Arbeiterrevolution von 1917 wird benutzt, um ihre Herrschaft über die Arbeiter zu rechtfertigen. Es dient auch den Interessen der herrschenden Klassen des Westens, die Sowjets, die Arbeitermacht mit deren Gegenteil zu identifizieren - der bürokratischen Diktatur über die Arbeiterklasse. Leider sind viele auf der Linken in verschiedenem Ausmaß auch bereit, diesen von Moskau und Washington gleichermaßen vertretenen Rahmen zu akzeptieren. Natürlich gab es nichts dergleichen im März 1919.

Die Delegierten, die in Moskau zusammengekommen waren, hatten die neue Internationale auf der Basis des kompromißlosen Internationalismus, eines entschiedenen und endgültigen Bruchs mit den Verrätern von 1914, auf der Basis der Arbeitermacht, der Arbeiterräte, der Verteidigung der russischen Sowjetrepublik und der Perspektive der Revolution in Zentral- und Westeuropa in der nahen Zukunft gegründet. Die Aufgabe bestand nun darin, jene Massenparteien zu schaffen, die das alles verwirklichen könnten. Die Mittel dazu standen bereit. Zentristische Führer, solche wie die, die die Zimmerwalder Konferenz einberufen hatten, kontrollierten die italienische Partei und sollten sich bald der französischen bemächtigen. Die deutsche USPD sollte bald 800.000 Mitglieder erreichen. Überall in Europa entwickelten sich große zentristische Bewegungen als Ergebnis des riesigen Zustroms von Arbeitern, die durch den Horror des Weltkriegs radikalisiert worden waren. Ihre Mitglieder mußten für den Kommunismus gewonnen

³⁵ "Die Kommunistische Internationale", Band 1. Nr.1, Seite 25f 32.

werden.

Die Fundamente waren gelegt worden. Der Kampf gegen die zentristischen Führer war jetzt die unmittelbare Hauptaufgabe, und zwar eine sehr dringliche. Denn "zentristische" Massenorganisationen (im Gegensatz zu kleinen Gruppen) sind von Natur aus instabil. Mit ihren Schwenks zwischen einem klaren reformistischen Kurs und einem klaren revolutionären Kurs sind sie ein typisches Produkt massenhafter Radikalisierung, wie sie die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kennzeichnete. Aber sie sind nur ein vorübergehendes Produkt. Wie Trotzki schrieb: *»Die Massen bleiben nie sehr lange in diesem Übergangsstadium: Zeitweise scharen sie sich um die Zentristen, gehen dann weiter und schließen sich den Kommunisten an oder gehen zurück zu den Reformisten - es sei denn, sie versinken in Gleichgültigkeit«*³⁶.

³⁶ Trotzki. "Was ist Zentrismus?" * in Schriften 1930

2. Die Massenparteien

»An die Kommunistische Internationale wenden sich jetzt immer öfter Parteien und Gruppen, die noch unlängst zur II. Internationale gehört haben und jetzt der III. Internationale beitreten wollen, in Wirklichkeit aber noch nicht kommunistische Organisationen geworden sind... Die Kommunistische Internationale wird in einem gewissen Grade zur Mode ... Unter Umständen kann der Kommunistischen Internationale die Gefahr drohen, durch wankelmütige und halbschlüchtige Gruppen verwässert zu werden, die sich von der Ideologie der II. Internationale noch nicht frei gemacht haben.«³⁷

Lenin, Die Eintrittsbedingungen zu der Kommunistischen Internationale, 1920.

Im März 1919 stimmte die Exekutive der italienischen Sozialistischen Partei dafür, der Partei den Anschluß an die Dritte Internationale zu empfehlen. Und im September stimmte der Parteikongreß in Bologna mit einer überwältigenden Mehrheit für den Anschluß. Die PSI war eine große und wachsende Organisation. Bei den Wahlen im November 1919 erhielt sie ein Drittel aller abgegebenen Stimmen und entsandte 156 Abgeordnete ins Parlament. Die norwegische Partei, die DNA, bestätigte ihre Mitgliedschaft, und die bulgarische, jugoslawische (ehemals serbische) und rumänische Parteien schlossen sich ebenfalls an. Die ersten drei der letztgenannten Parteien waren bedeutende Organisationen. Die DNA, in der die Gewerkschaften, wie im Falle ihres britischen Gegenstücks, direkt Mitglied waren, beherrschte vollkommen die norwegische Linke. Die bulgarische Kommunistische Partei hatte von Anfang an die Unterstützung beinahe der gesamten bulgarischen Arbeiterklasse. Die jugoslawische Kommunistische Partei erhielt auf Anhieb bei den ersten (und einzigen) freien Wahlen, die in dem neuen Staat abgehalten wurden, 54 Parlamentssitze.

Die französische SFIO, die in der Zeit von 1914 bis 1919 ihre Mitgliedschaft von 90.000 auf 200.000 mehr als verdoppelt hatte, war weit nach links ausgeschlagen und flirtete mit Moskau. Ihre Führung wollte wirklich die internationale Bewegung auf der Basis der "Zimmerwalder Mehrheit" aufbauen, aus der die ausgesprochenen Sozialpatrioten wie die Führer der britischen Labour Partei und der deutschen SPD ausgeschlossen, in der aber all diejenigen, die, wie sie selber, als Reaktion auf die massenhafte Unzufriedenheit einen scharfen Linksruck in Worten vollzogen hatten, einen Platz finden sollten.

Kurzgesagt, sie wollten eine zentristische Internationale. Das wollten auch die Führer der deutschen USPD, die schnell auf Kosten der SPD an Boden gewann. Die schwedischen linken Sozialdemokraten, der tschechoslowakische linke Flügel und kleinere Parteien in anderen Ländern (darunter auch die britische ILP) hatten im Grunde genommen die gleiche Linie. Aber der Druck aus ihren eigenen Reihen zwang sie, Lippenbekenntnisse für die Oktoberrevolution zu machen und Verhandlungen über die Zulassung zur Kommunistischen Internationale zu führen.

»Der Wunsch einiger führender zentristischer Gruppen, jetzt der III. Internationale beizutreten«, schrieb Lenin, »ist eine indirekte Bestätigung dafür, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der gewaltigen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und von Tag zu Tag zu einer immer größeren Macht wird.«³⁸ Diese Parteien waren aber nicht revolutionäre kommunistische Organisationen.

³⁷ Lenin, GW, Band 31, Seite 193/194

³⁸ Lenin, GW, Band 31, Seite 93

Ihre Traditionen waren die der Vorkriegssozialdemokratie, revolutionär in Worten, passiv in der Praxis. Und sie wurden von Menschen angeführt, die versuchen würden, jede Drehung und Wendung mitzumachen, bloß um die Kontrolle zu behalten und die Annahme einer wirklich revolutionären Strategie und Taktik zu verhindern.

Ohne das Hauptkontingent der Mitglieder dieser Parteien konnte die neue Internationale nicht darauf hoffen, einen entscheidenden Einfluß auf Europa in der nahen Zukunft ausüben zu können. Und, ohne mit ihren zentristischen Führern zu brechen, konnte sie nicht darauf hoffen, einen revolutionären Einfluß auszuüben. Bei den Massenparteien, die bereits der Komintern angeschlossen waren, stellte sich die Frage auch nicht viel anders. Die PSI zum Beispiel hatte Zentristen und sogar einige Vollblutreformisten in ihrer Führung.

Der Kampf gegen den Zentrismus wurde noch durch einen weiteren Faktor erschwert. Starke ultralinke Strömungen, die jede Beteiligung an den bürgerlichen demokratischen Institutionen ablehnen wollten, existierten in vielen der kommunistischen Organisationen. Und außerhalb ihrer Reihen waren einige bedeutende syndikalistische Gewerkschaftsorganisationen, die die Partei als das Instrument zur Durchsetzung des Sturzes des Kapitalismus ablehnten und stattdessen die Massenorganisation der Arbeiter in den Gewerkschaften als Perspektive vertraten. Diese hatten sich zwar der Dritten Internationale angenähert, akzeptierten aber nach wie vor nicht die Notwendigkeit von kommunistischen Parteien.

Die spanische syndikalistische Föderation, die CNT, die damals etwa eine Million Mitglieder hatte, hatte im Dezember 1919 für den Anschluß gestimmt. Eine starke Minderheit in der französischen Gewerkschaftsföderation CGT war ebenfalls dafür. Weitere syndikalistische Gruppen, wie die amerikanische IWW, waren zweifelsohne revolutionär, und man hoffte, sie zu gewinnen. Diese großen Kräfte zu gewinnen und zu integrieren, war ein schwieriges und kompliziertes Unternehmen. Es erforderte einen Kampf an mehreren verschiedenen Fronten.

Auf dem zweiten Weltkongreß der Komintern im Juli-August 1920 diskutierten 217 Delegierte von 67 Organisationen aus etwa 40 Ländern diese verschiedenen Fragen. Zentristen und Ultralinke waren zahlreich vertreten. Sowohl die SFIO als auch die USPD hatten Vertretungen, die aber kein Stimmrecht besaßen. Die Entscheidungen des Kongresses waren von grundsätzlicher Bedeutung. Er fand statt auf dem Höhepunkt des Krieges zwischen dem revolutionären Rußland und Polen, als sich die Rote Armee Warschau näherte. In Deutschland war ein rechtes Unternehmen zur Gründung einer Militärdiktatur, der Kapp-Putsch, durch massenhafte Aktionen der Arbeiterklasse soeben zurückgeschlagen worden. In Italien stand eine Welle von Fabrikbesetzungen bevor. Die Stimmung des revolutionären Optimismus war stärker als je zuvor.

Sinowjew, Präsident der Internationale, erklärte: *»Ich bin davon tief überzeugt, daß der II. Weltkongreß der Vorläufer eines anderen Weltkongresses ist - des Weltkongresses der Sowjetrepubliken«*³⁹. Alles, was fehlte, waren wirkliche kommunistische Massenparteien, um die Bewegung zum Sieg zu führen.

Die 21 Bedingungen

³⁹ "Protokolle des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale" (Reprint), Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972, Seite 699

*»Wie es dem Kamel nicht leicht ist, durch ein Nadelöhr zu gehen, so wird es, hoffe ich, auch den Anhängern des Zentrums, die immer solche bleiben werden, nicht leicht sein, durch diese von der Kommunistischen Internationale aufgestellten 21 Bedingungen durchzuschlüpfen. Wir haben diese Bedingungen deshalb aufgestellt, damit die in den Reihen der Französischen Sozialistischen Partei, der U.S.P.D. und der amerikanischen sowie der Italienischen Sozialistischen Partei stehenden Arbeiter, überhaupt alle organisierten Arbeiter wissen, was der internationale Stab der proletarischen Revolution von ihnen verlangt.«⁴⁰
Sinowjew, Rede vor dem Zweiten Weltkongreß.*

Die zweite Internationale war ein loser Zusammenschluß von nationalen Parteien gewesen. Die Dritte sollte eine zentralisierte Weltpartei mit nationalen Abteilungen sein. *»Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.«⁴¹*

Die verschiedenen nationalen Programme sollten sich auf das Programm der Internationale stützen und von der Internationale genehmigt werden. Alle Entscheidungen, nicht nur die der Kongresse, sondern auch die der Kominternleitung zwischen den Kongressen, sollten für alle Parteien verbindlich sein. Das war der Kern der 15. und 16. Bedingung für den Beitritt zur Dritten Internationale, die die Exekutive vorschlug.

Im Lichte späterer Ereignisse haben viele Kritiker in diesen Bedingungen den Kern der späteren Degeneration erblickt. Sie seien festgelegt worden, so wird argumentiert, bloß um die russische Vorherrschaft sicherzustellen, um es den Russen zu ermöglichen, die internationale Bewegung in ihrem eigenen Interesse zu manipulieren. Die zentristischen Kritiker an den Bedingungen vertraten dieses Argument auf dem zweiten Kongreß allerdings nicht. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Nach der Erfahrung des 1914-18er Kriegs konnte kein Redner vor einer Versammlung von Revolutionären die Methoden und Praktiken der Zweiten Internationale verteidigen. Alle, außer den Syndikalisten, sollten zumindest Lippenbekenntnisse für die Ideale der internationalen Einheit und einer Weltpartei ablegen.

Darüberhinaus erwartete jeder, und nicht zuletzt die Russen selbst, daß die außerordentliche Stellung der russischen Partei als einziger an der Macht nur eine vorübergehende Sache sein werde. Kurz vor dem Kongreß betonte Lenin, nicht *»außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch nur in einem der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten, daß nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im "sowjetischen" und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird.«⁴²*

Die Bedingungen, gegen die insbesondere die USPD-Delegierten am meisten wetterten, waren jene, die *»den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des Zentrums«⁴³* und den Ausschluß einer Reihe namentlich genannter *»berüchtigter*

⁴⁰ ebenda, Seite 695

⁴¹ ebenda, Seite 393

⁴² Lenin, GW, Band 31, Seite 5/6

⁴³ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 390

Opportunisten«, darunter Karl Kautsky und Rudolf Hilferding von der USPD, Turati und Modigliani von der (angeschlossenen) PSI, Jean Longuet von der SFIO und Ramsay MacDonald, einem zukünftigen britischen Premierminister, von der ILP, forderten. »*Sie übersehen vollkommen*«, argumentierte Crispin für die USPD, »*daß wir uns von den Rechtssozialisten getrennt haben, daß wir nicht vor der Spaltung zurückgeschreckt sind, als sie historisch unvermeidlich war. Man soll jedoch mit der Spaltung nicht zu leicht operieren. Ich kann mir vorstellen, daß eine Spaltung notwendig sein kann. Beweis: die U.S.P. in Deutschland. Aber das ist eine bittere Notwendigkeit. Man soll, bevor man spaltet, die Arbeiter für eine grundsätzliche klare Haltung zu gewinnen versuchen. Dazu muß man Zeit und Geduld haben. Spalten kann man die Arbeiter viel leichter, als sie für die Revolution in Deutschland gewinnen und zusammenhalten*«⁴⁴. Keine weiteren Spaltungen dürften erwogen werden, sagte er.

Die zentristischen Führer waren bereit, sehr radikale Töne von sich zu geben. »*Wir haben auf dem Parteitag im März zur Situation Stellung genommen*«, sagte Crispin, »*und schon damals in unserem Programm die Diktatur des Proletariats ganz klar ausgesprochen und formuliert. Auch wir haben damals schon betont: Der Parlamentarismus bringt uns nicht den Sozialismus*«⁴⁵.

Die USPD weigerte sich allerdings, die 21 Bedingungen zu akzeptieren, weil das einen Bruch mit dem eigenen rechten Flügel bedeutet hätte. Daß die USPD Anfang 1919 mit der SPD kollaboriert hatte, um die Weimarer Republik zu schaffen; daß diese Operation ohne die Zusammenarbeit der USPD weitaus schwieriger, wenn nicht gar unmöglich gewesen wäre; daß der Revolutionismus der meisten USPD-Führer bloß verbaler Natur war, das alles wurde geflissentlich übergangen,

Die USPD war natürlich eine sehr heterogene Partei. Sogar in der Führung fanden sich einige, deren subjektive politische Ideen revolutionär waren. Aber diese Führung darf nicht nach ihren Worten, oder gar nach ihren guten Absichten beurteilt werden, sondern nach ihren Taten in den entscheidenden Monaten von November und Dezember 1918.

Am 10. November 1918 ernannten dreitausend Delegierte der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte einen Rat von Volkskommissaren als provisorische Regierung von Deutschland. Es waren Ebert, Scheidemann und Landsberg von der SPD, und Barth, Dittmann und Haase von der USPD. Es gab keine andere Regierung. Der letzte Kanzler des kaiserlichen Deutschlands, Prinz Max von Baden, hatte seine Regierung am 9. November aufgelöst und Ebert zu seinem Nachfolger ernannt. Am Abend des 10. rief General Groener, der neue Stabschef des Heeres, bei Ebert an und »*stellte das Heer der neuen Regierung zur Verfügung*«.

All diese Handlungen, von von Baden und von Groener nicht weniger als die der Berliner Delegierten, waren ganz und gar ungesetzlich. Es gab eine Revolution. Das alte Regime war zusammengebrochen. Von Baden sah keine andere Hoffnung für die deutsche Bourgeoisie außer der SPD. Und Groener hatte keine Hoffnung, das Heer zusammenhalten zu können, außer durch die SPD. In Wirklichkeit, und das ist von zentraler Bedeutung, löste sich das Heer trotzdem auf. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit den westlichen Alliierten am II. November führte der deutsche Generalstab die gesamte westliche Front, zwei Millionen Soldaten, zurück über den

⁴⁴ ebenda, Seite 315

⁴⁵ ebenda, Seite 312

Rhein. Einmal über den Fluß gelangt, so Groeners eigene Worte, »schmolzen die Einheiten einfach weg«. Der Kern der Staatsmaschinerie löste sich auf.

Nun bemühten sich die SPD-Führer von Beginn an, diese Staatsmaschinerie wieder herzustellen. Ihre zwei zentralen Entscheidungen waren die Einberufung einer Nationalversammlung und die Schaffung eines kleinen, neuen Freiwilligenheeres unter rechten Offizieren, das dann gegen die revolutionäre Linke im Januar 1919 eingesetzt wurde. Die USPD-Führer - die Hälfte der Regierung - unterstützten erstere Entscheidung und bekämpften, trotz aller Ablehnung, die zweite Entscheidung nicht.

Das waren die zentristischen Führer, die es mit Hilfe der 21 Bedingungen auszuschließen galt. Angesichts ihrer jüngsten Vergangenheit ist es kristallklar, daß keine Selbstverpflichtung zur Arbeitermacht oder irgendetwas anderes seitens dieser Führer den geringsten Wert gehabt hätte. Ein Bruch war unbedingt notwendig. Glücklicherweise stellten sich zwei der drei USPD-Führer auf dem Kongreß offen dagegen - und erleichterten damit eine scharfe Debatte.

Die französischen Zentristen verfolgten eine andere Taktik. Ihr wichtigster Sprecher war der berüchtigte Opportunist Marcel Cachin. Cachin war nicht nur ein heißer Befürworter des Ersten Weltkriegs bis 1917 gewesen, sondern hatte sich auch als Agent der französischen Regierung bemüht, einen Pro-Kriegsflügel in der italienischen Sozialistischen Partei zu schaffen, wobei er mit dem Renegaten (und zukünftigen faschistischen Diktator) Benito Mussolini zusammengearbeitet hatte. Cachin war bereit, alles zu versprechen. »Wir sind voll und ganz damit einverstanden ... Wir sind überzeugt, daß unser Freund Longuet, falls er hier sein könnte, nach einigem Nachdenken der gleichen Ansicht sein würde wie wir. [Longuet war ein erklärter Gegner der Bolschewiki, D.H.]. Wir werden als Träger Eurer Bedingungen nach Frankreich zurückkehren«⁴⁶.

Eine Partei unter der Führung von Longuet, Cachin, Frossard und deren Freunden würde niemals eine revolutionäre Partei sein, egal welche Versprechungen sie machte. Offensichtlich würde es nicht so einfach sein, wie es sich Sinowjew vorgestellt hatte, die zentristischen Kamele daran zu hindern, durch das Nadelöhr zu gelangen. Aus diesem Grunde kritisierten eine Anzahl von linken Delegierten scharf die Kominternführung dafür, daß sie überhaupt die Anwesenheit von Zentristen geduldet hatte. Lenin war anderer Meinung. »Wenn Kautsky gegen uns auftritt und Bücher schreibt, so polemisieren wir mit ihm wie mit einem Klassenfeind. Wenn aber die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die dank dem Zustrom revolutionärer Arbeiter gewachsen ist, hier erscheint, um Verhandlungen zu führen, so müssen wir mit ihren Vertretern sprechen, denn sie vertreten einen Teil der revolutionären Arbeiter.«⁴⁷

Nach dem Kongreß konnten diese Arbeiter leichter erreicht werden. Nach einer intensiven Debatte in den Reihen der Partei wurden die USPD-Führer gezwungen, einen Kongreß in Halle im Oktober einzuberufen, um den Anschluß an die Komintern zu beraten. Die Linken gewannen mit 236 Stimmen gegen die Rechten. Die Rechten spalteten sich ab. Die neue Partei zählte nach der Vereinigung mit der ursprünglichen, 1919 gegründeten deutschen Kommunistischen Partei (KPD) etwa 350.000 Mitglieder. Die Komintern besaß nun eine Massenpartei in dem wichtigsten Land Europas.

Im Dezember stimmte der Tours-Kongreß der französischen SFIO mit einer drei-zu-

⁴⁶ ebenda, Seite 262-264

⁴⁷ Lenin, GW, Band 31, Seite 238

eins Mehrheit (3.208 Stimmen gegen 1.022) für den Anschluß und die Annahme der 21 Bedingungen. Die daraus entstehende neue französische Kommunistische Partei (PCF) begann mit 150.000 Mitgliedern. Aber, obwohl sich die kompromißloseren Rechten unter der Führung von Longuet und Blum abgespalten hatten, um die SFIO erneut zu gründen, wurde die PCF selbst von "umgemodelten" Zentristen wie Frossard und Cachin angeführt. Spätere Ereignisse sollten zeigen, daß diese Ummodelung nur hautdünn war.

Im gleichen Dezember 1920 spaltete sich die tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei; die kommunistische Linke nahm über die Hälfte der Mitgliedschaft mit und gründete eine hunderttausendstarke Kommunistische Partei. Eine weitere Spaltung in der sozialdemokratischen Partei der deutschsprachigen Minderheit in der Tschechoslowakei (Sudetenland) führte weitere Kräfte hinzu, und nach deren Vereinigung zählte die Partei 170.000 Mitglieder.

Anfang 1921 hatten die der Komintern angeschlossenen Parteien die Unterstützung der Mehrheit der politisch bewußten Arbeiter in sechs europäischen Ländern (Frankreich, Italien, Norwegen, Bulgarien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei) und einer beträchtlichen Minderheit in weiteren Ländern (Deutschland, Schweden und Polen). Die wichtigste Ausnahme bildete Großbritannien, wo die 1920 gegründete Kommunistische Partei vielleicht 3.000 wirkliche Mitglieder hatte (obwohl sie 10.000 beanspruchte) und noch keine ernsthafte Kraft bildete.

An dieser Stelle ist es nützlich, uns einige weitere Punkte unter den 21 Bedingungen anzuschauen. »*Alle Presseorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden...*«, wurde unter anderem festgehalten. »*Die periodische und nichtperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Selbständigkeit mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.*«⁴⁸ Diese Bedingung zielte auf die notorische Art, in der in vielen sozialdemokratischen Parteien Individuen mit Geld oder wohlhabende Anhänger angebliche Parteipublikationen leiteten, die keiner Kontrolle durch die Partei unterlagen und sich für gewöhnlich kleinbürgerlichen Vorurteilen anpaßten.

Eine weitere Bedingung erklärte »kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität«: »...wo Kommunisten ... nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombination der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.«

Und weiter: »Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei 'demokratische' Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.«*⁴⁹ **Das moderne Gegenstück zum Völkerbund sind die Vereinten Nationen.*

»Jede Partei ... muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit inner-

⁴⁸ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 389

⁴⁹ ebenda, Seite 390

halb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen«⁵⁰. Dieser Punkt richtete sich natürlich gegen die Ultralinken in den Kommunistischen Parteien - aber es lohnt sich hier festzuhalten, daß das Problem der Arbeiterbürokratien als eine konservative Schicht innerhalb der Massenorganisationen der Arbeiter nicht gesondert untersucht wird.

»Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum, getragen vom Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.«⁵¹

Der Schlüsselsatz hier ist: »getragen vom Vertrauen der Parteimitgliedschaft«, denn Disziplin in einer revolutionären Partei ist zu 90 Prozent eine Frage der Überzeugung. Diese Bedingung zielte in erster Linie auf Parlamentsabgeordnete, Stadträte, Gewerkschaftsfunktionäre und andere relativ privilegierte Leute innerhalb der Partei. Eine Organisation, die sie nicht zwingt, sich der Parteidisziplin unterzuordnen - bzw. sie nicht ausschließt, wenn sie das nicht tun -, ist keine revolutionäre sozialistische Organisation.

Natürlich hängt die Betonung auf Demokratie zu einem bestimmten Zeitpunkt, und auf den Zentralismus zu einem anderen von den Erfordernissen der Situation ab. Wer entscheidet, was diese Erfordernisse sind? Es kann kein einfaches Verlassen auf eine "unfehlbare" Führung geben, denn sowas gibt es einfach nicht. Die Aufgabe besteht darin, eine Schicht von erfahrenen Mitgliedern innerhalb der Partei - die "Kader" - zu entwickeln, die fähig sind zu urteilen. Das erfordert aber Zeit - etwas, worüber die Kominternparteien in ihren entscheidenden Anfangsjahren nur in sehr begrenztem Maße verfügten.

Weitere Bedingungen bezogen sich auf die Arbeit unter den bewaffneten Kräften und der Bauernschaft, auf die Kolonien und die internationalen Gewerkschaftsvereinigungen. Sie werden später behandelt.

In der Praxis entsprachen die neuen kommunistischen Massenparteien nicht einmal annähernd dem Modell, das in den 21 Bedingungen skizziert wurde. Aber ihre bloße Existenz war schon ein riesiger Schritt vorwärts.

Im Sommer 1920 schienen weitere Kräfte, die großen syndikalistischen Organisationen in Frankreich und Spanien und einige kleinere anderswo, sich dem Einfluß der Komintern zu öffnen. Sie mußten allerdings noch von der Notwendigkeit der revolutionären Partei überzeugt werden. Eine wichtige Debatte auf dem zweiten Weltkongreß betraf die Natur der revolutionären Partei und die syndikalistischen Einwände dagegen.

Die Rolle der Partei

»Die Kommunistische Internationale verwirft auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische

⁵⁰ ebenda, Seite 391

⁵¹ ebenda, Seite 392

Partei zu haben. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unvermeidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Die politische Macht kann nicht anders ergriffen, organisiert und geleitet werden als durch irgendeine politische Partei.«⁵².

Resolution zum Zweiten Weltkongreß.

»Es kann ja ziemlich merkwürdig erscheinen, daß ein Dreiviertel-Jahrhundert nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes auf einem internationalen kommunistischen Kongreß die Frage aufgeworfen wird, ob Partei oder keine Partei«, sagte Trotzki. »Wir sehen andererseits, daß gerade ... die Parteien der II. Internationale ... uns hier zwingen, die Frage aufzuwerfen, ob Partei oder keine Partei.«⁵³

Die revolutionären Syndikalisten identifizierten politische Parteien mit Parlamentarismus - und identifizierten die Teilnahme an Parlamenten mit Opportunismus und Verrat. Ihre Alternative war das militante Gewerkschaftertum auf der Basis der direkten Aktion, das schließlich in den revolutionären Generalstreik münden würde. Ihrer Ansicht nach waren Parteien nicht nur nicht notwendig, sie bedeuteten ein regelrechtes Handikap für die Arbeiterklasse. Der Verrat von 1914 war der Beweis.

»Auf den Geist der Gewerkschaften kommt es an, der Geist soll ein revolutionärer sein...« sagte Pestagna, Delegierten der spanischen CNT. »Die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaften als solche revolutionär und kampffähig und solche Organisationen sind, die den Kampf und die Revolution beschleunigen«⁵⁴.

Jack Tanner, ein zukünftiger Präsident der britischen Metallarbeitergewerkschaft, der aber auf dem Kongreß für die britische Vertrauensleute- und Arbeiterkomiteebewegung sprach, entwickelten das Argument weiter, »Die meisten aktiven Männer in der Shop-Steward-Bewegung sind ehemalige Mitglieder von politischen sozialistischen Parteien, haben sie aber verlassen, weil sie der Meinung waren, daß sie sich nicht entlang des richtigen Weges entwickelten... Es kommt nicht in Frage, daß wir wie reuige Sünder zur Herde zurückkehren... Jetzt werden Anstrengungen unternommen, um die Arbeiter dazu zu bringen, auf das Parlament zurückzugreifen, obwohl alle darin übereinstimmen, daß es so schnell wie möglich abgeschafft werden muß... Ihr werdet nur auf Ablehnung bei den klassenbewußten Arbeitern in der Frage der Mitgliedschaft in der Labour Party stoßen«⁵⁵.

Die russischen Führer legten großen Wert auf die Gewinnung der Syndikalisten als ein revolutionäres Gegengewicht zu den zentralistischen Zauderern, die in die Komintern reinschlüpfen. »Weil ich weiß, daß eine Partei notwendig ist ... und weil ich einerseits Scheidemann und andererseits einen amerikanischen, einen spanischen, einen französischen Syndikalisten habe, der nicht nur das Bürgertum zu bekämpfen gewillt ist, wie es auch Scheidemann gewillt war, sondern auch wirklich ihm den Kopf abreißen will«, erklärte Trotzki, »ziehe ich es vor, mit diesem spanischen, amerikanischen und französischen Kameraden mich auseinanderzusetzen die Notwendigkeit der Partei zu beweisen. Ich werde ihn kameradschaftlich

⁵² ebenda, Seite 116

⁵³ ebenda, Seite 91,192

⁵⁴ ebenda, Seite 77/78

⁵⁵ ebenda, Seite 78/99 *

belehren, mich dabei auf meine Erfahrung stützen, ihm aber nicht die große Erfahrung von Scheidemann gegenüberstellen und sagen: für die Mehrheit ist diese Frage schon gelöst«⁵⁶.

Sinowjew betonte den Unterschied zwischen einer sozialdemokratischen und einer kommunistischen Partei. »Wir brauchen keine Parteien, die das einfache Prinzip haben, möglichst viele Mitglieder um sich zu sammeln, die zu kleinbürgerlichen Parteien werden ... Wir brauchen nicht Parteien, die z.B. bei den Wahlen Kandidaten aufstellen, die erst gestern zur Partei gekommen sind. Wir brauchen nicht Parlamentsfraktionen, in denen wir statt Arbeitern 46 Professoren, 45 Advokaten oder noch mehr haben ... Da ist es zu verstehen, daß auch dort ganz gute Revolutionäre sagen: besser gar keine Partei als eine solche Partei«⁵⁷.

Auf demselben Kongreß berichtete Bucharin: »Wenn wir die französische Partei betrachten, haben wir folgende Zahlen: 68 Parlamentarier, unter ihnen 40 ausgesprochene Reformisten innerhalb der schon opportunistischen Partei und 26 vom Zentrum, - nicht in unserem Sinne des Wortes, sondern das Wort bedeutet hier das Zentrum der französischen Partei ... Was die Kommunisten betrifft, so haben sie vielleicht 2 Stimmen. In der norwegischen Partei ... hat die parlamentarische Fraktion 19 Mitglieder ... 2 sind Kommunisten«⁵⁸.

Die kommunistische Organisation, die die Komintern vorschlug, betonte Sinowjew, war eine ganz andere. »In jedem Betriebe sollen die besten Leute Mitglieder unserer Partei sein. Sie werden am Anfang freilich in der Minderheit sein, aber da sie ein klares Programm haben, da sie die aufgeklärtesten sind, da die Arbeiter Vertrauen zu ihnen haben, so werden sie zur gegebenen Stunde sofort zu Führern der Massenbewegung werden. Der Kampf, der sich vorbereitet, ist ein riesiger ... Nicht formlose Arbeiterunionen, die von der Hand in den Mund leben, sondern eine Partei, die die Besten aus der Arbeiterklasse umfaßt, die im Verlauf von Jahrzehnten sich organisiert und die einen festen Keim bildet, wird der Arbeiterklasse den richtigen Weg zeigen. Es handelt sich darum, daß wir die Vorhut der Arbeiterklasse organisieren, damit sie in diesem Kampfe die Massen wirklich leiten kann ... [wir brauchen] einen Generalstab, eine zentralisierte Partei ... wir sollen Schritt für Schritt arbeiten, um die besten Elemente der Arbeiterklasse in unsere Reihen zu bekommen«⁵⁹.

Der Kern der Sache wurde in den vom Kongreß angenommenen "Leitsätzen" über die Parteifrage zusammengefaßt. »Die Begriffe Partei und Klasse müssen strengstens auseinandergelassen werden. Die Mitglieder der "christlichen" und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter Scheidemann, Gompers und Konsorten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum

⁵⁶ ebenda, Seite 92

⁵⁷ ebenda, Seite 67/68

⁵⁸ ebenda, Seite 407

⁵⁹ ebenda, Seite 61/65/68

Niveau des kommunistischen Vortrups zu heben ...« »Die revolutionären SyndikalistInnen sprechen oft von der großen Rolle einer entschlossenen revolutionären Minderheit. Nun, eine wirklich entschlossene Minderheit der Arbeiterklasse, eine Minderheit, die kommunistisch ist, die handeln will, die ein Programm hat, die den Kampf der Massen organisieren will, ist eben die kommunistische Partei«⁶⁰.

Eine Reihe wichtiger syndikalistischer Führer, insbesondere die Franzosen Monatte und Rosmer, wurden gewonnen. Es war aber klar, daß eine Mitgliedschaft der syndikalistischen Gewerkschaftsorganisationen als solche keine reale Möglichkeit war. Zum Teil wurde die Rote Gewerkschaftsinternationale später gerade deshalb aufgebaut, um diese Schwierigkeiten zu überwinden

"Keine Kompromisse, keine Manöver"

*»Ein Rezept oder allgemeine Regel, brauchbar für alle Fälle ('keinerlei Kompromisse'), fabrizieren zu wollen, wäre Unsinn. Man muß selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden. Gerade darin besteht unter anderem die Bedeutung der Parteiorganisation und der Parteiführer, die diesen Namen verdienen, daß man durch langwierige, hartnäckige, mannigfaltige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse die notwendigen Kenntnisse, die notwendigen Erfahrungen, das - neben Wissen und Erfahrung - notwendige politische Fingerspitzengefühl erwirbt, um komplizierte politische Fragen schnell und richtig zu lösen«⁶¹.
Lenin, "Der linke Radikalismus".*

Im späteren Dezember 1918 hatte der nationale Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte mit 344 Stimmen zu 98 beschlossen, die Wahl einer Nationalversammlung zu erlauben. Die SPD-Führer, die diese, für die Arbeiterräte wahrlich selbstmörderische Linie, durchsetzten, genossen zu jenem Zeitpunkt zweifelsohne die Unterstützung einer breiten Mehrheit der Arbeiterklasse. Fast unmittelbar danach hielt die deutsche Kommunistische Partei (KPD) ihren Gründungskongreß ab. Mit einer großen Mehrheit von 62 zu 23 entschied sie sich, die Wahlen zu boykottieren.

In dieser Debatte waren jene KPD-Delegierte, die aus der Führung der ehemaligen Spartakusliga stammten, fast ausnahmslos für eine Beteiligung. Rosa Luxemburg argumentierte: *»Wir möchten unsere Taktik... einstellen auf alle Eventualitäten, auch auf die revolutionäre Ausnutzung der Nationalversammlung, wenn sie zustande kommt«⁶².*

Es war natürlich möglich, eine gewisse Rechtfertigung für den Boykott in den damals herrschenden Zuständen zu suchen. Man hätte argumentieren können, daß die Arbeiter- und Soldatenräte immer noch bestanden und aufrechterhalten werden könnten; daß die SPD schnell an Boden verlor; daß ihre Mehrheit in den Räten in Bälde umgeworfen werde; daß ein massenhafter Aufstand gegen die SPD-USPD-Regierung in der nächsten Zukunft möglich sei. Ein solches Argument hätte zwar eine falsche Interpretation der Situation dargestellt, es wäre aber nicht absurd gewesen.

Die Befürworter eines Wahlboykotts griffen allerdings nicht auf solche Argumente zurück. Für sie war ein solches Kalkül irrelevant. Sie waren für Arbeiterräte und gegen

⁶⁰ ebenda, Seite 115/118

⁶¹ Lenin, GW, Band 31, Seite 54

⁶² Weber, "Der Gründungsparteitag der KPD, Protokolle und Materialien", Frankfurt/Wien 1969, Seite 192

das Parlament. Deshalb wollten sie nichts zu tun haben mit irgendeinem Parlament. Anders zu handeln, würde die Arbeiter nur verwirren: »Demzufolge ist jeder Kompromiß mit anderen Parteien, jede Rückkehr zu den historisch und politisch erledigten Kampf-formen des Parlamentarismus, jede Politik des Lavierens und Paktierens mit aller Entschiedenheit abzulehnen«⁶³, schrieb eine Gruppe von Boykottlern wenig später.

In wessen Augen politisch überlebt? Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 9. Januar 1919 erhielt die SPD elfeinhalb Millionen Stimmen, überwiegend die Stimmen von arbeitenden Männern und Frauen (es waren die ersten Wahlen in Deutschland auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts). Der Parlamentarismus hatte sich sicherlich überlebt vom Standpunkt der wenigen tausend Mitglieder der KPD und sogar, zur damaligen Zeit, eines breiteren Kreises von Militanten der Arbeiterklasse, insgesamt vielleicht einiger hunderttausend. Er hatte sich aber offensichtlich nicht überlebt vom Standpunkt der Millionen Arbeiter, die für die SPD oder die USPD stimmten.

Die Ultralinken gingen davon aus, daß das, was dem fortgeschrittenen Militanten klar war, auch den Arbeitern im allgemeinen klar sein mußte, und daß diejenigen, die das nicht akzeptierten, entweder korrumpierte Schufte waren, oder aber Schafe, die bloß auf die richtige Anleitung warteten. Das war die Grundeinstellung der jungen Militanten, die sich mit der Handvoll alter Spartakisten zusammengetan hatten, um die KPD zu gründen. Ein solches Verständnis führte zu einer Politik des Abenteuerums, das abwechselnd vom Abstentionismus abgelöst wurde.

Am 5. Januar 1919 versuchte die nach wie vor winzige KPD, mit der Unterstützung örtlicher Sektionen der USPD, die Macht in Berlin zu übernehmen. Dieser Aufstand, der später als der Spartakusaufstand bekannt wurde, war nicht im voraus auf der Basis einer Einschätzung der Kräfteverhältnisse geplant worden. Er war die spontane Reaktion von KPD- und einigen USPD-Militanten auf das Vorhaben der Regierung, Emil Eichhorn, ein linkes USPD-Mitglied, das während der Novemberrevolution von 1918 zum Chef der Berliner Polizei wurde, von seinem Posten abzusetzen. Die Absetzung war eine kalkulierte Provokation.

Luxemburg, Liebknecht und die Mehrheit der nationalen Parteiführung waren gegen den Aufstand. Liebknecht änderte dann seine Meinung. Die anderen wurden überrumpelt und nahmen, widerwillig, die Führung ein. Die Revolutionäre hatten einige militärische Unterstützung, insbesondere die 3.000 bewaffneten Matrosen aus Kiel, aber sie waren eine eindeutige Minderheit im immer noch bestehenden Berliner Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Mangels einer mehrheitlichen Unterstützung sogar in der Berliner Arbeiterschaft wurde der Aufstand schnell unterdrückt. Ebert, Scheidemann und Noske, die SPD-Führer, verliehen den hastig wieder aufgebauten rechten Armeeeinheiten unter der Leitung ehemaliger Reichsoffiziere die nötige "sozialistische" und "republikanische" Rechtmäßigkeit. Bei den nachfolgenden Repressionen wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet.

Die KPD, oder besser gesagt ihre örtliche Führung in München, verhielt sich besser während der kurzlebigen Bayerischen Sowjetrepublik, die drei Monate später ausgerufen wurde (vom 7. April bis zum 1. Mai 1919). Sie sprach sich gegen die Gründung der

⁶³ Lenin, GW, Band 31, Seite 25

Republik aus, in der richtigen Annahme, daß es sich um ein Abenteuer mit sehr unzureichender Unterstützung handelte, und übernahm die Führung erst dann, nachdem die Koalition aus Anarchisten, USPD-Leuten und einigen SPD-Anhängern (die die "Regierung" bildeten) zusammengebrochen war. Als Ergebnis der Niederlage wurde Bayern »das Land mit ständigem Ausnahmezustand, der jeden Versuch sozialistischer Organisation verhinderte. Die Kommunistische Partei wurde illegal. Die Führer, die nicht in den ersten Tagen [der Konterrevolution] erschossen worden waren, wurden von Zivilgerichten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt...«⁶⁴. Die örtlichen KPD-Führer konnten für diesen Ausgang kaum verantwortlich gemacht werden. Sie hatten alles getan, was sie tun konnten.

Aber sie waren nicht typisch für die Mitgliedschaft auf nationaler Ebene. Was Lenin die "Kinderkrankheit des linken Radikalismus" nannte, war kräftig am Gedeihen. Eine Mehrheit der Partei war nicht nur gegen Wahlbeteiligung; sie war genauso gegen die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften. »Für die Erfassung weitester proletarischer Kreise und Schichten, die in dem revolutionären Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei aufzumarschieren haben«, erklärte die vorhin zitierte Gruppierung, »sind neue Organisationsformen auf breiter Basis und mit weitestem Rahmen zu treffen. Dieses Sammelbecken aller revolutionären Elemente ist die in den Betriebsorganisationen verankerte Arbeiter-Union. In ihr finden sich alle Proletarier zusammen, die dem Rufe: Heraus aus den Gewerkschaften! gefolgt sind. Hier formiert sich das Proletariat in breiter Schlachtreihe. Das Bekenntnis zum Klassenkampf, zum Räteregime und zur Diktatur genügt für die Einreihung«⁶⁵.

Gegen diesen »alten, längst bekannten Plunder« hatte Lenin, kurz vor dem 1920er Kongreß der Komintern, eine seiner kräftigsten Polemiken geschrieben unter der Überschrift "Der 'Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus". Auf dem Kongreß selbst wurde eine klare Linie gegen den Abstentionismus eingenommen: »... Die Kommunisten in allen Ländern [müssen] in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen ... Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften ... stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar«⁶⁶.

Den Kampf gegen den Zentrismus im Auge behaltend bekräftigten die vom Kongreß angenommenen "Leitsätze" über den Parlamentsboykott: »Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik ... Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören ... Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunftsgesellschaft. Er verneint die Möglichkeit, die Parlamente dauernd zu erobern; er setzt sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel.«⁶⁷

Auf der anderen Seite ist »der prinzipielle "Antiparlamentarismus" in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären parlamentarischen Tätigkeit ... eine naive kindische Doktrin unter

⁶⁴ Fischer, "Stalin und der deutsche Kommunismus", Verlag Frankfurter Hefte, Ffm., o.J., Seite 131

⁶⁵ Lenin, GW, Band 31, Seite 25

⁶⁶ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 529/530

⁶⁷ ebenda, Seite 470

jeder Kritik, eine Doktrin, die ... nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht... Boykott der Wahlen oder der Parlamente, sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Überganges zum bewaffneten Kampf und zur Machtergreifung schon vorhanden sind.«⁶⁸

Die Ablehnung dieser Ansichten beschränkte sich keineswegs nur auf Deutschland. Die größte linke Sektion in der italienischen PSI war stark »für den Boykott aus Prinzip«. Beträchtliche Teile der Mitgliedschaft der britischen, amerikanischen, holländischen und anderer Kommunistischen Parteien waren ultralinke. Die Mehrheit der holländischen Partei war für eine "Elite"-Organisation von politisch geschulten, aufgeklärten und sorgfältig ausgewählten Mitgliedern, ohne "Verwässerung" durch rauhe militante Arbeiter, also eine im Grunde genommen propagandistische Organisation, meilenweit von der Herangehensweise der Komintern, die »die besten Vertreter der Arbeiterklasse« sammeln wollte. Ihre abstentionistische Haltung, die am klarsten auf dem Dritten Kongreß der Komintern 1921 zum Ausdruck kam, folgte daraus.

Die amerikanische Kommunistische Partei hingegen war ultrarevolutionär. Eine Mehrheit ihrer Mitglieder befürwortete »ausschließlich Untergrund- und geheime Operationen«. Alle Versuche zur offenen und »legalen« Aktivität wurden als »Opportunismus« denunziert. Die britische Kommunistische Partei, obwohl sie keines dieser beiden absurden Extreme jemals vertrat, behielt in den ersten paar Jahren ihres Bestehens eine starke ultralinke Tendenz. In der Tat, ultralinke Tendenzen, sowohl in der abstentionistischen als auch in der abenteuerlichen Variante, waren stark in den frühen Jahren der Komintern vertreten, und sollten in der Periode von 1924-25 sowie auch, unter anderen Umständen, zwischen 1928-34, die Oberhand gewinnen.

Da, wo es am meisten zählte, in Deutschland, war der ultralinke Flügel aus der KPD auf ihrem zweiten, in der Illegalität gehaltenen Heidelberger Kongreß im Oktober 1919 ausgeschlossen worden. Die überlebenden spartakistischen Führer - Levi, Meyer und andere - hatten Resolutionen durchgepeitscht, die die Annahme der Gewerkschaftsarbeit und die Ablehnung von Wahlboykotts »aus Prinzip« zur Mitgliedschaftsbedingung erhoben. Das wurde ohne große Rücksichtnahme auf demokratische Regeln getan (einigen der "linken" Delegierten wurde Zeitpunkt und Ort des Treffens nicht mitgeteilt), und es kostete die Partei die Hälfte oder mehr ihrer wachsenden Mitgliedschaft⁶⁹. Es war aber unabdingbar, wenn die KPD jemals zu einer wirklichen Kraft werden wollte, und es war insbesondere eine notwendige Bedingung für den Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD, der ein Jahr später erfolgte.

Die "Linken" gründeten später die Kommunistische Arbeiterpartei (KAPD), die anfänglich 38.000 Mitglieder für sich beanspruchte, die aber innerhalb von wenigen Jahren auseinanderbrach. Sie durfte eine Delegation zum zweiten Weltkongreß der Komintern entsenden, aber ohne Stimmrecht.

Aber sogar nach dem Ausschluß der "Linken" war die KPD weit davon entfernt, jenes "politische Gespür" erworben zu haben, von dem Lenin schrieb. Am 13. März 1920 wandte sich ein Teil des wiederaufgebauten deutschen Heeres unter der Führung von General Lüttwitz, dem Besieger des Spartakusaufstandes, gegen die Hand, die ihn gefüt-

⁶⁸ ebenda, Seite 473/474

⁶⁹ Fischer, ebenda, Seite 145

tert hatte. Er nahm Berlin ein und setzte die von der Nationalversammlung gewählte sozialdemokratische Regierung der Weimarer Republik ab. Ebert und seine Kollegen flüchteten nach Stuttgart. Der Rest des Heeres verhielt sich "neutral": Er weigerte sich, für die Weimarer Republik zu kämpfen. Das war der Kapp-Putsch, nach dem Namen eines reaktionären Zivilisten, Dr. Kapp, der von Lüttwitz vorgeschickt wurde.

Der deutsche Gewerkschaftsbund rief einen unbegrenzten Generalstreik aus. Mehr als 12 Millionen Arbeiter traten in den Aufstand. Es entwickelte sich ein bewaffneter Widerstand gegen den Putsch, insbesondere im Ruhrgebiet und in Sachsen, der von Individuen und Mitgliedergruppen aus der USPD und aus beiden Kommunistischen Parteien angeführt wurde. Die erste Reaktion des KPD-Zentrums war es jedoch, seine Unparteilichkeit in diesem Kampf zwischen »zwei konterrevolutionären Banden« kundzutun!

»Das revolutionäre Proletariat ... wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik«⁷⁰, erklärte es. Diese unglaubliche Unfähigkeit zu verstehen, was auf dem Spiel stand, die Annahme, daß es keinen Unterschied zwischen einer Militärdiktatur und einer bürgerlich-demokratischen Republik gibt, zeigt, wie sehr sogar die erklärten Gegner eines ultralinken Kurses selbst davon angesteckt waren.

Diese abstentionistische Haltung wurde schnell geändert. Glücklicherweise waren die meisten Parteimitglieder schneller als ihre Führer und nahmen von Anfang an keine Kenntnis davon. Der Kapp-Putsch brach nach wenigen Tagen eines intensiven und zunehmend gewalttätigen Widerstands der Arbeiterklasse zusammen. Das Ergebnis war ein deutlicher Schwenk nach links unter der deutschen Arbeiterschaft. Die USPD gewann fünf Millionen Stimmen bei der darauffolgenden Wahl, und die KPD, die nach der Niederwerfung des Putsches legal wurde, eine halbe Million.

»Der Kapp-Putsch war ebenfalls entscheidend für die Entwicklung des deutschen Kommunismus. Bis zu dem Zeitpunkt waren die Spartakisten eine isolierte Minderheit gewesen... Der Kapp-Putsch erweckte neue Impulse in der USPD. Nach einer zweijährigen Erfahrung mit Lüttwitz, von Seeckt, von Watter und Eberhardt waren die Arbeiter davon überzeugt, daß diese Männer nicht durch wohlgeschliffene Formulierungen entworfen werden könnten; sie hatten die Hoffnung verloren, daß die sozialdemokratische Regierung gegen die offene und versteckte Wiederaufrüstung der Restaurationskräfte auftreten werde«⁷¹.

Die Mitglieder der KPD und der USPD kamen sich näher. Die Grundlage für den Sieg in Halle war durch die gemeinsame Aktion zwischen ihnen festgelegt worden. Aber eine starke ultralinke Tendenz lebte weiter in der nun vereinten kommunistischen Massenpartei (VKPD), die aus dem Zusammenschluß entstanden war; das sollte sich in der "März-Aktion" von 1921 zeigen. Ein erfahrener Kader, wie ihn die Bolschewiki in Rußland besaßen, konnte nicht so einfach improvisiert werden⁷².

Die britische Kommunistische Partei und die Labour Party

»Man muß berücksichtigen, daß in der englischen Arbeiterpartei ganz eigenartige Verhältnisse bestehen. Das ist eine sehr originelle Partei oder, richtiger gesagt,

⁷⁰ Weber, "Der deutsche Kommunismus, Dokumente 1915-1945", Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973, S. 139

⁷¹ Fischer, a.A.o., Seite 165

⁷² Siehe Cliff, "Lenin" (London 1975 und 1976), Band I-II, und auch Sinowjew, "Geschichte der KPdSU (B)", Politladen GmbH, Erlangen 1972

überhaupt keine Partei im üblichen Sinne dieses Wortes. Sie setzt sich aus Mitgliedern aller Gewerkschaftsorganisationen zusammen, so daß sie jetzt etwa vier Millionen Mitglieder zählt, und gewährt allen politischen Parteien, die ihr angeschlossen sind, genügend Freiheit. Ihr gehört somit die große Mehrheit der englischen Arbeiter an, die von den ärgsten bürgerlichen Elementen am Gängelband geführt werden, von Sozialverrättern, noch schlimmeren Herrschaften als die Scheidemann, Noske und ihresgleichen. Aber gleichzeitig duldet es die Arbeiterpartei, daß sich die Britische Sozialistische Partei in ihren Reihen befindet, und daß diese letztere Ihre eigenen Presseorgane hat, in denen die Mitglieder eben dieser Arbeiterpartei frei und offen erklären dürfen, daß die Führer der Partei Sozialverräter sind ... Es ist eine sehr originelle Lage, wenn eine Partei, die riesige Arbeitermassen in einer Weise umfaßt, als wäre sie eine politische Partei, dennoch gezwungen ist, ihren Mitgliedern volle Freiheit einzuräumen ... Unter diesen Umständen wäre es falsch, nicht in diese Partei einzutreten.«⁷³ Lenin, Rede auf dem Zweiten Weltkongreß.

Die wichtigsten Merkmale der britischen Kommunistischen Partei (CPGB), die Ende Juli 1920 gegründet wurde, waren ihre extreme Schwäche und ihr politisches Erbe - die sektiererischen, propagandistischen Traditionen des britischen Marxismus.

Ihre Hauptkräfte stammten von der Britischen Sozialistischen Partei (BSP), dem direkten Erben von Hyndmans Sozialdemokratischer Föderation (SDF) (später die Sozialdemokratische Partei - SDP - und dann, ab 1912, die Britische Sozialistische Partei). Engels hatte die SDF als hoffnungslos sektiererisch, passiv und propagandistisch beschrieben. Die SDP-BSP war schon immer eine Sekte gewesen, obwohl zeitweise eine ziemlich große Sekte. Andere Kräfte hatten sich der Kommunistischen Partei angeschlossen: aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SLP), einer früheren Abspaltung von der SDF, einer zwar immer noch sektiererischen, aber viel aktivistischeren und interventionistischeren Gruppe, als es die BSP war, aus den Überresten der im Krieg entstandenen Vertrauensleutebewegung und aus einigen anderen Quellen. Die neue Partei hatte trotz alledem insgesamt nur etwa 3.000 Mitglieder, und viele unter ihnen sollten in den nächsten paar Jahren wieder austreten.

Diese Schwäche war natürlich nicht bloß ein zufälliges Produkt von Persönlichkeiten oder Ideen. Im Endeffekt war sie das Produkt der überwältigenden Vorherrschaft des britischen Kapitalismus fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch. Nach den historischen Niederlagen der Arbeiterklasse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte er die Arbeiterbewegung entlang sehr enger, sektionalistischer und "unterwürfiger" Muster gemodelt.

Aus diesen Gründen hatte es keine sozialdemokratische Massenpartei in Großbritannien vor 1914 gegeben. Das sollte sich ändern. Die Labour Party, die bis dahin eine kleine und sehr mäßige parlamentarische Lobby im Bündnis mit der vorherrschenden Liberalen Partei gewesen war, erklärte sich 1918 zu einer sozialistischen Organisation und begann damit, Ortsgruppen aufzubauen, die für den Beitritt von Einzelmitgliedern offenstanden. Bei den nationalen Wahlen im gleichen Jahr kämpfte sie zum ersten Mal unabhängig von - und gegen - die Liberalen. Die Radikalisierung infolge des 1. Weltkriegs kam ihr zugute, und sie erzielte 22 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Sie

⁷³ Lenin, GW, Band 31, Seite 249

war immer noch eine sehr föderalistische Körperschaft ("überhaupt keine Partei im üblichen Sinne des Wortes"), und die Britische Sozialistische Partei war einer ihrer Bestandteile. Man konnte natürlich nicht erwarten, daß dieser Zustand länger anhält, aber 1920 war die Situation bis zu einem gewissen Grad noch im Fluß.

Die Kominternleitung, insbesondere Lenin, ermutigte die britische Kommunistische Partei, in die Labour Party zu intervenieren, indem sie sich ihr anschloß und den Kampf für eine revolutionäre Politik innerhalb ihrer Reihen fortsetzte. Obwohl Lenin von der Labour Party sagte, sie sei eine »durch und durch bürgerliche Partei, denn obwohl sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, wird sie doch von Reaktionären geführt - von den schlimmsten Reaktionären«⁷⁴, argumentierte er: »Wenn die Kommunistische Partei Englands damit beginnt, in der Arbeiterpartei revolutionäre Arbeit zu leisten, und wenn die Herren Henderson dann gezwungen sind, diese Partei auszuschließen, so wird das ein großer Sieg der kommunistischen und revolutionären Arbeiterbewegung in England sein«⁷⁵.

Das Ziel war es, die britische Kommunistische Partei von ihrem propagandistischen Erbe loszueisen, Schichten von neu Erwachten von den Hendersons und MacDonalds der Labour Party wegzugewinnen, und so die Grundlage für eine interventionistische kommunistische Partei von einiger Größe und Substanz zu legen.

Die zwölf britischen Delegierten auf dem Kongreß waren geteilt in dieser Frage, aber die Gründungskonferenz der Britischen Kommunistischen Partei, die zur gleichen Zeit stattfand, entschied sich erst wenige Tage vor Lenins Rede mit 100 zu 85 Stimmen dafür, die Mitgliedschaft in der Labour Party zu beantragen.

Der Antrag wurde im August 1920 von der Führung der Labour Partei abgelehnt, aber die Kommunistische Partei blieb beharrlich. »Unsere Taktik war es dann«, schrieb der Parteiführer Tom Bell, »die Ablehnung seitens der Labour Partei nicht zu akzeptieren, sondern die Kampagne in das Land reinzutragen, das heißt, zu den örtlichen Labour Parteien, zu den Gewerkschaftsgruppen zu gehen ... Wir trafen auf sehr verschiedenartige Umstände. Einige örtliche Labour Parteien, beherrscht von reaktionären Elementen, für die die Kommunisten nur ein Ärgernis waren, nahmen natürlich die Gelegenheit wahr, um der Linie von Henderson und der Leitung der Labour Partei zu folgen und die Kommunisten aus den örtlichen Labour Parteien auszuschließen. In anderen Ortschaften, wo die Kommunisten bereits gute Arbeit geleistet hatten und einen gewissen Einfluß in den gewerkschaftlichen Organisationen und der örtlichen Arbeiterbewegung besaßen, tendierten die örtlichen Parteien dazu, zu sympathisieren und keine Aktionen gegen die Kommunisten zu unternehmen. Der gesamte Inhalt dieser Kampagne warf die Frage der Sowjets gegen die parlamentarische Demokratie auf und stellte in den Vordergrund die Frage nach der Gewalt im Kampf um die Macht.«⁷⁶

Es war unter diesen Umständen ohne Zweifel eine nützliche Operation, insbesondere in der Hinsicht, daß sie die neue Kommunistische Partei auf die Massenbewegung hinorientierte. Wenn die Ergebnisse geringer als erhofft waren, dann lag das in erster Linie an dem scharfen Abschwung der Klassenkämpfe in Großbritannien infolge des Verrats

⁷⁴ Lenin, GW, Band 31, Seite 247

⁷⁵ Lenin, GW, Band 31, Seite 252

⁷⁶ Bell, "The British Communist Party" (London 1937), Seite 67-68

durch das Dreier-Bündnis der Gewerkschaften und der anschließenden Niederlage der Bergarbeiter im Kampf gegen die Unternehmer 1921. Das, zusammen mit den Lohnkürzungen, die gegen die Metallarbeiter, die Werftarbeiter, die Seeleute, die Beschäftigten der Baumwollindustrie und die Drucker durchgesetzt wurden, stärkte natürlich den rechten Flügel in den Gewerkschaften, und somit zwangsläufig auch den rechten Flügel in der Labour Partei gegen die Kommunistische Partei.

Immerhin legte die Beitrittskampagne, zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens, den Grundstein für die Einheitsfronttaktik um die Nationale Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften. Natürlich war der versuchte Beitritt der Kommunistischen Partei in die Labour Partei kein Beispiel von "Entrismus", wie dieses Wort später verwandt wurde. Es war zu keinem Zeitpunkt die Rede davon, daß die Kommunistische Partei ihre politische oder organisatorische Unabhängigkeit aufgibt. Sie blieb eine offen revolutionäre Partei. Die Kampagne war ein Beispiel für die Verbindung fester, prinzipieller politischer Positionen mit einer großen taktischen Flexibilität, ein charakteristischer Zug der Kominternführung in jenen Anfangsjahren, wenn leider nicht aller Kominternparteien.

Die Bauern und die Kolonialwelt

»Die Frage lautete: Können wir die Behauptung als richtig anerkennen, daß die zurückgebliebenen Völker ... das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft unbedingt durchlaufen müssen? Diese Frage haben wir mit einem Nein beantwortet. Wenn das siegreiche revolutionäre Proletariat unter ihnen eine planmäßige Propaganda treibt, und wenn die Sowjetregierungen ihnen mit allen verfügbaren Mitteln zu Hilfe kommen, dann ist es falsch anzunehmen, daß das kapitalistische Entwicklungsstadium für die zurückgebliebenen Völker unvermeidlich sei.«⁷⁷ Lenin, Rede auf dem Zweiten Weltkongreß.

Marx sagte 1847 die Entwicklung der Massenindustrie, das Heranwachsen einer großen modernen Arbeiterklasse und die Zerstörung der älteren Klassen in der Gesellschaft - der unabhängigen Handwerker, Bauern und Kleinproduzenten - voraus. Diese Voraussage wurde glänzend bestätigt, aber die Entwicklung war eine ungleichmäßige. 1920 blieb die Massenindustrie noch größtenteils auf Europa und Nordamerika begrenzt, abgesehen von einigen Enklaven in der restlichen Welt. Für die Mehrheit der Weltbevölkerung waren primitive Produktionsformen immer noch die Norm.

Sogar Europa selbst war von einer ungleichen Entwicklung gekennzeichnet, besonders in der Landwirtschaft, wo der Prozeß der kapitalistischen Konzentration sehr langsam vor sich ging. Mit Ausnahme Großbritanniens (genauer gesagt Englands und Niederschottlands) existierten noch zahlenmäßig große Bauernschaften in jedem europäischen Land. Langfristig hatte die Bauernwirtschaft wohl keine Zukunft. Aber für eine unmittelbare revolutionäre Perspektive war eine Politik zur Gewinnung der Bauernmassen unverzichtbar.

In Rußland, wo die Bauern eine große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, hatten die Bolschewiki, so Lenin, *»einen zwar nicht formellen, aber sehr wichtigen (und sehr erfolgreichen) politischen Block mit der kleinbürgerlichen Bauernschaft, indem wir das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre voll und ganz, ohne jede Änderung,*

⁷⁷ Lenin, GW, Band 31, Seite 232

übernahmen«⁷⁸. Die Sozialrevolutionäre Partei war 1917 die wichtigste Bauernpartei, und der Kernpunkt ihres Agrarprogramms war: »Das Land den Bauern«.

Diese Politik war vielen europäischen Kommunisten nicht behaglich. Sie deuteten auf die unleugbare Tatsache hin, daß das landbesitzende Bauerntum ein Hindernis zur Entwicklung des Sozialismus darstellte. Was sie nicht einsahen, war, daß die Unterstützung durch die Bauernschaft unverzichtbar für den Sturz des Kapitalismus war.

Die Zentristen nahmen die gleiche Linie ein. Auf dem zweiten Weltkongreß beschuldigte Crispian von der USPD die Russen des Opportunismus in der Agrarfrage. Serrati, Führer des Zentrums in der italienischen PSI, nahm eine völlig negative Haltung zu Bauernbewegungen ein. »Jeder weiß, daß die Bewegung zur Besetzung des Landes - die, insbesondere in Sizilien, von Veteranen und Popolari [einer katholischen Partei mit beträchtlicher Anhängerschaft unter den Bauern, D.H.] - eine demagogische und kleinbürgerliche Bewegung war«⁷⁹. Deshalb muß man ihr den Rücken kehren! Und das in einem Land mit einer massiven Bauernschaft!

Und Crispian sprach hier sogar nach der katastrophalen Erfahrung mit der ungarischen Sowjetrepublik. Ungarn war ein Land, in dem die bäuerliche Mehrheit des Volkes auf den Ländereien der großen Landbesitzer unter beinahe feudalen Bedingungen lebte. Die Sowjetrepublik wurde friedlich am 21. März gegründet. Das alte Regime war unter den Schlägen der militärischen Niederlage, der Massenstreiks, der Meutereien in der Armee und des Drängens Frankreichs und Großbritanniens zur Abtretung von großen Landesteilen - 30 Prozent des ungarischen (magyarischen) Volkes sollten den anglofranzösischen Schützlingen Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien zugesprochen werden - zusammengebrochen.

Die ungarische Sowjetregierung umfaßte Sozialdemokraten, die eine schwankende und verräterische Rolle spielten, und auch Kommunisten, und sie genoß die Unterstützung beinahe der gesamten Arbeiterklasse. Eine Rote Armee wurde eiligst zusammengestellt. »Die Rätemacht nationalisierte die Industrie und die Banken; der Achtstundentag wurde eingeführt; die Kirche (die größte Besitzerin von Ländereien) wurde vom Staat getrennt; der unentgeltliche Schulunterricht wurde eingeführt; Paläste, Villen und Sanatorien wurden den Werktätigen zur Verfügung gestellt.«⁸⁰

Was sie allerdings nicht tat, war, der Masse des ungarischen Volkes, der Bauernschaft, einen Anteil an der neuen Ordnung zu geben. Trotz aller Ratschläge und dringenden Bitten aus Moskau wurden die großen Ländereien einfach verstaatlicht mit dem Ergebnis, »daß die Errichtung der proletarischen Diktatur im ungarischen Dorf fast nichts änderte, daß die Tagelöhner nichts merkten und die Kleinbauern nichts erhielten«⁸¹.

Rumänische und tschechoslowakische Armeen unter der Führung französischer Offiziere marschierten in Ungarn ein. Die Rote Republik hielt mit verzweifelter Entschlußkraft 133 Tage durch, bis zum 1. August. Nach ihrem Sturz richtete der weiße Terror die Arbeiterbewegung quasi zugrunde. Die großen Magnate erhielten ihr Lände-

⁷⁸ Lenin, GW, Band 31, Seite 58

⁷⁹ Cammett, "Antonio Gramsci and the Origins of Italian Communism" (Stanford 1967), Seite 132

⁸⁰ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, "Die Kommunistische Internationale, Kurzer historischer Abriss" Dietz Verlag, Berlin 1970, Seite 73

⁸¹ Lenin, GW, Band 31, Seite 237

reien zurück.

Die Sowjetregierung unter der Führung von Bela Kun hatte eine Reihe von vermeidlichen Fehlern gemacht, aber der eine entscheidende Fehler war ihre doktrinäre Weigerung, Kompromisse zu schließen und den Bauern ernsthafte Zugeständnisse zu machen. Das Ergebnis war, daß etwa Dreiviertel aller Ungarn der Meinung waren, sie hätten durch die Niederlage der Arbeiterklasse nichts zu verlieren. Der Zweite Weltkongreß erklärte: *»Für den Erfolg ist es dringend notwendig, daß die arbeitenden, am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden; denn ohne dies könnte das industrielle Proletariat nicht sicher auf die Unterstützung des flachen Landes und auch nicht auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln rechnen.«*⁸²

*Solche Rücksichtnahmen waren von noch größerer Wichtigkeit in der Kolonialwelt. Im Weltmaßstab war sogar Ungarn eine fortgeschrittene Gesellschaft. »Die große Mehrheit der Bevölkerung unseres Erdballs, mehr als eine Milliarde, wahrscheinlich einundeinviertel Milliarde, d.h. etwa 70 Prozent, wenn wir die Gesamtbevölkerung mit einunddreiviertel Milliarde annehmen, gehört zu den unterdrückten Völkern, die sich entweder in direkter kolonialer Abhängigkeit befinden oder halbkoloniale Staaten sind, wie z.B. Persien, die Türkei, China ... Es wäre eine Utopie, zu glauben, daß proletarische Parteien, wenn sie in solchen Ländern überhaupt entstehen können, imstande sein werden, eine kommunistische Taktik und eine kommunistische Politik in diesen zurückgebliebenen Ländern durchzuführen, ohne in bestimmte Beziehungen zur Bauernbewegung zu treten und ohne sie tatkräftig zu unterstützen.«*⁸³

Aber was war denn die Perspektive für diese Länder? Die materielle Basis für den Sozialismus, eine entwickelte Industrie und eine hohe Arbeitsproduktivität, existierten dort kaum. Die notwendige menschliche Basis für den Sozialismus, eine moderne Arbeiterklasse, war schwach oder fehlte gänzlich. Mußten sie dann dem Weg folgen, den die fortgeschrittenen Länder gegangen waren, den Weg der kapitalistischen Entwicklung?

Lenins Antwort, die von dem Zweiten Weltkongreß übernommen wurde, war ein bedingtes Nein. Wenn die Arbeiterklasse in einer Anzahl von fortgeschrittenen Ländern die Macht errang, wenn sie den rückständigeren *»mit allen verfügbaren Mitteln zu Hilfe«*⁸⁴ eilte, dann war der kapitalistische Entwicklungsweg nicht unvermeidlich.

*Beinahe 40 Jahre früher hatte sich Engels in einem Brief an Kautsky in ähnlicher Weise, wenn auch weniger zuversichtlich, ausgedrückt: »Ist Europa erst organisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, daß die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse.« Er fügte aber vorsichtig hinzu: »Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen«*⁸⁵.

Es gab allerdings einen Unterschied zwischen Lenins Ansicht von 1920 und Engels

⁸² "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 778

⁸³ Lenin, GW, Band 31, Seite 228/230

⁸⁴ Lenin, Band 31, Seite 232

⁸⁵ Engels, MEW (Berlin 1985), Dietz-Verlag (DDR), Band 35, Seite 358

Ansicht von 1882. Für Engels war die Rolle der unterentwickelten Länder im großen und ganzen eine passive. Für Lenin hatten sie eine aktive Rolle zu spielen. Der Unterschied entstammte Lenins Begriff von der Entwicklung des Imperialismus, insbesondere vom Kapitalexport aus den entwickelten Staaten hin zu den Kolonial- und Halbkolonialstaaten, der dazu führte, daß der entwickelte kapitalistische Staat zum »Rentnerstaat ... Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus«⁸⁶ wurde. Das bedeutete, daß der »Rentnerkapitalismus« Großbritanniens und Frankreichs genauso in Indien und China angegriffen werden konnte wie in Großbritannien und Frankreich selbst.

Folglich muß man »... eine Politik der Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen«⁸⁷. Die problematischen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien in den unterentwickelten Gegenden und diesen nationalen bürgerlichen Befreiungsbewegungen waren schon 1920 Anlaß für Kontroversen.

Lenin sagte, als er den Bericht der Kommission über nationale und koloniale Fragen auf dem Zweiten Kongreß vorstellte: »Drittens möchte ich auf die bürgerlich-demokratische Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern besonders hinweisen. Gerade in dieser Frage ist es zu einigen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Wir stritten darüber, ob es prinzipiell und theoretisch richtig sei, zu erklären, daß die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Parteien die bürgerlich-demokratische Bewegung in den zurückgebliebenen Ländern unterstützen müssen. Das Ergebnis dieser Diskussion war, daß wir einstimmig beschlossen, anstatt von der "bürgerlich-demokratischen Bewegung" von der "national-revolutionären Bewegung" zu sprechen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß jede nationale Bewegung nur eine bürgerlich-demokratische sein kann, denn die Hauptmasse der Bevölkerung in den zurückgebliebenen Ländern besteht aus Bauern, die Vertreter bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse sind. Es wäre eine Utopie zu glauben, daß proletarische Parteien, wenn sie in solchen Ländern überhaupt entstehen können, imstande sein werden, eine kommunistische Taktik und eine kommunistische Politik in diesen zurückgebliebenen Ländern durchzuführen, ohne in bestimmte Beziehungen zur Bauernbewegung zu treten und ohne sie tatkräftig zu unterstützen. Hier ist jedoch der Einwand erhoben worden, daß jeder Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Bewegung vermischt wird, wenn wir von bürgerlich-demokratischer Bewegung sprechen. Indessen ist dieser Unterschied in letzter Zeit in den zurückgebliebenen und kolonialen Ländern mit aller Klarheit zu Tage getreten... Zwischen der Bourgeoisie der ausgebeuteten Länder und jener der kolonialen Länder ist eine gewisse Annäherung erfolgt, so daß die Bourgeoisie der unterdrückten Länder sehr oft - ja sogar in den meisten Fällen - zwar die nationalen Bewegungen unterstützt, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d.h. zusammen mit ihr, alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft ... [so] daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in

⁸⁶ Lenin, Band 22, Seite 283

⁸⁷ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 227

*revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren.*⁸⁸

Aber eine solche »bürgerliche Befreiungsbewegung«, die sich nicht vor der »ausgebeuteten Masse« fürchtete, ist im 20. Jahrhundert nicht zu finden. Was dann? Die chinesische Revolution von 1925-27 sollte die Widersprüchlichkeit dieser Position klar aufzeigen.

Die eigentlichen "Leitsätze", die auf dem Zweiten Weltkongreß angenommen wurden, waren allerdings unzweideutig in der zentralen Frage von praktischem Belang: »Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen. Die Kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unterstützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien - der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen - in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen,- und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation. Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung - sei es auch in ihrer Keimform - aufrechterhalten.«⁸⁹ (Hervorhebung hinzugefügt, D.H.)

Um diese Politik in die Tat umzusetzen, wurde ein "Kongreß der Völker des Ostens" im September 1920 in Baku organisiert. Es sollen 1.891 "Delegierte" anwesend gewesen sein, die große Mehrheit unter ihnen Türken, Iraner, Völker aus Kaukasien oder dem russischen Zentralasien. Das Thema war »die Organisation eines wahren und heiligen Volkskrieges gegen die Räuber und Unterdrücker« ..., »an erster Stelle gegen den englischen Imperialismus«.⁹⁰ Obwohl zwei Drittel aller "Delegierten" angeblich Kommunisten waren, scheinen die meisten aus den Gebieten des alten zaristischen Reiches gestammt zu haben. Die Türken, die größte Gruppe von außerhalb Rußlands, waren größtenteils einfach Nationalisten, die gegen die britische und griechische Intervention gegen die Türkei waren. Damals gab es kaum eine wirkliche kommunistische Partei in Asien außerhalb der Länder, die von der Roten Armee gehalten wurden.

Ein späterer "Kongreß der Werktätigen des Fernen Ostens" (im Januar-Februar 1922), obwohl viel kleiner (144 Delegierte), war wahrscheinlich von größerer Bedeutung. Es waren wirkliche Delegationen, die tatsächlich bestehende Organisationen vertraten, und die Chinesen, Koreaner und Mongolen zumindest vertraten embryonale kommunistische Parteien.

Für die kommunistischen Parteien der fortgeschrittenen Länder war die Linie klar und scharf. Die 8. Bedingung für den Beitritt zur Komintern forderte: »In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien ... notwendig... Jede Partei ... ist verpflichtet, die Kniffe "ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung

⁸⁸ Lenin, GW, Band 31, Seite 229/230

⁸⁹ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 231

⁹⁰ Carr, "The Bolshevik Revolution" (London 1966), Band 3, Seite 263

ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern ... und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen«⁹¹.

Das war nicht nur ein entscheidender Bruch mit dem "Euro-Zentrismus" der Zweiten Internationale, sondern auch eine Vertiefung der Kluft zwischen reformistischer und revolutionärer Politik in den entwickelten Ländern.

Frauen und Revolution

»Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale verweist darauf, daß die Aufgaben ... In folgendem bestehen: Die breiten Frauenmassen im Geist des Kommunismus zu erziehen; den Kampf gegen die Vorurteile, die mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau zusammenhängen, zu führen und in den Arbeitern und Arbeiterinnen das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen der Proletarier beiderlei Geschlechts zu bekräftigen.«⁹²

Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Partei, Leitsätze des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Es ist ein Mythos, daß die Komintern in der Periode unter Lenin die Frage der Frauenbefreiung etwa ignoriert hätte. Das Thema war auf der Tagesordnung sowohl des Ersten als auch des Zweiten Kongresses. Obwohl die endgültigen "Leitsätze" erst auf dem dritten Kongreß angenommen wurden - nachdem in der Zwischenzeit zwei internationale Frauenkongresse stattgefunden hatten -, ist es angemessen, sie an dieser Stelle zu betrachten.

Zuerst zur Analyse. Der III. Kongreß wies »die Arbeiterinnen der ganzen Welt darauf [hin], daß nur der Sieg des Kommunismus ihre Befreiung aus der Knechtschaft und Unterdrückung möglich macht... Das, was der Kommunismus der Frau geben kann, kann ihr die kapitalistische Frauenbewegung in keinem Falle geben.

Solange die Macht des Kapitals und des Privateigentums in den kapitalistischen Ländern besteht, kann die Befreiung der Frau aus der Abhängigkeit vom Manne nicht weiter gehen, als bis zu dem Rechte, über ihr eigenes Besitztum, ihren Verdienst zu verfügen, und gleichberechtigt mit dem Mann das Schicksal der Kinder zu entscheiden, ... was die Arbeiter aller jener kapitalistischen Länder erfahren haben, in denen die Bourgeoisie in den letzten Jahren formell die politische Gleichberechtigung der Geschlechter eingeführt hat.

Die nicht nur formelle, sondern tatsächliche Gleichstellung der Frau ist nur im Kommunismus möglich; d.h. nur dann, wenn die Frau der werktätigen Masse in den Stand gesetzt wird, am Besitze der Produktionsmittel, an der Verteilung und Leitung teilzunehmen und die Arbeitspflicht in gleicher Weise wie alle übrigen Glieder der werktätigen Gesellschaft zu erfüllen; mit anderen Worten, sie ist nur dann möglich, wenn das System der kapitalistischen Produktion gestürzt und durch die kommunistische Wirtschaftsweise ersetzt wird.«⁹³

Befreiung wird nicht errungen werden »durch die vereinigten Anstrengungen der

⁹¹ "Protokolle des II. Weltkongresses", Seite 391

⁹² "Die Kommunistische Internationale", Band II, 3. und 4. Weltkongreß, Thesen und Resolutionen, Buchverlag Wolfgang Dröge, Dortmund 1978, Seite 155

⁹³ ebenda, Seite 150f

Frauen verschiedener Klassen, sondern nur durch den vereinigten Kampf aller Ausgebeuteten ... und daß jegliches Zusammengehen der Arbeiterinnen mit dem kapitalistischen Feminismus zu einer Schwächung der Kräfte des Proletariats führt, er [der III. Kongreß] betont aber andererseits auch, daß jede Unterstützung, die die Arbeiterinnen der verräterischen Taktik der Sozialkompromißler und Opportunisten zuteil werden lassen, gleichfalls die Kräfte des Proletariats schwächt, die soziale Revolution hinausschiebt und den Sieg des Kommunismus und folglich auch die Stunde der Befreiung der Frau verzögert .«⁹⁴

Der »vereinte Kampf aller Ausgebeuteten« bedeutet die Teilnahme am Klassenkampf. Aus diesem Grunde lehnte die Komintern »eine besondere Frauenbewegung« ab. Allerdings waren angesichts der »Vorurteile gegen Frauen, die von der Masse des männlichen Proletariats gehegt werden«, besondere Maßnahmen der Kommunistischen Parteien erforderlich, sowohl um die männlichen Vorurteile in den eigenen Reihen (und auch in der Arbeiterklasse insgesamt) zu bekämpfen, als auch, um Frauen in aktive und führende Positionen in den Parteien selbst einzubeziehen.

Dies alles in den frühen 20er Jahren, als sich viele Sozialdemokraten noch nicht darüber einig waren, ob den Frauen das Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen wie den Männern zugestanden werden sollte, und die bürgerlichen Frauenbewegungen den Ersten Weltkrieg unterstützt hatten! Die Komintern errichtete eine vervollkommnete Struktur eines internationalen Frauensekretariats, internationaler Frauenkonferenzen, nationaler Frauensekretariate und so weiter. Vieles davon blieb zwar auf dem Papier. Aber im Lichte reformistischer - und noch schlimmer - Kritiken von Feministinnen heute kann berechtigterweise gesagt werden: Das ist unsere Tradition. Wo waren Eure politischen Freunde zu der Zeit?

⁹⁴ ebenda, Seite 152

3. Die Ebbe

»In jenem kritischsten Jahr für die Bourgeoisie, dem Jahr 1919, hätte das Proletariat Europas ohne Zweifel die Staatsmacht mit einem Minimum an Opfern erringen können, wenn es nur von einer echt revolutionären Organisation angeführt worden wäre, die klare Ziele genannt und sie gekonnt verfolgt hätte, d.h. einer starken kommunistischen Partei. Aber es gab keine... Im Laufe der letzten drei Jahre haben die Arbeiter sehr viel gekämpft und viele Opfer gebracht. Aber sie haben die Macht nicht gewonnen. In der Folge sind die Arbeitermassen vorsichtiger geworden, als sie es 1919-20 waren.«

Trotzki, "Die wichtigsten Lehren des Dritten Kongresses", 1921⁹⁵.

Was sollte eine revolutionäre Partei in einer nichtrevolutionären Situation tun? 1919 war das kein Thema. Spätestens 1921 wurde das zu einer zentralen Frage. Wie es die "Thesen zur Weltlage", die vom Dritten Weltkongreß 1921 angenommen wurden, ausdrückten: *»Während des Jahres zwischen dem II. und III. Kongreß der Kommunistischen Internationale endete eine Reihe der Aufstände und Kämpfe der Arbeiterklasse mit teilweisen Niederlagen. (Die Offensive der Roten Armee gegen Warschau im August 1920, die Bewegung des italienischen Proletariats im September 1920, der Aufstand der deutschen Arbeiter im März 1921.)*

Die erste Periode der revolutionären Bewegung nach dem Kriege, die durch eine elementare Stoßkraft, durch eine Formlosigkeit der Methoden und Ziele und durch das Hervorrufen einer außerordentlichen Panik innerhalb der herrschenden Klassen charakterisiert war, erscheint als im wesentlichen abgeschlossen. Das Selbstvertrauen der Bourgeoisie als Klasse und die äußerliche Festigkeit ihrer staatlichen Organe erstarkten zweifellos... Die Führer der Bourgeoisie brüsten sich sogar mit der Macht ihres Staatsapparats und sind in allen Ländern zur Offensive gegen die Arbeitermassen übergegangen, sowohl an der wirtschaftlichen als auch an der politischen Front.«⁹⁶

Der nüchterne Versuch, die tatsächliche Lage einzuschätzen, wie unangenehm auch immer sie war, und die Fähigkeit, sich danach zu richten, waren das Kennzeichen der Komintern zu Lenins Zeiten - nicht die revolutionäre Rhetorik.

Die Genesung des Kapitalismus war wankend und ungleichmäßig. Das Jahr 1921 brachte den Anfang einer ernsthaften, wenn auch kurzlebigen, Wirtschaftskrise mit sich. Trotzdem bedeutete die zurückgehende revolutionäre Welle von 1919-20, daß die unmittelbare Perspektive, von der Sinowjew 1920 gesprochen hatte, der Weltkongreß der Sowjetrepubliken, jetzt unreal war. Revolutionäre Situationen konnten noch in den nächsten paar Jahren entstehen, und taten es auch. Aber die internationale Bewegung in ihrer Gesamtheit mußte sich mit der neuen Situation abgeben.

In Rußland brachte das Jahr 1921 die Aufgabe des "Kriegskommunismus" und die Annahme der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) mit sich, deren Wesen darin bestand, *»daß wir ... einen strategischen Rückzug eingeleitet haben«* wie Lenin schrieb... *Bevor man uns endgültig schlägt, wollen wir den Rückzug antreten und alles aufs neue umbauen, aber stabiler... Da die Kommunisten bewußt die Frage der Neuen Ökonomischen*

⁹⁵ Trotzki, "The First Five Years Of The Communist International", New Park Publications, London 1973, Band 1, Seite 346, 347

⁹⁶ "Die Kommunistische Internationale, Thesen und Resolutionen", Buchverlag Dröge, Dortmund 1978, S. 8/9

Politik stellen, kann für sie kein Zweifel darüber bestehen, daß wir an der ökonomischen Front eine ziemlich schwere ökonomische Niederlage erlitten haben.«⁹⁷

Die NÖP war in erster Linie ein Zugeständnis an die bäuerliche Mehrheit der Bevölkerung, die sich gegen Ende des Bürgerkriegs zunehmend gegen das Sowjetregime wandte. Die Zwangseintreibungen von Getreide, um die Armee und die Städte während des Bürgerkriegs zu ernähren, wurden aufgegeben, und eine feste und mäßige Steuer (in Natura, denn das Geld war wertlos geworden) an ihre Stelle gesetzt. Der private Handel und die private Kleinproduktion wurden legalisiert und ermuntert. Eine neue Währung auf Goldbasis wurde eingeführt, und die staatseigenen Banken setzten den Maßstab der Profitabilität bei der Vergabe oder Verweigerung von Krediten sowohl an private wie auch, mit wenigen Ausnahmen, an staatliche Unternehmen an. Unweigerlich machte sich die Arbeitslosigkeit in den Städten wieder breit - sie blieb noch für die meiste Zeit bis Ende des Jahrzehnts -, und der Kleinkapitalismus blühte.

Es gab keine Alternative zu diesen Maßnahmen, außer einer verstärkten Unterdrückung der bäuerlichen Mehrheit, und das hätte natürlich den Arbeiterstaat von innen her innerhalb kürzester Zeit zerstört, denn die schwache, verkleinerte Arbeiterklasse selbst war von der bäuerlichen Unzufriedenheit stark angesteckt. Die NÖP war eine Notoperation, nicht eine langfristige Lösung für die Probleme der belagerten Revolution. Eine solche Lösung hing davon ab, ob die Arbeiter *»eines oder mehrerer fortgeschrittener Länder«* die Macht nahmen und behielten, so Lenin. Währenddessen mußte man einen anderen Kurs einschlagen.

Auch auf dem internationalen Feld war ein entsprechender Wechsel unabdingbar. Es ging dabei überhaupt nicht darum, die Ereignisse in Rußland einfach widerzuspiegeln. Die veränderte Situation in der Welt außerhalb Rußlands, vor allem in Europa, war eben einer der zwei Hauptfaktoren, die den Rückzug zur NÖP erzwungen hatten.

Diese veränderte Lage setzte die europäischen Kommunisten (und der Kommunismus war 1921 immer noch in erster Linie eine europäische Bewegung) vor eine klare Entscheidung: Wege und Mittel zu finden, revolutionäre Politik sinnvoll und wichtig für Arbeiter in einer (zeitweilig) nichtrevolutionären Situation zu machen, oder die Zurückstellung zu einem Zustand von revolutionären Sekten ohne ernsthaften Einfluß auf den Gang der Ereignisse hinzunehmen.

»Die Kommunistische Internationale hat vom ersten Tage ihrer Bildung an«, erklärten die "Thesen über Taktiken" des Dritten Weltkongresses, »klar und unzweideutig sich zum Zwecke gesetzt nicht die Bildung kleiner kommunistischer Sekten, die nur durch Propaganda und Agitation ihren Einfluß auf die Arbeitermassen herzustellen suchen, sondern die Teilnahme an dem Kampfe der Arbeitermassen, die Leitung dieses Kampfes in kommunistischem Sinne und die Bildung im Kampfe erprobter, großer revolutionärer kommunistischer Massenparteien.«⁹⁸

Nachdem sie nochmals bekräftigt hatten, daß es keine dauerhafte reformistische Lösung für irgendeins der Probleme, mit denen die Arbeiterklasse konfrontiert war, gebe, und sie nochmals festgehalten hatten, daß die Zerstörung des Kapitalismus *»ihr leitendes Ziel«* bleibe, argumentierten die Thesen weiter: *»Um aber diese Aufgabe zu erfüllen, haben die kommunistischen Parteien Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung ein*

⁹⁷ Lenin, GW, Band 33, Seite 43

⁹⁸ "Die Kommunistische Internationale. Thesen und Resolutionen", a.a.O., Seite 35

sofortiges, unaufschiebbares Bedürfnis der Arbeiterklasse bildet, und sie haben diese Forderungen im Kampfe der Massen zu verfechten, unabhängig davon, ob sie mit der Profitwirtschaft der kapitalistischen Klasse vereinbar sind oder nicht...

Es ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien, diese unter der Losung konkreter Forderungen sich entwickelnden Kämpfe auszubreiten, zu vertiefen und zu verbinden...

Jeder Einwand gegen die Aufstellung solcher Teilforderungen, jede Anklage des Reformismus wegen dieser Teilkämpfe ist ein Ausfluß derselben Unfähigkeit, die lebendigen Bedingungen der revolutionären Aktion zu erfassen, wie sie zum Ausdruck kam in der Gegnerschaft einzelner kommunistischer Gruppen gegen die Teilnahme an den Gewerkschaften, gegen die Ausnützung des Parlamentarismus. Nicht darauf kommt es an, dem Proletariat nur die Endziele zuzurufen, sondern darauf, den praktischen Kampf zu steigern, der allein imstande ist, das Proletariat zum Kampfe um die Endziele zu führen.«⁹⁹

Starke Tendenzen in einer Reihe von wichtigen Kommunistischen Parteien lehnten diese Herangehensweise ab. Für sie schmeckte der Kampf um »partielle und unmittelbare Forderungen« nach Reformismus. Eine Reihe von ultralinken Änderungsvorschlägen zu den "Thesen und Taktiken" wurde von den deutschen, österreichischen und italienischen Parteien eingebracht.

Lenin schrieb später: »Auf diesem [Dritten] Kongreß stand ich auf dem äußersten rechten Flügel. Ich bin überzeugt, daß dies die einzig richtige Stellung war«¹⁰⁰.

Ultralinke Ideen hatten Aufschwung bekommen im Verlauf des Kampfes gegen den Zentrismus, eines Kampfes, der 1921 bei weitem noch nicht beendet war. Beide Tendenzen bestärkten sich gegenseitig sogar bis zu einem gewissen Grad. Das kann man anhand der gegensätzlichen Beispiele von Italien und Deutschland sehen. Das Debakel, in das die zentristische Führung der italienischen Partei die Arbeiterklasse im Herbst 1920 geführt hatte, ermunterte das ultralinke Abenteuerum der "Theorie der Offensive" in Deutschland.

Das italienische Debakel

»Die derzeitige Phase des Klassenkampfes in Italien ist die Phase, die entweder der politischen Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat... oder einer gewaltigen Reaktion durch die Kapitalisten und die regierende Kaste vorangeht. Jede Art von Gewalt wird eingesetzt werden, um die Arbeiterklasse auf dem Land und in der Industrie zu unterjochen«¹⁰¹.

Gramsci, in einer Mai-Ausgabe von 1920 der 'L'Ordine Nuovo'.

Italien ging aus dem Ersten Weltkrieg als der schwächste unter den "Siegern" hervor. Die Herrschenden hatten wenig anzubieten als Gegenleistung für die halbe Million Tote und die riesigen Kriegsschulden. Die Lebenshaltungskosten waren seit der Vorkriegszeit um das Sechsfache gestiegen und liefen immer noch davon. Das Ergebnis waren jene zwei Jahre, die in die italienische Geschichte unter dem Namen "Biennio Rosso" - "die Zwei Roten Jahre" - eingegangen sind.

⁹⁹ ebenda, Seite 46-48

¹⁰⁰ Lenin, GW, Band 33, Seite 192

¹⁰¹ Gramsci, in einer Mai-Nummer von 'L'Ordine Nuovo'

Sowohl in den Städten als auch auf dem Land strömten die Arbeiter in die Gewerkschaften. Die sozialistische Gewerkschaftsföderation CGL hatte am Ende des Krieges nur 250.000 Mitglieder. Bis zum Herbst 1920 waren es zwei Millionen. Katholische und revolutionäre syndikalistische Organisationen sprossen hervor. *»Im ganzen Land folgte 1919 eine Welle von Streiks, Landbesetzungen, Demonstrationen, Straßenkämpfen und Konflikten auf die andere«*¹⁰². Im Juni und Juli 1919 nahmen landesweite Demonstrationen wegen der Lebensmittelpreise in manchen Gegenden beinahe aufständischen Charakter an. Ein zweitägiger nationaler Solidaritätsstreik mit Sowjetrußland erhielt eine breite Unterstützung. Im großen Industriezentrum von Turin gingen die Metallarbeiter dazu über, Fabrikkomitees zu gründen.

Im Süden und anderen landwirtschaftlichen Gebieten besetzten die Bauern, oft unter der Führung von ehemaligen Soldaten, das Land. Und in der Armee selbst gab es eine Anzahl von Meutereien. Bei den allgemeinen Wahlen im November 1919 erzielte die Sozialistische Partei (PSI), die der Komintern bereits angeschlossen war, beinahe ein Drittel der Stimmen.

Die Streikwelle setzte sich 1920 fort und erreichte einen neuen Höhepunkt im April, als eine halbe Million Arbeiter in der Turiner Gegend zur Verteidigung ihrer Fabrikkomitees streikten. Kaum zwei Monate später konnte Serrati, der Anführer der zentristischen Mehrheit in der PSI (bekannt als die "Maximalisten") vor dem II. Weltkongreß der Komintern erklären: *»So sind die politischen und ökonomischen Bedingungen in Italien derart, daß sie unweigerlich zur Revolution drängen. Die Partei ist so mächtig, daß man sagen kann, daß das italienische Proletariat beinahe bereit ist, die Macht zu ergreifen«*.¹⁰³

Die PSI hatte allerdings überhaupt keinen solchen Plan. Wie wir bereits gesehen haben, hatten sich Serrati und der Rest der maximalistischen Führung der PSI geweigert, die Landbesetzungen durch die Bauern zu unterstützen mit dem Argument, daß sie *»demagogisch und kleinbürgerlich«* seien. Sie hatten die Fabrikrätebewegung in Turin als *»zum Reich des Irrsinns«* gehörig verurteilt. Die Maximalisten duldeten auch in den Reihen der Sozialistischen Partei eine Minderheit offener Reformisten, die nicht nur in der Parlamentsfraktion der Partei stark waren, sondern auch die riesige Gewerkschaftsföderation CGL kontrollierten. Im April hatten sowohl die Maximalisten als auch die CGL-Führer passiv beiseitegestanden, während die Turiner Arbeiter zur Verteidigung ihrer Fabrikräte streikten und in die Niederlage taperten.

Der wirkliche Test für die Politik der PSI-Führung kam im September 1920. Vom Mai an hatte die Metaller-Sektion der CGL Tarifverhandlungen geführt. Die Verhandlungen brachen endgültig im August zusammen, und eine außerordentliche Konferenz der Metallarbeitergewerkschaft beschloß daraufhin einen Bummelstreik. Am 30. August sperrte ein Unternehmer in Mailand seine Arbeiterschaft aus. Sofort besetzten die Arbeiter Mailands alle ihre Fabriken in der Stadt. Am 31. August dehnten Metallarbeitgeber die Aussperrung auf das ganze Land aus - und bis zum 4. September hatten eine halbe Million Metallarbeiter in ganz Italien ihre Fabriken besetzt.

Diese berühmte "Besetzung der Fabriken" war keine übliche Lohnauseinandersetzung. Fabrikräte kontrollierten die besetzten Anlagen. "Rote Garden" verteidigten sie. Die

¹⁰² Williams, "Proletarian Order", Seite 68

¹⁰³ Degras, "The Communist International 1919-43: Documents" (London 1956), Band 1, Seite 188

besetzenden Arbeiter setzten die Produktion fort, wobei ihnen das nötige Material oftmals von der Eisenbahngewerkschaft angeliefert wurde. In einer Anzahl von Fällen dehnten sich die Besetzungen auf benachbarte Gaswerke und chemische Betriebe aus.

Folgende Geschichte faßt die Stimmung zusammen. Der Vertreter einer Transportfirma rief bei den Fiat-Werken in Turin an in der Hoffnung, den Manager zu sprechen:

»Hallo. Wer ist da?«

»Hier ist der Fiat-Sowjet.«

»Ah!... Entschuldigung... Ich rufe wieder zurück...«¹⁰⁴

Diese Stimmung war nicht zuletzt der Propaganda der maximalistischen Führung der PSI während der vorhergehenden Jahre zu verdanken. Wie Trotzki kurz darauf erklärte: *»Was die Avanti [die Tageszeitung der Partei, D.H.] schrieb, und was die Redner aus der Sozialistischen Partei sagten, wurde von der breiten Arbeitermasse als Aufruf zur proletarischen Revolution aufgefaßt. Diese Propaganda drang in die Herzen der Arbeiter ein, rüttelte ihren Willen auf, und das Ergebnis war die Septemberaktion.«*

Aber, wie Trotzki hinzufügte: »Wenn man die Partei [PSI] vom politischen Standpunkt aus beurteilt, muß man annehmen, - denn dies ist die einzige Erklärung die man finden kann, - daß die Sozialistische Partei Italiens, deren Politik dem Worte nach revolutionär war, sich über die möglichen Folgen dieser Politik nie Rechenschaft ablegte. Die ganze Welt weiß, daß die Septemberereignisse niemanden mehr ins Bockshorn jagten, als die Sozialistische Partei Italiens, die diese Ereignisse ja selbst vorbereitet hatte.«¹⁰⁵

Trotzkis Urteil war keineswegs übertrieben. Während die revolutionäre Glut in den Betrieben am Steigen war, trafen sich die maximalistischen Führer der PSI und die reformistischen Führer der CGL (die, wohlgemerkt, ebenfalls Mitglieder der PSI waren) in Mailand. Zuerst fragten die Gewerkschaftsführer die Vertreter der Turiner Arbeiter aus. Würde Turin die Freundlichkeit besitzen, den bewaffneten Aufstand einzuleiten? Im Bewußtsein, daß diese gleichen Gewerkschaftsführer die Turiner Arbeiter im April alleingelassen hatten, sagten die Turiner Vertreter natürlich nein.

Die Führer der CGL wandten sich nun der nationalen Leitung der Sozialistischen Partei zu. *»Ihr glaubt, daß dies der Augenblick für die Revolution ist. Ihr übernehmt die Verantwortung. Wir reichen unseren Rücktritt ein«.* Der Bluff der Maximalisten wurde jetzt auf die Probe gestellt. Und sie machten einen Rückzieher mit der Begründung, daß dies *»eine allzu schwere Verantwortung«* sei.

Stattdessen wurde die Frage auf einem außerordentlichen Kongreß der CGL am 11. September beraten. Es gab zwei Anträge. Einer, von den CGL-Führern eingebracht, forderte einen Kampf für die *»gewerkschaftliche Kontrolle«* der Produktion (denn jetzt erkannten sogar die reformistischen Gewerkschaftsführer, daß es keine Möglichkeit gab, den Kampf auf der Basis von Lohnerhöhungen allein zu beenden). Der zweite Antrag, von den Führern der Sozialistischen Partei, forderte, daß der Kampf unter ihre Führung gestellt wird, damit er *»in Richtung auf die maximale Lösung des sozialistischen Programms«* gelenkt wird. Wie voraussehbar gewann der Antrag der Gewerkschaftsführer - mit 591.245 Stimmen zu 409.569. Die maximalistischen Führer müssen einen

¹⁰⁴ Spriano, "The Occupation of the Factories", Seite 65

¹⁰⁵ Protokolle des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale", Reprint Band 1, Seite 391f.

Seufzer der Erleichterung ausgestoßen haben. Jedenfalls hatten sie es eilig zu betonen, daß sie willens seien, die »demokratische Entscheidung« zu respektieren.

Bis zum Ende des Monats waren alle Fabriken den Unternehmern wieder ausgehändigt worden im Gegenzug für eine Lohnerhöhung und für die Aufstellung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags für die "gewerkschaftliche Kontrolle". Trotz aller revolutionären Rhetorik hatte die Führung der PSI vollkommen versäumt, eine konkrete Führung für die hunderttausend Arbeiter anzubieten, die sie direkt beeinflusste, und für die Millionen, die diese ihrerseits beeinflussten. Stattdessen hatte sie eine bürokratische Scharade mit den reformistischen Gewerkschaftsführern in Mailand gespielt.

Die Komintern hatte sich bemüht, die Maximalisten von der Ferne aus von ihrer Linie abzubringen. Im späten August hatte die Exekutive der Komintern einen Brief von Bucharin, Lenin und Sinowjew an die PSI geschickt:

»Sämtliche Hauptbedingungen für eine siegreiche, das ganze Volk umfassende, große proletarische Revolution sind jetzt in Italien vorhanden... Tagtäglich treffen Nachrichten von Unruhen in Italien ein. Sämtliche Augenzeugen - darunter auch die italienischen Delegierten selbst - behaupten, wir wiederholen es, daß die Situation in Italien durch und durch revolutionär ist. Trotzdem aber steht die Partei in vielen Fällen bloß als "zurückhaltendes Element" auf, ohne nach Vereinheitlichung der Bewegung zu streben, ihr Losungen zu geben, ihr einen planmäßigen organisierten Charakter zu verleihen, sie in einen entscheidenden Ansturm gegen die Feste des Kapitals zu verwandeln«¹⁰⁶.

Am 22. September, zu einem Zeitpunkt also - wie sich später herausstellte - als es schon zu spät war, schickte die Komintern einen weiteren dringenden Appell an die Parteiführer. »Durch die Besitzergreifung der Fabriken und Werke allein könnt Ihr nicht siegen... Wir ziehen den Schluß, ... daß die Bewegung erweitert werden muß bis zum allgemeinen Aufstand zwecks Sturz der Bourgeoisie durch die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse und Organisation der Diktatur des Proletariats. Nur darin liegt die Rettung. Andernfalls ist die Auflösung und der Zusammenbruch der begonnenen vortrefflichen Bewegung unvermeidlich.«¹⁰⁷

Das alles blieb ohne Wirkung. Die PSI versäumte es, der Massenbewegung eine übergreifende politische Richtung zu verleihen, versäumte es, sie in Richtung auf die Machtübernahme zu lenken, versäumte es, die technischen Vorbereitungen für einen Aufstand zu treffen. »Das Auseinanderfallen und der Zusammenbruch« setzten, wie vorausgesehen, unweigerlich ein.

Das Ergebnis war katastrophal. Die durch und durch erschreckte, aber immer noch intakte herrschende Klasse begann, sich dem Faschismus zuzuwenden. »Mussolinis Bewegung, die vor September 1920 noch schwach und vernachlässigbar war, wuchs mit außerordentlicher Schnelligkeit in den drei letzten Monaten des Jahres an«¹⁰⁸.

Die Besetzung der Fabriken hatte bewiesen, daß die PSI, obwohl der Kommunistischen Internationale bereits seit einem Jahr angeschlossen, nicht eine wirkliche kommunistische Partei war. Es war bezeichnend, daß sich Serrati und der überwiegende Teil der

¹⁰⁶ "Die Kommunistische Internationale". Band 3. Nr.13, Seite 290

¹⁰⁷ "Die Kommunistische Internationale". Band 3. Nr.14, Seite 290

¹⁰⁸ Cammett, "Antonio Gramsci and the Origins of Italian Communism" (Stanford 1967), Seite 132

übrigen maximalistischen Führer immer noch weigerten, die offen reformistische Tendenz unter Führung von Turati - und darunter natürlich auch die Führer der CGL - aus der Partei auszuschließen.

Nach dem Debakel vom September 1920 forderten sowohl die Internationale als auch die Linke in der PSI einen Bruch. Er kam auf dem Kongreß der PSI in Livorno im Januar 1921 zustande. Aber im Gegensatz zu den Abspaltungen in der französischen Sozialistischen Partei und der deutschen USPD im vorhergehenden Jahr, gelang es der PSI-Linken, eine Mehrheit weg von den Zentristen herüberzuziehen. Die - Stimmenabgabe nach Karten in Livorno ergab 14.695 Stimmen für Turatis offene Reformisten, 58.785 für die Linke und 98.028 für Serratis Zentrumsgruppe. Die Linke verließ den Kongreß auf der Stelle und gründete die italienische Kommunistische Partei (PCI).

Das Kräfteverhältnis wäre auch danach nicht so ungünstig gewesen, wenn die PCI eine aggressive aber gleichzeitig flexible Strategie gehabt hätte, um jene Arbeiter zu gewinnen, die Serrati noch folgten. Aber sie hatte keine solche Strategie. Die dominierende Kraft innerhalb der ehemaligen PSI-Linken, und jetzt die dominierende Kraft in der neuen Kommunistischen Partei, waren die Anhänger von Amadeo Bordiga. Sosehr er als Mann von eisernen Prinzipien beeindruckte, Bordiga war auch ein unbeugbar ultralinker Dogmatiker. Seine Fraktion in der PSI war ursprünglich auf der Basis des Abstentionismus von Parlamentswahlen aus Prinzip gebildet worden. Er hatte die Turiner Fabrikkräfte als "ökonomistisch" verurteilt. Und jetzt wandte er sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Einheitsfrontpolitik mit der Sozialistischen Partei. Erst Mitte der 20er Jahre wurde die Vorherrschaft der Ultralinken in der PCI endgültig gebrochen. Es war aber schon zu spät. Der Faschismus hatte gesiegt.

Deutschland: Die Märzaktion

»Das Wesen der Sache besteht darin, daß Levi politisch in sehr vielem recht hat. Leider hat er eine Reihe von Handlungen begangen, die die Disziplin verletzen, wofür ihn die Partei ausgeschlossen hat. Die Thesen Thalheimers und Bela Kuns sind politisch grundfalsch. Phrasen und linksradikale Spielerei.«¹⁰⁹

Lenin, Brief an Sinowjew, 6. Juni 1921

In Italien, in der zweiten Hälfte von 1920, wurde eine echt revolutionäre Massenbewegung, eine Bewegung, die den Sturz des italienischen bürgerlichen Staates, ein Sowjetitalien, und somit eine grundsätzliche Veränderung der Kräfteverhältnisse in Europa zugunsten der Arbeiterklasse hätte einleiten können, von der Haltlosigkeit einer zentristischen Parteiführung gebrochen.

In Deutschland, im März 1921, als eine landesweite revolutionäre Massenbewegung fehlte, versuchte eine Parteiführung, das Tempo zu beschleunigen und sich auf die eigenen Parteiaktivisten anstelle der Massenbewegung zu stützen. Das Ergebnis war eine ernsthafte Niederlage. Es war zwar keine Katastrophe im italienischen Maßstab, aber nichtsdestoweniger eine Niederlage, die einen tiefgreifenden und ungünstigen Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung ausüben sollte.

Es gab einen Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen. Oberflächlich betrachtet betraf er die Führung der deutschen Kommunistischen Partei (KPD), Paul Levi, der herausragende KPD-Führer, hatte dem Kongreß der PSI in Livorno beigewohnt. Nach

¹⁰⁹ Lenin, "Brief an Sinowjew. 6. Juni 1921" *

dem Kongreß hatte er die taktische Plumpheit der Vertreter der Internationale kritisiert. Es handelte sich um Kristo Kabakchiev, einen Bulgaren, den Trotzki als einen »lebloser Doktrinären« beschrieb, und Matyas Rakosi, einen ungarischen "Parteimann", einen "Apparatschik" ohne jeden ernsthaften politischen Gedanken in seinem Kopf, der viele Jahre später (1944-56) der stalinistische Boß von Ungarn wurde.

Levis Kritik, die im großen und ganzen korrekt gewesen sein mag, brachte Rakosi dazu, von der deutschen Parteiführung die ausdrückliche Bestätigung seiner Aktionen und die Abmahnung Levis zu verlangen. Er bekam seine Befriedigung, mit 28 zu 23 Stimmen. Levi, Clara Zetkin, die herausragende Frauenführerin der KPD und zuvor der SPD, Ernst Daumig, prominenter Führer der Berliner Betriebsrätebewegung während des Kriegs und jetzt Führer des "Militärapparats" der KPD, sowie zwei weitere Mitglieder des rechten Flügels der Parteiführung traten aus Protest zurück. Die Linke erhielt eine Mehrheit.

Diese Veränderung des politischen Gleichgewichts im "Generalstab" der KPD hatte weitreichende Konsequenzen. Sie gewährte eine vorübergehende Vormachtstellung einer Gruppe von Linken - Maslow, Fischer, Thalheimer, Fröhlich und anderen -, die an die "Theorie der Offensive" glaubten: jene Sichtweise, »wonach die Arbeiterklasse nur durch eine Serie von Offensivaktionen in Bewegung gesetzt werden könne«, wie es Fischer ausdrückte.¹¹⁰

Über die Märzaktion schrieb Fischer später: »In den Monaten, die dem Kronstädter Aufstand vom März 1921 vorausgingen, wurde von der Sinowjew-Bela-Kun-Gruppe in der russischen Partei eine Aktion für Deutschland ausgeheckt, um die russischen Arbeiter von ihren eigenen Sorgen abzulenken«¹¹¹. Es stimmt zwar, daß Sinowjew und Bucharin mit der Vorstellung liebäugelten, daß sich die deutschen Arbeiter durch eine "Offensive" seitens der Parteiaktivisten vielleicht "anfeuern" ließen, und daß sie grob unverantwortlich handelten, als sie Bela Kun als Kominternvertreter mit nicht näher bestimmten Befugnissen nach Deutschland schickten. Kun, »mein lieber Bela Kun«, wie Lenin von ihm zu sagen pflegte, »der auch einer dichterisch begabten Nation angehört und sich verpflichtet fühlt, immer linker als links zu sein«¹¹², war ein feuriger Anwalt der "Offensive um jeden Preis". Ein weiterer Kominternvertreter, Guralski, (auch unter dem Namen "Kleine" bekannt), der den Ruf hatte, Sinowjew nahe zu stehen, vertrat die gleiche Linie. Die KPD-Führung konnte von der begründeten Annahme ausgehen, daß die Komintern die "Offensive" befürwortete, obwohl die Kominternexekutive - der Lenin und Trotzki immer noch angehörten - in Wirklichkeit keinen solchen Beschluß gefällt hatte. Trotzdem tragen alle Mitglieder der Exekutive eine Teilverantwortung für die Aktionen der KPD-Führung, sei es durch ausdrückliche Beauftragung (Sinowjew und Bucharin), sei es durch Unterlassung.

Das ist aber nur die eine Seite der Geschichte: denn Kuns abenteuerliche Tendenzen trafen auf große Bereitwilligkeit seitens der neuen deutschen Führung. Sogar der nüchterne Brandler ließ sich von Kun überzeugen. Tatsache ist, daß unter den Mitgliedern der USPD, die für die Kommunistische Internationale nach dem Kongreß in Halle gewonnen wurden, eine starke Neigung zur unmittelbaren revolutionären Aktion bestand.

¹¹⁰ Fischer, "Stalin und der deutsche Kommunismus" (Frankfurt o.J.), Verlag der Frankfurter Hefte, Seite 215

¹¹¹ ebenda, Seite 213

¹¹² Zetkin, "Ausgewählte Reden und Schriften". Dietz-Verlag Berlin, 1960, Band 3, Seite 108

Die Linke um Maslow und Fischer verlieh dieser Ungeduld Ausdruck, entwickelte gar eine theoretische Rechtfertigung dafür und benutzte sie, um ihre Fraktionsgegner in der Führung zu stürzen. Diese Gegner, die Gruppe um Levi, bemühten sich damals schon, die Partei entlang der Linie, die Lenin und Trotzki der gesamten Internationale nach dem Dritten Weltkongreß aufprägten, anzuleiten. Aber Levi besaß nicht die Autorität, die Geduld und das taktische Geschick, die für diese Aufgabe nötig waren.

Am 26. März 1921 befahl der sozialdemokratische Oberpräsident von Sachsen, Otto Hörsing, seiner Polizei, die Mansfelder Kupferminen, ein kommunistisches Bollwerk, und eine Reihe von Fabriken zu besetzen, unter dem Vorwand, daß sich "Raub und Plünderungen" breitmachten. Das war mit Sicherheit eine kalkulierte Provokation. Die Polizei und die sozialdemokratischen Führer waren sich im klaren, daß die "Offensive" im Kommen war, und Hörsing zog es vor, damit zu einem von ihm gewählten Zeitpunkt fertig zu werden.¹¹³

Das unmittelbare Ergebnis war tatsächlich eine Art Aufstand, eine Serie von bewaffneten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei und Soldaten in der Mansfelder Region und im Chemiewerk von Leuna bei Halle. Nebst den Vorräten des Militärapparats der KPD besaßen die Arbeiter eine Menge Waffen, die von 1919 übriggeblieben waren. Für eine kurze Zeit beherrschten Gardes unter der Führung des anarchistischen Guerillakämpfers Max Hölz die Mansfelder Gegend. Die Aktion blieb aber eine lokale Angelegenheit.

Eine solche Situation wäre sogar für die nüchternste Parteiführung schwierig zu meistern gewesen. Wie bei den "Julitagen" in Petersburg 1917 schritten die Arbeiter in einem Zentrum zum bewaffneten Aufstand, während die Masse der Arbeiterklasse von einem solchen Gedanken weit entfernt blieb. Die Aufgabe war, die fortgeschrittensten Abteilungen zurückzuhalten und einen Rückzug mit minimalsten Verlusten zu organisieren, eine überaus schwierige und knifflige Aufgabe.

Die linken Führer der KPD, berauscht von romantischen Vorstellungen, verfolgten einen genau entgegengesetzten Kurs. Sie riefen zu einem Generalstreik und zu bewaffneten Aktionen gegen den Staat auf. Die Militäreinheiten der Partei erhielten den Befehl, die Staatsmacht »herauszufordern«, um so die Arbeiter »in Bewegung zu setzen«. *»Mehrere Bomben explodierten in Breslau und Halle; andere für Berlin geplante Bombenattentate wurden nicht ausgeführt.«*¹¹⁴ Da wo der Streikaufruf auf taube Ohren fiel - was meistens der Fall war -, erhielten Parteiaktivisten den Befehl, die Arbeiter rauszuzwingen.

*»Auf der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen«, stand in einem von Levi zitierten Parteibericht, »ist es am Donnerstag morgen zu heftigen Kämpfen gekommen zwischen Kommunisten, die das Werk besetzt hielten, und Arbeitern, die zur Arbeit wollten. Die Arbeiter gingen schließlich mit Knüppeln auf die Kommunisten los und erzwangen sich den Zutritt zur Arbeitsstelle mit Gewalt. Dabei gab es acht Verwundete.«*¹¹⁵ Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen in den Hamburger Werften zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. In Berlin versuchte die Partei, die Arbeitslosen zu organisieren, damit sie die Betriebe besetzen und die Arbeiter

¹¹³ Borkenau, Seite 214

¹¹⁴ Fischer, ebenda, Seite 213

¹¹⁵ Levi. "Unser Weg wider den Putschismus" (Berlin 1921), A. Seehof & Co Verlag, Seite 40

raushalten! Überall, außer in einem begrenzten Gebiet Zentraldeutschlands, wo sie eine reale Unterstützung hatten, handelte eine Minderheit von kommunistisch beeinflussten Arbeitern ohne, und oftmals gar gegen, die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Dem unvermeidlichen Zusammenbruch des Abenteuers folgte eine blindwütige Unterdrückung. Die KPD wurde verboten. Es gab einen katastrophalen Rückgang der Mitgliedszahlen auf 150.000 oder weniger noch, und Tausende von Aktivisten wurden in die Gefängnisse geworfen.

Auf die Einheitsfront zu

»Die Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf ist gegenwärtig die wichtigste Frage der Kommunistischen Internationale. Denn trotz der objektiv revolutionären ökonomischen und politischen Lage ... steht die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht unter dem Einfluß des Kommunismus.«

Resolution des Dritten Weltkongresses 1921¹¹⁶.

Die kommunistischen Parteien stammten aus der Spaltung der Arbeiterbewegung von 1914 und waren im Verlauf des Kampfes gegen die zentristischen Führer 1919-20 gewachsen - eines Kampfes, der weitere Spaltungen mit sich brachte. Es war vielleicht unvermeidlich, daß die Feindschaft gegen und die Verachtung für die reformistischen und zentristischen Führer in eine gefährliche Rücksichtslosigkeit gegenüber jenen Arbeitern, die diesen Führern immer noch folgten, zu münden drohten. Die Verrücktheit der Märzaktion war das Alarmsignal. Eine scharfe Wendung "nach rechts" war unerlässlich, wenn sich die Internationale von der zunehmenden Isolierung von der Klasse, die sie anzuführen versuchte, bewahren wollte.

Trotzki behauptete später: »Auf dem dritten Weltkongreß hat die überwiegende Mehrheit desselben diejenigen Elemente der Internationale zur Ordnung gerufen, von deren Seite die Gefahr drohte, daß die Avantgarde durch übereiltes Vordrängen an der Passivität oder Unreife der großen Masse der Arbeiterklasse und an der noch bestehenden Festigkeit des kapitalistischen Staates zerschelle. Darin lag die größte Gefahr.«¹¹⁷.

In Wirklichkeit war die Mehrheit alles andere als überwältigend. Die "Thesen über die Taktik" bedeuten sicherlich eine unausgesprochene Verurteilung des Putschismus und Abenteuertums wie auch der passiven, propagandistischen Variante des Linksradikalismus. Es bedurfte aber eines harten Kampfes, bis sie vom Kongreß angenommen wurden.

Über die Märzaktion selbst mußte sich Lenins "extrem rechter Flügel" mit einer zweideutigen Resolution zufrieden geben, die erklärte: »Die Märzaktion war ein der V.K.P.D. [KPD] durch den Angriff der Regierung auf das mitteldeutsche Proletariat aufgezwungener Kampf. In diesem ersten großen Kampfe, den sie nach ihrer Gründung zu bestehen hatte, machte die V.K.P.D. eine Reihe von Fehlern, von denen der wichtigste darin bestand, daß sie den defensiven Charakter des Kampfes nicht klar hervorhob... Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hält die Märzaktion der V.K.P.D. für einen Schritt vorwärts... Der Kongreß ist der Meinung, daß die V.K.P.D. desto erfolglicher ihre Massenaaktionen durchzuführen

¹¹⁶ "Die Kommunistische Internationale, Thesen und Resolutionen", a.A.o.a., Band II. Seite 35

¹¹⁷ "Protokolle des IV. Weltkongresses", (Erlangen 1972), Reprint Karl Liebknecht Verlag, Band 1, Seite 293

in der Lage sein wird, wenn sie in der Zukunft ihre Kampflosungen den wirklichen Situationen besser anpaßt.«¹¹⁸

Dieser unglückliche Kompromiß war zum Teil das Ergebnis von Paul Levis öffentlichem Angriff gegen die KPD, der zu seinem Ausschluß führte. Levi veröffentlichte eine Broschüre unter dem Titel "Unser Weg wider den Putschismus", die eine in ihren Grundzügen richtige, wenn auch übertriebene, Kritik der Parteiführer enthielt und in einem außerordentlich heftigen Ton gehalten wurde (*»der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte«*) und den Behörden wertvolles Material gegen die Partei lieferte. Aber der Hauptgrund für den Kompromiß war die bleibende Stärke der Linken. Erst nach dem Kongreß fühlte sich die Kominternexekutive stark genug, um die logischen Konsequenzen aus der neuen Linie zu ziehen und die Schlußfolgerungen formell auszusprechen.

Im Dezember erklärte die Exekutive, sie sei »der Meinung, daß die Parole des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale "Zu den Massen" und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung, überhaupt von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale als Ganzes die Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter und die Übernahme der Initiative in dieser Frage fordern«¹¹⁹
[Betonung im Original]

Es wurde auch deutlich herausgearbeitet, was diese Strategie bedeutete: Einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, um die Führungen der reformistischen und zentristischen Organisationen zu einer begrenzten Zusammenarbeit in konkreten Fragen zu zwingen, indem man ihre Anhänger für die Einheit in der Aktion gewinnt, und nicht bloß den Versuch, diese Anhänger hinter den Kommunistischen Parteien in Aktionen reinzuziehen.

Im Januar 1922 rief das Exekutivkomitee der Komintern öffentlich auf zur »Errichtung einer einheitlichen Front aller sich auf das Proletariat stützenden Parteien, ohne Rücksicht auf die sie trennenden Gegensätze, vorausgesetzt, daß sie gemeinsam für die nächsten unaufschiebbaren Bedürfnisse des Proletariats kämpfen wollen... Alle Arbeiter - ob Kommunisten, ob Sozialdemokraten, ob Syndikalisten, sogar ob christliche oder liberale Gewerkschafter - wollen keine weitere Minderung der Löhne zulassen. Sie wollen nicht hungernd und frierend weiter arbeiten, und darum gilt es, sie zu einer gemeinsamen Front gegen die Offensive der Unternehmer zu vereinigen.«¹²⁰
[Betonung im Original]

Das war ein großer Rückzug hinter den Positionen von 1919-20. Unter den neuen Bedingungen war er jedoch unabdingbar. Die neue Linie selbst war mit Schwierigkeiten und Gefahren gespickt, vor allem der Gefahr, daß die Kommunistischen Parteien ihre revolutionäre Energie und ihre Fähigkeit verlieren, sich beim nächsten Aufschwung rasch nach links zu wenden, aber diese Gefahren waren unvermeidlich.

Die Taktik der Einheitsfront wird öfter mißverstanden als beinahe jedes andere Element der revolutionären sozialistischen Tradition. Sie ist eine Methode des Kampfes um Einfluß und Unterstützung von einer Position der Defensive heraus und setzt die

¹¹⁸ "Die Kommunistische Internationale, Thesen und Resolutionen", a.A.o.a., Band II, Seite 52f

¹¹⁹ "Die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums des E.K. der Kommunistischen Internationale", Feltrinelli Reprint 1967, Seite 348

¹²⁰ ebenda, Seite 363, 368 (Hervorhebungen im Original)

organisatorische und politische Unabhängigkeit der revolutionären Organisation voraus.

Die Taktik geht von der Annahme aus, daß eine nichtrevolutionäre Situation herrscht, in der die Revolutionäre Unterstützung nur unter einer Minderheit der Arbeiterklasse finden. Das wird erst auf der Basis eines steigenden Niveaus der Klassenkämpfe zu ändern sein, an denen sich große Anzahlen von Arbeitern beteiligen, unter denen viele Anhänger der reformistischen Organisationen sein werden. Die Einheitsfront ist eine Taktik, die darauf abzielt, diese Arbeiter für die Unterstützung der revolutionären Organisationen zu gewinnen, was unter günstigen Bedingungen verwirklicht ist. Sie ist kein Block für gemeinsame Propaganda zwischen revolutionären und reformistischen Organisationen, sondern eine begrenzte Vereinbarung zu irgendeiner Aktion.

Trotzki faßte das Denken der Kominternführung in dieser Frage im Februar 1922 zusammen:

»Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die proletarische Revolution zu führen... um dies zu erreichen, muß sich die Kommunistische Partei auf die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse stützen... Die Partei kann dies nur erreichen, wenn sie eine absolut unabhängige Organisation mit klarem Programm und strikter interner Disziplin bleibt. Deshalb auch mußte die Partei unweigerlich mit den Reformisten und Zentristen ideologisch brechen... Nachdem sie für die vollkommene Unabhängigkeit und ideologische Homogenität in ihren eigenen Reihen gesorgt hat, kämpft die Kommunistische Partei um Einfluß über die Mehrheit der Arbeiterklasse... Es ist aber vollkommen klar, daß das Klassenleben des Proletariats während dieser Vorbereitungsphase vor der Revolution nicht eingefroren ist. Zusammenstöße mit den Unternehmern, mit der Bourgeoisie, mit der Staatsmacht, auf Initiative der einen oder anderen Seite, laufen weiter.

In diesen Zusammenstößen erfahren die Arbeiter - soweit sie die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse, deren Mehrheit oder auch des einen oder anderen Teils der Klasse berühren - die Notwendigkeit der Aktionseinheit, der Einheit in der Verteidigung gegen das Kapital... oder der Einheit in der Offensive dagegen. Eine Partei, die sich diesem Bedürfnis mechanisch entgegenstellt.... wird im Bewußtsein der Arbeiter unausbleiblich verurteilt werden.

Deshalb ist die Frage der Einheitsfront keineswegs, weder ihrem Ausgangspunkt noch ihrem Inhalt nach, eine Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Kommunistischen Parlamentsfraktion und der der Sozialisten, oder zwischen den Zentralkomitees beider Parteien...

Das Problem der Einheitsfront ergibt sich aus der dringenden Notwendigkeit, ungeachtet der aktuell unvermeidlichen Spaltung der politischen Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, dieser die Möglichkeit der Einheitsfront im Kampf gegen die Kapitalisten zu sichern ... überall dort, wo die Kommunistische Partei eine große, organisierte Kraft darstellt, nicht aber die entscheidende Macht ist... wird sie mit der Frage der Einheitsfront in all ihrer Dringlichkeit konfrontiert...

Die Einheit an der Front verlangt von uns daher die Bereitschaft, innerhalb gewisser Grenzen und in spezifischen Fragen, in der Praxis unsere Aktionen mit denen der reformistischen Organisationen abzustimmen, insofern letztere heute noch den Willen bedeutender Sektionen des kämpfenden Proletariats vertreten.

Haben wir mit ihnen denn nicht schon gebrochen? Doch, weil wir mit ihnen in den grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung nicht übereinstimmen.

Und trotzdem suchen wir mit ihnen eine Übereinkunft? Ja, überall dort, wo die Massen, die ihnen folgen, bereit sind, sich an einem gemeinsamen Kampf mit den Massen, die uns folgen, zu beteiligen, und wo sie, die Reformisten, in größerem oder minderm Umfang gezwungen werden, zu einem Instrument des Kampfes zu werden... in vielen Fällen und vielleicht sogar in der Mehrheit der Fälle werden organisatorische Vereinbarungen nur halb oder vielleicht gar nicht erreicht. Es ist aber notwendig, den kämpfenden Massen immer die Gelegenheit zu geben, sich selbst davon zu überzeugen, daß das Nichterreichen der Einheit in der Aktion nicht das Ergebnis unserer formalistischen Unversöhnlichkeit, sondern der tatsächlichen Willenlosigkeit zum Kampf seitens der Reformisten ist«¹²¹

Es entstehen enorme praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Herangehensweise in jeder konkret gegebenen Situation. Denn jede solche Situation ist unterschiedlich; jede ist zwangsläufig durch einzigartige Merkmale gekennzeichnet. Es gibt keinen Ersatz für das »Wissen, die Erfahrung und... das politische Gespür«, von denen Lenin schrieb, bei der Lösung komplizierter politische Probleme. Die einfache Wiederholung von Formeln wird nicht ausreichen.

Die Kominternparteien waren selbst von Beginn an für eine Reihe von Hindernissen verantwortlich. Denn Tatsache war, daß die Komintern die »vollkommene Unabhängigkeit und ideologische Homogenität in ihren eigenen Reihen«, von denen Trotzki sprach, nicht erreicht hatte. In Italien widersetzte sich die extreme Linke um Bordiga dieser neuen Taktik. In Frankreich stieß sie auf den Widerstand sowohl der Zentristen in der Führung als auch der Syndikalisten, für die "Politik" im wesentlichen etwas Getrenntes vom kämpferischen Gewerkschaftertum war. In Deutschland waren die unreuigen Mitautoren des Märzabenteuers um Friesland, Maslow und Fischer ein stetiger Dorn in der Seite der Führung um Meyer und Thalheimer, die die Taktik der Einheitsfront umsetzen wollten und dafür als "weich", "opportunistisch" und "sozialdemokratisch" gebrandmarkt wurden.

Trotzdem verbuchte die KPD einige Erfolge bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik zwischen 1922-23. Nach der Ermordung des Regierungsministers Rathenau durch die extreme Rechte forderte die KPD die SPD auf, darum zu kämpfen, die paramilitärische Rechte zu entwaffnen und die Armee zu säubern. Sie rief zur Bildung von bewaffneten Arbeitergruppen - den "proletarischen Hundertschaften" - auf, an denen sich bald viele nichtkommunistische Arbeiter beteiligen sollten. Sie gründete Betriebsräte, um sich der Unternehmeroffensive zu widersetzen und die davonschnellenden Preissteigerungen zu kontrollieren. Immer wieder rief die KPD zu gemeinsamen Aktionen gegen die Bosse und die faschistische Rechte auf. Dank dieser Methoden konnte sie nach dem Märzabenteuer von 1921 nicht nur ihre eigenen Kräfte wieder aufbauen, sondern auch ihren Einfluß tief in die Organisationen der Arbeiterklasse hineinverbreiten.

Für die Theorie und die Praxis der Einheitsfronttaktik sind zwei Elemente von zentraler Bedeutung. Erstens kann sich eine revolutionäre Minderheitspartei nicht darauf beschränken, bloß Propaganda und Agitation vom Rande der Arbeiterbewegung aus zu

¹²¹ Trotzki, "The First Five Years", Band 2, Seite 91-95 (erweitertes EKKI-Plenum Ende Februar 1922) *
Material für Bericht über die Frage des französ. Kommunismus. 2.3.22

betreiben - obwohl sie auch diese Sachen leisten muß. Zweitens betrifft die Einheitsfronttaktik Kämpfe der Arbeiterklasse und Organisationen der Arbeiterklasse, egal wie reaktionär diese sein mögen, und ist grundsätzlich und im Prinzip von der "Volksfront" und den "breiten demokratischen Bündnissen" zu unterscheiden. Diese zwei zentralen Elemente werden im Lichte späterer Ereignisse der 30er Jahre deutlich erhellt.

Der Vierte Weltkongreß

»Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegenüber der Bourgeoisie und der konterrevolutionären Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden. Die kommunistischen Parteien allein verfechten die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte "Wahlkombinationen" der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie...

Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen. Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von "unten", aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gegebenen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Über den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet sein. Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.«

Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale, angenommen vom Vierten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Dezember 1922¹²².

Der vierte Weltkongreß, der im November-Dezember 1922 zusammentraf, war der letzte Kominternkongreß, dem Lenin beiwohnte (und mit Ausnahme einer einzigen Rede war er bereits zu krank, um aktiv daran teilzunehmen) Es war auch der letzte Kongreß, den die spätere trotzkistische Tradition für einen wirklich revolutionären kommunistischen Kongreß hielt.

Was war seit dem Ersten Kongreß erreicht worden? Der Kapitalismus hatte die Stürme von 1919-20 überstanden - mit der unverzichtbaren Hilfe der Sozialdemokraten und Zentristen. Trotzdem existierten jetzt beträchtliche revolutionäre Arbeiterparteien in einer Anzahl wichtiger europäischer Länder. Die Parteien führten typischerweise nur Minderheiten in der Arbeiterklasse an, was in Zeiten des Abschwungs nur natürlich war, aber sie waren oft immerhin groß genug, um einen ernsthaften Faktor darzustellen. Daher auch die Aktualität der Einheitsfronttaktik. Das Kräftepotential zur Ergreifung der Möglichkeiten, die sich in zukünftigen revolutionären Situationen eröffnen würden, war unvergleichlich größer als 1919. Die 343 stimmberechtigten Delegierten aus 58 Ländern auf

¹²² "Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale" (Reprint), Erlangen 1972, Band 2, Seite 1014, 1015

dem Kongreß stellten die mächtigste revolutionäre Arbeiterbewegung dar, die es je gegeben hatte.

Wie jede lebendige Massenbewegung war sie natürlich mit einer Menge von Fehlern und Verzerrungen behaftet. Sie litt unter internen Konflikten, die in der letzten Analyse den Druck fremder und feindlicher sozialer Kräfte widerspiegelten. Sie litt auch unter jenen internen Konflikten, die eine Begleiterscheinung der Unreife sind, des Fehlens von stabilen, anerkannten nationalen revolutionären Führungen, die sich in der Aktion entwickelt und geprüft haben und das Vertrauen der Masse der Mitglieder und zumindest einiger Arbeiter über die Mitgliedschaft hinaus genießen. Die überwältigende Autorität der internationalen Führung, von Lenin, Trotzki, Sinowjew und, in der Tat, von allen Russen, stellte alle anderen in den Schatten.

Diese Autorität gründete sich noch nicht auf Manipulierungen, bürokratische Manöver oder gar die Stimmenübermacht der russischen Kommunistischen Partei. Sie gründete sich auf die offensichtliche Tatsache, daß die Russen nicht nur "ihre Revolution gemacht" hatten, sondern auch in den Auseinandersetzungen innerhalb der Komintern seit 1919 im Recht waren, und daß dies schließlich von den verantwortlichsten Militanten auch so gesehen wurde. Im Recht gegen die Ultralinken, deren Sieg die Bewegung zu einer Sekte reduziert hätte. Im Recht gegen die Zentristen, deren Sieg die Bewegung zurück in den sozialdemokratischen Sumpf geführt hätte. Ohne das Prestige der russischen Revolution, und dadurch von Lenin und seinen Mitarbeitern, hätte sich die Komintern nicht zu einer Massenorganisation entwickeln können, wenn sie überhaupt wirklich ernsthaft Gestalt genommen hätte.

Diese Situation verbarg in sich aber den Keim einer allzu offensichtlichen Gefahr. Es war eine Sache, unter den Russen "zur Schule zu gehen", und eine ganz andere, sich immer mehr auf die Lehrer zu verlassen, um die komplexen Probleme der deutschen, polnischen, britischen, amerikanischen oder sonstigen Parteien zu lösen. Die Lehren, die die Russen aus ihrer eigenen revolutionären Erfahrung weitervermitteln konnten, waren die am weitesten entwickelten in jenen frühen Jahren. Aber ein wichtiges Ziel jeder wirklichen Erziehung ist es doch, den Schüler von der übertriebenen Abhängigkeit vom Lehrer zu emanzipieren. Lenin erkannte die Gefahr. Die einzige Rede, die er auf dem vierten Kongreß halten konnte, enthält folgende Passage:

»Auf dem III. Kongreß 1921 haben wir eine Resolution angenommen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Diese Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast ausgesprochen russisch, d.h. ... fast kein Ausländer [kann] sie lesen - ich habe diese Resolution noch einmal durchgelesen, bevor ich das sage.

Erstens ist sie zu lang, sie hat 50 oder mehr Paragraphen. So etwas können Ausländer gewöhnlich nicht lesen. Zweitens, wenn sie doch gelesen wird, so kann kein Ausländer sie verstehen, eben weil sie zu russisch ist. Nicht als ob sie russisch geschrieben wäre - sie ist ausgezeichnet in alle Sprachen übersetzt -, sondern weil sie durch und durch von russischem Geist durchdrungen ist.

Und drittens, wenn ein Ausländer sie auch ausnahmsweise versteht, so kann er sie nicht durchführen. Das ist der dritte Mangel... Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen Fehler gemacht haben, nämlich daß wir uns selbst den Weg

zu einem weiteren Fortschritt versperren haben... Alles, was in der Resolution gesagt wird, ist toter Buchstabe geblieben. Und wenn wir das nicht begreifen, werden wir nicht vorwärtskommen.«¹²³

Rückschauend ist es klar, daß das Problem viel tiefer lag, viel tiefer noch, als Lenin selbst glaubte. Je mehr der Einfluß der Russen gestärkt wurde, desto größer wurde die Abhängigkeit der internationalen Bewegung vom Ausgang des postrevolutionären Machtkampfes in einem rückständigen und isolierten Land, in dem sich die Arbeiterklasse selbst auflöste.

Die Führung der russischen Kommunistischen Partei war 1922 jedoch immer noch unvergleichlich überlegen verglichen mit den Führungen der europäischen Parteien. Sie verstärkte noch ihre Autorität in den Kämpfen von 1922-23 gegen die Führer der französischen und norwegischen Parteien.

Hierin liegt die Tragödie der späteren Entwicklung der Komintern. Der komplexe Vorgang der ungleichen und kombinierten Entwicklung sowohl des Kapitalismus als auch der Arbeiterbewegungen hatte nicht nur Marx' und Engels' Annahme widersprochen, daß die Arbeiterrevolution zuerst in jenen Ländern stattfinden würde, die damals wirtschaftlich und politisch am fortgeschrittensten waren - Großbritannien, Frankreich und Deutschland -, er hatte auch zur russischen Vorherrschaft in der revolutionären Bewegung genau zu einem Zeitpunkt geführt, als die Arbeiterbewegung in Rußland selbst verkümmerte.

Denn bereits 1921 hatte Lenin in seiner Verteidigung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) argumentiert, daß »durch den Krieg und die furchtbare Verwüstung und Zerrüttung [das Proletariat] deklassiert, d.h. aus seinem Klassegeleise geworfen ist und aufgehört hat, als Proletariat zu existieren... Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.«¹²⁴

Das Moskau, in dem die Delegierten zusammengekommen waren, stand bereits unter der Leitung einer Bürokratie, die zwar ganz oben noch von einer dünnen Schicht von Revolutionären kontrolliert wurde, aber im wesentlichen einen Ersatz für die Arbeitermacht darstellte.

Der Vierte Kongreß traf verschiedene Entscheidungen, die die Einheitsfronttaktik erweiterten und entwickelten. »Als allgemeine propagandistische Parole ist die [Forderung nach einer] Arbeiterregierung (evtl. Arbeiter- und Bauernregierung¹²⁵) fast überall zu gebrauchen«¹²⁶. Dies bedeutete: »Die Kommunisten sind bereit, auch mit jenen Arbeitern zu marschieren, die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats

¹²³ Lenin, GW, Band 33, Seite 416

¹²⁴ Lenin, GW, Band 33, Seite 46

¹²⁵ Die Frage, was das genau bedeutete, blieb eine strittige Frage zwischen Linken und Rechten in der Internationale. Für Trotzki war die »Arbeiterregierung eine Form der Diktatur des Proletariats«. Die Thesen jedoch billigten ausdrücklich die Teilnahme an einer »Regierung der Arbeiter und ärmeren Bauern. Eine solche Möglichkeit besteht auf dem Balkan, der Tschechoslowakei usw.« sowie die Teilnahme an der nicht definierten und äußerst schwammigen Kategorie einer »Arbeiterregierung mit Teilnahme der Kommunisten«. Aber was waren diese, im Gegensatz zur »wirklichen revolutionären proletarischen Arbeiterregierung, die in reiner Form nur durch die Kommunistische Partei verkörpert werden kann«. (Protokoll des IV. Weltkongresses, Seite 1017)

¹²⁶ "Protokoll des IV. Weltkongresses", Band 2, Seite 1015

noch nicht erkannt haben. Die Kommunisten sind also auch bereit, unter gewissen Bedingungen und unter gewissen Garantien eine nicht rein kommunistische, ja sogar eine bloß scheinbare Arbeiterregierung (liberale und sozialdemokratische) zu unterstützen.»¹²⁷

Es gab einen wichtigen Präzedenzfall. Noch vor dem Kongreß in Halle und unmittelbar nach dem Kapp-Putsch von 1920 hatte der extrem rechte Führer des Gewerkschaftsverbandes ADGB, Karl Legien, ein Bündnis zwischen der SPD, der USPD, und den Gewerkschaften vorgeschlagen, um für eine »Arbeiterregierung« zu kämpfen, die den deutschen Staatsapparat »republikanisieren« sollte, indem sie die Armee und den Staatsdienst von rechten Offizieren säubert, und begrenzte Sozialreformen, darunter eine Landreform zur Brechung der Macht der landbesitzenden, aristokratischen preußischen Junker und die Verstaatlichung der Bergwerke, durchführen.

Die KPD, die damals erst 50-60.000 stark war, wurde in die Verhandlungen einbezogen. Legien suchte ihre Beteiligung wegen ihres Einflusses auf aufständische Arbeiter, die die effektive Macht in einer Reihe von Orten in Sachsen und im Ruhrgebiet innehaten. Der Vorschlag, der der KPD gemacht wurde, beinhaltete ihre "kritische Unterstützung" für eine solche Regierung unter Beibehaltung ihrer Aktionsfreiheit in anderen Fragen. Die "kritische Unterstützung" umfaßte den Verzicht auf jeden unmittelbaren bewaffneten Kampf gegen die Weimarer Republik und gegen die vorgeschlagene "Arbeiterregierung". Paul Levi, zur Zeit der vorherrschende Führer der KPD, und seine Vertreter, Jacob Walscher und Wilhelm Pieck, waren für eine solche Vereinbarung. Die Partei als ganzes betrachtete dies als beinahe Verrat.

Wer hatte recht? Es ist keine Frage, man hätte die Vereinbarung mit beiden Händen aufgreifen müssen. Die SPD-Führer waren durch den Kapp-Putsch stark erschüttert, denn dieser war das Ergebnis ihrer Unterstützung für die Gründung der Reichswehr, des neuen Berufsheeres, und sie verloren schnell an Boden zugunsten der Linken (vor allem der USPD). Gleichzeitig hatte die Mehrheit der zwölf Millionen oder mehr Arbeiter, die Widerstand geleistet und den Putsch niedergeschlagen hatten, dies im Namen der Verteidigung der Weimarer Republik getan. Die Behauptung, daß diese Republik, unter einer neuen Führung, die extreme Rechte wirklich zerschlagen und zumindest einen Teil der Probleme der arbeitenden Leute lösen könnte, mußte in der Praxis getestet werden - natürlich nicht, um die Kommunistischen Militanten, sondern um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu überzeugen. Denn eine SPD-USPD-Regierung hätte ihre Versprechungen natürlich nicht halten können. Umso besser für die KPD. Denn, und dies muß betont werden, von einer Beteiligung der KPD an der »Arbeiterregierung« war niemals die Rede.

Aus dem ganzen Vorhaben wurde jedenfalls nichts, und der Kongreß von Halle, der zur Spaltung der USPD und zu einem massiven Zustrom von neuen Mitgliedern in die KPD führte, verwandelte die Situation für die Partei. Die KPD war eine kleine Minderheit vor dem Haller Kongreß gewesen, nach dem Kongreß war sie immer noch eine Minderheit, wenn auch eine beachtenswerte. Ein bewaffneter Kampf wäre deshalb nichts mehr als Abenteuerum gewesen. Die KPD mußte zuerst die entscheidenden Sektionen der Arbeiterklasse auf ihre Seite ziehen - und die kritische Unterstützung für eine »Arbeiterregierung«, im oben beschriebenen Sinne, hätte diesen Prozeß sehr erleichtern

¹²⁷ ebda., Seite 1017

können.

Die Verhandlungen mit Legien fanden mehr als ein Jahr vor der Annahme der Losung "Zu den Massen" und der Einheitsfronttaktik durch den Dritten Weltkongreß statt. Auf dem Vierten Kongreß wurde die Angelegenheit ein ganzes Stück weiterentwickelt. Es ist lohnend, die Kongreßresolution im Detail zu betrachten. Nachdem festgehalten wurde, daß die Idee der »Arbeiterregierung« *»als eine allgemeine Propagandalosung«* benutzt werden sollte, fährt sie fort:

»Als aktuelle politische Losung aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In diesen Ländern ergibt sich die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront.

Die Parteien der 2. Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu "retten", daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten propagieren und verwirklichen... Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischen und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im vereinten Kampf aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen, und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden.

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden.«¹²⁸

Zweck der Losung der »Arbeiterregierung« war es, *»das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen«¹²⁹*. In einer solchen Situation, wie der unmittelbar nach dem Kapp-Putsch, hätte sie sehr wohl zu einem solchen Ausgang beitragen können, vorausgesetzt natürlich, es handelte sich um eine kritische Unterstützung für eine Arbeiterregierung durch eine unabhängige Kommunistische Partei. Die Resolution ging jedoch viel weiter.

Sie hielt eine Beteiligung der Kommunistischen Partei an einer »Arbeiterregierung« *»unter bestimmten Umständen«* für möglich. Es stimmt zwar, daß eine solche Beteiligung mit einer Reihe von Einschränkungen versehen wurde, aber die Sache ist offensichtlich im Prinzip falsch. In der Tat machen einige der Einschränkungen die Sache noch schlimmer: *nur »wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird«¹³⁰*

¹²⁸ ebenda, Seite 1015f

¹²⁹ ebenda, Seite 1016

¹³⁰ ebenda, Seite 1016

wenn aber Sozialdemokraten und Zentristen das tun könnten (*»die Arbeiter bewaffnen... den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie brechen«*), dann würden sie aufhören, Reformisten zu sein. Dazu kam noch, daß trotz allen Geredes von den *»Kämpfen der Massen«* die Losung von der Arbeiterregierung die Hauptaufmerksamkeit unweigerlich auf parlamentarische Mehrheiten verschob, und im Deutschland von 1923 sehr wohl auch so verstanden wurde.

1921 stammte die Opposition gegen die Einheitsfronttaktik in erster Linie von der Ultralinken. 1922-23 kam sie in erster Linie von der Rechten, von zentristischen und linksreformistischen Tendenzen, die immer noch eine Stütze in einer Reihe von Kommunistischen Parteien besaßen. Sie kam auch, in Taten eher als in Worten, von Tendenzen, die man am besten als "neo-kautskianische" bezeichnen könnte - Tendenzen, die vom Kautskianismus von vor 1914 stammten, die einen abstrakten Revolutionismus, den Glauben, daß der Sozialismus das Ergebnis "unvermeidlicher" historischer Entwicklung sein würde, und eine passive Herangehensweise an den Klassenkampf beinhalteten.

In Frankreich stürzte sich die zentristische Gruppe unter Führung von Frossard auf die Opposition gegen die Einheitsfronttaktik als ein Mittel, um die Opposition gegen "Moskau" und für die "Autonomie" zusammenzutrommeln. In Wirklichkeit richtete sich ihre Opposition gegen den Aufbau einer revolutionären Partei in ihrem eigenen Land. Sie widersetzten sich dem aktiven und aggressiven Versuch, die Basis der Sozialistischen Partei in die Aktion einzubeziehen gerade deswegen, weil sie sich immer mehr den Führern der Sozialistischen Partei näherten.

Wie Trotzki scharfsinnig bemerkte: »In der Frage der Einheitsfront sehen wir dieselbe passive und unentschiedene Tendenz, aber diesmal gekennzeichnet durch verbale Unvereinbarkeit. Auf den ersten Blick sticht einem folgendes Paradoxon in die Augen: Die rechten Parteielemente mit ihren zentristischen und pazifistischen Tendenzen, die offen oder verdeckt die Zeitung 'Journal Du Peuple' unterstützen, stehen gleichzeitig an vorderster Linie als die unversöhnlichsten Gegner der Einheitsfront und bedecken sich mit dem Banner der revolutionären Unnachgiebigkeit. Im Gegensatz dazu sind jene Elemente, die bis zum Kongreß von Tours und unter den schwierigsten Umständen an der Position der Dritten Internationale festgehalten hatten, heute für die Einheitsfront. In Wirklichkeit wird die Maske der pseudorevolutionären Unnachgiebigkeit heute von den Befürwortern der zögerlichen und passiven Taktik getragen«¹³¹.

Die Fraktion von Frossard erhielt eine Mehrheit auf dem Parteikongreß im Oktober 1922, wenn auch eine schmale. Die Vertreter des Komitees der Kominternexekutive auf dem Kongreß, Humbert Droz und Manuilsky, traten für eine paritätische Besetzung der führenden Parteigremien durch Linke und Rechte gleichermaßen ein. Nachdem dies abgelehnt wurde, handelten sie im Geiste der Mehrheitsmeinung der damaligen Kominternexekutive, die durch Sinowjews Losung "Frieden ist besser" - in anderen Worten, neue Spaltungen fast um jeden Preis vermeiden - am besten charakterisiert werden kann, und setzten ihre ganzen Energien ein, um die Linke zur Unterwerfung zu

¹³¹ Trotzki, "The First Five Years", Band 2, Seite 127-128. "Journal du Peuple" war eine Zeitschrift mit einer zentristischen Linie, betrieben als persönliches Projekt von Henri Fabre, einem Kommunistischen Parteimitglied, den Frossard und andere vor einem Ausschluß zu schützen versuchten. (EKKI 12. Mai 1922, an das ZK der KPF)...

bewegen.

»Die Linke erhielt Anweisungen von Manuilsky, sich der Entscheidung zu fügen... Aber diese Anweisungen zeigten ein mangelndes Verständnis für die Stimmung der Rechten. Frossard hatte vor, ...[seinen Sieg, D.H.] voll auszuschöpfen. Alle Posten in allen Parteiorganen wurden mit Kandidaten der Rechten besetzt.«¹³²

Frossard und seine Mitarbeiter benutzten diesen Erfolg, um die Spaltung und die Rückführung der Partei zur Einheit mit der reformistischen Minderheit vorzubereiten. Die Sache ging dann so aus, daß Frossard die Spaltung voreilig im Januar 1923 in die Wege leitete. Obwohl er *»die meisten Politiker, Journalisten, Stadträte und ähnliches«¹³³* mitnahm, blieb die Mehrheit der Arbeitermitgliedschaft treu, und die Kommunistische Partei konnte sich nach der Spaltung vergrößern. Frossard wurde später Generalsekretär der (reformistischen) SFIO.

In Norwegen war der Ausgang weniger günstig. Die zentristischen Führer Tranmael und Lie (letzterer wurde später erster Generalsekretär der UNO) hatten die Spaltung seit dem Sommer 1920 vorbereitet, sie aber geschickt hinausgezögert, obwohl dies die Norwegische Arbeiterpartei (DNA) dazu verpflichtete, die 21 Bedingungen der Komintern (in Worten) zu akzeptieren, bis die revolutionäre Flut deutlich verebbte.

Tranmael und Lie setzten die Spaltung auf dem 1923er Kongreß mit 169 zu 110 Stimmen, vordergründig wegen der wohlbekannten Frage der "Autonomie", durch und nahmen die Mehrheit der Mitgliedschaft mit. Bis in die späten 20er Jahre hinein mußte die DNA allerdings mit einer beträchtlichen Kommunistischen Partei rechnen. Bei den Wahlen 1924 erhielt die DNA 18 Prozent der Stimmen und 24 Abgeordnete, während die norwegische Kommunistische Partei auf 6 Prozent und 6 Delegierte kam¹³⁴. Wichtiger war, daß die Kommunistische Partei einen guten Teil der organisierten Arbeiterbasis mit sich nahm. Aber im Gegensatz zur französischen Kommunistischen Partei war die norwegische Partei von Anfang an eine Minderheitspartei, sogar unter den organisierten Arbeitern. Tranmael und die DNA legten die Mehrheit der organisierten Arbeiter auf eine zentristische Linie fest; sie redeten links, bewegten sich aber nach rechts. Sie hüteten sich, der wiederaufgebauten reformistischen Internationale beizutreten, und fuhren fort, "links zu reden", bis der Augenblick kam, wo sie 1936 die Regierung seiner Norwegischen Hoheit bildeten.

Internationale Manöver

»Die Vertreter der II. und der zweieinhalbten Internationale brauchen die Einheitsfront, denn sie hoffen, uns durch übermäßige Zugeständnisse von unserer Seite zu schwächen; sie hoffen, in unseren, den kommunistischen Raum, ohne jede Bezahlung einzudringen; sie hoffen, die Arbeiter mittels der Einheitsfronttaktik von der Richtigkeit der reformistischen und der Unrichtigkeit der revolutionären Taktik zu überzeugen. Wir brauchen die Einheitsfront, weil wir die Arbeiter vom Gegenteil zu überzeugen hoffen.« *Lenin, "Wir haben zuviel bezahlt", April 1922.¹³⁵*

Auf dem Kongreß, der im Februar 1919 in Bern mit dem Ziel zusammentraf, die

¹³² Carr, "The Bolshevik Revolution", Band 3, Seite 416

¹³³ Borkenau, page 228

¹³⁴ Upton, "The Communist Parties of Scandinavia and Finland" (London 1973), Seite 481

¹³⁵ Lenin, GW, Band 33. Seite 320

Zweite Internationale wieder zu konstituieren, fehlten eine Reihe von Mitgliedsparteien - die Belgier verweigerten ihre Teilnahme, weil sie nicht an einem Tisch mit den Deutschen sitzen wollten, die Italiener und Schweizer wollten nicht mit den Anti-Zimmerwalder Parteien zusammenkommen, die Bolschewiki waren dem ganzen Ansinnen gegenüber äußerst feindlich eingestellt, und so weiter.

Einige der Zentristen, insbesondere die USPD, waren anwesend, es handelte sich aber im wesentlichen um einen Kongreß des rechten Rumpfes der alten Internationale. Er blieb wegen der Frage der "Kriegsschuld" gelähmt, nachdem die französischen Rechten den Versuch unternommen hatten, die ausschließliche Verantwortung für den Krieg den Zentralmächten zuzuschreiben - entlang der schändlichen "Kriegsschuld"-Klausel des Versailler Vertrages - und somit nur die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten wegen ihrer Unterstützung für den Krieg zu verurteilen. Der Kongreß beschränkte sich darauf, ein Aktionskomitee zu errichten, »um in kürzester Zeit die Wiederherstellung der Internationale zu erreichen«¹³⁶, in anderen Worten, um die durch nationale Differenzen zerspaltene Rechte gegen die Revolutionäre wiederzvereinigen.

Bis dieses Gremium in der Lage war, einen weiteren Kongreß im August 1919 in Luzern einzuberufen, war die Kommunistische Internationale bereits gegründet worden, und die revolutionäre Flut in Europa schwoll mächtig an. Achtzehn Parteien waren anwesend (in Bern waren es 23 gewesen), und es gab anscheinend eine starke Verschiebung nach links. Von der deutschen "Kriegsschuld" war nicht mehr die Rede, im Gegenteil, der ganze Versailler Vertrag wurde ausdrücklich verurteilt, ebenso auch die militärische Intervention der Alliierten gegen die russische und die ungarische Revolutionen.

Diese verbalen Zugeständnisse an die Linken verfehlten aber ihren Zweck, die Zentristen unter ihrem rechten Fittichen zu behalten. Unter dem wachsenden Druck ihrer radikalisierten Mitgliedschaften brachen die französische (zur Zeit unter zentristischer Führung), die österreichische, die amerikanische, die norwegische und die spanische Partei, sowie auch die USPD, mit der wiedergegründeten Zweiten Internationale noch vor ihrem Genfer Kongreß im Juli 1920. Eine neue zentristische Internationale, die "zweieinhalbte Internationale" oder Wiener Union, wurde ins Leben gerufen und formell im Februar 1921 konstituiert. Ihren Kern bildete die österreichische sozialdemokratische Partei, deren Führer jede größere Abspaltung nach links vermieden, indem sie ihre Unterstützung für den Wiederaufbau des bürgerlichen Staates in Österreich (in Form einer bürgerlichen demokratischen Republik) mit revolutionärer Rhetorik vertuschten.

Die Zweieinhalb-Internationale war im Grunde ein Versuch, dieses Manöver im europäischen Maßstab zu wiederholen, um weitere Fortschritte der Kommunistischen Internationale zu verhindern und möglichst viele derjenigen wiederzugewinnen, die 1920 zu ihr übergewechselt waren. Das Losungswort der Wiener Union war "Einheit". Die USPD und die SFIO, die inzwischen ihre Kongresse in Halle bzw. Tours hinter sich hatten, die britische ILP und die russischen Menschewiki nahmen Teil. Insgesamt beanspruchte die Wiener Union für sich die Mitgliedschaft von zwanzig Parteien in dreizehn Ländern.

Im Januar 1922 veröffentlichte das Büro der zweieinhalbten Internationale einen Aufruf für »die Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz des klassenbe-

¹³⁶ Braunthal, Band 2. Seite 173

wußten Weltproletariats«¹³⁷. Das Exekutivkomitee der Komintern erklärte sich sofort zur Teilnahme bereit. Die Exekutive der wiederbelebten Zweiten internationale erhob eine Reihe von Einwänden, die darauf abzielten, die Konferenz zu torpedieren, wurde aber schließlich aus Furcht vor weiteren Verlusten an die Linken zur Teilnahme gezwungen.

Die Konferenz kam dann schließlich im Reichstagsgebäude in Berlin (eine Gefälligkeit der SPD) im April 1922 zusammen. Clara Zetkin verwarf im Namen der Komintern jeglichen Gedanken an eine "organisatorische Einigung", an eine einzige Internationale, wie sie von den "Zweieinhalbern" vorgeschlagen wurde, betonte aber die Notwendigkeit, »daß sich die Arbeiterklasse trotz aller sie trennenden tiefen Gegensätze ... zu einem Abwehrkampf gegen die Offensive des Weltkapitals zusammenballen muß«¹³⁸.

Verständlicherweise waren die Delegierten der Zweiten Internationale - unter ihnen war Ramsay McDonald, zukünftiger Labour- und später dann konservativer Premierminister von Großbritannien, an vorderster Reihe an sowas nicht interessiert. Sie bestanden darauf, die Frage des kaukasischen Georgiens, wo eine ursprünglich unter britischer militärischer Obhut gebildete menschowistische Regierung soeben von der Roten Armee gestürzt worden war, sowie die Frage der Gerichtsverfahren gegen Konterrevolutionäre in Rußland usw. zu diskutieren.

Zugeständnisse der Kominterndelegation, die Lenin später als unzulässig brandmarkte, verhinderten ein sofortiges Auseinandergehen der Konferenz, aber die "Zweieinhalber" erzielten bald eine Verständigung mit der Rechten. Gemeinsam beriefen sie eine weitere Konferenz ein, aus der sie die Kommunisten ausschlossen, und auf der sie ihre Kräfte vereinten, um eine Arbeiter- und Sozialistische Internationale im Mai 1923 zu gründen. Diese Körperschaft führte ein papierenes Dasein bis zu ihrem schmachvollen Auseinanderfallen beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939.

Es gab auch die zwei Gewerkschaftsinternationalen: Die Internationale Gewerkschaftsföderation (IFTU) war von der extrem rechten Führung des deutschen Gewerkschaftsdachverbandes ADGB 1913 - in erster Linie als Geste der Unabhängigkeit von der Parteikontrolle - gegründet worden. Sie brach im darauffolgenden Jahr zusammen, als ihre zwei größten Bestandteile (der britische TUC und der deutsche ADGB) ihre jeweilige "eigene" Regierung beim Ausbruch des Krieges unterstützten.

Die IFTU wurde auf einem Kongreß in Amsterdam im Juli 1919 wiedererrichtet. Sie war eine Hochburg der Rechten, wobei die europäischen Rechten noch zusätzliche Schützenhilfe durch die stark antisozialistische American Federation of Labour erhielten. Auf dem Gründungskongreß beanspruchte man, fast achtzehn Millionen Gewerkschafter zu vertreten: »Die sogenannte Gewerkschaftsinternationale, die ist leider noch etwas, und zwar ist sie das Bollwerk der internationalen Bourgeoisie,«¹³⁹ sagte Sinowjew 1920.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale (bekannt als die Profintern) war zum Teil als Gegengewicht zur IFTU und zum Teil als Mittel zur Heranführung der syndikalistischen Gewerkschaftsföderationen in Frankreich (CGT) und in Spanien (CNT) und kleinerer Gruppierungen anderswo in eine engere Beziehung zur Komintern konzipiert.

Die zehnte der 21 Bedingungen für den Beitritt der Parteien zur Komintern hatte »einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer "Internationale" der gelben

¹³⁷ ebenda, Seite 259

¹³⁸ ebenda, Seite 264

¹³⁹ ebenda, Seite 192, Fußnote

Gewerkschaften« gefordert. Jede Partei »muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.«¹⁴⁰

Erst im Juli 1921 konnte die Rote Gewerkschaftsinternationale ihren Gründungskongreß abhalten: Die italienische, bulgarische und norwegische Gewerkschaftsföderationen waren anwesend, zusammen mit den Russen und einer Reihe kleinerer Organisationen. Man erhob den Anspruch, daß die 380 Delegierte aus 41 Ländern »siebzehn Millionen aus einer Gesamtzahl von vierzig Millionen Gewerkschaftern in der ganzen Welt«¹⁴¹ vertraten, was ein äußerst dubioser Anspruch war. Zu dieser Zeit und im Zuge des Abflauens der revolutionären Flut trat die Einheitsfronttaktik immer mehr in den Vordergrund, und es ist fraglich, ob unter diesen Umständen die Gründung der Roten Internationale ein nützliches Unterfangen war.

Drei Jahre später gab Sinowjew zu: »Die RGI wurde gegründet in einem Moment, wo es schien, wir würden die Front des Feindes in frontaler Attacke durchbrechen können und die Gewerkschaften rasch erobern... Es war dies eine Zeit, wo wir glaubten, wir werden die Mehrheit der Arbeiter ganz schnell gewinnen«¹⁴²

Dies entspricht nicht den Tatsachen. Eine solche Perspektive wurde 1920 vertreten, nicht mehr aber im Sommer 1921. Sie entspricht aber in der Tat dem Gedanken, der hinter dem ursprünglichen Entschluß steckte, zu versuchen, der IFTU auf ihrem eigenen Feld entgegenzutreten und sie zu besiegen.

Jedenfalls, obwohl die italienische Gewerkschaftsföderation in Bälde durch die Faschisten zerschlagen wurde, und sich die Norweger schon bald wieder zurückzogen, bekam das Profinternskelett durch die Spaltungen der französischen und tschechischen Gewerkschaftsbewegungen etwas mehr Fleisch auf die Knochen.

Die CGT, die einzige französische Gewerkschaftsorganisation von Bedeutung, hatte 1906 eine revolutionäre syndikalistische Position (verkörpert in der Charte von Amiens) eingenommen. Der Krieg bewies allerdings, daß die Gegnerschaft zu sozialistischen Parteien, die man zu Recht des Reformismus verdächtigte - was der Kern der syndikalistischen Position war - keinesfalls eine Garantie darstellte, daß die Syndikalisten vom kapitalistischen Staat unabhängig bleiben würden. Die CGT selbst produzierte sehr schnell reformistische Prokriegstendenzen nebst revolutionären Antikriegstendenzen, und dazwischen eine vorübergehend mehrheitsfähige "Zentrums"-Tendenz, die pro Zimmerwald aber antibolschewistisch war.

Der rechte Flügel, der beobachten konnte, wie die vereinten Kräfte der Linken und des Zentrums dabei waren, eine beträchtliche Mehrheit zu gewinnen, spaltete die CGT nach dem Kongreß von Lille (im Juli 1921), stahl den Namen und den Großteil des Apparats und zwang somit die Linke, die CGTU im Juni 1922 zu gründen. Damals hatte die CGTU die Unterstützung der Mehrheit der organisierten Arbeiter in Frankreich, sodaß ihr Beitritt zur Roten Internationale einen ernsthaften Schlag gegen die IFTU bedeutete. Er veränderte auch den Charakter der Roten Internationale selbst. Denn der syndikalisti-

¹⁴⁰ "Protokoll des II. Weltkongresses", Seite 392

¹⁴¹ Carr, "The Bolshevik Revolution", Band 3, Seite 397 Kl, N°. 18, 8.10.21

¹⁴² "Protokoll des V. Weltkongresses", Seite 912

sche Mehrheitsflügel in der CGTU-Führung setzte die Entfernung von Kominternern-Anhängern aus der Exekutive der Roten Internationale erfolgreich durch.

Im nächsten Jahr schlossen die rechten chauvinistischen Bosse der tschechischen Gewerkschaftsföderation eine Reihe von Gewerkschaften aus, in denen die Mehrheit der tschechischen Gewerkschafter organisiert war. Die ausgeschlossene Linke gründete das Multinationale Gewerkschaftszentrum - "multinational" bezog sich auf die deutsche, slowenische, ruthenische, ungarische und polnische Minderheiten, die zusammengenommen die Mehrheit der Bevölkerung im tschechischen Staat, wie er durch den Versailler Vertrag am Ende des Ersten Weltkriegs geschaffen worden war, ausmachten. Das Multinationale Gewerkschaftszentrum schloß sich nun der Roten Internationale an.

Die spanische CNT lehnte jedoch zum Schluß sowohl Amsterdam als auch Moskau ab. Ihr anarcho-syndikalistischer Flügel verbuchte einen entscheidenden Sieg auf einem Kongreß in Saragossa im Juni 1922, der den Anschluß an eine syndikalistische Internationale, die AIT, beschloß. Die CNT blieb auch der einzige Verband von Bedeutung, der sich der AIT anschließen sollte.

Die Rote Internationale hatte von Anfang an gegen die ultralinke Vorstellung gekämpft, daß Individuen oder Gruppen von Sympathisanten aus den IFTU-Gewerkschaften ausscheren sollten. Auf ihrem ersten Kongreß wurde folgende Resolution verabschiedet: *»Diese Taktik des Zurückziehens von revolutionären Elementen aus den Gewerkschaften... spielt in die Hände der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie und sollte deshalb scharf und kategorisch zurückgewiesen werden«*¹⁴³.

Ein wenig später wurde entschieden, daß Einzelgewerkschaften in Föderationen, die der Amsterdamer IFTU angeschlossen waren, nicht dazu ermuntert werden sollten, sich abzuspalten. Aber allein schon die Existenz der Roten Internationale erschwerte die notwendige Aufgabe des Kampfes um die gewerkschaftliche Einheit, obwohl dies die offizielle Plattform der Roten Internationale war. Der Kampf um die Losung der Gewerkschaftseinheit - *»In den Ländern, wo zwei Gewerkschaftszentralen nebeneinander bestehen (Spanien, Frankreich, Tschechoslowakei etc.), sollen die Kommunisten für die Verschmelzung der nebeneinander bestehenden Organisationen kämpfen«*¹⁴⁴ - wurde kaum durch die Existenz eines parallelen internationalen Zentrums gefördert, das unweigerlich seine eigene selbstrechtfertigende Trägheit und seinen eigenen Apparat entwickelte.

Der Vierte Weltkongreß der Komintern wiederholte den Aufruf zur Einheit - er machte *»es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Gewerkschaftsspaltung zu verhindern, um die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, dort, wo sie zerstört ist, wiederherzustellen«*¹⁴⁵ - und setzte sich auch mit der Frage der "Autonomie", dem syndikalistischen Losungswort, auseinander.

»Der Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat findet seinen Ausdruck in der Theorie der Neutralität: die Gewerkschaften dürfen sich ausschließlich rein zünftlerische, eng wirtschaftliche Ziele stecken, und keineswegs allgemeine Klassenziele... Die Bourgeoisie hat immer die Tendenz, die Politik von der Wirtschaft zu trennen, da sie vollkommen begreift, daß, wenn es ihr gelingt, die Arbeiterklasse in den Rahmen der Zunftinteressen hineinzudrängen, keine ernsthafte Gefahr ihre

¹⁴³ Carr, Band 3, Seite 545 (I. Kongreß RGI, Resolution Seiten 49-50, Juli 21) *

¹⁴⁴ "Die Kommunistische Internationale, Thesen und Resolutionen", a.A.o.a., Band 2, IV. Weltkongreß, S. 32

¹⁴⁵ "Protokoll des IV. Weltkongresses", Seite 1060

Herrschaft bedroht.

Dieselbe Grenze zwischen Wirtschaft und Politik wird auch durch die anarchistischen Elemente der Gewerkschaftsbewegung gezogen, um die Arbeiterbewegung von dem politischen Wege abzulenken unter dem Vorwande, daß jede Politik gegen die Arbeiter gerichtet sei. Diese Theorie, im Grunde rein bürgerlich, wird den Arbeitern dargeboten als diejenige der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, und man versteht die letztere als Gegensatz der Gewerkschaften zu den kommunistischen Parteien und als eine Kriegserklärung an die kommunistische Arbeiterbewegung, immer im Namen der berüchtigten Unabhängigkeit und Autonomie.»¹⁴⁶

Das war eine treffende Diagnose. Die Ereignisse sollten bald unwiderlegbar zeigen, daß syndikalistische Gewerkschaftsbürokraten, darunter nicht zuletzt die der französischen CGT und der spanischen CNT, den Initiativen von unten und dem kommunistischen Einfluß gegenüber genauso feindlich eingestellt waren wie ihre sozialdemokratischen Gegenspieler auch. Die Autonomiefrage, die vor 1914 einen revolutionären (oder öfter noch einen pseudorevolutionären) Inhalt gehabt hatte, wurde reaktionär, nachdem sich die besten syndikalistischen Kämpfer der Komintern angeschlossen hatten, welche Organisation die übrigen syndikalistischen Führer dann bald als ihren gefährlichsten Gegner einstufen.

¹⁴⁶ ebenda, Seite 1055

4. 1923-24: Das Jahr der Entscheidung

»Gewiß ist die Schwäche der kommunistischen Parteien und deren Führungen nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern sie ist ein Ergebnis der ganzen Vergangenheit Europas. Immerhin könnten sich die kommunistischen Parteien bei der gegenwärtig vorhandenen Reife der objektiv revolutionären Widersprüche in einem weit rascheren Tempo entwickeln, wenn natürlich eine richtige Führung von seiten der Komintern vorhanden wäre, welche diesen Entwicklungsprozeß fordern und nicht verlangsamen würde.«

Trotzki, "Die Strategie und Taktik in der imperialistischen Epoche".¹⁴⁷

Im Jahr 1923 standen die miteinander verflochtenen Schicksale des revolutionären Regimes in Rußland und der Kommunistischen Internationale auf des Messers Schneide. In Rußland (seit Dezember 1922 die UdSSR) ließ sich das zunehmend bürokratische Regime treiben. Es schien, wie der Historiker E.H. Carr bemerkte, *»eine Art von Zwischenperiode zu bilden - ein Waffenstillstand oder herrscherlose Zeit in den Angelegenheiten der Partei und des Sowjets -, als kontroverse Entscheidungen, soweit möglich, vermieden oder aufgeschoben wurden«.*¹⁴⁸

Die Bürokratie hatte sich noch nicht zu einer selbstbewußten Schicht kristallisiert. Niemand wagte es schon, vom "Sozialismus in einem Land" zu reden. Aber bereits 1922 schrieb Lenin: »Der Staat ist in unseren Händen - aber hat er unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik in diesem Jahr nach unserem Willen funktioniert? Nein. Das wollen wir nicht zugeben: Er hat nicht nach unserem Willen funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt - jemand, der illegal ist, der gesetzwidrig handelt, der von Gott weiß woher kommt, Spekulant oder Privatkapitalisten, oder die einen und die andern zugleich -, jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so und sehr häufig ganz und gar nicht so, wie derjenige, der am Steuer dieses Wagens sitzt, sich einbildet.«¹⁴⁹

Die *»göttliche, gesetzlose Hand«* war das Produkt unendlich mächtiger sozialer Kräfte, die in Rußland durch den industriellen Rückgang, die zum Verzweifeln niedrige Arbeitsproduktivität, die kulturelle Rückständigkeit und die allgemeine Notlage hervorgerufen wurden. Weil diese sozialen Kräfte - die Kräfte der Reaktion, des russischen Thermidors - noch kein effektives politisches Sprachrohr gefunden hatten, war der Ausgang 1923 noch keineswegs entschieden. Die Herrschenden handelten *»bewußt, das schon, aber mit einer Art falschen Bewußtseins«*, wie Marx einmal über frühere historische Akteure geschrieben hatte. Keiner unter ihnen verstand richtig, was geschah.

Der Ausdruck "Thermidor" war der Mehrheit der Kominternführung ein wohlbekannter Begriff. Sie hatten natürlich die große klassische bürgerliche französische Revolution von 1789-1794 studiert. Am 27. Juli 1794, dem 9. Thermidor nach dem revolutionären französischen Kalender, wurde die Diktatur der Jakobiner gestürzt und durch eine nach rechts gehende Regierung ersetzt, die sich im darauffolgenden Jahr in "Direktorium" umbenannte. Dies führte schließlich zu einer sozialen Reaktion und zur Diktatur des

¹⁴⁷ Trotzki, "Die III. Internationale nach Lenin" (Dortmund 1977), Buchverlag Wolfgang Dröge, Seite 136f

¹⁴⁸ Carr, "The Interregnum 1923-4" (London 1969), Seite 5

¹⁴⁹ Lenin, GW, Band 33, Seite 266

Napoleon Bonaparte.

Der Begriff "Thermidor" fand in den Auseinandersetzungen in Rußland in den 20er Jahren oftmals Verwendung. Spielte sich in Rußland ein Thermidor ab? 1923 waren das noch offene Fragen. Aber die Gefahr eines Thermidors war offensichtlich, und linke Tendenzen in den russischen und deutschen Kommunistischen Parteien spekulierten bereits darüber. Was also war in den Führungen der Komintern und der russischen Kommunistischen Partei geschehen?

Lenin war nicht mehr "der Mann am Steuer". Im Dezember 1921 erlitt seine Gesundheit einen schweren Rückschlag, von dem er sich nie mehr vollständig erholte. Im Mai 1922 erlitt er einen lähmenden Schlaganfall, der ihn vorübergehend der Sprache beraubte. Zwei weitere Schlaganfälle folgten im Dezember desselben Jahres. Ein vierter, im März 1923, beendete sein politisches Leben, obwohl er erst im Januar 1924 den physischen Tod starb. Daher hatte er 1923 keinerlei Einfluß auf die Komintern, eine Tatsache von beträchtlicher Bedeutung, denn kein anderer besaß seine Kombination von immenser Autorität und tiefem Verständnis für die Dynamik der Revolution.

Die russische Revolution benötigte jetzt dringend der Erholung - nach der Zerstörung der industriellen Basis Rußlands in den Jahren des Kriegs, des Bürgerkriegs, der Hungersnot und der ausländischen Intervention, die die Arbeiterklasse dezimiert hatten. Diese Erholung hing jetzt mehr denn je von Ereignissen außerhalb Rußlands ab; vor allem von den Ereignissen in Deutschland. Sie hing deshalb von der Reife und der politischen Fähigkeit der Führungen der europäischen kommunistischen Parteien ab, besonders der der KPD, und von der Fähigkeit des Kominternzentrums, ihnen zu helfen und sie zu leiten.

Auf dem Vierten Weltkongreß der Komintern wurde der Apparat des Zentrums beträchtlich ausgedehnt. Es wurde jetzt festgelegt, daß eine "erweiterte Exekutive" mit Vertretern aller Kommunistischen Parteien zusätzlich zu den 25 Mitgliedern des Kominternexekutivkomitees alle vier Monate zusammentreffen sollte. Nach dem Muster des russischen Politbüros wurde ein Präsidium errichtet, nebst einem Organisationsbüro, einer Agitprop-Abteilung, einer statistischen Abteilung und anderen. Keine dieser Maßnahmen verbesserte die politische Effektivität der Kominternexekutive.

Die entscheidende Rolle spielten nach wie vor drei russische Parteimitglieder: Sinowjew, Bucharin und Radek. Das war nicht gerade eine Kombination, deren Vorgesichte Vertrauen erwecken konnte: Bucharin und Sinowjew hatten den Wahnsinn der Märzaktion in Deutschland gutgeheißen, und letzterer war auch gegen den Oktoberaufstand in Rußland 1917 gewesen. Radek war ein kluger Kopf, aber, wie Lenin sagte, »knochenlos«.

Zwar war diese Kombination seit 1919 in der Komintern im Amt aber mit einem Unterschied. »Bei Lenins Lebzeiten«, schrieb Trotzki einige Jahre später, »lag die unmittelbare Leitung der Komintern in den Händen von Sinowjew, Radek und Bucharin. Bei Entscheidungen von irgendwie wichtigen Fragen nahmen an den Beratungen Lenin und der Autor dieser Zeilen teil. Unnötig festzustellen, daß in Grundfragen der Komintern der Ton von Lenin bestimmt wurde.«¹⁵⁰ Jetzt war Lenin vollkommen außer Kampf gesetzt, und Trotzki, wie die Ereignisse bald zeigen sollten, war nicht in der Lage, den gleichen Einfluß auszuüben, wie früher mit Lenins Unterstützung.

¹⁵⁰ Trotzki, "Die III. Internationale nach Lenin" a.A.o.a., Seite 244

Für den Ausgang der Ereignisse von 1923 können trotz alledem nicht einfach die Handlungen des Kominternzentrums verantwortlich gemacht werden. Denn es war keineswegs allmächtig. Die politischen Schwächen der Führungen der bulgarischen und deutschen kommunistischen Parteien waren noch entscheidender. Es war das Zusammenspiel der Schwächen auf dem Kampffeld und in der Zentrale, das tödlich wirkte.

Das Fehlen eines politisch geschulten, durch die Erfahrung gestählten Kaders in den nichtrussischen Parteien war die entscheidende Schwäche. Sie konnte damals nicht innerhalb kurzer Frist wettgemacht werden. Heute können wir mit der Weisheit des Rückblicks einen solchen Kader entwickeln - wenn wir die Lehren ziehen können.

Die Niederlage in Bulgarien

»Der bewaffnete Kampf zwischen den Anhängern der abgesetzten und denen der neuen Regierung ist noch nicht beendet. Die Kommunistische Partei und die Hunderte von Tausenden Arbeitern und Bauern, die unter ihrer Flagge vereint sind, nehmen an diesem Konflikt nicht teil... Das ist ein Kampf zwischen den Bourgeoisien von Stadt und Land, das heißt zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Klasse.«
Stellungnahme des Zentralkomitees der bulgarischen Kommunistischen Partei, 11. Juni 1923¹⁵¹ (Hervorhebung durch D.H.).

Am 9. Juni 1923 starteten die bulgarische Armee und Polizei, ermuntert durch die Führer der rechten politischen Parteien und gestützt auf die bewaffneten Einheiten der mazedonischen nationalistischen Organisation IMRA, einen Staatsstreich gegen die Regierung der Bauernunionspartei unter Alexander Stambulijski. Die bulgarische Kommunistische Partei erklärte nicht nur ihre Neutralität in dem darauf folgenden Kampf, den sie *»einen Kampf zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Klasse«* nannte, sondern verurteilte und ermahnte die Kommunisten des Plevnaer Distriktes, die sich spontan dem Widerstand gegen den Putsch angeschlossen hatten.

Es war eine Wiederholung der ursprünglichen Reaktion der KPD-Führer auf den Kapp-Putsch in Deutschland, nur noch schlimmer. Schlimmer deswegen, weil sie nicht wieder unter dem Druck der Basis rückgängig gemacht wurde; schlimmer, weil die bulgarische Partei, im Gegensatz zur KPD, kein Neuling war, sondern bereits seit 1903 existierte.

Mit Hilfe dieser Passivität gelang es dem Anführer des Putsches, Zankow, den Widerstand der Bauernunion von Stambulijski zu brechen. Er errichtete ein Militärregime, das nicht nur mit Vertretern der bürgerlichen Parteien, sondern erwähnenswerterweise auch mit bulgarischen Sozialdemokraten dekoriert war.

Die Führer der bulgarischen Kommunistischen Partei waren keine Opportunisten und auch keine Feiglinge. Sie waren standhafte Gegner des imperialistischen Weltkriegs gewesen, wofür sie Verfolgung und Inkerkerung in Kauf genommen hatten. Und inkompetent, im üblichen Sinne des Wortes, waren sie auch nicht. Sie hatten eine Massenbewegung aufgebaut und den Einfluß der Sozialdemokraten erheblich geschwächt.

Eine Vorstellung von den Kräfteverhältnissen vermitteln uns die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Januar 1923, die, für balkanische Verhältnisse, freie Wahlen

¹⁵¹ Frank, "Geschichte der Kommunistischen Internationale" (1919-1943) (Frankfurt 1981), isp-Verlag, Band 1, Seite 307

waren. »Die Bauernunion erzielte 437.000 Stimmen, oder etwas weniger als die Hälfte der gesamten Stimmzahl; danach kam die bulgarische Kommunistische Partei mit 230.000; die bürgerlichen Parteien zusammengenommen erzielten lediglich 220.000, und die "breiten" (oder rechten) Sozialisten nicht mehr als 40.000.«¹⁵² Bei den Nationalwahlen, die im April folgten und von den Oppositionsparteien wegen der sie begleitenden Einschüchterungsversuche und Manipulationen gebrandmarkt wurden, konnte die Kommunistische Partei immer noch 210.000 Stimmen für sich verbuchen, gegenüber 500.000 Stimmen für die Bauernunion. Die Kommunistische Partei hatte 39.000 Mitglieder, eine beträchtliche Zahl für ein Land mit weniger als fünf Millionen Einwohnern, und kontrollierte die meisten der zugegebenermaßen schwachen Gewerkschaften.

Warum war dann die Kommunistische Partei in der Krise von 1923 handlungsunfähig? Im Januar hatte die Partei die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung übernommen - etwa vier Fünftel der Bevölkerung bestand aus Bauern -, hatte aber erklärt: »Die Arbeiter- und Bauernregierung kann heute in Bulgarien nicht durch eine Koalition der Kommunistischen Partei mit der Bauernunion oder durch eine aus einer solchen Koalition resultierenden Bauernregierung verwirklicht werden.«¹⁵³

Das war sicherlich richtig. Der durchaus dehnbaren Losung von der Arbeiter- und Bauernregierung hätte nur durch die Spaltung einer Bauernpartei im Verlauf einer Revolution ein revolutionärer Inhalt gegeben werden können - so wie in Rußland Ende 1917, als die Bolschewiki eine sowjetische Koalitionsregierung mit dem linken Flügel der bäuerlichen Sozialistischen Revolutionären Partei bildeten.

Der Führer der bulgarischen Kommunistischen Partei, Kabaktschiew, hatte, vollkommen recht, als er die Bauernunion als eine von reichen Bauern (Kulaken) und der Landbourgeoisie dominierte Partei bezeichnete. Zu Recht hatte er erklärt: »Die Arbeiter- und Bauernregierung kann nur durch den revolutionären Kampf der Massen geschaffen werden, d.h., durch den unabhängigen Kampf des städtischen Proletariats und der kleinen und landlosen Bauern«¹⁵⁴. Aber diese untadelige orthodoxe Analyse besaß überhaupt keine Bedeutung für die Frage des Zankow-Putsches.

Im August 1917 hatten die Bolschewiki in Rußland ihre ganzen Kräfte in den Kampf gegen General Kornilow geworfen, als er einen Putsch gegen die Kerenski-Regierung versuchte. Zur gleichen Zeit verfolgte eben diese Regierung die Bolschewiki; sie hatte Lenin in den Exil getrieben und Trotzki ins Gefängnis geworfen. Sie war selbst halb mit Kornilow verbündet. Das alles hatte aber die Bolschewiki nicht daran gehindert, die Hauptsache zu begreifen: daß ein Sieg Kornilows eine massive Niederlage für die Arbeiterklasse und für die Aussichten der Revolution bedeuten würde.

Die Bolschewiki gaben Kerenski jedoch keine politische Unterstützung. Wie es Lenin ausdrückte: »Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow ebenso wie die Truppen Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, sondern entlarven seine Schwäche ... Und auch die Agitation muß momentan nicht so sehr direkt gegen Kerenski gerichtet sein, wie indirekt gegen ihn, indirekt, indem wir den aktiven, den alleraktivsten, den wahrhaft revolutionären Krieg gegen Kornilow fordern. Einzig

¹⁵² Carr, "Interregnum", Seite 198. Siehe auch Frank

¹⁵³ ebenda, Seite 306

¹⁵⁴ Carr, ebenda, Seite 198

und allein die Entwicklung dieses Krieges kann uns an die Macht bringen»¹⁵⁵

In Rußland geschah das dann tatsächlich. Ob das gleiche Ergebnis in Bulgarien hätte erzielt werden können, blieb ungeprüft. Die bulgarische Kommunistische Partei enthielt sich im Kampf, eine Politik, die garantiert ins Desaster führen mußte. Ihre Führer hatten es versäumt, aus der Erfahrung der Bolschewiki gegen Kornilow oder aus dem Kapp-Putsch in Deutschland zu lernen. Sie waren so darum bemüht, ihre politische Unabhängigkeit von Stambulijski zu wahren, daß sie in Passivität verfielen und die Hauptgefahr ignorierten: Zankow. Nicht umsonst hatte Trotzki Kabaktschiew einen »*leblosen Doktrinär*« genannt. Unfähigkeit, die Realitäten einer neuen Situation zu erkennen, war die Wurzel des bulgarischen Desasters.

Die Kominternexekutive, die vom 12. Juni an tagte, nahm eine richtige Position ein. Die bulgarische Partei, sagte Sinowjew, »*muß sich mit der Bauernschaft und sogar mit dem verhaßten Stambulijski verbünden, um einen gemeinsamen Kampf gegen die Weißen zu organisieren*«¹⁵⁶. Doch sogar in dieser dreizehnten Stunde hielten die bulgarischen Kommunisten mit einer Beharrlichkeit an ihrer Linie fest, die um eines lohnenswerteren Zieles willen alle Achtung verdient hätte.

Anfang Juli gab der Ausschuß der Kommunistischen Partei Bulgariens folgende Erklärung heraus: »Der Parteiausschuß billigt vollkommen die Haltung der Parteizentrale zu den Ereignissen vom 9. Juni und erklärt, daß die Haltung und die Anweisungen der Parteizentrale sich in voller Übereinstimmung mit den Resolutionen des Parteiausschusses vom Januar und April 1923 befinden ..., die ... unter den gegebenen Umständen die einzig mögliche [war]... Der Parteiausschuß ist der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten wegen der Taktik der Partei anläßlich des Staatsstreiches zwischen der Exekutive der Kommunistischen Internationale ... und der Kommunistischen Partei Bulgariens andererseits auf die ungenügende Information der Exekutive über die Ereignisse vom 9. Juni zurückzuführen sind ... Bezüglich des Appells der Kominternexekutive an die arbeitenden Massen, in dem diese aufgefordert werden, ihre Kräfte mit denen der Führer der Bauernunion zu vereinen, ist der Parteirat der Meinung, daß ... es ein Fehler für die Kommunistische Partei wäre, den Agrarführern, die die Interessen des arbeitenden Volkes auf dem Lande verraten haben, ihren verlorenen Einfluß wiederzugeben.«¹⁵⁷

Der Gang der Ereignisse selbst machte natürlich diese Position bald unhaltbar, ganz zu schweigen vom Druck der Komintern. Nachdem sich die Zankow-Regierung des Widerstandes seitens der Bauernunion entledigt hatte, richtete sie das ganze Gewicht der Repression gegen die Kommunistische Partei.

Nach einer scharfen internen Auseinandersetzung schwenkte die Parteiführung im August 1923 richtigerweise, aber viel zu spät, auf eine Einheitsfront-Taktik ein. Leider begnügte sie sich nicht damit. Nachdem sie die aufsteigende Flut im Juni verpaßt hatte, und die Arbeiter und Bauern jetzt desorganisiert und auf dem Rückzug waren, bereitete sie nun ihre eigene Märzaktion vor. Sie plante einen bewaffneten Aufstand, ursprünglich für den Oktober, dann für den 22. September.

Es war ein Desaster. Zankow, der von dem Plan Wind bekam, schlug zuerst mit

¹⁵⁵ Carr, ebenda, Seite 199; Inprekorr No.57, 3.4.23. S.464 oder Kl, N°. 26-27, 24.8.23 *

¹⁵⁶ Lenin, GW, Band 25, Seite 295f. (Hervorhebung im Original)

¹⁵⁷ Carr, ebenda, Seite 200

Massenverhaftungen zu. Zwischen dem 19. und dem 28. brachen vereinzelt Aufstände aus, sie wurden aber innerhalb von Tagen zerschlagen. Es hatte keine ernsthaften politischen Vorbereitungen gegeben, und die Situation war höchst ungünstig. Der Aufstand war pures Abenteuerum. Ihm folgte ein weißer Terror, viel schrecklicher als alles, was vorher war.

Das September-Desaster in Bulgarien, im Gegensatz zu dem vom Juni, war nicht hausgemacht. Die Sinowjew-Bucharin-Führung des Kominternpräsidiums hatte sich dafür stark gemacht. Obwohl die öffentliche Resolution der Komintern im Juni in seiner Wortwahl sehr allgemein blieb - *»Die Putschisten sind jetzt der Feind und müssen besiegt werden. Vereint Euch im Kampf gegen die weiße Revolte«* - hatte Sinowjews Gesandter Kolarow im August weitaus spezifischere Anweisungen mitgebracht, die zu dem versuchten Aufstand führten.

Und nach dem Ereignis wurden die Kritiker des versuchten Aufstandes von der bulgarischen Führung entfernt - und später größtenteils ausgeschlossen -, während Kolarow und Dimitroff, die Verfechter bedingungslosen Gehorsams, als die von Moskau gebildete Exilführung eingesetzt wurden.

Der Deutsche Oktober

»Wir haben dort [in Deutschland] in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ein klassisches Beispiel vor Augen gehabt, wie man eine ganz außergewöhnliche revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpassen kann.«

Trotsky: "Die Lehren des Oktober", 1924.¹⁵⁸

Auf ihrem Jenaer Kongreß im August 1921 hatte die KPD, gegen die Opposition ihres linken Flügels, die Taktik der Einheitsfront übernommen und ein Programm von Teilforderungen aufgestellt. Schnelle Ergebnisse waren unmittelbar nach der Märzaktion kaum zu erwarten, aber im folgenden Sommer konnte die KPD einen beträchtlichen Erfolg verbuchen.

Im Juni 1922 wurde Rathenau, der Außenminister der Koalitionsregierung unter Wirth, in der die Sozialdemokraten ein wichtiger Bündnispartner waren, von einem nationalistischen Banditen ermordet. Das war der Höhepunkt einer ganzen Serie von Morden durch rechte Banden, die mit der Armee und der Polizei in loser Verbindung standen. Es hatte mindestens 354 solcher Morde seit dem Januar 1919 gegeben, auf die lediglich 24 Verurteilungen folgten, und die mit lächerlichen Strafen - der Durchschnitt war vier Monate Gefängnis - geahndet wurden.¹⁵⁹

Nach dem Mord an Rathenau gelang es der KPD, den Gewerkschaftsbund ADGB (der dem heutigen DGB entspricht), die SPD und die Rest-USPD (welche sich erst im September mit der SPD vereinigte) zu zwingen, sich an Massendemonstrationen für eine Säuberung der Armee, des öffentlichen Dienstes und der Gerichte von rechten Elementen, für eine Generalamnestie für politische Gefangene - es gab mehrere Tausende, überwiegend linke - und für die Unterdrückung der nationalistischen Banden zu beteiligen. Die Bewegung nahm ein solches Ausmaß an, daß sich die Wirth-Regierung genötigt sah, Gesetze einzuführen, die diesen Forderungen, wenigstens im Prinzip,

¹⁵⁸ Gruber, "International Communism in the Era of Lenin", Seite 169f; siehe auch Frank, ebenda, Seite 309. Inprekorr, N°. 120, 18.7.23, S. 1051-3 *

¹⁵⁹ Trotsky, "Die Lehren des Oktober" (Dortmund 1978), Buchverlag Wolfgang Dröge, Seite 14

Rechnung trugen.

Die Linke in der KPD jedoch, nun unter der Führung von Arkady Maslow und Ruth Fischer, übte heftige Kritik an der Durchführung dieses Unternehmens durch die Mehrheit der Parteiführung unter Meyer und Brandler. Die meisten Argumente, die die Linke vorbrachte, waren wertlos. Im Grunde genommen waren sie Varianten der "Theorie von der Offensive" - aber ein Argument verdient, diskutiert zu werden. Denn die Linke argumentierte, die Aufstellung von Forderungen an die Regierung oder an die SPD-Führer, ohne die die Regierung nicht überleben konnte, würde die Illusionen in die bürgerliche Demokratie und in die Möglichkeit, daß die Bürokraten der SPD und des ADGB tatsächlich die Reaktionäre bekämpfen könnten, stärken.

Dieses Argument war in dreierlei Hinsicht falsch. Erstens war es in der Zeit nach dem Märzwahnsinn von höchster Wichtigkeit, die Mitglieder der KPD dazu zu drängen, die Einheitsfronttaktik in der Praxis zu akzeptieren, und die Rathenau-Affäre war dafür eine maßgeschneiderte Gelegenheit. Die Hauptgefahr zu jener Zeit war Linksradikalismus, nicht Opportunismus.

Zweitens, obwohl die Taktik der Aufstellung von Forderungen an reformistische Führer oftmals mißbraucht und manchmal tatsächlich zu einem Fetisch wurde, ist sie für eine Arbeiterpartei, die in der Minderheit ist, aber das Ziel verfolgt, eine große Anzahl von Arbeitern in Aktionen einzubeziehen, ein notwendiger Aspekt der Massenagitation. Das war zur Zeit der Rathenau-Affäre möglich, und wurde zu einem gewissen Grad auch tatsächlich erreicht. Der Aufruf zu Massenaktionen, um die Regierung zur Durchführung bestimmter Maßnahmen zu zwingen, ist etwas ganz anderes, als darauf zu vertrauen, daß eine Regierung durch bloße Resolutionen und Überzeugungsarbeit veranlaßt werden könnte, Maßnahmen zu ergreifen, was die reformistische Herangehensweise ist. Und was die Stärkung von Illusionen in die bürgerliche Demokratie betrifft, so werden alle Erfolge, die durch Massenaktionen der Arbeiterklasse erreicht werden, eher zur Erhöhung des Klassenbewußtseins und Selbstvertrauens führen, anstatt zur Stärkung des Parlamentarismus.

Drittens, obwohl es tatsächlich eine wirkliche Gefahr dabei gibt, staatliches Eingreifen gegen die Rechte zu fordern - in diesem Fall gegen die nationalistischen Banden -, war das Projekt insgesamt, wenn auch notwendigerweise ein Kompromiß mit den Reformisten und Zentristen, unter den gegebenen Bedingungen berechtigt.

Die kurzfristigen Ergebnisse dieser und anderer Operationen der Einheitsfront waren vorteilhaft für die KPD, besonders in den Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der Partei erholte sich von ihrem Tiefstand Mitte 1921 und erreichte Ende 1922 über 218.000. Das Wachstum des Einflusses der Partei soll angeblich proportional größer gewesen sein als die Zunahme bei der Mitgliedschaft. In der gleichen Periode verlor die SPD 47.000 Mitglieder.

Unglücklicherweise hatte diese Erfahrung auch negative Folgen. Die vorwiegend rechte Führung der KPD gewann die Überzeugung, daß die Partei unablässig, mehr oder weniger friedlich, Fortschritte durch beständiges Werben um die SPD, insbesondere um ihren linken Flügel, erzielen könnte. Die Tatsache, daß sowohl Meyer als auch Brandler die Märzaktion unterstützt hatten und sich dann heftig gegen Abenteuerertum gewandt hatten, führte sie jetzt dazu, der Einheitsfronttaktik einen merklich rechten Zungenschlag

zu geben.

So verkündete die Resolution zur »Arbeiterregierung« auf dem nachfolgenden Parteikongreß in Leipzig im Januar 1923: »Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats, noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben«.¹⁶⁰

Dieser mit 122 zu 81 Stimmen angenommene Antrag lief gefährlich und unverzeihlich auf die altbekannte sozialdemokratische Trennung von unmittelbaren Kampfzielen und dem Ziel der Arbeitermacht hinaus. Zu der Zeit, als der Antrag angenommen wurde, wick die prekäre Stabilität der Weimarer Republik bereits einer neuen und tieferen Krise. Die große Inflation war schon spürbar unterwegs, und am 11. Januar 1923 marschierte die französische Armee in das Ruhrgebiet, das damalige industrielle Herz Deutschlands, ein.

Die große Inflation begann ernsthaft ab Juni 1922. Man brauchte 300 deutsche Mark, um einen Dollar zu kaufen. Sechs Monate später brauchte man 8.000 Mark. Der internationale Wert der Mark wurde etwa alle sechs Wochen halbiert. Die Preise innerhalb Deutschlands stiegen nicht ganz so rasch - aber sie stiegen wie nie vorher. Die Auswirkungen auf die Löhne waren katastrophal. 1920 sahen die deutschen Bergarbeiter beispielsweise einen Anstieg ihrer Reallöhne von 60 auf 90 Prozent des Wertes von 1914. Während des Jahres 1922 sackten sie auf weniger als die Hälfte des Wertes von 1914 ab.¹⁶¹

Das war nichts, verglichen mit dem, was noch kommen sollte. Im Spätsommer 1923 war die deutsche Währung effektiv wertlos. Nach ihrer schließlichen Stabilisierung auf der Basis der neuen Reichsmark wurde deren Wert auf eins zu 10.000 Milliarden Mark festgesetzt!

Die galoppierende Inflation von 1922 war größtenteils das Produkt des Versuchs seitens der Großindustrie, die Löhne drastisch zu senken. Die Hyperinflation, die 1923 folgte, war auch eine Waffe in den Händen der deutschen Großindustrie und der neuen rechten Regierung unter Cuno gegen die Westmächte, insbesondere gegen Frankreich. Schließlich entwickelte sich die Inflation zu einem selbständigen Monster, das ohne eine entscheidende Veränderung sowohl in dem internen Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland (in die eine oder andere Richtung) als auch im Verhältnis zwischen Deutschland und den Westmächten nicht zu bändigen war.

Die Cuno-Regierung, die die Wirth-Koalition im November 1922 ersetzte, war die rechtteste seit 1918. Es war ihre Absicht, ohne - tatsächlich gegen - die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zu regieren, um die restlichen sozialen Errungenschaften von 1918, insbesondere den Achtstundentag, zu beseitigen, um die Reallöhne noch weiter zu senken und um die französische Regierung und deren Verbündete zu zwingen, eine drastische Reduzierung der Reparationszahlungen zu akzeptieren.

Nach dem Versailler Vertrag war der deutsche Staat verpflichtet, in jährlichen Raten "Reparationen" für die Kriegsschäden zu zahlen, vor allem an Frankreich und Belgien. Auf das riesige Ausmaß der Last weist der zu zahlende Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark - also zum Wert von 1914, der weitaus höher als die schon stark entwertete

¹⁶⁰ Anderson, "Hammer oder Amboß", Nest-Verlag, Nürnberg 1949, Seite 123f

¹⁶¹ Weber. "Der Deutsche Kommunismus 1915-1945" (Köln 1973), Kiepenheuer & Witsch, Seite 172

Währung von 1919 war - hin und noch mehr die Tatsache, daß die "Reparationen" die Übergabe von einem Viertel der gesamten Kohleproduktion Deutschlands miteinschlossen.

Bei den Kohlelieferungen kam Cuno den Verpflichtungen nicht nach, in der Hoffnung, eine Reduzierung aushandeln zu können. Die ebenso rechte französische Regierung unter Poincaré konterte, indem sie im Januar 1923 ihre Armee, von belgischen Streitkräften unterstützt, ins Ruhrgebiet schickte, um sich die Kohle selbst zu nehmen. Zwei Tage später rief die deutsche Regierung zum »*passiven Widerstand und zur Nichtzusammenarbeit*« mit den Besatzungsmächten auf. Damit hoffte sie, nicht nur die Franzosen in Verlegenheit zu bringen, sondern auch eine nationalistische Hysterie zu entfachen, um so den Widerstand der deutschen Arbeiter gegen die Rechten zu schwächen. Zuerst hatte sie damit einigen Erfolg.

Die KPD reagierte gut. Als Cuno im Reichstag wegen seiner Politik und für die "nationale Einheit" die Vertrauensfrage stellte, stimmte allein die Handvoll KPD-Abgeordneter dagegen. Die Parteilinie wurde in der Losung zusammengefaßt: »*Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree*«, also Berlin.

Die Komintern organisierte eine internationale Solidaritätskampagne. Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF), von der sich Frossard und seine Freunde soeben abgespalten hatten, organisierte eine energische Kampagne. »*Am 18. 19. und 20. Januar fanden 30 Protestveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen von Paris [gegen] die Besetzung der Ruhr statt. Die Humanité veröffentlichte (am 19. Januar) einen Aufruf der Komintern und der Profintern an die französischen Arbeiter, in dem erklärt wurde, daß "Euer Feind zu Hause ist" ... Wenn die Repressalien seitens der Regierung ein zuverlässiger Maßstab sind ... dann haben die Franzosen ihre Pflicht getan. Ende April war das Santé [-Gefängnis] mit Kommunisten, ... Syndikalisten ... und der Kommunistischen Jugend berstend voll... Die Anklagen umfaßten eine beeindruckende Palette von Anklagen, von der "Anstiftung zu Verbrechen gegen die externe und interne Sicherheit des Staates" bis hin zur "Anstiftung von Soldaten zur Pflichtverletzung"*«. ¹⁶²

Diese internationale Agitation war ein Faktor, der die anfänglich große Anziehungskraft der Parole für "nationale Einheit" auf deutsche Arbeiter schwächte. Ein anderer Faktor war die allzu offensichtliche Zusammenarbeit zwischen den Industriellen des Ruhrgebiets mit den Franzosen, wann immer es für sie profitabel war. Der dritte und weitaus wichtigste Faktor war der Beginn der Hyperinflation im April. Die Preise begannen sich wöchentlich, dann täglich zu verdoppeln. Im Ruhrgebiet begann eine massive Welle inoffizieller und ökonomischer Streiks, die im Mai, Juni und Anfang Juli auf fast ganz Deutschland übergriffen, weil die Löhne praktisch wertlos waren.

Die Gewerkschaftsführungen verloren die Kontrolle, während Fabrikräte zu den eigentlich führenden Gremien wurden. Bereits gegen Ende 1922 hatte eine von der KPD beeinflusste Konferenz Berliner Betriebsräte die ADGB-Führung aufgefordert, eine nationale Betriebsräteversammlung einzuberufen. Als sich dieser, wie vorausgesehen, weigerte, nahmen die Berliner Räte die Organisierung der Versammlung selbst in die Hand. Somit wurde der Grundstein zu einer in erster Linie von der KPD beeinflussten nationalen Organisation gelegt.

¹⁶² Harman, "The Lost Revolution", Seite 223. Die Kapitel 11, 12 und 13 sind die wesentlichen über den Deutschen Oktober. Siehe auch Frank, ebenda, Seite 263f oder Broué, "Die Deutsche Revolution (1918-1923)" Berlin 1973, Verlag Neuer Kurs, Seite 104f

Während des Aufschwungs im Frühling 1923 gewann diese Organisation einen viel breiteren Einfluß. Zwei Initiativen waren von besonderer Bedeutung. Erstens der Aufruf zur Bildung von "proletarischen Hundertschaften", die effektiv eine auf den Betrieben basierenden Miliz waren, um den Rechten Widerstand zu leisten; zweitens der Aufruf zur Bildung von "Kontrollkomitees" durch die Räte in Zusammenarbeit mit Arbeiterhausfrauen, um direkte Maßnahmen gegen Preissteigerungen einzuleiten. Bis zum Herbst hatten sich etwa 800 proletarische Hundertschaften gebildet, die nach KPD-Angaben ca. 60.000 Arbeiter umfaßten. Trotzki argumentierte später, daß die Fabrikräte effektiv die Rolle von Sowjets hätten spielen können, und in der Tat hatten sie viel Ähnlichkeit mit der sowjetischen Organisationsform.

Der Einfluß und die Mitgliederzahlen der KPD wuchsen schnell an. 70.000 neue Mitglieder schlossen sich der Partei an, Organisationsformen der Arbeiterklasse außerhalb der Kontrolle der reformistischen Bürokratien waren im Entstehen, es fand eine Massenradikalisierung statt, es herrschte eine allgemeine Stimmung, wonach *»die Dinge so nicht weitergehen können«*.

Kurz gesagt, es gab eine revolutionäre Situation. Ihr Ausgang hing aber wie immer von der Führung ab. Die Bewegung brauchte einen Brennpunkt, bestimmte Ziele, die, einmal erreicht, sie weiter im Kampf um die Macht tragen würden. Und die eigentliche Machtergreifung mußte auch organisiert, und der von den Sozialdemokraten 1919 geschaffene bürgerliche Staat wieder zerstört werden. Das alles verlangte von der KPD eine Kombination von Festigkeit und Flexibilität, *»politisches Gespür«*, wie es Lenin nannte. Klare Zielsetzungen, aber auch schnelle Reaktionen auf eine sich stets verändernde Lage.

Bis zum Sommer hatte die KPD die Sache gar nicht schlecht gemacht, wenn man von einem vorübergehenden Wanken zum Nationalismus hin absieht¹⁶³. Es stimmt zwar, daß die Partei von der Streikwelle im Mai überrascht wurde. Die fundierte Einheitsfrontvorbereitung, die sie um die Betriebsräte geleistet hatte, erlaubte es ihr jedoch, sich schnell der neuen Situation anzupassen, und die Orientierung, die sie den Räten gab, war zweifelsohne korrekt. Das allein reichte aber nicht aus.

Die KPD brauchte nicht nur allgemeine politische Losungen - "Weg mit Cuno", "Für eine Arbeiterregierung"! waren ihre Leitgedanken -, sondern auch präzise Zielsetzungen, konkrete Aufrufe zu Massenaktionen, um ihren eigenen Einfluß und die Fieberkurve der Bewegung zu messen und um die Polarisierung der Arbeiter gegen die sozialdemokratische Rechte voranzutreiben.

Sie schien, eine solche Zielsetzung im Antifaschistischen Tag erblickt zu haben. Die extreme Rechte wuchs auch heran, obwohl ihr Gewicht in den meisten Orten weitaus geringer war als das der Linken. Aber in Bayern belästigte eine rechte Landesregierung sogar die SPD, und die Nazipartei war eine wachsende Kraft, die eine Menge Unterstützung aus Teilen der Armee genoß. Anfang Juli rief Brandler zur Vorbereitung für den bewaffneten Kampf gegen die Faschisten und für einen nationalen Antifaschistischen Tag von aggressiven Demonstrationen am 29. Juli auf.

Nun, das war noch ein Einheitsfrontunternehmen. Alle Arbeiterorganisationen wurden aufgefordert, daran teilzunehmen, und es war auch richtig so. Gleichzeitig wurde damit der Weg geebnet für einen Übergang von der Defensive (für die die Einheitsfront konzi-

¹⁶³ Wohl, "French Communism in the Making", Stanford 1966, Seite 319f.

piert war) hin zur Offensive.

Denn die Demonstrationen würden unter diesen Umständen mit Sicherheit ausarten, und die Sozialdemokraten würden sich sicher dagegenstellen. Der Grad der Differenzierung zwischen der Linken und der Rechten innerhalb der sozialdemokratischen Reihen könnte in der Praxis auf die Probe gestellt werden, und ebenso die Bereitschaft von nicht-parteiischen Arbeitern, dem Aktionsaufruf zu folgen.

Der Aufruf zu einem Antifaschistischen Tag war kein Abenteuerum. Für Millionen von Arbeitern war die Erfahrung mit dem Kapp-Putsch noch in frischer Erinnerung. Das Versagen der Cuno-Regierung war offensichtlich. Ein erneuter Versuch seitens der Rechten, die Republik zu stürzen, schien eine reale Möglichkeit. »Die Cuno-Regierung ist bankrott. Die internen und externen Krisen haben sie an den Rand der Katastrophe geführt«, schrieb Brandler. »Wir befinden uns an der Schwelle zu bitteren Kämpfen. Wir müssen voll bereit sein, zu handeln«.¹⁶⁴

So weit, so gut. Aber die KPD-Führung begann bald, die Nerven zu verlieren. Die von der SPD kontrollierte Regierung Preußens, der größten Provinz Deutschlands, verbot die geplante Demonstration. Andere Länderregierungen taten das Gleiche, allerdings nicht die von Sachsen und von Thüringen, die von linken Sozialdemokraten kontrolliert wurden. Brandler stieß nun innerhalb des führenden Gremiums der KPD auf die Opposition nicht nur der Rechten, sondern auch der Linken, die alle seine Vorschläge, die guten wie die schlechten gleichermaßen, im Geist des institutionalisierten Fraktionismus abzulehnen schienen. Er beriet sich telegrafisch mit der Kominternexekutive. Die Antwort, von Radek unterzeichnet, lautete: »Das Präsidium der Internationale rät zur Aufgabe der Demonstrationen am 29. Juli... Wir befürchten eine Falle«¹⁶⁵. Die KPD fügte sich.

Das war ein ernsthafter Fehler. Sie hätte eine hervorragende Gelegenheit für einen praktischen Test der Kräfteverhältnisse dargeboten, bei einem minimalen Risiko und mit der Möglichkeit, sich im Falle eines Erfolges auf eine ernsthaftere Offensive zuzubewegen. Sie wurde verpaßt. Für sich genommen war das noch kein fataler Fehler, wie spätere Ereignisse zeigten, aber es war ein unheilvolles Zeichen von den Spaltungen, Schwächen und Mangel an Selbstvertrauen in der KPD-Führung und im Kominternzentrum.

Im konkreten Fall wurde dieser Rückzug zu jener Zeit kaum bemerkt. Er wurde durch Massenveranstaltungen, die anstelle der Demonstrationen organisiert wurden, verdeckt. In Berlin sprach man von einer Zuhörerschaft von 200.000. Als im August die Hyperinflation ihren Höhepunkt erreichte, brach eine erneute und noch massivere Streikwelle aus. Die Situation schlug um. Die Delegierten der Berliner Betriebsräte riefen zu einem sofortigen Generalstreik am 11. August zum Sturz der Cuno-Regierung und zur Bildung einer Arbeiterregierung auf. Die Hauptstadt wurde lahmgelegt. Anderswo war die Situation im Fluß, aber das Ausmaß der Streiks zeigte sich als ausreichend.

Cuno warf das Handtuch. Eine neue Regierung wurde gebildet. Keine Arbeiterregierung, sondern eine "große Koalition" von der SPD mit allen "respektablen" bürgerlichen Parteien. Nur die KPD und die Nazis wurden ausgeschlossen. Der neue Kanzler Stresemann war Mitglied eben derselben rechten Partei wie Cuno, er sah aber ein, daß Cunos

¹⁶⁴ Dies war die sogenannte "Schlageter-Agitation". Siehe Harman, ebenda, Seite 252-254; siehe auch Frank, ebenda, Seite 258f

¹⁶⁵ "Rote Fahne", 24.7.1923 *

Plan nicht verwirklicht war. Er versuchte nun, die SPD zu benutzen, um die deutschen Arbeiter zu kontrollieren - er ernannte vier SPD-Minister, um seiner Regierung ein "linkes Antlitz" zu verleihen -, und er versuchte, mit Hilfe der britischen und amerikanischen herrschenden Klassen zu einer Einigung mit der französischen Regierung zu kommen.

Die Rolle der SPD darin war zentral und unverzichtbar. Und trotzdem sah es für die deutsche Bourgeoisie gar nicht so rosig aus. Der Historiker F.-H. Carr, der über die deutsche und europäische Politik jener Zeit außerordentlich gut informiert war, schrieb. *»Nur wenige innerhalb und außerhalb Deutschlands... hatten überhaupt irgendein Vertrauen in die Fähigkeit der Stresemann-Regierung, den Sturm zu überleben.«*¹⁶⁶

Die SPD war tief gespalten. Obwohl die Partei bis zum letzten Cuno "toleriert", für seine Verordnungen im Reichstag gestimmt oder sich der Stimme enthalten hatte, hatte ihre rechte Führung zunehmende Schwierigkeiten, sogar ihre Parlamentsfraktion zu kontrollieren. Bei der Vertrauensabstimmung für die Stresemann-Regierung brachen 53 der 171 SPD-Abgeordneten die Disziplin und enthielten sich der Stimme. Die Einheitsfronttaktik der KPD hatte greifbare Resultate mit sich gebracht.

In Sachsen und Thüringen regierten die SPD-Regierungen gegen den Wunsch des SPD-Zentrums mit Unterstützung der KPD. Diese Tatsachen sind wichtig. Denn sie bekräftigen, wie auch und vor allem die Massenstreiks von hunderttausenden SPD-Anhängern, daß im August 1923 die politische Linie der KPD, im Gegensatz zur KPD selbst, die Unterstützung der großen Mehrheit der deutschen Arbeiter genoß.

Es gab nur einen Haken. Die "Arbeiterregierung" konnte nicht im Parlament gebildet werden, denn die Arbeiterparteien hatten keine Mehrheit im Reichstag. In einer Reihe von Ländern, wo die SPD und die KPD zusammengenommen die Stimmenmehrheit besaßen, war das anders, aber Berlin blieb das vorläufig entscheidende Zentrum. Die SPD konnte ihre Koalition mit der herrschenden Klasse weiterhin aufrechterhalten mit dem Argument, daß dies "praktikabler" und das "kleinere Übel" sei. Für die Mehrheit der Arbeiter, die die SPD unterstützten oder parteilos waren, schienen die Betriebsräte keine alternative Regierung zu sein. Es gab deshalb ein Nachlassen im Kampf. Die KPD brauchte eine neue Orientierung.

Es gibt keinen Zweifel, daß dies eine revolutionäre Situation war, wahrscheinlich mehr noch als im Frühling. Zahlreiche Beobachter aus allen politischen Richtungen bezeugen das. Einer reicht, um uns ein Bild davon zu entwerfen: *»Im September und Oktober und November machte Deutschland eine tiefe revolutionäre Erfahrung durch... Eine Million Revolutionäre, die bereit sind und auf das Zeichen zum Angriff warten; hinter ihnen Millionen von Arbeitslosen, Hungernden, Hoffnungslosen, ja ein ganzes leidgeplagtes Volk, welches flüstert: "Auch wir! auch wir!" Die Muskeln dieser Massen sind gespannt, die Gewehre, mit denen man den Panzern der Reichswehr begegnen wollte, schon fest in den Fäusten.«*¹⁶⁷

Welcher politischer Aufruf war sinnvoll? Welche Losungen sollte die KPD ausgeben?

Die KPD fuhr weiter fort, nach einer Arbeiterregierung und nach einem Bruch der SPD mit den bürgerlichen Parteien zu rufen. Das war an und für sich zweifellos korrekt, aber

¹⁶⁶ Carr, "Interregnum", Seite 195; Thalheimer, "Eine verpaßte Revolution" (1931), S. 31

¹⁶⁷ ebenda, Seite 209

es war im Grunde genommen eine Propagandalosung. Sie war richtig und notwendig, reichte aber für eine revolutionäre Situation keineswegs aus. Was noch? Sie rief zur Verteidigung der Länderregierungen auf, die von der linken SPD kontrolliert und von der KPD unterstützt wurden. Unter den Umständen war dies schon ein gangbarer Weg, um die Mehrheit der Arbeiter für Aktionen zu gewinnen. Und diese defensive Aktion hätte in eine Offensive münden können - allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie in ganz Deutschland verallgemeinert würde und sich auf das Ruhrgebiet und Preußen ausdehnte.

Laßt uns jetzt wieder einen Blick auf das Kominternzentrum werfen. Als Brandlers Telegramm, in dem er um Rat wegen des Antifaschistischen Tages ersuchte, Moskau erreichte, befanden sich alle einflußreichen russischen Führer außer Lenin, der verhindert war, im Urlaub. Radek war gezwungen, ihnen zu telegrafieren. Die Antworten - Sinowjew und Bucharin sagten, der Antifaschistische Tag sollte wie geplant durchgeführt werden, Stalin empfahl einen Rückzug, und Trotzki sagte: *»Ich weiß es nicht«* waren für sich genommen weitaus weniger bedeutend als die Tatsache, daß sie alle, Trotzki miteingeschlossen, so sehr mit russischen Angelegenheiten beschäftigt waren, daß sie es versäumten, sich der entwickelnden revolutionären Situation in Deutschland anzunehmen.

Der Sturz Cunos weckte sie auf. Für eine kurze Zeit trat die russische Führung, zum letzten Mal, wieder vereint dafür ein, daß eine bedeutende Kommunistische Partei den Versuch unternimmt, die Macht zu ergreifen. Sogar Stalin war kurzzeitig ergriffen. *»Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage«*, schrieb er. *»Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und in Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen.«*¹⁶⁸

Der Posaunenschlag klang aber nicht so überzeugend. Die Führer der deutschen KPD hatten trotz der Anstachelung durch Moskau kein wirkliches Vertrauen in die eigene Fähigkeit, eine erfolgreiche Verteidigung von Thüringen und Sachsen zu organisieren und dann zur Offensive überzugehen. All ihre Fehler der vergangenen fünf Jahre - der Spartakus-Aufstand, ihr Abstentionismus während der ersten Tage des Kapp-Putsches, die Märzaktion - waren "ultralinke" Fehler gewesen. Jetzt hatten die KPD-Führer endgültig die Lehren daraus gezogen, nur allzu endgültig. Angesichts einer wirklich revolutionären Situation schreckten sie nun zurück. Es stimmt zwar, daß sie sich zu einem Aufstand verpflichteten, aber alles vielmehr im Zeichen der Furcht und des Zitterns als im Zeichen der Kühnheit und der Entschlossenheit. Sie trafen auch technische Vorbereitungen. In der Tat, sie überschätzten so sehr die Notwendigkeit von praktischen und militärischen Vorbereitungen, daß sie den politischen Vorbereitungen, der Notwendigkeit der Massenagitation, der Weiteraufrechterhaltung der Verbindung zur Arbeiterklasse, nicht genügend Achtsamkeit schenkten.

Der Plan war ein zusammengeflackter Kompromiß zwischen den deutschen, russischen und Kominternführungen. Er sah vor, daß die KPD den Regierungen Sachsens und Thüringens beitrifft (die linken SPD-Führer waren bestrebt, sie als "linkes Feigenblatt" zu benutzen), und dann die Arbeiter aus den Waffenvorräten der Länder bewaffnet. Die

¹⁶⁸ Albert, zitiert in Broué, ebenda, Seite 131; Albert war das Pseudonym, unter dem Victor Serge zeitweilig schrieb

Zentralregierung würde dann unweigerlich die Reichswehr einsetzen, wogegen die KPD Widerstand leisten und einen gesamtdeutschen Aufstand durch die proletarischen Hundertschaften einleiten würde.

Der Plan enthielt eine Reihe von zentralen Schwächen. Erstens waren die Linken in der SPD zu einem Bürgerkrieg nicht bereit. Sie zogen alles in die Länge und zogen die KPD mit sich. Zweitens war die KPD so sehr mit technischen und politischen Manövern beschäftigt, daß die politischen Erfordernisse ungenügende Beachtung fanden - die Massenagitation, die Unterstützung und die Führung von Teilkämpfen, ein Hochtreiben der Temperatur zurück auf das Niveau vom August.

Am 20. Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein. Die SPD-Mehrheit in der Regierung Sachsens lehnte einen bewaffneten Widerstand oder einen Aufruf zu einem nationalen Generalstreik ab. Die KPD unterwarf sich. Der für den 22. Oktober geplante nationale Aufstand wurde von der Partei wieder abgeblasen. Die Nachricht davon erreichte Hamburg allerdings nicht. Dort fand ein isolierter Aufstand statt, der eben wegen seiner Isolation unweigerlich zerschlagen wurde.

So endete der Deutsche Oktober mit einem Sieg für Stresemann und die Bourgeoisie. Und damit wurde das Schicksal der Komintern endgültig besiegt.

Es war nicht die entscheidende Niederlage für Deutschland selbst, obgleich es sehr wohl der größte Rückschritt seit 1918 war. Die "Große Koalition" stützte sich nach wie vor auf die SPD, in anderen Worten auf die Arbeiterbürokratie. Die deutsche Arbeiterbewegung war geschwächt, aber noch intakt. Die KPD wurde zwar für eine Zeitlang verboten, sie wurde aber nicht zerschlagen. 1924 schien sie sogar ihre Stellung gegenüber der SPD gestärkt zu haben. Bei den Nationalwahlen im Mai 1924, den ersten seit 1920, erhielt die KPD 3.693.300 Stimmen gegen die 6.008.900 Stimmen für die SPD, und konnte somit 62 Abgeordnete stellen gegen die 99 Abgeordneten der SPD. In rein parlamentarischer Hinsicht war das ein Fortschritt und wurde auch als solcher von den "linken" KPD-Führern, die Brandler entfernt hatten, ausgegeben. Vor den Wahlen hatte die KPD lediglich 14 Abgeordnete gehabt.

(Die Nazis bekamen 1.918.300 Stimmen, halb so viel wie die KPD. Dies zeigt, daß die faschistische Gefahr erst nach und zum Teil wegen des Mißerfolges von 1923 wuchs - und keineswegs, als die revolutionäre Welle noch rollte.)

Für die KPD war das in Wirklichkeit kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Wie Trotzki im Juni 1924 argumentierte:

»Bei den letzten Parlamentswahlen erreichte die Kommunistische Partei 3.700.000 Stimmen. Das ist natürlich ein sehr feiner Kern des Proletariats. Aber diese Zahl muß man in ihrer Dynamik einschätzen. Es steht außer Zweifel, daß die Kommunistische Partei in der Periode August-Oktober einen unvergleichlich größeren Stimmenanteil erzielt hätte. Auf der anderen Seite sind genügend Hinweise vorhanden, daß, wenn die Wahlen zwei oder drei Monate später stattgefunden hätten, der Stimmenanteil der Kommunistischen Partei noch kleiner gewesen wäre. Das bedeutet in anderen Worten, daß der Einfluß der Partei abnimmt. Es wäre absurd, die Augen davor zu schließen: Revolutionäre Politik ist nicht die Politik des Strauchs...

Nach der Niederlage von 1905 [in Rußland] brauchten wir sieben Jahre, bevor die Bewegung, angestachelt durch die Ereignisse von Jena, wieder einen Aufschwung

erlebte... Das deutsche Proletariat erlitt letztes Jahr eine sehr große Niederlage. Es wird eine bestimmte und auch beträchtliche Zeitspanne erfordern, um diese Niederlage zu verdauen, ihre Lehren zu meistern, sich von ihr zu erholen und nochmals Kräfte zu schöpfen; und die Kommunistische Partei wird einen Sieg des Proletariats nur dann sicherstellen können, wenn sie ebenfalls die Lehren aus der Erfahrung des letzten Jahres umfassend und vollkommen meistert.

Wieviel Zeit wird für diesen Prozeß erforderlich sein? Fünf Jahre? Zwölf Jahre? Eine präzise Antwort ist nicht möglich... Aber im gegenwärtigen Augenblick beobachten wir eine Ebbe und keine Flut, und unsere Taktik sollte natürlich dieser Situation angepaßt werden.»¹⁶⁹

Der tatsächliche Ausgang für die KPD war eine völlig unpassende Verschiebung nach links, bis hin zu linksextremistischen Dummheiten. Darauf folgte, im Jahre 1925, eine übermäßige Korrektur nach rechts. Die KPD blieb eine Kraft innerhalb der Arbeiterklasse, wenn auch in der Minderheit verglichen mit der SPD. Sie sollte noch eine große Chance erhalten, die letzte, zwischen 1930 und 1932. Aber zu jenem Zeitpunkt war sie nur noch ein Werkzeug der Komintern, die ihrerseits ebenfalls zu einem bloßen Werkzeug der russischen Außenpolitik degeneriert war.

Die Reaktion in Rußland

»Will man nicht vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, so muß man zugeben, daß gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerete Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann. Es genügt ein kleiner innerer Kampf in dieser Schicht, und ihre Autorität wird, wenn nicht untergraben, so doch jedenfalls so weit geschwächt, daß die Entscheidung schon nicht mehr von ihr abhängen wird.« Lenin, Brief an das Zentralkomitee, März 1922.¹⁷⁰

Entscheidend für Rußland war der Oktober 1923. Der kranke, verbürokratisierte Arbeiterstaat machte einen scharfen Rechtsruck. Die Bürokratie begann, ihr eigenes kollektives Bewußtsein zu entwickeln, das, wie überall sonst, gegen dasjenige anderer Gruppierungen gerichtet war. Im Oktober 1923 wurde sogar Stalin, der sich bereits zum Führer der Bürokratie entwickelte, dazu bewogen zu schreiben: *»Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage«.*¹⁷¹

In bürokratischen Zirkeln verflüchtigte sich diese Stimmung sehr rasch mit der Niederlage. Wir müssen uns diese Zirkel näher anschauen. Auf dem elften Kongreß der russischen Kommunistischen Partei im März-April 1922, dem letzten, an dem Lenin teilnehmen konnte, hatte letzterer in seiner Eröffnungsrede gesagt:

»Man nehme doch Moskau - die 4.700 verantwortlichen Kommunisten - und dazu dieses bürokratische Ungetüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, daß die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet...

¹⁶⁹ "Rote Fahne", 10.10.23, Mikro-Film-Archiv, Sozialwissenschaftliche Bibliothek der Universität Hannover

¹⁷⁰ Trotzki, "Through what stage we are passing?" in "Challenge of the Left Opposition" (1923-25) (New York 1975)

¹⁷¹ Lenin, GW, Band 33, Seite 243

Werden die verantwortlichen Kommunisten der RSFSR und der KPR begreifen können, daß sie die Kunst der Verwaltung nicht beherrschen? Daß sie sich einbilden zu leiten, während sie in Wirklichkeit geleitet werden?»¹⁷²

Die große Mehrheit dieser Bürokraten waren politische "Radieschen": Sie hatten eine dünne rote Haut und waren innen drin ganz weiß. Sie stammten alle aus den russischen Mittelschichten, die nun als sowjetische Beamte wiederauferstanden waren. Wie kam es dazu? Lenins Antwort ist bezeichnend: *»Ihre Kultur ist armselig, ist sehr niedrig, aber dennoch steht sie höher als die unsrige. So jämmerlich, so armselig sie sein mag, sie steht dennoch höher als die unserer verantwortlichen kommunistischen Funktionäre, weil diese die Kunst der Verwaltung nicht genügend beherrschen.«¹⁷³*

Diese Stellungnahme ist bezeichnend, denn sie nimmt einfach als gegeben an, daß der Kommunestaat, jener *»kein Staat im eigentlichen Sinne mehr«*, wie sich Lenin in seinem Staat und Revolution ausdrückt, jener Staat, in dem *»jeder Koch regieren wird«*, nicht mehr existierte. Die Kontrolle über den Staat war nicht mehr eine Frage der Arbeitermacht, sondern eine Frage des kulturellen Niveaus der Kommunisten verglichen mit dem der "Radieschen"!

Das ist aber Stellvertretertum im höchsten Grad: Die Parteikontrolle über den Staat tritt an die Stelle der Arbeiter. Und Lenin wußte das. Er war ein viel zu tief sinniger Marxist, um der Wirklichkeit auszuweichen. Er suchte nach Ersatzlösungen, um das Übel zu verringern, bis Hilfe von außen kommen würde, von den Arbeiterklassen der vollindustrialisierten Länder, von Arbeitern, die zur Selbstbefreiung und zum Selbstregieren fähig waren. Die letzten Monate seines bewußten Lebens widmete Lenin, trotz seiner teilweisen Lähmung, zunehmend dem verzweifelten Kampf gegen die Bürokratie im Staat und in der Partei. Daher sein Vorschlag, Stalin vom Posten des Parteigeneralsekretärs zu entfernen. Es war aber ein Kampf von oben, was ja unter den Umständen unvermeidlich war, und *»das enorme ungeteilte Prestige«* der alten Garde konnte nicht auf lange Sicht eine *»proletarische Politik«* wahren, wenn es nicht bald zu einer wirklichen Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses der Klassen kam.

Der Deutsche Oktober war eben eine solche Verschiebung, allerdings in die falsche Richtung. Nach Lenins Tod folgten die Kampagnen gegen Trotzki. Dann folgte das "Lenin-Aufgebot", die massenhafte Rekrutierung von neuen Parteimitgliedern, die sich nicht während der Jahre der Revolution und des Bürgerkriegs angeschlossen hatten, und von denen man annehmen konnte, daß sie jene Kräfte in der Partei unterstützen würden, die die Hebel der Protektion, der Ämtervergabe und in zunehmendem Maße, der Privilegien, in den Händen hielten. Es folgte dann schließlich die "Unabhängigkeitserklärung" der Bürokratie, die neue Ideologie des "Sozialismus in einem Land".

Noch im April 1924 hatte Stalin selbst die orthodoxe marxistische Position wiedergegeben: »Die wichtigste Aufgabe des Sozialismus, die Organisation der sozialistischen Produktion, harrt noch ihrer Lösung. Kann diese Aufgabe gelöst werden, kann der Endsieg des Sozialismus in einem bestimmten Lande gesichert werden ohne die gemeinsamen Anstrengungen der Proletarier in anderen fortgeschrittenen Ländern? Nein, das kann nicht geschehen!... Für... die Organisation der sozialistischen

¹⁷² "Rote Fahne" vom 10.10.1923, Mikro-Film-Archiv der sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Universität Hannover

¹⁷³ Lenin, GW, Band 33, Seite 275f

*Produktion, reichen die Anstrengungen eines Landes, besonders eines vorwiegend agrarischen Landes, wie Rußland es ist, nicht aus. Hierfür müssen sich die Proletarier verschiedener fortgeschrittener Länder gemeinsam einsetzen.*¹⁷⁴

Aber nach der Niederlage in Deutschland im Oktober 1923 war ein weiteres Festhalten an den Zielen der internationalen proletarischen Revolution nicht mehr so attraktiv. Für die sich festigende und zunehmend privilegierte Bürokratie wurde die Hauptsorge der Frieden um jeden Preis - außer dem ihrer eigenen Entfernung durch die Reaktion im Inland oder im Ausland. Weitere internationale "Abenteuer" könnten revolutionäre Krisen und vielleicht erneute imperialistische Interventionen in die UdSSR herbeiführen.

Das ist die Grundwahrheit, die allerdings nicht allzu vereinfacht gesehen werden darf. "Privilegien" waren eine sehr relative Sache und nicht zu vergleichen mit den Unterschieden im Lebensstandard, die zwischen einfachen Arbeitern und den höchsten Bürokraten in der UdSSR heute existieren. Ungefähr 20 Prozent der städtischen Arbeiterklasse waren arbeitslos. Eine sichere Stellung im Büro war ein "Privileg". Die Aussicht auf eine solche Stellung durch treue Dienste an "die Partei", sprich die Parteimaschinerie, war ein starker Anreiz zum Konformismus. Und dieser konservative Trend in der Arbeiterklasse wurde noch durch die Entstehung einer Schicht von relativ bessergestellten Bauern aus den Reihen der bäuerlichen Mehrheit heraus begünstigt. Das waren die sozialen Kräfte, auf die Stalins Parteimaschine aufgebaut werden sollte.

Die Losung des "Sozialismus in einem Land" entsprach den Bedürfnissen und Bestrebungen der neu entstehenden Bürokratie. Sie erlaubte es, die gesamte Aufmerksamkeit auf ein nationales Kampffeld zu konzentrieren, das man zu kontrollieren hoffen konnte, anstelle des internationalen Klassenkampffeldes, das jenseits der eigenen Kontrolle lag. Gleichzeitig war diese Losung ein Banner, um das sich die Bürokratie scharen konnte. Wie es Trotzki ausdrückte, der Sozialismus in einem Land »war ein fehlerloses Abbild der Stimmung der Bürokratie: Wenn diese vom Sieg des Sozialismus sprach, meinte sie damit ihren eigenen Sieg.«¹⁷⁵

Das war aber erst der Anfang vom Kampf. 1923-1924 spürte die russische Bürokratie erst die anfänglichen Regungen ihres politischen Bewußtseins als unabhängige soziale Kraft. Eine Reihe von bitteren politischen und ökonomischen Kämpfen mußten ausgetragen werden, bevor sie sowohl Partei als auch Staat mit dem zentralen und alles bestimmenden Ziel der nationalen Entwicklung unter ihre Kontrolle bekommen konnte.

Ende 1923 war Stalins Parteimaschine noch weit davon entfernt, den wichtigsten Kommunistischen Parteien diktieren zu können. Revolutionären Tendenzen daheim und im Ausland gegenüber mußte sie sich immer noch umsichtig zeigen. Sie brauchte Verbündete mit einem besseren revolutionären Leumund als ihren eigenen und sie brauchte Zeit, um die immer noch mächtigen Traditionen der ersten vier Kongresse der Komintern abzuschaffen. Unmittelbar nach dem deutschen Oktober warf sie sich deshalb hinter Sinowjews "Linksorientierung", um sich damit des authentischen Produkts, des von Trotzki vertretenen revolutionären Internationalismus, umso leichter entledigen zu können.

Ab Dezember 1924 war die Beteuerung seines Glaubens in den "Sozialismus in einem

¹⁷⁴ Stalin, "Probleme des Leninismus", Wien/Berlin 1927, zitiert in Deutscher, Josef Stalin, Verlag Olle und Wolter, Berlin 1979, Seite 304

¹⁷⁵ Trotzki, "Verratene Revolution", Verlag Die Vierte Internationale 1971, Seite 282

Land", in anderen Worten in Rußland, zu einem Prüfstein für Parteitreue und Zuverlässigkeit geworden. Jene, die so unvorsichtig waren, sich jener Position anzuschließen, die selbst Stalin erst wenige Monate zuvor verteidigt hatte, übertraten damit die Grenzen des Erlaubten.

Die Auswirkungen davon auf die Komintern waren tiefgreifend. Die Komintern wurde immer noch gebraucht. Rußland war wirtschaftlich und militärisch schwach. Seine Herrscher brauchten jede Unterstützung aus dem Ausland, die sie kriegen konnten. Es war jetzt unvermeidlich, daß sich die Komintern zunehmend von Erwägungen der russischen Außenpolitik und nicht mehr der internationalen proletarischen Revolution leiten ließ. Und dies erforderte ihre Umwandlung in ein gehorsames Instrument Moskaus und schließlich in eine konservative Kraft. Es brauchte seine Zeit, bis diese Entwicklung zum Abschluß kam. 1923 markierte aber den Wendepunkt.

5. 1924-28: Ausschlag nach links, Wende nach rechts

»Die Politik der wichtigsten kommunistischen Parteien, die auf dem 5. Kongreß abgestimmt war, erwies sich bereits sehr bald als völlig unzulänglich. Die Fehler der scheinbaren 'Linksheit', welche die Entwicklung der Kommunistischen Parteien hinderte, haben später den Anstoß zu neuen empirischen Zickzack-Abweichungen gegeben, und zwar zu einem beschleunigten Hinabgleiten nach rechts... Die aventuristische Linksheit trat ihren Platz einem offenen Opportunismus von rechtszentristischem Typus ab.«

Trotzki, "Die Strategie und Taktik in der imperialistischen Epoche".¹⁷⁶

Die unmittelbare Antwort der Kominternführung auf das Versagen des deutschen Oktobers war, die Richtigkeit ihrer eigenen Rolle in jeder Etappe zu behaupten, Sündenböcke zu opfern und ein Fortbestehen der revolutionären Situation in Deutschland zu proklamieren. *»Die grundsätzliche Einschätzung der deutschen Situation, wie sie von der Kominternexekutive im letzten September vertreten wurde, bleibt in ihren Grundzügen unverändert«,* erklärte die Exekutive im Januar 1924. *»Der Charakter dieser Kampfphase und die Hauptaufgaben der Partei sind die gleichen geblieben. Die KPD darf die Frage des Aufstandes und der Machtergreifung nicht von der Tagesordnung streichen«¹⁷⁷.*

Dies war ein Beispiel dafür, wie Trotzki bitter bemerkte, daß *»nachdem die Revolution schon den Rücken gekehrt hatte, dieser entgegengesetzte Teil hartnäckig für das Gesicht der Revolution gehalten«* wurde¹⁷⁸ - und dies war typisch für den kurzlebigen "Linksausschlag". Rhetorik, Bluff, Einbildung und vor allem das Fehlen einer ehrlichen Rechenschaftsablegung waren seine Merkmale. Damit ging ein etwas verschämter Linksextremismus einher, der allerdings nicht überall zur Geltung kam: Die britische, amerikanische, chinesische und jugoslawische kommunistischen Parteien blieben davon unberührt.

Und es gab Veränderungen in den Parteiführungen. In Deutschland übernahmen die Linken - Arkady Maslow, Ruth Fischer und ihre Anhänger - die Kontrolle über die KPD, die im März 1924 wieder legalisiert wurde. In Polen, wo es zu einem Generalstreik im November 1923 und einem örtlichen Aufstand in Krakow gekommen war, wurde die rechtsorientierte Führung von Warski, Walecki und Wera Kostryewa von den Linken Domskis, Zofia, Unslicht und Lenski ersetzt. In Frankreich wurden Rosmer, Monatte und Souvarine ausgeschaltet, und Sinowjews Günstlinge Treint und Suzanne Girault an deren Stelle installiert. In Schweden wurde der rechte Hoeglund durch Kilbom ersetzt.

Es handelte sich hier aber keineswegs um eine einheitliche politische Veränderung. Es war Sinowjews Komintern, und noch nicht die Stalins. Die "Troika" aus Sinowjew, Stalin und Kamenjew hatte die Linke Opposition auf der dreizehnten Konferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Januar 1924 und auf deren dreizehnten Kongreß im Mai besiegt. Nun förderten sie mächtig den Kult des "Leninismus" - womit die Gegnerschaft zur politischen Linie Trotzkis gemeint war -, und große Anstrengungen wurden unternommen, um diesen Kurs von ausländischen Kommunisti-

¹⁷⁶ Trotzki, "Die III. Internationale nach Lenin", a.A.o.a., Seite 170

¹⁷⁷ "EKKI", Januar 1924 Inprekorr, Jahrgang 1924, N°. 114 ? *

¹⁷⁸ Trotzki, "Die III. Internationale nach Lenin", Buchverlag und -vertrieb Wolfgang Dröge, Dortmund 1977, Seite 148

schen Parteien bestätigen zu lassen. Mit Erfolg. Die Komintern war jetzt Sinowjews Herrschaftsgebiet. Es gab aber immer noch ein gewisses Maß an offenen Diskussionen in den verschiedenen Kommunistischen Parteien. Die neuen linken Führer konnten in unterschiedlichem Ausmaß auf eine wirkliche Unterstützung in ihren Parteien verweisen. Sie waren nicht bloß die Geschöpfe Moskaus. Bezeichnenderweise gerieten die meisten unter ihnen bald in Konflikt mit der Kominternexekutive.

So hatte die Maslow-Fischer Gruppe eine überwältigende Mehrheit auf dem Frankfurter Kongreß der KPD im April 1924 und schob den Versuch des Kominternvertreters, Manuilsky beiseite, ihren Sieg durch das Einbeziehen einiger Vertreter der alten Führung in die neue zu mäßigen. In Schweden hätte Kilbom zweifelsohne eine mehrheitliche Unterstützung erhalten und Hoegland auch ohne Kominterunterstützung entfernt. In Polen und Frankreich lief die Sache allerdings etwas anders.

»Bevor das Jahr 1923 vorüber war, protestierten die Zentralkomitees zweier wichtiger kommunistischer Parteien, der französischen und der polnischen, in Moskau gegen die Diffamierung Trotzki und appellierten an die Streitenden, ihre Differenzen in kameradschaftlichem Geist beizulegen. Das geschah kurz nachdem Brandler im Auftrag seiner Partei darum ersucht hatte, daß Trotzki die Führung in dem geplanten kommunistischen Aufstand in Deutschland übernehme. Die Triumvirn [Stalin, Sinowjew, Kamenjew] nahmen die Proteste übel auf und befürchteten, daß Trotzki, da er in der russischen Partei unterlegen war, die Internationale gegen sie aufbringen werde. Sinowjew erblickte in der Aktion der drei Parteien eine Herausforderung seiner Präsidenten- autorität.«¹⁷⁹

Der Angriff auf "die drei Ws" in der polnischen Partei hatte mehr zu tun mit ihrem Widerwillen, Trotzki zu verurteilen, als mit ihren tatsächlichen Schwankungen im November 1923. Diejenigen, die an ihre Stelle traten, hatten einen wirklichen Rückhalt in der Partei aber keine Mehrheit und verdankten ihren Sieg der Vermittlung durch die Kominternexekutive. Das gleiche galt, in noch stärkerem Maße, für Treint und Girault in Frankreich. So schuf Sinowjew einen üblen Präzedenzfall, dem er und seine Unterstützer bald selber zum Opfer fallen würden.

Die Periode des "linken Ausschlags" ist politisch bedeutsam wegen der Aufgabe der Einheitsfronttaktik in der Praxis - obwohl sie charakteristischerweise in Worten beibehalten wurde -, bedeutsam wegen des erstmaligen Auftretens der berüchtigten Doktrin des "Sozialfaschismus" und wegen der "Bolschewisierung". "Bolschewisierung" war das Losungswort des fünften Kongresses der Komintern im Juni-Juli 1924. Es war das genaue Gegenstück zum Kult um den toten Lenin in der UdSSR, und ihr Inhalt war auch der gleiche: die uneingeschränkte Unterordnung unter die Troika als den vermeintlichen Hütern der leninistischen Orthodoxie und die Ablehnung aller kritischen Stimmen, insbesondere der Trotzki's. Natürlich hatte dieser "Leninismus" nichts gemeinsam mit dem Geist von Lenins eigener Politik. Er selber hatte einige Jahre zuvor zum Schicksal von Revolutionären geschrieben: *»Nach ihrem Tod versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu..., wobei man ihre revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert.«¹⁸⁰* Dies ist eine genaue Beschreibung von der

¹⁷⁹ Deutscher, "Trotzki - Der unbewaffnete Prophet" (Stuttgart 1972), Verlag W. Kohlhammer, Band II, S. 143

¹⁸⁰ Lenin, GW, Band 25, Seite 397

Funktion des "Leninismus" und seines Gegenstücks in der Komintern, die "Bolschewisierung", in dieser Periode.

In der Frage der Einheitsfronttaktik gab der Fünfte Weltkongreß eine formell richtige Erklärung heraus¹⁸¹. Schließlich wollte die Troika in die Kleider Lenins schlüpfen, und die Stellungnahmen Lenins in dieser Frage waren noch in guter Erinnerung. Aber die ganze Grundtendenz von Sinowjews Rede über Orientierung und Taktiken ging in genau die entgegengesetzte Richtung. "Einheitsfronttaktik nur von unten" war der Gehalt von Sinowjews Linie, womit gemeint war, daß Einheitsfrontaktionen ausschließlich der Basis von anderen Parteien und Arbeiterorganisationen, nicht aber deren Führungen, vorgeschlagen werden sollten.

Nun, es gibt tatsächlich Bedingungen, unter denen die Taktik der Einheitsfront offensichtlich unpassend und falsch ist. Das war der Fall in Rußland im September-Oktober 1917 in den letzten Wochen vor dem Aufstand. Damals hätte ein Herantreten der Bolschewiki an die Menschewiki und den rechten Flügel der Sozialrevolutionäre ein Zurücktreten vom Kampf um die Macht bedeutet. Wiederum, unter Bedingungen, wo die revolutionäre Linke extrem schwach ist, ist die Einheitsfronttaktik ebenfalls falsch, bzw. irrelevant. Eine Einheitsfront bedeutet Einheit in der Aktion und ist bedeutungslos, wenn die Revolutionäre über keine wirklichen Kräfte verfügen, die sie zu einer solchen Aktion verpflichten können. Wenn die Einheitsfronttaktik für unangebracht erachtet wird, ist es politisch notwendig, dies offen auszusprechen. Die gesamte Stoßrichtung der politischen Linie, die auf dem Fünften Kongreß der Komintern herausgegeben wurde, war, daß die Offensive in einer Reihe von Ländern, insbesondere in Deutschland, auf der Tagesordnung stand. Das war ein grotesker Fehler. Wenn das aber gestimmt hätte, dann hätte der Kongreß der Einheitsfronttaktik - die, wohlgemerkt, eine defensive Taktik ist - bestenfalls eine untergeordnete Rolle zuweisen und sie in bestimmten Fällen ganz und gar ablehnen müssen.

Das wurde aber nicht getan. Stattdessen wurde die Linie der Einheitsfront "nur von unten" proklamiert. Das war Unsinn. Das Wesen der Einheitsfronttaktik besteht eben darin, Aufrufe für einheitliche Aktionen genauso an die Führung von anderen Arbeiterorganisationen zu richten wie auch an ihre Basis, wobei der Erfolg natürlich von der Antwort der Basis abhängt. Die Einheit in der Aktion wird dann der Basis jener Organisation aufzeigen, daß revolutionäre Politik der ihrer eigenen Führung überlegen ist. Ein Appell für die einheitliche Aktion ausschließlich an die Basis zu richten, ist überhaupt keine Einheitsfront. Es ist bloß ein Appell an Individuen, sich der Partei anzuschließen oder mit ihr zusammenzuarbeiten, ein Appell, das Revolutionäre in jeder Situation sowieso machen müssen.

Jede ehrliche Führung einer Kommunistischen Partei, die an den "Aufruf zur Offensive" des Fünften Kongresses, wie irrtümlich auch immer, geglaubt hätte, hätte so argumentiert. Und einige taten das. Bordiga, für die Italiener, sprach sich aus Prinzip gegen die Einheitsfront aus. Donski, für die Polen, argumentierte gegen sie in der Praxis. Aber die selbsttäuschende, verschämte Position Sinowjews und seiner Anhänger machte das Rennen.

Die unmittelbaren Folgen waren, wie es sich herausstellte, ziemlich unbedeutend. Die "nur von unten"-Linie wurde allerdings 1929-33 wiederbelebt, diesmal mit tatsächlich

¹⁸¹ Siehe "Protokolle des V. Weltkongresses" Band II

katastrophalen Folgen.

Ähnlich verhielt es sich mit dem "Sozialfaschismus". Nehmen wir als ersten einen echten, prinzipientreuen und unverbesserlichen Ultralinken, Bordiga, der auf dem Fünften Kongreß folgendes zu sagen hatte: *»Der Faschismus wiederholt im Grunde genommen nur das alte Spiel der bürgerlichen Linksparteien und der Sozialdemokratie, d.h. er ruft das Proletariat zum Burgfrieden auf. Er versucht dieses Ziel durch Bildung von Gewerkschaften der Industriearbeiter und der Landarbeiter, die er dann zu praktischer Zusammenarbeit mit der Unternehmerorganisation führt, zu erreichen.«*¹⁸²

Was denn ist der Unterschied zwischen Faschismus und Sozialdemokratie? Nach dieser Analyse gibt es keinen Unterschied. Das ist offensichtlich Unfug. Das wesentliche unterscheidende Merkmal des Faschismus ist, daß er versucht, alle autonomen Arbeiterorganisationen, die revolutionären wie die reformistischen, zu zerschlagen, die Arbeiterklasse zu atomisieren, um sie so politisch impotent zu machen. Diese Entwicklung war bereits voll im Gange in Italien 1924, als Bordiga das Wort ergriff. Die Sozialdemokratie andererseits stützt sich, sozusagen einem Parasiten gleich, auf echte Arbeiterorganisationen, ohne die sie überhaupt keine Basis hat.

Die Klassenbasis des Faschismus ist fundamental anders als die der Sozialdemokratie. Wie revolutionäre Sozialisten können die Faschisten eine wirkliche Massenbasis nur in Zeiten tiefer sozialer Krisen erhalten. Aber während revolutionäre Sozialisten von der organisierten Arbeiterklasse oder von Arbeitern, die um die Organisationsfrage ringen, und deren kollektive Macht ihnen die Fähigkeit gibt, den Kapitalismus zu stürzen und eine neue Gesellschaft aufzubauen, abhängig sind, sind die Faschisten vom Kleinbürgertum und von den unorganisierten, "Lumpen"-Sektionen der Arbeiterklasse abhängig. Als Opfer der Krise bis an die äußersten Extreme der Unsicherheit getrieben und ihrer eigenen Selbstverteidigungsorganisationen beraubt können sie leicht vom Faschismus gewonnen werden, der ihnen in einer Zeit der tiefen sozialen Krise die falsche Solidarität des Vorurteils und der paramilitärischen Gewalt bietet.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sind die Faschisten überhaupt nicht an die bürgerliche Demokratie gebunden. Im Gegensatz zu den revolutionären Sozialisten sind sie allerdings der Aufrechterhaltung der Diktatur des Kapitals verpflichtet. Die Tatsache jedoch, daß sie einen Teil ihrer Unterstützung unter den Opfern des Kapitalismus findet, macht die Liquidierung des "Lumpen"-Arbeiterflügels der Bewegung notwendig, falls diese zur Macht gelangt, wie dies Hitler bei der Liquidierung des Röh-Strasser Flügels der Nazipartei 1934 in der Tat praktizierte.

Der Fünfte Weltkongreß unterstützte jedoch Bordigas Idiotien und hob die Behauptung, daß *»der Faschismus und die Sozialdemokratie ... die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur«* seien, auf den Altar¹⁸³. Stalins notorischer Aphorismus: *»Diese Organisationen [der Faschismus und die Sozialdemokratie] schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen einander. Es sind nicht Antipoden, sondern Zwillinge. Der Faschismus ist ein formloser Block dieser beiden*

¹⁸² "Protokoll, V. Kongreß der Kommunistischen Internationale", Reprint Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1971, Band 2, S.719

¹⁸³ "Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen", Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt September 1987, Band 1, Seite 356

Organisationen«¹⁸⁴ stammt aus dieser Periode. Waren auch hier die unmittelbaren Folgen unbedeutend, so hatte doch die Wiederbelebung dieser Vorstellungen 1929-33 katastrophale Auswirkungen. Der Faschismus und die Sozialdemokratie sind eben nicht zwei Schneiden des gleichen Schwertes. Sie sind alternative Säulen des Kapitalismus.

Das konkrete Ergebnis des "linken Ausschlags" war die Entfernung unabhängig denkender Menschen sowohl der "Rechten" als auch der "Linken" (nach kommunistischen Kriterien) aus führenden Positionen in der Komintern und in einigen wichtigen Kommunistischen Parteien. Einige dieser Leute waren ganz klar im Unrecht und bewegten sich auf die Sozialdemokratie zu; andere wiederum entwickelten in verschiedenem Maße eine richtige Kritik. Dies war ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine Situation, wogegen Lenin, Bucharin und Sinowjew einige Jahre zuvor gewarnt hatte: *»Werdet Ihr alle nicht besonders gefügigen, aber klugen Leute wegzagen, und Euch nur die gehorsamen Dummköpfe lassen, so werdet Ihr die Partei bestimmt zugrunde richten*«. ¹⁸⁵

Der "linke Ausschlag" brachte auch einige Tragödien mit sich. Auf die Empfehlung Sinowjews, der einen Erfolg dringend nötig hatte, inszenierte die schwache estnische Kommunistische Partei im Dezember 1924 einen Staatsstreich. *»Die Aufständischen konnten anfänglich einige Überraschungserfolge in der Hauptstadt Reval erzielen. Aber nach nur wenigen Stunden war alles vorbei. Das war das klassische Beispiel für einen hoffnungslosen Putsch. Nach diesem Versagen wurden die Verfolgungen natürlich intensiviert, nachdem der Aufstand selbst den passenden Vorwand für die Errichtung einer Militärdiktatur geliefert hatte*«. ¹⁸⁶

Im Gegensatz zum Revaler Putsch war die bulgarische "Pulverschwörung" im April 1925 auf keine direkte Initiative der Komintern zurückzuführen, verdankte aber zweifelsohne einiges der linkssektiererischen Atmosphäre, die Sinowjew gefördert hatte. Der von der Militärorganisation der bulgarischen Kommunistischen Partei ohne Wissen der Parteiführung im Ausland konzipierte Plan beinhaltete die Sprengung des Sofia Doms in einem Augenblick, in dem der König mitsamt seiner Regierung und seinen Armeeführern dem Begräbnis eines ermordeten Generals beiwohnen sollte.

***»Zwei Tage später versammelte sich das offizielle Bulgarien en Masse für das Begräbnis in der Kathedrale von Sofia. Eine Bombe explodierte, die mehr als 100 Menschen tötete und 300 verletzte, obwohl alle Regierungsmitglieder wie durch ein Wunder entkamen... Zwei führende Mitglieder der Militärorganisation der bulgarischen Kommunistischen Partei, Yankow und Minkow, wurden getötet, als sie bei ihrer Festnahme Widerstand leisteten. Hunderte von Kommunisten wurden festgenommen; Geständnisse wurden unter Folter erzwungen; und viele unter den Verhafteten wurden mit oder ohne Prozeß hingerichtet*«. ¹⁸⁷**

Die Komintern wies jede Verantwortung von sich, was formal den Tatsachen entsprach, und gab das alte marxistische Argument gegen den individuellen Terrorismus wider. Im Zuge der darauf folgenden Repressionen wurde die bulgarische Kommunistische Partei vorübergehend zerstört.

¹⁸⁴ Frank, "Geschichte der Kommunistischen Internationale", a.A.o.a., Band II, Seite 568

¹⁸⁵ Lenin, zitiert nach Bucharin, Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972, Band 2, Seite 552

¹⁸⁶ Borkenau, ebenda, Seite 263

¹⁸⁷ Carr, "Socialism in One Country", a.A.o.a., Seite 410

Der kurzlebige Linksausschlag wurde auf dem fünften Plenum der Kominternexekutive im März 1925 beendet. Auf einmal entdeckt man, »daß wir gegenwärtig in West- und Mitteleuropa keinen akutrevolutionären Zustand haben.«¹⁸⁸

Daraus zog man den Schluß, daß die Hauptbetonung wieder auf die Einheitsfronttaktik gelegt werden soll. Das Kriterium "nur von unten" und die These des "Sozialfaschismus" verschwanden bald in der Schublade. Die "Bolschewisierung" allerdings nicht. Sie wurde mehr denn je hervorgehoben, und die feindliche Haltung gegen Trotzki und seine Anhänger wurde immer offenkundiger. Die Wende nach rechts, die trotz einer Verspätung um 16 Monate an sich richtig war, verwandelte sich bald in einen offenen Opportunismus.

Wie Trotzki später schrieb: »Wenn Menschen sich an der Milch verbrennen, so fangen sie an, auch auf das Wasser zu pusten. Die "linken" Z.K.'s einer ganzen Reihe von Parteien wurden ebenso gewaltsam gestürzt, wie sie vor dem 5. Kongreß entstanden waren. Die aventuristische Linksheit trat ihren Platz einem offenen Opportunismus von rechtszentristischem Typus ab.

Um den Charakter und das Tempo dieser organisatorischen Rechtswendung zu begreifen, muß man sich daran erinnern, daß Stalin, der Führer dieser Wendung, noch im September 1924 den Übergang der Parteiführung an Maslow, Ruth Fischer, Treint, Suzanne Girault u.a. als den Ausdruck der Bolschewisierung der Parteien ... bezeichnet hat... Schon nach 10 Monaten aber wurden die wahren "Bolschewiki" und "revolutionären Führer" zu Sozialdemokraten und Renegaten erklärt, aus der Parteileitung beseitigt und aus der Partei hinausgeworfen.«¹⁸⁹

Und ihr Schutzherr Sinowjew sollte auch bald folgen. Denn die Rechtswendung in Rußland, das zunehmende Selbstvertrauen der Bürokratie mit ihrem neuen Slogan des "Sozialismus in einem Land", führten zum Auseinanderfallen der Troika und zum Übertritt Sinowjews, und später Kamenews, zur Opposition. Stalins Stern war im Aufgehen begriffen.

Sinowjews Regentschaft in der Komintern war ein Fiasko gewesen. "Linke" und pseudolinke Abenteuer waren, wie wir sehen werden, mit grob opportunistischen Abenteuern verbunden worden. Trotz all seiner Schwächen und seines Zauderns gab es jedoch gewisse Grenzen, die Sinowjew nicht überschreiten würde. Er war seit 1903 Bolschewik gewesen, und seit 1907 Mitglied des Zentralkomitees. Als Lenins engster Mitarbeiter in den frühen Jahren hatte er zuviel von seinem Internationalismus aufgenommen, um ein brauchbares Instrument in den Händen einer zunehmend nationalistischen und bürokratischen Diktatur zu sein.

Obwohl er erst 1926 formell abgesetzt wurde, verlor Sinowjew jeden Einfluß bereits nach dem fünften Plenum der Kominternexekutive im frühen 1925. Stalin war jetzt der Führer, wiewgleich immer noch nur der "Erste unter Gleichen", der neuen selbstbewußten bürokratischen Chefs.

Stalin war ein Neuling in der Komintern. »In jenen Tagen, als die Komintern ein lebendiger Organismus zu sein schien, und die ständige und besorgte Aufmerksamkeit Lenins, Trotzkis und Sinowjews in Anspruch nahm, blieb er [Stalin] ihr gegenüber anscheinend gleichgültig. Er wandte sich ihr erst 1924 zu, als ... sie zu einer

¹⁸⁸ "Protokoll der erweiterten Exekutive der Komintern" Feltrinelli-Reprint 1967, Seite 35

¹⁸⁹ Trotzki, "Die Ill. Internationale nach Lenin", Seite 170

*bürokratischen Maschine geworden war, geeignet, die sowjetische Politik oder seine eigenen politischen Vorhaben zu behindern oder zu fördern».*¹⁹⁰

Für Stalin war die Komintern in erster Linie ein Instrument der russischen Außenpolitik. Dies konnte jedoch nicht offen gestanden werden, noch konnte Stalin die Komintern persönlich leiten oder durch von ihm ernannte Marionetten leiten lassen. Er brauchte einen prominenten "Altbolschewiki" mit einiger echten Befähigung, der vom ganzen Herzen von der Notwendigkeit einer rechten Orientierung überzeugt war. Nikolai Bucharin war der gesuchte Mann. Die Periode der Rechtswendung war die Periode von Bucharins Komintern.

Bucharin war ein Doktrinär im buchstäblichen Sinne des Wortes. In seinem "Testament" hatte Lenin kurz vor seinem Tod über Bucharin geschrieben, daß »*seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großem Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen)*«. ¹⁹¹ In den ersten Jahren nach der russischen Revolution war Bucharin ein konsequenter Linksextremist gewesen. Und jetzt vertrat er genauso konsequent und genauso mechanisch rechte Ansichten sowohl was die Situation innerhalb Rußlands anbelangt als auch international. Unter seiner Führung vollzog die Komintern eine weitere qualitative Degeneration.

Das waren die Jahre des "rechtszentristischen Blocks" in der UdSSR, der Allianz zwischen Stalin und Bucharin, des »*Wachstums in den Sozialismus hinein*« - in einem Land, versteht sich - »*im Schnecken tempo*«, als man zwecks eines langsamen Wirtschaftswachstums auf die Bauernschaft zählte und ihr die Parteibotschaft übermittelte: »*Bereichert Euch*«, und jeder Vorschlag für eine geplante Industrialisierung als »*Abenteuertum*« abgelehnt wurde (alle Zitate von Bucharin).

Das entsprechende Gegenstück in der Komintern war die Bündnispolitik mit "linken" Gewerkschaftsbürokraten, "linken" Labourparteipolitikern und bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalisten.

"Kleinbürgerliche Verbündete"

*»Dank ihrer privilegierten Position und ihren konservativen Denkgewohnheiten... neigt die Sowjetbürokratie viel eher dazu, der "revolutionären" Kuomintang, der "linken" Bürokratie der britischen Gewerkschaften, den kleinbürgerlichen "Freunden der Sowjetunion" und liberalen und radikalen Pazifisten zu vertrauen als in die unabhängige revolutionäre Initiative des Proletariats.«
Trotzki, "Die Internationale Linke Opposition".¹⁹²*

Die Wurzeln der Rechtswende müssen in der Periode des Linksausschlags gesucht werden, nicht nur, weil sie eine Reaktion darauf war, sondern auch weil das bürokratische Abenteuertum, das Sinowjews Regime in der Komintern kennzeichnete, in sich den Keim eines groben Opportunismus trug.

Im Herbst 1923 hatte eine Delegiertenversammlung, die angeblich Bauernorganisationen in vierzig Ländern vertrat, einen "internationalen Bauernrat" in Moskau gegründet. Diese schattenhafte Körperschaft wurde auf dem Fünften Weltkongreß zur "Bauerninter-

¹⁹⁰ Carr, "Socialism in One Country", Band 1, Seite 194

¹⁹¹ Lenin, GW, Band 36, Seite 579

¹⁹² Trotzki, "Die internationale linke Opposition" *

nationale" (Krestintern) erkoren. Man beanspruchte sechs Millionen Unterstützer für sie und sah in ihr offensichtlich einen Haken, mit dem man einen wichtigen Fang zu machen hoffte. Verhandlungen mit den Führern der exilierten bulgarischen Bauernunion wurden eröffnet, und man versprach ihnen finanzielle Hilfe, wenn sie der Krestintern beiträten. Die verschlagenen Bulgaren nahmen das Geld an (angeblich 20 Millionen Dinar) und schlichen sich davon.¹⁹³

Ihr Erfolg mag auch Stephan Raditsch, den Führer der kroatischen Bauernpartei, beflügelt haben. 1924 kam er nach Moskau und trat mit seiner Partei der Krestintern bei. Nachdem er auf diese Weise die jugoslawische Regierung in Angst versetzt hatte, kam er zu einer Übereinkunft mit derselben und führte seine Partei in eine Koalitionsregierung. *»... er hielt es für ratsam, sich auf dem Wege aus dem grünen Agram in dem roten Moskau zu zeigen, um dadurch seine Ministerchancen in dem weißen Belgrad zu stärken«*, bemerkte Trotzki.¹⁹⁴

Danach geriet die Krestintern mehr oder weniger in Vergessenheit, obwohl sie, wie wir weiter unten sehen werden, lange genug überlebte, um eine kleine Rolle bei der katastrophalen Intervention der Komintern in die chinesische Revolution von 1925-27 zu spielen.

Dann gab es das komische Zwischenspiel mit der föderativen Farmer-Arbeiterpartei. »In den Vereinigten Staaten haben die kleinen Farmer eine Arbeiter- und Farmerpartei geschaffen, die immer mehr und mehr radikalisiert wird, sich den Kommunisten annähert und von der Idee der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung in den Vereinigten Staaten durchdrungen wird«, behauptete man auf dem Fünften Weltkongreß.¹⁹⁵

Was sich hinter dieser Phantasie verbarg, war eine kleine Bewegung der Labour Party um die linken Führer der Chicagoer Arbeiterföderation (die örtliche Führung der AFL-Gewerkschaft). Sie hatten ihre eigene Farmer-Arbeiterpartei (wobei das Wort "Farmer" dem Titel hinzugefügt wurde, um mehr Stimmen auf sich zu ziehen, denn es ging lediglich um die Teilnahme an Wahlen) und versuchten, sie durch die Abhaltung einer Konferenz in Chicago im Juli 1923 auf breiteren Fuß zu stellen.

Die amerikanische Arbeiterpartei, Vorläufer der Kommunistischen Partei, glaubte, daß es sich um eine wachsende Bewegung handelte, und versuchte, diese Konferenz zu vereinnahmen. Die Partei war klein. Sie beanspruchte für sich eine Mitgliedschaft von 14.000, die meisten unter ihnen frisch eingewandert und der englischen Sprache unkundig, und hatte sich bis vor kurzem extrem linksradikal gebärdet. Nun, unter der Anleitung des ungarischen Kominternvertreters Pogany (Pepper in den USA) nahm sie sich anlässlich der Präsidentschaftswahlen von 1924 vor, sich vermittels einer Frontpartei großartig in die Wahlpolitik reinzuwerfen.

»Mehrere hundert Delegierte, die angeblich 600.000 Arbeiter und Farmer vertraten, nahmen an der Farmer-Arbeiter-Versammlung teil... Lediglich zehn Delegierte gehörten offiziell der Arbeiterpartei an... aber die Kommunisten fanden Schleichwege, um reinzukommen. Dutzende nahmen als Delegierte der örtlichen Gewerkschaften teil. Andere vertraten solche Organisationen wie die Lithuanische Arbeitergesellschaft für Literatur, den Rumänischen Progressiven Klub, den Verei-

¹⁹³ Carr, "Socialism in One Country", Band 3, Seite 215f

¹⁹⁴ Trotzki, "Die III. Internationale nach Lenin", Seite 165

¹⁹⁵ ebenda, Seite 166

*nigten Arbeitersängerverein usw.*¹⁹⁶

Die wirklichen Anhänger der Farmer-Arbeiterpartei besaßen kein großes Gewicht in der amerikanischen Arbeiterklasse, aber ganz bedeutungslos waren sie trotzdem nicht, denn ihr Präsidentschaftskandidat hatte 1920 noch eine Viertelmillion Stimmen auf sich vereinigen können. Die Arbeiterpartei stellte dagegen praktisch überhaupt nichts dar, hatte aber eben genügend Delegierte, um die Versammlung zu vereinnahmen. Die wirklichen Farmer-Labour Anhänger machten einen Abgang, und die Ernannten der Arbeiterpartei wurden erwartungsgemäß als Kandidaten zur Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft aufgestellt. Die Führer der Arbeiterpartei waren überglücklich. Die Arbeiterpartei *»nahm die führende Stellung ein, und die erste Massenpartei der amerikanischen Arbeiter - die Föderative Farmer-Arbeiterpartei - wurde gegründet.*¹⁹⁷

Das, worin die Arbeiterpartei *»die führende Stellung eingenommen*« hatte, war in Wirklichkeit bloß eine leere Hülse, dazu noch eine reformistische Hülse, denn das Programm, das schließlich verabschiedet wurde, war praktisch identisch mit dem der alten Farmer-Arbeiterpartei. Diese Hülse war so zerbrechlich, daß sie innerhalb eines Jahres auseinanderfiel, und die übriggebliebene Arbeiterpartei war danach eher schwächer als vorher.

Diese törichten opportunistischen Machenschaften fanden unter dem Regime des "Linksausschlags" statt. Der weitaus ernsthaftere polnische "Mai-Irrtum" fand zu einem Zeitpunkt statt, als die "rechte Wendung" bereits voll im Gange war.

Die Politik der 1924 installierten ultralinken Führung hatte die polnische Kommunistische Partei ernsthaft geschwächt. Dazu muß man sagen, daß die polnische KP während ihres ganzen Bestehens als eine echte Arbeiterpartei in der Zeit von 1919 bis 1938 eine illegale Organisation blieb, wobei die Möglichkeiten für halblegale Aktivitäten stark schwankten. Meistens arbeitete sie durch legale "Deck"-Organisationen.

»Wenn die Partei 1923 nicht genügend revolutionäre Tatkraft an den Tag legte, so war ihre Politik in den Jahren 1924 und 1925 hingegen durch ein falsches Übermaß an eben dieser Tatkraft gekennzeichnet. Dies war umso schädlicher, da nach der Novemberkrise von 1923 die objektiven Möglichkeiten für revolutionäre Aktionen zurückgegangen waren. Während dieser Periode verwarf die polnische Kommunistische Partei die Einheitsfronttaktik voll und ganz und verzettelte sich in vergeblichen Abenteuern. Und das Ergebnis? Sie verlor ihren Einfluß und schnitt sich von den arbeitenden Massen ab.

*Es ist lohnenswert, sich zu entsinnen, daß noch bei den Kommunalwahlen Anfang 1924 die polnische Kommunistische Partei besser abschnitt als die Sozialistische Partei. Dieser Erfolg war jedoch nichts mehr als das verspätete Echo der 1923 erfolgten Radikalisierung der Massen und war keineswegs ein Indiz für das Entstehen einer neuen revolutionären Welle [genausowenig wie in Deutschland, D.H.]. Im darauffolgenden Jahr nahm der Einfluß der Kommunistischen Partei drastisch ab.*¹⁹⁸

Aus diesen Gründen, und noch mehr deswegen, weil sie gewissenhafte Anhänger Sinowjews waren, wurden Domszy und Zofia Unslicht entfernt. Warski und seine Freun-

¹⁹⁶ Draper, "American Communism and Soviet Russia". Seite 43f

¹⁹⁷ ebenda, Seite 48

¹⁹⁸ Deutscher, "Marxism in Our Time" (London 1972), Seite 125f

de, die die erforderliche Denunziation von Trotzki geleistet hatten, wurden im Dezember 1925 als Führung wiedereingesetzt. Es gab allerdings eine bedeutsame Veränderung. Lenski brach mit seinen ehemaligen Mitarbeitern und zog es vor, die KPdSU (in anderen Worten Stalin) bedingungslos zu unterstützen, und er war von da an Stalins Mann in Polen, das Vorbild für Thälmann in Deutschland, Thorez in Frankreich, Browder in den USA, Politt in Großbritannien, und all die anderen. Er wurde mit in die neue Führung aufgenommen, die die Partei scharf nach rechts führte.

Am 12. Mai 1926 startete Joseph Pilsudski, der Oberbefehlshaber der polnischen Armee zur Zeit ihres Sieges über die Rote Armee 1920, einen Staatsstreich gegen Polens bürgerlich-demokratische Rechtsregierung unter Witos, dem Führer der Bauernpartei. Die polnische Kommunistische Partei unterstützte diesen Staatsstreich, der auch erfolgreich war und eine Militärdiktatur installierte, der die Komintern bald den Namen verpaßte: »Pilsudskis faschistisches Regime«!

Wie konnte ein solcher Wahnsinn geschehen? Weil die polnische Sozialistische Partei Pilsudski unterstützte, der einst eins ihrer Mitglieder und Führer ihrer "revolutionären Fraktion" (in anderen Worten ihres terroristischen Flügels) 1905-06 gewesen war, und die Einheitsfrontpolitik inzwischen so ausgelegt wurde, daß die polnische Kommunistische Partei der Sozialistischen Partei hinterherzutragen habe. Dies, gekoppelt mit der absurden im Zuge der antitrotzkistischen Kampagnen produzierten Vorstellung, daß die Revolution in Polen eine bürgerliche Revolution, und Pilsudski deshalb der polnische Cromwell sein müsse, waren die Gründe.

»Die Komintern war zu dem Zeitpunkt gerade damit beschäftigt, die trotzkistischen und sinowjewischen Ketzereien auszumerzen. Die kennzeichnenden Merkmale dieser Ketzereien wurden als "Linksradikalismus" und eine negative Einstellung zu "Bündnissen mit den mittleren Schichten", als ein fundamentaler Unwille, solche Bündnisse zu schließen und als ein Unwille anzuerkennen, daß die bürgerliche Revolution, insbesondere in unterentwickelten Ländern, ein separates Stadium in der historischen Entwicklung bilde, in dem die Bourgeoisie eine progressive und gar revolutionäre Rolle spiele, definiert.

Die Komintern schien wie besessen von der fixen Idee eines "Bündnis"-Kultes. Jedes Anzeichen von Zweifel hinsichtlich dieses Kultes wurde als Trotzkismus gebrandmarkt. Dieser Bündniskult diente einem doppelten Zweck: Innerhalb der Sowjetunion diente er als Rechtfertigung für die rechte Linie Bucharins und Stalins; international diente er als Rechtfertigung für die sowjetische Politik in China, die die chinesische Kommunistische Partei der Kuomintang unterordnete und sie unter den Befehl Tschiang Kai-scheks stellte«.¹⁹⁹

Natürlich mußte man im Falle Polens diesen Schund sehr schnell über Bord werfen. Denn Pilsudski, als verlässlicher Verbündeter des französischen Imperialismus, war ein bitterer Feind der UdSSR, und sein Regime verfolgte die Arbeiterorganisationen, insbesondere die polnische Kommunistische Partei, hartnäckiger und effektiver, als es Witos je getan hatte.

Der britische Generalstreik

»Sinowjew gab uns zu verstehen, daß er damit rechnete, daß die Revolution nicht

¹⁹⁹ ebenda, Seite 135f

durch die enge Pforte der Britischen Kommunistischen Partei, sondern durch das breite Tor der Gewerkschaften Einzug finden würde. Der Kampf der Britischen Kommunistischen Partei zur Gewinnung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter wurde durch die Hoffnung ersetzt, den bereits vorhandenen Gewerkschaftsapparat zum Zweck der Revolution möglichst bald zu benutzen. Aus dieser falschen Position heraus entsprang die spätere Politik des anglo-russischen Komitees...« *Trotzki, "Bilanz des anglo-russischen Komitees".²⁰⁰*

Im gleichen Monat Mai 1926 fand der britische Generalstreik statt. Die Ereignisse werden den meisten Lesern wohl bereits bekannt sein²⁰¹. Wie wir weiter oben bemerkten, blieb die britische Kommunistische Partei vom "Linksausschlag" unberührt. Im Jahr 1924 war die Hauptstoßrichtung ihrer Aktivität die Einheitsfrontarbeit in den Gewerkschaften, konzentriert um die nationale Minderheitsbewegung. Diese in ihren Grundzügen richtige Arbeit erhielt eine rechte Schlagseite nach der Gründung des Anglo-Sowjetischen Gewerkschaftskomitees im April 1925, ein Ereignis, das die Komintern mit außerordentlicher Begeisterung begrüßte.

»Der organisatorische Ausdruck der neuen Stimmungen der breiten Arbeitermassen und der Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse in England ist die Schaffung des anglo-russischen Einheitskomitees«, erklärte das sechste Plenum der Kominternexekutive im März 1926. »Das anglo-russische Komitee, dessen Gründung einen freudigen Wiederhall bei den breiten Massen fand, bedeutet einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung... [Es] beweist praktisch die Möglichkeit der Schaffung einer einheitlichen Internationale und eines gemeinsamen Kampfes der Arbeiter der verschiedensten Richtungen gegen die Reaktion, den Faschismus und die Offensive des Kapitals.«²⁰²

Was es in Wirklichkeit bewies, war, daß die vorübergehend am Steuer befindlichen linksreformistischen Bürokraten des Generalrats des Britischen TUC es für nützlich erachteten, sich ein "linkes" Mäntelchen und den Schutz vor jeglicher Kritik seitens der Kommunistischen Partei quasi gratis zu erkaufen. Während der Periode vom Juli 1925 bis Mai 1926 bereitete sich die britische Regierung kaltblütig und mit größter Sorgfalt darauf vor, die Macht der Bergarbeitergewerkschaft zu brechen. In der gleichen Periode erfreuten die linken Gewerkschaftsführer, als Helden des Anglo-Sowjetischen Gewerkschaftskomitees, ihre Anhänger mit linker Rhetorik, wobei sie keine Vorbereitungen für den unvermeidlichen Konflikt mit der Regierung trafen und somit die Verratspolitik der Rechten deckten. Kaum zwei Monate nach dem sechsten Plenum, das nur lobende Worte für sie gefunden hatte, hatten sie sich mit den Rechten zusammengetan, um den Generalstreik auszuverkaufen.

Diese linken Funktionäre waren für die Führer der britischen Kommunistischen Partei keineswegs ein unbeschriebenes Blatt. Sie waren typischerweise Männer, die an den syndikalistischen und vereinigenden Bewegungen von vor 1914 teilgenommen hatten, sich in den verschiedenen Gewerkschaftsapparaten hochgearbeitet hatten und nun deren linkes Gesicht bildeten. Eine Anzahl unter ihnen war 1920 und 1921 sogar der Kommu-

²⁰⁰ Trotzki, "Bilanz des Anglo-Russischen Komitees"

²⁰¹ Siehe Hallas und Harman, "Days of Hope: The General Strike of 1926", London 1981. für eine kurze Erklärung

²⁰² "Die Kommunistische Internationale". a.A.o.a.. Band 2, Seite 80

nistischen Partei beigetreten, hatte sie aber dann wieder verlassen, sobald die Partei Druck auf sie ausübte, sich als disziplinierte Parteimitglieder zu verhalten. Bestenfalls waren sie wankende und unzuverlässige Verbündete. Zumindest einige der Führer der Kommunistischen Partei hatten dies begriffen. »Es wäre für die Kommunistische Partei und die Minderheitsbewegung jedoch eine selbstmörderische Politik, zuviel Vertrauen in das zu setzen, was wir den offiziellen linken Flügel genannt haben«, erklärte die Monatszeitschrift der Partei im September 1924²⁰³. Die Betonung mußte auf »die Schaffung von Komitee am Arbeitsplatz [als] ein notwendiges Gegengewicht zur Bürokratie« gelegt werden.

Nach der Errichtung des anglo-russischen Komitees wurde ein ganz anderer Akzent gesetzt. Jetzt ging es um »die Förderung der Gewerkschaftseinheit« als einen Schritt zur »internationalen Einheit der Arbeiter aller Länder« und als »unzerbrechlichen Pfand des Friedens und der ökonomischen Sicherheit«²⁰⁴. Die Vereinbarung mit den russischen Gewerkschaften wurde vom britischen TUC in jenem September einstimmig bekräftigt. Die britische Kommunistische Partei schlug dann ihren "selbstmörderischen" Kurs ein. Natürlich gab es auch einheimische opportunistische Tendenzen in der Parteiführung, die nur allzu bereitwillig waren, sich den scheinheiligen TUC-Linken anzubiedern, es waren aber die Komintern- und russischen Führer, die dafür sorgten, daß diese opportunistische Linie bis zur letzten Konsequenz weiterverfolgt wurde.

Das Denken der russischen Führer zu jener Zeit war von der Idee beherrscht, daß, während die britische Kommunistische Partei klein und schwach war, der TUC in Großbritannien eine Macht darstellte, eine Macht, die im Interesse der UdSSR bemüht werden konnte. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei bestehe deshalb darin, den TUC zu ermutigen und ihn nicht durch "voreilige" Kritik zu verprellen.

Das Kriminelle an dieser Episode war nicht das anglo-sowjetische Komitee an sich, denn man konnte es als kurzfristiges Manöver zur Schwächung der Amsterdamer Internationale womöglich rechtfertigen. Das Verbrecherische daran war die gezielte Schaffung von Illusionen in die TUC-"Linken" und die politische Lähmung, die der Britischen Kommunistischen Partei durch die Komintern auferlegt wurde. Während des neunmonatigen "Waffenstillstandes" zwischen Regierung und Gewerkschaften, der dem Mai 1926 voranging, wäre es für die Kommunistische Partei absolut unerlässlich gewesen, die Tatenlosigkeit der linken Gewerkschaftsführer angesichts der Regierungsvorbereitungen für den Entscheidungskampf ständig, konkret und klar zu kritisieren, vor der drohenden Katastrophe zu warnen und alle Anstrengungen zur Entwicklung einer von den Gewerkschaftsbürokratien, ob linken oder rechten, unabhängigen Kampfbereitschaft an der Basis zu unternehmen. Stattdessen trug sie dazu bei, die Illusionen in die Linken, in jene "Freunde der UdSSR", zu stärken und ihnen zu helfen, die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung zu behalten - eine Haltung, die in der berühmten Losung der Kommunistischen Partei: »Alle Macht dem Generalrat [des TUC]« zum Ausdruck kam. Es war ein Generalrat von Verrätern, wie sich bald herausstellen sollte.

Sogar nach dem Verrat an dem Generalstreik hielt die Bucharin-Stalin-Führung in rührender Weise an dem Anglo-Sowjetischen Gewerkschaftskomitee fest, trotz wiederholter Schmähungen. Kurze Zeit darauf, als die britische Regierung ihre diplomatischen

²⁰³ Pearce, "Early Years of the CPGB" in Woodhouse und Pearce, "Communism in Britain", Seite 165

²⁰⁴ Carr, "Socialism in One Country", Band 3, Seite 596/597

Beziehungen mit der UdSSR angeblich wegen ihrer »kommunistischen Propaganda in Indien« abbrach, stellte das Komitee seinen wirklichen Wert als Stützpunkt unter Beweis: Der TUC verließ das Komitee und verurteilte die Russen!

Die Chinesische Revolution

»Die Gomindan-Partei [Kuomintang], die in ihrem Kern im Bunde mit den chinesischen Kommunisten auftrat, ist ein revolutionärer Block der Arbeiter, Bauern, Intelligenz und der städtischen Demokratie, auf der Grundlage einer längeren Gemeinschaft der Klasseninteressen dieser Schichten im Kampfe gegen die ausländischen Imperialisten und die gesamten militärisch-feudalen Verhältnisse, für die Unabhängigkeit des Landes und für eine einheitliche revolutionär-demokratische Regierung.«
Resolution der Kominternexekutive, März 1926.²⁰⁵

Dies waren die Jahre der Chinesischen Revolution von 1925-27, einer gigantischen Umwälzung von welthistorischer Bedeutung.

In den frühen 20er Jahren war China ein halbkoloniales, in "Einflußphären" geteiltes Land unter der Vorherrschaft rivalisierender imperialistischer Mächte, unter denen Großbritannien und Japan damals die bedeutendsten waren. Diese Mächte übten ihre Kontrolle vermittels territorialer Rechte aus, die ihnen in den Küstenstädten eingeräumt worden waren. Um diese Rechte sicherzustellen, hatten sie sowohl eigene Truppen stationiert als auch enge Verbindungen zu den Gangster-Kriegsherren, die das Land unter sich aufgeteilt hatten, geknüpft. Der bedeutendste unter ihnen war der "pro-britische" Wu Pei-Fu, der einen Großteil Zentralchinas kontrollierte, und der "pro-japanische" Chang Tso-Lin, der im Norden dominierte. Es gab auch zahlreiche untergeordnete Kriegsherren, die sich mal dem einen, mal dem anderen der großen Haifische anschlossen. In Kanton, im Süden, führte eine schwache chinesische Nationalregierung, die der Kuomintang (KMT), eine ungesicherte Existenz, indem sie Bündnisse mit dem einen oder anderen örtlichen Kriegsherrn schloß. In der Hauptstadt Peking war die Nationalregierung Chinas machtlos.

Die Kuomintang war eine bürgerlich-nationalistische Partei, die eine vage linke Rhetorik pflegte. *»Ihre erklärten Ziele waren Sun Ya-Tsens "Drei Prinzipien des Volkes": der Nationalismus, die Demokratie (Volksrechte) und der Sozialismus (das Wohlergehen des Volkes). Diese vagen Abstraktionen wurden durch keine konkreten Vorschläge erhärtet. Ihr wirkliches Ziel war die militärische Macht, und es war das Angebot sowjetischer Militärhilfe, das ein Bündnis [mit der UdSSR, D.H.] in Suns Augen als ein strebenswertes Ziel erscheinen ließ«.*²⁰⁶ Ein Übereinkommen zwischen der Kuomintang und der Regierung der UdSSR wurde 1923 erzielt, und in seinem Rahmen wurden im darauffolgenden Jahr russische Waffen und militärische und politische Berater nach Kanton geschickt. Bald besaß die Kuomintang eine relativ effektive Armee unter der Führung Tschiang Kai-scheks, der eine militärische Schulung in Rußland erhalten hatte.

Die chinesische Kommunistische Partei, die im Juli 1921 gegründet worden war, war 1923 immer noch winzig. In jenem Januar beschloß die Kominternexekutive, daß alle Mitglieder der chinesischen Kommunistischen Partei als Individuen der Kuomintang beitreten sollten, obwohl die Partei *»gleichzeitig ihre unabhängige Organisation aufrechterhalten muß... Während sie die Kuomintang in all ihren Kampagnen auf der*

²⁰⁵ "Die Kommunistische Internationale", a.A.o.a., Band 2, Seite 103

²⁰⁶ Harris, "The Mandate of Heaven", London 1978, Seite 5

national-revolutionären Front unterstützt - soweit diese eine objektiv richtige Politik verfolgt - sollte die Kommunistische Partei mit ihr nicht verschmelzen und während dieser Kampagnen ihre eigene Flagge nicht einziehen».²⁰⁷ Wie diese sich gegenseitig ausschließenden Ziele verwirklicht werden sollten, wurde nicht näher erläutert.

Am 30. Mai 1925 schoß die unter britischen Offizieren operierende Schanghaier Polizei auf eine Demonstration und tötete dabei zwölf Menschen. »Die Wirkung war rasch und tumultuös. Schanghai, die große ausländische Hochburg mit ihren westlichen Banken und Werken und ihren ausländischen Stadtteilen wurde durch einen Generalstreik gelähmt. Sogar Diener verließen ausländische Haushalte... Er breitete sich bald aus... In den unvollständigen Statistiken wurden 135 Streiks als direkte Antwort auf den Kugelhagel vom 30. Mai registriert, an denen 400.000 Arbeiter beteiligt waren...

In Hankan eröffnete eine ans Land gegangene Truppe von britischen Soldaten das Feuer auf eine Demonstration, wobei acht Menschen getötet und zwölf verwundet wurden. In Kanton traten chinesische Seeleute, die bei britischen Reedereien beschäftigt waren, am 18. Juni in den Ausstand. Am 23. zog eine Demonstration von Studenten, Arbeitern und Offiziersanwärtern durch Kanton... Die Briten und Franzosen begegneten den Demonstranten mit Maschinengewehrfeuer. 52 Studenten und Arbeiter wurden getötet und 117 verwundet. Ein Boykott von britischen Waren und ein Generalstreik wurden sofort ausgerufen. Hongkong, die Festung Großbritanniens in China, wurde vollkommen lahmgelegt. Kein einziges Rad drehte sich. Kein einziger Warenballen wurde transportiert. Kein einziges Schiff lichtete die Anker.«²⁰⁸

Diese Explosion wurde von individuellen Aufständischen und von jungen Nationalisten angeführt - aber auch von der Kommunistischen Partei. Die Partei erhielt einen massiven Zustrom. Bald zählte sie 30.000 Mitglieder, verglichen mit weniger als tausend im Jahr 1924, und die überwältigende Mehrheit waren Arbeiter aus den Küstenstädten.

Die chinesische Arbeiterklasse war sehr neu, aber zahlenmäßig schon bedeutend: ungefähr dreieinhalb Millionen im modernen, meist in ausländischer Hand befindlichen Industriesektor, und weitere elf Millionen in kleineren, meist in chinesischem Besitz befindlichen Betrieben. Sie war auch in einigen wenigen Städten konzentriert. Vor dem Beginn der Bewegung am 30. Mai zählten die neuen, oftmals von den Kommunisten angeführten Gewerkschaften, nur Tausende von Mitgliedern. Ende 1925 waren es bereits dreieinhalb Millionen Mitglieder. Gleichzeitig wuchs eine Bauernbewegung zur Verweigerung von Pachtzahlungen in den benachbarten Provinzen heran, insbesondere um Kanton herum.

Das alles war für die Kuomintangführer, die seit Sun Ya-Tsens Tod Ende 1924 von Tschiang Kai-schek dominiert waren, sehr unangenehm. Sie waren Nationalisten. Sie wußten, daß sie ohne die Unterstützung der Massen keine Hoffnung hegen durften, die Macht der Imperialisten und ihrer Kriegsherren-Günstlinge zu brechen. So waren sie gezwungen, die Protestbewegungen nach dem 30. Mai zu unterstützen. Sie waren aber gleichzeitig bürgerliche Nationalisten mit unzähligen Familienbanden unter den Großhändlern, den Kapitalisten und den Landbesitzern - alles Gruppierungen, die in

²⁰⁷ "EKKI" Januar 1923 *

²⁰⁸ Isaacs, "The Tragedy of the Chinese Revolution", New York 1968, Seite 70

China eng miteinander verflochten waren. Für sie war die Arbeitermacht und die Bauernrevolte eine genauso erschreckende Vorstellung, wie es die ausländischen Bosse von Jardín Matheson und die "Schanghai-" und "Hongkong-Bank" waren.

Die Kuomintang versuchte deshalb, die Massenbewegung auszunutzen zu kontrollieren und dann schließlich zu zerstören. Es war ein sehr schwieriges Unternehmen, das die Erfüllung zweier Bedingungen voraussetzte: Erstens mußte die schnell anwachsende Kommunistische Partei auch weiterhin der Kuomintang untergeordnet bleiben; zweitens brauchte die Kuomintang die ununterbrochene Lieferung russischer Waffen und russischen Militärfachwissens, denn nur so war der Ausbau einer zuverlässigen "Berufsarmee" für den Einsatz gegen Arbeiter und Bauern wie auch gegen die Kriegsherren möglich.

Die Bucharin-Stalin-Führung garantierte beides. Als Tschiang Kai-schek erstmals militärisch in Kanton im März 1926 zuschlug und die örtlichen Kommunistischen Parteiführer und Aktivisten der Streikkomitees - denn die Streiks liefen noch - einsperren ließ, erhielt die chinesische Kommunistische Partei den Befehl, sich zu fügen. Im Januar hatte die KPdSU erklärt: *»Unserer Partei ist die stolze und historische Aufgabe zugefallen, die erste siegreiche proletarische Revolution der Welt anzuführen... Wir sind überzeugt, daß es der Kuomintang gelingen wird, die gleiche Rolle im Osten zu spielen«*²⁰⁹. Nun, nach dem Märzstreik, wurde die Unterordnung der chinesischen Kommunistischen Partei unter die Kuomintang noch verstärkt.

So wurde die chinesische Kommunistische Partei - im Interesse der von der russischen Bürokratie verfolgten Außenpolitik - der chinesischen Bourgeoisie untergeordnet. Stalins Chefgesandter in China, Borodin, erklärte: *»Die augenblickliche Periode ist eine, in der die Kommunisten Kulidienste für die Kuomintang leisten sollten«*²¹⁰. Im gleichen Monat wurde ein rechter Kuomintang-Führer, Hu Hanmin, ins Präsidium der Krestintern gewählt und übergab brüderliche Grüße an das sechste Plenum der Kominternexekutive!

***»Im März 1926... hatte das sechste Plenum der Kominternexekutive die Politik des "Blocks der Klassen" in China sanktioniert. Tschiangs Streich hatte die Vorstellung von einer "Gemeinsamkeit der Klasseninteressen", auf der diese Politik basierte, Lügen gestraft. Aber die auf die Gewinnung eines starken Bündnispartners in China erpichten Kremlführer überwandern diese Schwierigkeit ganz einfach, indem sie keine Notiz davon nahmen und die Tatsache verschwiegen, daß die Macht in Kanton in die Hände des extrem rechten Flügels der Kuomintang unter der Führung Tschiang Kai-scheks übergegangen war. Kurz darauf billigte das Politbüro der KPdSU mit nur einer Gegenstimme - der Trotzki - die Aufnahme von Tschiangs Kuomintang in die Kommunistische Internationale. "Während er sich auf die Henkersrolle vorbereitete", schrieb Trotzki über Tschiang Kai-schek, "wollte er die Deckung des Weltkommunismus und - er bekam sie"«*²¹¹.**

Dermaßen gestärkt, setzte Tschiang dem Boykott britischer Waren ein Ende, knüpfte wieder Verbindungen mit dem britischen Imperialismus und startete seinen, "nördlichen Feldzug", den Versuch zur militärischen Eroberung Chinas. Dies wurde von einer begeisterten Welle von Bauernrevolten begleitet, die dem Vormarsch der Kuomintang-Armee vorauseilten. Anfänglich war die Armee klein, mit einer Stärke von nur 60.000 Mann -

²⁰⁹ Zitiert in Harris, Seite 9 * Deutscher, Trotzki ? Erklärung der KPdSU, Januar 1926

²¹⁰ Tilak, "The Rise and Fall of the Comintern", Bombay 1947, Seite 33

²¹¹ Isaacs, "The Tragedy of the Chinese Revolution" (New York), Seite 117; das Zitat von Trotzki ist entnommen aus Trotzki, China: "Die Erwürgte Revolution" (Berlin 1975), Verlag Neuer Kurs, Bd. 2, S. 252

aber die zahlenmäßig überlegenen Kräfte der Kriegsherren zerfielen einfach.

Im Februar 1927 näherten sich Tschiangs Truppen bereits dem Yangtse Fluß. Die chinesische Kommunistische Partei löste einen Generalstreik zur Unterstützung der Kuomintang in Schanghai, der größten noch von den Kriegsherren gehaltenen Stadt, aus, und nach einem bitteren Kampf errangen die Arbeiter dort im März die Macht. Wenige Tage später war Tschiang an Ort und Stelle. Er ging dazu über, zuverlässige Kuomintang-Kräfte zu sammeln, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Die Kommunistische Partei hatte den ausdrücklichen Befehl erhalten, keinen Widerstand zu leisten - Vertreter der Kominternexekutive hatten den chinesischen Kommunisten gesagt, sie sollten ihre Waffen verstecken und sie unter keinen Umständen benutzen. Die Partei fuhr fort, Tschiang zu umwerben und die eigenen Anhänger in falscher Sicherheit zu wiegen.

Am 12. April 1927 schlugen die Kuomintang-Kräfte zu. Dies war nicht eine bloße Wiederholung des Kanton-Streichs. Tschiang wollte die imperialistischen Mächte, deren Truppen nach wie vor die Auslandskonzessionen in China aufrechterhielten, beruhigen und ihnen zeigen, daß die Kuomintang "ungefährlich" sei. Die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und jede Spur von Arbeiterorganisation wurden gründlichst ausgemerzt.

Aber sogar zu dieser verspäteten Stunde wollten Bucharin und Stalin einen Bruch mit der Kuomintang nicht in Erwägung ziehen. Sie übertrugen ihre Untertanentreue von Tschiang auf die Kuomintang-"Linke" unter der Führung Wang Tschingwei, der ein rivalisierendes Kuomintang-Zentrum mit einer Basis in Wuhan kontrollierte. Diese wurde jetzt als die "revolutionäre Kuomintang" bezeichnet. In weniger als drei Monaten kamen deren Führer mit Tschiang überein und wandten sich gegen die Kommunisten. Wang Tschingwei führte später die Marionettenregierung unter der japanischen Besatzung Chinas von 1938 bis zu seinem Tod 1944.

Es gab immer noch eine breite und wachsende Bauernrevolte, aber die städtische Arbeiterbewegung war jetzt gebrochen. Die Kommunistischen Parteiführer außerhalb der Städte, insbesondere Mao Tse-tung und Chu Teh, wurden die Führer von bäuerlichen Guerillatrupps. Im Endergebnis gelang es der Kuomintang niemals, diese Einheiten zu zerschlagen - aber das Klassenwesen der chinesischen Kommunistischen Partei, die sich jetzt auf die Bauernschaft stützte, wurde natürlich umgewandelt.

Es kam zu einem letzten Aufbäumen des Kampfes in den Städten. In Kanton, wo die Kommunistische Partei immer noch eine beträchtliche Untergrundorganisation besaß, wurde ein Staatsstreich versucht. Er wurde zeitlich so geplant, daß er mit dem 14. Kongreß der KPdSU im Dezember 1927 zusammenfiel, auf dem die oppositionellen Strömungen innerhalb Rußlands endgültig verbannt sein sollten. Das Ziel des Staatsstreichs war es, Bucharin und Stalin einen "Sieg" zu verschaffen, den sie dann gebührend feiern könnten, und er wurde von Stalins persönlichem Gesandten Heinz Neumann geführt. Ohne politische Vorbereitung und ohne wirkliche Unterstützung wurde er innerhalb von Tagen zerschlagen. Ein weiteres Massaker an Arbeitern war die Folge. Die letzte Stütze der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse wurde ausradiert.

Dies war dann die letzte Frucht, die Bucharins Führungsperiode in der Komintern hervorbrachte.

6. 1928-34: Die Dritte Periode

»Nein... Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden... Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.« Stalin, "Rede vor Industriemanagern" 1931.²¹²

1928 geriet die Neue Ökonomische Politik (NÖP) in Rußland endgültig in die Krise. Die oppositionellen Strömungen innerhalb der KPdSU waren ausgeschaltet worden. Trotzki, Sinowjew, und eine Schar anderer waren aus der Partei rausgeworfen worden, und viele waren im Gefängnis oder auf entfernte Verwaltungsposten exiliert worden. Die letzten Überbleibsel der parteiinternen Demokratie waren zerstört worden.

Die Bürokratie selbst hatte sich mit den Kräften des Kleinkapitalismus in Rußland gegen die oppositionellen Strömungen und gegen die Gefahr einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung zusammengetan. Dies war das Wesen des Bucharin-Stalin-Blocks.

Jetzt, im Augenblick ihres Triumphs, wurde sie mit einer Offensive seitens der Kulaken in Form eines "Getreidestreiks" Ende 1927 konfrontiert. Die Kulaken, die wohlhabende Minderheit unter der Bauernschaft, kontrollierten praktisch das gesamte zu vermarktende Getreide in Rußland, den Überschuß, der den direkten Verbrauch durch die Bauern selbst überstieg. Sie versuchten nun, die Preise in die Höhe zu treiben, indem sie es für den Verkauf nicht freigaben. *»Das Getreideaufkommen in den Monaten des Herbstes 1927, die eigentlich die besten hätten sein sollen, war weniger als die Hälfte von 1926.«*²¹³ In einem Land, das nach wie vor überwiegend von der Landwirtschaft abhing, war dies eine Katastrophe.

Die Bürokratie wurde im Frühling 1928 gezwungen, das Mittel der Zwangsrequirierung von Getreide einzusetzen. Dies unterhöhlte die Grundpfeiler der NÖP und rief einen massiven Widerstand unter der Bauernschaft hervor. Dies führte im Gegenzug zur Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und zur Stalins Annahme des Industrialisierungsprogramms der Opposition in einer extravagant übertriebenen Form. Der erste Fünfjahresplan wurde gestartet.

Und es war Stalin, der ihn in die Wege leitete. Denn die Sektion der Bürokratie um Bucharin schrak von den massiven Zwangsmaßnahmen, die mit den Fünfjahresplänen zwangsläufig verbunden waren, zurück. Sie wurde im Laufe der Zeit von der Macht verdrängt. Und mit ihr auch eine Sektion von Stalins eigener Fraktion. Stalin war jetzt nicht mehr der Sprecher der Bürokratie, er wurde zu deren Herrscher, zu einem Despoten, der *»immer launenhafter, gereizter und brutaler«* wurde, wie sein Nachfolger Chruschtschow 1956 sagen würde.

Die UdSSR wurde verwandelt. Die letzten Überreste von dem, was Lenin 1920 als einen "Arbeiterstaat mit bürokratischen Verzerrungen" bezeichnet hatte, wurden weggefeht. Die Bürokratie wurde zu einer selbstbewußten herrschenden Klasse. Der bürokratische Staatskapitalismus wurde auf feste Füße gestellt. Und seine Ideologie war natürlich der "Sozialismus in einem Land".

²¹² Stalin, "Werke", Dietz Verlag, Berlin 1955, Band 13, Seite 35/36

²¹³ Carr, "Die Russische Revolution: Lenin und Stalin 1917-1929", Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1980, Seite 120

Der ursprüngliche Fünfjahresplan war davon ausgegangen, daß 20 Prozent der getreideproduzierenden Haushalte bis 1934 kollektiviert sein würden. In Wirklichkeit waren es insgesamt 55 Prozent bereits im März 1930. Dann kam eine kurze Pause, die in Stalins Rede über »Erfolge, die zu Gleichgewichtsstörungen geführt« hätten und über »Exzesse« seitens örtlicher Funktionäre ihren Ausdruck fand. Eine Vorstellung vom Zwangscharakter dieser Maßnahmen gibt uns das offizielle (nachstalinsche) Eingeständnis, daß die Anzahl der kollektivierten Haushalte in den drei Monaten, die auf Stalins Rede folgten, auf 23 Prozent zurückfiel. Dann kam die zweite Offensive, die von Massendeportationen sowohl von wirklichen Kulaken als auch von Massen weitaus ärmerer Bauern begleitet wurde. Bis zum Jahr 1934 waren 71,5 Prozent aller Haushalte und 87,5 Prozent der gesamten Anbaufläche kollektiviert worden²¹⁴.

Das Ergebnis war ein Rückgang der Getreideproduktion - trotz beträchtlicher Investitionen in die Landwirtschaft - von 73,5 Millionen Tonnen im Jahr 1928 auf 67,5 Millionen Tonnen 1934. Erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre erreichte der durchschnittliche Getreideertrag den Stand der späten 20er Jahre. Beim Vieh, das von den verzweifelten bäuerlichen Besitzern massenweise geschlachtet worden war, war die Situation weitaus schlimmer. Die offiziellen, nach Stalin herausgegebenen Zahlen beziffern den Rindviehbestand von 1928 auf 70,5 Millionen und von 1934 auf 42,5 Millionen. Das Rationieren von Brot wurde in den Städten wiedereingeführt und dauerte bis 1936 an.

Relevant hier ist nicht die ökonomische Vernunftlosigkeit des Vorgangs, sondern die Tatsache, daß er nur durch eine Herrschaft des Terrors durchsetzbar war. Ein weitverzweigtes Netz von Zwangsarbeitslagern wurde geschaffen, die in erster Instanz von deportierten Bauern bevölkert wurden. Ihre Zahlen wurden bald aufgestockt durch den Zugang von Arbeitern, Technikern, Funktionären und allerart Leute, die der "Sabotage", der Dieberei oder irgendeiner Opposition beschuldigt wurden. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre hatte sich die Zwangsarbeit als moderne Form der Sklaverei bereits zu einem wichtigen Wirtschaftszweig und zu einem mächtigen Mittel der Abschreckung vor jeglichem Widerstand gegen den neuen Despotismus entwickelt. Allein schon der Umfang dieser Sklaverei auf dem Höhepunkt der stalinistischen Ära - die Schätzungen schwanken zwischen einem Minimum von fünf Millionen und einem Maximum von fünfzehn Millionen - räumte der politischen Polizei GPU und mit ihr der allgemeinen Brutalität des Regimes eine erhöhte Bedeutung als Herrschaftsinstrument ein.

Die Arbeiterklasse wurde verwandelt. Sie wuchs von 11 Millionen, einschließlich Büroarbeiter, im Jahre 1928 auf 23 Millionen im Jahre 1932. Während eine breite Flut von ehemaligen Bauern in die Städte und in die rapide anwachsende Arbeiterschaft gezerrt wurde, verschwanden alle noch übriggebliebenen gewerkschaftlichen Rechte. Die Gewerkschaften wurden, zwar nicht formell aber in Wirklichkeit, zu staatlichen Agenturen der Arbeiterdisziplinierung und der Produktionsbeschleunigung. Diese schnell wachsende Arbeiterschaft wurde durch mörderische Repressionen atomisiert. Aber nicht nur das. Ganze Schichten unerfahrener Arbeiter wurden in das Management und die Verwaltung einverleibt, und bald darauf sorgten ausgedehnte Prämiensysteme für riesige Lohnunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft selbst. Die durchschnittlichen Reallöhne

²¹⁴ Diese und die folgenden Zahlen sind aus Nove, "An Economic History of the USSR" (London 1972). Die Zahlen wurden zur nächsten Prozentzahl aufgerundet.

wurden stark gesenkt. Die offiziellen Statistiken der Nachstalinära zeigen einen Rückgang um 12 Prozent zwischen 1928 und 1932, was mit Sicherheit eine grobe Unterschätzung ist. Eine "Arbeiteraristokratie" wurde herangezuchtet mit Einkommen, die, verglichen mit den Durchschnittseinkommen im Lande, viel größer waren als in irgendeinem der fortgeschrittenen Industrieländer. Die Arbeiterklasse existierte als politische Kraft nicht mehr. Das bürokratische, staatskapitalistische, totalitäre Regime hatte sich gefestigt.

Mit diesen Methoden wurde Rußland teilweise industrialisiert. Die Stahlproduktion, die 1927-28 4 Millionen Tonnen betragen hatte, erreichte 1936 6 Millionen. Der Kohleausstoß wuchs schneller, von 35 Millionen auf 64 Millionen Tonnen in der gleichen Periode. Andere Sektoren verzeichneten ebenfalls ein beachtliches Wachstum.

Für Moskau war die Komintern jetzt nur noch eine Tochteragentur zur Verteidigung dieses Industrialisierungsprozesses und der ihn leitenden Bürokratie. Jeder äußere Aufruhr, jede Störung der internationalen Beziehungen, alles, was sich auf den Außenhandel der UdSSR nachteilig auswirken könnte (denn der erste Fünfjahresplan ging von einer beträchtlichen Zunahme des Außenhandels aus), war nicht mehr drin. Der wilde "Linksextremismus" der "Dritten Periode" der Komintern hatte paradoxerweise den erwünschten Effekt.

Paradoxerweise deswegen, weil man hätte erwarten können, daß eine linke Politik die Kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands sie in einen Konflikt mit ihren jeweiligen Regierungen treibt. Die linke Politik der Dritten Periode war jedoch so extrem, daß sie diese Kommunistischen Parteien von den Arbeiterbewegungen effektiv isolierte, sie abstentionistisch und passiv machte. Die Kommunistischen Parteien stellten daher keine Bedrohung für ihre herrschenden Klassen dar, und folglich auch keine Gefahr für die Außenpolitik- der UdSSR. Dies traf besonders für Deutschland zu, wo die stalinsche Politik größtenteils auf Annäherungsversuchen mit der Weimarer Republik und deren Stabschefs basierte, was die Zurverfügungstellung von militärischen Einrichtungen in Rußland mit einschloß, so daß dem deutschen Militär ermöglicht wurde, die Einschränkungen des Versailler Vertrages in Sachen Wiederbewaffnung zu umgehen.

Die linke Politik dieser Periode wurde von der Komintern nicht bewußt eingesetzt, um die Kommunistischen Parteien zu isolieren. Die linke Politik war vielmehr das Produkt von Auseinandersetzungen innerhalb der UdSSR, wo die Bürokratie jetzt gegen den rechten Flügel um Bucharin kämpfte. Aber sie zeigte sich als vorteilhaft... die Mütze paßte, und die Komintern setzte sie auf.

Die neue Linie

»Ähnlich wie sich die Sozialdemokratie über den Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus entwickelt und sich in die Vorhut des modernen kapitalistischen Staates ... einreihet geht die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie in den sich zuspitzenden Wirtschaftskämpfen voll und ganz auf die Seite der Großbourgeoisie über... und verwandelt den reformistischen Gewerkschaftsapparat in einen Organisator des Streikbrechertums... In diesem Prozeß der raschen Faschisierung des reformistischen Gewerkschaftsapparats und seines Verwachsens mit dem bürgerlichen Staat spielt der sogenannte "linke" Flügel der Amsterdamer Internationale (Cook, Finnen u.a.) eine besonders schädliche Rolle, denn unter dem Schein einer Opposi-

tion gegen die reaktionären Führer der Amsterdamer Internationale wollen sie vor den Arbeitern den wirklichen Sinn dieses Prozesses verbergen und bilden einen aktiven organischen (und bei weitem nicht den unbedeutendsten) Bestandteil des Systems des Sozialfaschismus.« Resolution des 10. Plenums der Kominternexekutive, Juli 1929²¹⁵.

Die neue Kominternlinie machte ihren Einzug auf dem Sechsten Weltkongreß im Juli-August 1928 auf dem das Ende der kapitalistischen Stabilisierung ("die zweite Periode") und die Ankunft der "dritten Periode" proklamiert wurden. »Die dritte Periode... ist eine Periode der stärksten Entwicklung der Widersprüche der Weltwirtschaft... der allgemeinen Krise des Kapitalismus... eine neue Phase von Kriegen zwischen den imperialistischen Staaten, von Kriegen gegen die Sowjetunion, nationalen Befreiungskriegen gegen den Imperialismus, Interventionen des Imperialismus, gigantischen Klassenkämpfen.«²¹⁶

Noch keine wirklich eindeutigen Schlußfolgerungen wurden aus dieser apokalyptischen Vision gezogen, vielleicht deswegen, weil die Anhänger Bucharins immer noch ein Rückzugsgefecht führten (Bucharins letzter Auftritt in der Komintern war auf diesem Kongreß). Aber dieses Manko wurde auf dem zehnten Plenum der Kominternexekutive im Juli 1929 behoben: »Angesichts der sich steigernden imperialistischen Gegensätze und der Verschärfung des Klassenkampfes wird der Faschismus in zunehmendem Maße zu einer immer mehr verbreiteten Herrschaftsmethode der Bourgeoisie. Eine besondere Form des Faschismus in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien ist der Sozialfaschismus, der immer öfter von der Bourgeoisie als Mittel zur Paralisierung der Aktivität der Massen im Kampfe gegen das Regime der faschistischen Diktatur aufgegeben wurde.«²¹⁷

Was dieser Mischmasch in der täglichen Praxis bedeutete, war die Ablehnung der Einheitsfront - nicht offen ausgesprochen natürlich, aber indem man wiederum Einheitsfrontaktivitäten "nur von unten" vorschlug. Die Sozialdemokraten waren jetzt der Hauptfeind und nicht mehr die wirklichen Faschisten. Die Widersinnigkeit der Analyse vom "Sozialfaschismus" wurde bereits aufgezeigt. Auf die Frage, wer zu einem gegebenen Zeitpunkt der Hauptfeind ist, kann man natürlich nicht mit zeitlosen Verallgemeinerungen antworten. Es hängt ganz und gar von der Situation ab. Unter den konkreten Umständen, wo diese "neue Linie" am meisten zählte, nämlich in Deutschland zur Zeit des Hitleraufstiegs, waren die Faschisten der Nazipartei ganz klar der Hauptfeind, und nicht die Sozialdemokraten der SPD.

Die Vorstellung, daß die Gewerkschaftsbürokratie "sozialfaschistisch" sei, führte in der Konsequenz zum Gedanken, die Gewerkschaften zu spalten und getrennte "rote" Gewerkschaften zu gründen. Man trat allerdings nicht formell für einen solchen Kurs ein - wegen Lenins ausdrücklicher Verurteilung des "zweifachen Gewerkschaftertums". Stattdessen wurde ein ultralinken und abenteuerlicher Kurs verfolgt, der es den Gewerkschaftsbürokratien ermöglichte, die Linken rauszutreiben, was in Deutschland, Großbritannien und den USA dann auch geschah, bzw. die linken Gewerkschaften zu isolieren, wie das in Frankreich und der Tschechoslowakei der Fall war. In allen Fällen war das

²¹⁵ "Protokoll 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale". Feltrinelli Reprint 1967, Seite 907/908

²¹⁶ "Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale" (Erlangen 1972), Karl Liebknecht Verlag (Reprint), Band II, Manifest, Seite 13f

²¹⁷ "Protokoll 10. Plenum", a.A.o., Seite 891

Ergebnis die Stärkung der Rechten.

Seitens der Sozialdemokratie gab es Provokationen, krasse Klassenzusammenarbeit und herzerreißende Ausverkäufe zur Genüge. In Großbritannien zum Beispiel stimmt es sehr wohl, daß sich die TUC-Führer nach 1926 jahrelang als "Streikbrecherorganisation" verhielten. Daher war die Gründung 1929-30 der "Vereinigten Kleidungsarbeiter" als Abspaltung von der "Nationalen Gewerkschaft der Schneider und Kleidungsarbeiter", sowie der "Vereinigten Bergarbeiter Schottlands" als Abspaltung von der "Bergarbeiterföderation Großbritanniens" (die heutige NUM) zum Teil eine Reaktion auf den unerhörten Verrat durch rechte Funktionäre. Die Aktivisten der Kommunistischen Partei, die diese Gewerkschaftsabsplaltungen förderten, hatten eine Zuhörerschaft, eine reale wenn auch Minderheitsunterstützung.

Es war aber ein politischer Fehler. Die britische Kommunistische Partei und ihre Kominternoberen versäumten es nicht nur, einen harten Kampf gegen ultralinke Illusionen in "rote Gewerkschaften" zu führen, wie das Lenin 1920 getan hatte, sie förderten sie sogar. Die Linie der "dritten Periode" der Komintern im Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie spricht sich ihr eigenes Urteil. Denn sie bedeutete eine regelrechte Hilfe für die Bürokratien, indem sie es versäumte, tatsächlich entstehende Risse in den Bürokratien zwischen der Linken und der Rechten auszunutzen, und indem sie die Aktivisten und ihre unmittelbare Peripherie von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder isolierte.

Der plötzliche Schwenk hin zum Linkssektierertum war zum Teil ein Ergebnis davon, daß man der oppositionellen Kritik zuvorkommen wollte, die in den Kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands an den katastrophalen Auswirkungen der rechten Politik der vorhergehenden Periode, insbesondere für Großbritannien und China, geäußert wurde. Der wichtigere Beweggrund war jedoch das Bedürfnis, Bucharins Anhänger von einflußreichen Positionen - in verschiedenen Kommunistischen Parteien zu verdrängen. »Die Hauptgefahr kommt von rechts«, verkündete man, und die inzwischen gutgeölten bürokratischen Mechanismen zur Eliminierung von unabhängig denkenden Störfrieden, wie sie von Sinowjew eingeführt und von Bucharin weiterentwickelt wurden, fanden jetzt rücksichtslose Anwendung gegen die Anhänger Bucharins.

Wirkliche Linke, die während Bucharins Herrschaft gesäubert worden waren, wurden jedoch nicht rehabilitiert. Stattdessen wurden »Führer eines neuen Typs« gefördert und zu Objekten eines Personenkultes gemacht, der den in Rußland um Stalin herum widerspiegelte. Unverzüglicher Gehorsam ohne Hinterfragen und die unkritische Anbetung Stalins und seiner Werke, das waren jetzt die Anforderungen.

Ernst Thälmann von der KPD ist ein gutes Beispiel für den "neuen Typ". »Als authentischer Arbeiter war Thälmann eine gute Gallionsfigur und genöß eine große persönliche Beliebtheit. In anderer Hinsicht war er nicht besonders begabt«²¹⁸. Aber er war unfehlbar gehorsam - und das machte ihn zum Führer der größten Kommunistischen Partei der Welt außerhalb Rußlands.

Im Moskauer Zentrum übernahm Stalins Laufbursche Molotow das Kommando. Bis 1928 hatte er in Kominternangelegenheiten überhaupt keine Rolle gespielt.

Es gab allerdings einen Unterschied zwischen der "Linksorientierung" der Dritten

²¹⁸ Carr, "Foundations of a Planned Economy", Band 3, Teil 2, London 1976, Seite 415

Periode und der von 1924-25. Trotz aller Torheiten, die begangen wurden, versuchte die Komintern damals noch, eine revolutionäre Rolle zu spielen. 1928-34 war das nicht der Fall. Ein extremer Wortadikalismus ging einher mit Passivität in der Praxis. Die Kommunistischen Parteien trieben sich in die Isolation, und schrien dann umso vehementer von hinter den Seitenlinien.

Dies paßte Stalin in den Kram. Er brauchte diese Parteien noch, aber in erster Linie als Propagandaagenturen der UdSSR. Eine aktive Politik, z.B. ein Herantreten an die Sozialdemokraten, um eine aggressive Einheitsfront gegen Hitler aufzubauen, barg in sich die Gefahr politischer Umwälzungen. Das war das letzte, was Stalin wollte. Seine Politik war konservativ: Verstrickungen im Ausland vermeiden, um so das Risiko einer ausländischen Intervention zu vermeiden. Der Linksradikalismus der Dritten Periode ließ sich mit diesem Ziel gut verbinden. Die Komintern hatte jetzt aufgehört, eine revolutionäre Organisation zu sein.

Stalins Motive sind klar, und in der UdSSR war sein Wort Gesetz. Aber warum beugten sich die Kominternparteien der neuen Linie? Am wichtigsten war das von Stalin geerbte Prestige der russischen Revolution - ein Ereignis, das noch nicht so lange zurücklag. Die Sowjetrepublik war ein Symbol für die Hoffnungen kommunistischer Aktivisten. Und die Niederlagen in der Welt außerhalb Rußlands erhöhten nur seine Bedeutung. Je schwieriger die Zeiten in anderen Ländern wurden, desto wichtiger wurde der Mythos (denn inzwischen war es einer) von der Arbeitermacht in Rußland, desto mehr stieg das Prestige Stalins, des *»Lenin unserer Zeiten«*, wie es die stalinistische Propaganda ausdrückte. *»Je dunkler die Nacht, desto heller der Stern«*.

1930 gab es dann eine wirkliche und dramatische Veränderung in der Weltlage. Als die neue Linie im Sommer 1928 angenommen wurde, war der Weltwirtschaftsboom der späten 20er Jahre immer noch voll im Gang. Und dieser Boom hielt während der ersten fünfzehn Monate der Dritten Periode an. Nach dem Zusammenbruch von Wall Street im Oktober 1929 entfaltete sich im Laufe des Jahres 1930 eine vernichtende Krise. Die Produktionszahlen fielen, und die Arbeitslosigkeit stieg ins Unermeßliche überall auf der Welt. Aber in der UdSSR, wo der erste Fünfjahresplan im Gang war, stiegen die Produktionszahlen schnell, und die Arbeitslosigkeit, die während der NÖP-Periode hoch gewesen war, verschwand. Dieser Kontrast trug erheblich zur Stärkung des Mythos Rußland und in der Folge zur Stärkung von Stalins Einfluß auf die Kominternparteien bei.

In den meisten Parteien existierte eine berechtigte Abscheu vor den Exzessen der rechten Wendung und ihren Ergebnissen. Diese Abscheu wurde meistens nur von einer Minderheit geteilt, aber sie gab der Kominternexekutive, die inzwischen nur aus Agenten Stalins bestand, einen Hebel gegen die "rechten" Führungen. So wurde die britische Kommunistische Partei mit Hilfe einer linksorientierten Opposition in den Bezirken London und Newcastle und mit Hilfe der Jungen Kommunistischen Liga "umgedreht".

In den meisten Fällen jedoch mußte Druck angewendet werden. Die großen Parteien in Frankreich, Deutschland und der Tschechoslowakei hatten 1925 bereits eine Kette von Säuberungen wirklicher und vermeintlicher "Rechter" und dann von wirklichen und sonstigen Linken in den Jahren 1925-27 über sich ergehen lassen müssen. Die Überlebenden in den Führungen hatten ein flexibles Rückgrat entwickelt und paßten sich der neuen Linie und den "Führern neuen Typs" ohne allzu große Schwierigkeiten an. Seiner-

zeit hatten sie Trotzki und Sinowjew denunziert, jetzt war Bucharin an der Reihe.

Es gab Ausnahmen. Es erwies sich als notwendig, die rechte Mehrheit in der Führung der amerikanischen Kommunistischen Partei per Kominternlerlaß auszuschließen. Den Ausgeschlossenen gelang es nicht, die Mehrheit der Mitgliedschaft mitzuziehen. Ein ähnliches Unternehmen gegen die Kilbom-Führung in Schweden führte zu einer Spaltung, bei der Kilbom die Mehrheit der Mitglieder mitnahm (ungefähr 18.000 im Jahr 1928). In den meisten Fällen jedoch konnten sogar die prominentesten Führer ausgeschlossen werden, ohne daß es ihnen gelungen wäre, mehr als eine Handvoll ihrer Anhänger mitzunehmen.

Mancherorts gingen die Mitgliedszahlen stark zurück. In Frankreich fielen die offiziellen Mitgliedszahlen von 52.526 im Jahr 1928 auf 39.000 im Mai 1930 und weiter auf 30.000 im März 1932. Die tschechische Partei, die 1928 150.000 Mitglieder beanspruchte, zählte 1931 nur noch 35.000²¹⁹. Die britische Kommunistische Partei hatte 5.526 eingeschriebene Mitglieder im März 1928, Ende 1929 beanspruchte sie 3.500. Die norwegische Partei, 1928 eine zwar kleine aber immer noch wichtige Partei, war 1932 inzwischen zu einer isolierten Sekte reduziert worden.

Auch hier gab es Ausnahmen. In den späten 20er Jahren war die südafrikanische Partei eine kleine, abnehmende Organisation unter weißer Führung gewesen. Mit einer neuen Linie und einer neuen, teilweise schwarzen, Führung wurde sie in die Lage versetzt, eine Anzahl von Streiks durch schwarze Arbeiter anzuführen und, trotz Repressionsmaßnahmen, ihren Einfluß zu vergrößern. Ähnlich war es in Australien, da die Wirtschaftskrise Australien besonders hart traf - 1932 war jeder dritte Arbeiter ohne Beschäftigung. Deshalb, und weil die Arbeiterpartei an der Macht war und den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter anführte, entsprach die ultralinke Linie der verzweifelten Stimmung in manchen Teilen der Arbeiterklasse. Die KP Australiens wuchs von 249 Mitglieder 1928 auf 2.824 1934 und legte dabei den Grundstein für ihren späteren Einfluß in den Gewerkschaften.²²⁰

Der bei weitem wichtigste Fall war aber der der KPD. »Von einer relativ stabilen Mitgliedschaftszahl um die 125.000 in den späten 20er Jahren wuchs sie auf 170.000 im Jahr 1930, 240.000 im Jahr 1931 und 360.000 Ende 1932 am Vorabend der Katastrophe«²²¹.

1931 hatte Trotzki gesagt, Deutschland sei »der Schlüssel zur Weltlage«. Und es war in Deutschland, daß die neue Linie in der Praxis und in einer Situation tiefer und sich verschärfender sozialer Krise von einer Massenpartei getestet wurde.

»Nach Hitler sind wir an der Reihe«

»Das hat Herr Brüning sehr klar gesagt: wenn die (Faschisten) erst einmal an der Macht sind, wird die Einheitsfront des Proletariats zustandekommen und wird alles wegfegen... Die faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abwirtschaften als jede andere Regierung.«

Remmele, KPD-Führer, in seiner Rede vor dem Reichstag, Oktober 1931²²².

²¹⁹ Carr, "The Twilight of the Comintern" (London 1982), Seite 178/167;

²²⁰ Davidson, "The Communist Party of Australia" (Stanford 1969), Seite 53/61

²²¹ Trotzki, "Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?" (Frankfurt am Main 1971), Auswahl aus "Schriften über Deutschland", Europäische Verlagsanstalt, Seite 103/104

²²² Trotzki, ebenda, Seite 103

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 hatte die SPD 29 Prozent der Stimmen erhalten; das waren mehr als neun Millionen Wähler, ein Zuwachs von 1,3 Millionen im Vergleich zu den Wahlen vom Dezember 1924. Die KPD erzielte 10,6 Prozent oder 3,2 Millionen Stimmen, ein Zuwachs von einer halben Million, obwohl deutlich unter ihrem Ergebnis von 12,6 Prozent im Mai 1924. Die Nazis erzielten nur 810.000 Stimmen oder 2,6 Prozent. Das Resultat war eine neue "Große Koalition" an der Regierung, getragen von der SPD, der katholischen Zentrumsparterie, den liberalen Demokraten und der rechten Deutschen Volkspartei und geführt vom SPD-Führer Hermann Müller.

Die neue Regierung stellte ihren konservativen Charakter bald unter Beweis. Sie trieb den Bau des Minischlachtschiffs Deutschland voran, obwohl die SPD dieses Projekt während ihrer Wahlkampagne vehement bekämpft hatte. Sie unterstützte die Stahlbosse während der von ihnen verhängten Aussperrung im Herbst 1928. Und sie verfolgte eine tatkräftige Politik von "Gesetz und Ordnung", von der der 1. Mai 1929 das berüchtigtste Beispiel ist.

Zörgiebel, SPD-Mitglied und Polizeipräsident Berlins, hatte Demonstrationen am 1. Mai verboten. Aber die KPD rief wie gewöhnlich dazu auf, und es kam ein großer Zug zustande, an dem auch viele SPD-Mitglieder teilnahmen. Zörgiebels Polizei eröffnete das Feuer auf die Arbeiter, wobei sie 25 tötete und weitere 36 schwer verletzte. Zörgiebel gab ein paar Tage später eine Erklärung ab, »in der er das Schießen der Polizei mit der Behauptung zu rechtfertigen suchte, zuerst sei auf die Polizei geschossen worden. Nach der Erklärung Zörgiebels sollten vierzehn Gewehrkolben von Schüssen aus der Masse zersplittert oder durchlöchert worden sein, obwohl glücklicherweise die Polizei keine Verluste erlitt«²²³. Die SPD-Minister rückten von Zörgiebel nicht ab.

Die KPD hatte deshalb eine ausgezeichnete Gelegenheit, SPD-Arbeiter zu beeinflussen und zu gewinnen. Sie ging aber dazu über, ihre Chancen zu schmälern, indem sie hysterisch über den "Sozialfaschismus" tobte, die SPD-Mitglieder »kleine Zörgiebels« nannte und sich gänzlich unfähig zeigte, sich zur linken Opposition innerhalb der SPD zu verhalten, die sie als die »linken Sozialfaschisten« beschimpfte.

Dann kam die Wirtschaftskrise. »Vom Jahre 1929 ab stieg die Erwerbslosigkeit beständig, bis sie im Jahre 1933 die Ziffer von sechs Millionen erreichte und noch darüber hinausging. Hierbei handelte es sich um die offizielle Ziffer registrierter Erwerbsloser. Tatsächlich waren zwischen acht und neun Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger ohne Arbeit. Darunter befanden sich fast fünfzig Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Zur gleichen Zeit wurden Löhne und Gehälter herabgesetzt, die Erwerbslosenunterstützungen gekürzt und, infolge des rapiden Falls der Kaufkraft der Arbeiter, Millionen von kleinen Geschäftsleuten, Händlern, Handwerkern und Bauern ruiniert... Eine radikale Lösung - ganz gleich wie sie aussah, solange sie radikal und wirksam war - das war es, wonach eine steigende Zahl von Deutschen in jenen Jahren verlangte, damals, als die Redensart "so kann es nicht weitergehen" so häufig wurde wie "Grüß Gott!" und "Guten Tag!"«²²⁴

In dieser Situation brauchte die KPD konkrete Losungen, wirksame Teilforderungen, mit denen sie eine zunehmende Anzahl von Arbeitern außerhalb der eigenen Ränge hätte beeinflussen können. Stattdessen verabreichte die KPD ihren Anhängern eine spärliche

²²³ Anderson, "Hammer oder Amboß", a.A.o.a., Seite 186

²²⁴ ebenda, Seite 193f

Kost von Gerede über »steigende revolutionäre Kämpfe«, die sich vertiefende Krise (was jeder sowieso sehen konnte), die glorreichen Siege des ersten Fünfjahresplans und die Drohung durch den Sozialfaschismus. Sie blieb politisch passiv, trotz ihrer wütenden Propagandakampagnen.

Die "Große Koalition" fiel Ende März 1930 auseinander, nachdem die SPD widerwillig in die Opposition getrieben worden war, weil die von der Geschäftswelt verlangten weiteren Lohn- und Sozialkürzungen sogar für den rechten Flügel der SPD unannehmbar waren.

Jetzt war eine ideale Zeit für die KPD gekommen, um eine konsequente Einheitsfrontkampagne zu starten und die Frage der Einheitsfront ins Zentrum ihrer politischen Orientierung zu setzen. Sich gegen die ganzen Torheiten der These vom "Sozialfaschismus" wendend erklärte Trotzki geduldig:

»Die Sozialdemokratie, die heutige Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter. Der Faschismus auf das Kleinbürgertum. Die Sozialdemokratie kann ohne Arbeiter-Massenorganisationen keinen Einfluß ausüben. Der Faschismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen...

Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und faschistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar...

Doch für die Sozialdemokratie wie für den Faschismus ist die Wahl des einen oder des andern Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, mehr noch, die Frage ihres politischen Lebens oder Todes...

Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren sondern vor allem und hauptsächlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes.«²²⁵

Es gab deshalb eine objektive Grundlage für eine Einheitsfront gegen den Faschismus, eine reale Interessengemeinschaft zur Aufrechterhaltung der unabhängigen Arbeiterorganisationen. Nicht, daß Trotzki irgendwelche Illusionen gehegt hätte, daß die SPD- und ADGB-Führer, auf sich allein gestellt, diesen Zusammenhang erkennen würden. Ganz im Gegenteil. Aber ein beträchtlicher und wachsender Teil ihrer Anhängerschaft könnte und würde das tun, vorausgesetzt die KPD rückte die Einheitsfront ins Zentrum ihrer Politik. Und, um SPD-beeinflusste Arbeiter zu gewinnen, war es notwendig, sich nicht darauf zu beschränken, sie direkt anzusprechen, sondern auch ihre Führer anzusprechen, wiederholte Male und mit konkreten Vorschlägen bei jeder neuen Wendung im Kampf, ohne sich durch Abfuhren einschüchtern zu lassen, gerade um die Mitglieder zu beeinflussen und so zumindest Teile des SPD/ADGB-Apparats in eine Einheitsfront zu zwingen. Aber die stalinisierte KPD verfolgte den genau entgegengesetzten Kurs.

Nach dem Zusammenbruch der "Großen Koalition" übernahm Brüning, der Führer der Zentrumspartei, die Regierung. Er regierte vermittels Notverordnungen, wie das die Weimarer Verfassung erlaubte, da er über keine parlamentarische Mehrheit verfügte.

²²⁵ Trotzki, ebenda, Seite 80/81. (Hervorhebungen von Hallas).

Im September 1930 wurden Wahlen abgehalten. Zwei Jahre lang hatte die KPD, gemäß der Theorie des "Sozialfaschismus", ihr Sperrfeuer auf die SPD konzentriert. Nun gewann sie Stimmen auf Kosten der SPD. Die KPD erzielte 4.592.100 Stimmen oder 13,1 Prozent. Die SPD erhielt 8.577.700 Stimmen, verglichen mit ihren 9.153.000 im Jahr 1928; ihr Anteil sank somit von 29,8 auf 24,5 Prozent. Gleichzeitig machten die Nazis einen spektakulären Sprung nach vorn, indem sie ihren Stimmenanteil von 1928 verachtachten und 6.409.600 Stimmen oder 18,3 Prozent auf sich vereinigten. Darüber hinaus war der Gesamtanteil der Arbeiterparteien von 40,4 auf 37,6 Prozent zurückgefallen. Brüning fehlte immer noch die erforderliche Mehrheit, aber dank der "Tolerierung" durch die SPD, die kein einziges Mal gegen die Regierung in einer Vertrauensfrage stimmte, blieb er in seinem Amt.

Die KPD-Führer waren überglücklich. Sie hatten jetzt 77 Abgeordnete im Reichstag, statt der bisherigen 54. Über das Vorrücken der Nazis machten sie sich lustig. »Der 14. September war der Höhepunkt der national-sozialistischen Bewegung in Deutschland... was danach kommt, kann nur der Abschwung und Verfall sein.«²²⁶, erklärte die Tageszeitung der KPD in Berlin. Und zur Frage der drohenden faschistischen Machtergreifung: »Die faschistische Diktatur ist nicht mehr eine Gefahr, sie ist bereits da«²²⁷, sagte sie, und meinte damit, daß das Brüning-Regime selbst faschistisch sei, genauso wie sein sozialdemokratisch geführter Vorgänger es gewesen war.

Es war eine Kombination von Blindheit, linksradikaler Protzerei und parlamentarischem Kretinismus.

Trotzkis nüchterne und treffende Kritik wurde im gleichen September 1930 niedergeschrieben: »Der Zuwachs von 1.300.000 Stimmen ist vom Standpunkt der "normalen" Parlamentsmechanik, selbst wenn man das Anwachsen der Gesamt-wählerzahl berücksichtigt, ein ungeheurer. Aber der Stimmengewinn der Partei verblaßt vollkommen vor dem Sprung des Faschismus von 800.000 Stimmen auf 6.400.000 Stimmen. Keine geringere Bedeutung für die Bewertung der Wahlen besitzt die Tatsache, daß die Sozialdemokratie, trotz bedeutender Verluste, ihren Grundbestand gehalten und noch immer eine bedeutend höhere Anzahl von Arbeiterstimmen als die Kommunistische Partei bekommen hat.

Wenn man sich fragt, welche Kombination internationaler und nationaler Bedingungen geeignet wäre, die Arbeiterklasse am stärksten zum Kommunismus zu drängen, so könnte man keine günstigeren Bedingungen für eine solche Wendung anführen als die gegenwärtige Lage in Deutschland: ... Die Kommunistische Partei hat sich trotz ausnehmend günstiger Bedingungen als zu schwach erwiesen, das Gebäude der Sozialdemokratie mit Hilfe der Formel "Sozialfaschismus" zu erschüttern; der wirkliche Faschismus bedroht dies Gebäude jetzt... Mag die Feststellung, daß die Sozialdemokratie durch ihre gesamte Politik das Aufblühen des Faschismus vorbereitet, noch so richtig sein, so ist es nicht weniger richtig, daß der Faschismus vor allem für die Sozialdemokratie selbst eine tödliche Drohung darstellt...

Zweifellos werden die Führer der Sozialdemokratie und eine dünne Schicht der Arbeiter-Aristokratie den Sieg des Faschismus letztlich dem revolutionären Sieg des Proletariats vorziehen. Doch gerade das Herannahen einer solchen Entscheidung

²²⁶ 'Rote Fahne', nach dem 14.9.1928

²²⁷ ebenda, *

bedeutet für die sozialdemokratische Führung außerordentliche Schwierigkeiten in den eigenen Reihen. Die Politik der Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus ist ein Erfordernis der gesamten Situation; sie eröffnet der Kommunistischen Partei ungeheure Möglichkeiten. Die Bedingung des Erfolges ist das Fallenlassen von Theorie und Praxis des "Sozialfaschismus", deren Schädlichkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen katastrophal wird.«²²⁸

Genau das aber konnten die KPD-Führer nicht leisten. Stalin hatte die Theorie des Sozialfaschismus verordnet und nur er konnte sie verschrotten. Es gab in der Tat einige Verschiebungen in der Betonung der Linie. Im Januar 1931 wurde die Losung der "Volksrevolution" als »wichtigste strategische Losung der Partei« herausgegeben - ein Versuch, die nationalistische Demagogie der Nazis zu überbieten. Die Losung »schlag den Sozialfaschismus, dann werdet ihr den Nationalfaschismus treffen« wurde im Mai »für zu einfach« erklärt, und so weiter und so fort. Aber die zentrale Stoßrichtung der Linie wurde aufrechterhalten: Die SPD ist der Hauptfeind.

Als die Nazis dann eine Volksabstimmung zur Entlassung der sozialdemokratischen Landesregierung in Preußen im Sommer 1931 propagierten, unterstützte die KPD dieses Vorhaben, nannte sie die "rote Volksabstimmung" und tat ihr Möglichstes (ohne Erfolg, wie sich herausstellte), die Regierung unter Umständen zu zerstören, die als einzige Alternative eine Nazi-konservative Koalitionsregierung zuließen.

1932 fand sich die KPD in einem Block mit den Nazis zur Unterstützung eines inoffiziellen Streiks der Berliner Transportarbeiter wieder. »Straßensammlungen für den Streikfonds wurden organisiert, und in einigen Stadtteilen Berlins konnte man die einzigartige Beobachtung machen von einem Kommunisten und einem Nazi, die Arm in Arm standen und nach einem vereinbarten Rhythmus schrien, während sie ihre Sammelbüchsen schüttelten: "Für den Streikfond der RGO.! [Rote Gewerkschafts- Opposition] - Für den Streikfond der N.S.B.O. [Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation]". Der Anblick dieser perversen Einheitsfront war für die meisten Gewerkschaftler, Sozialisten und sogar für viele Kommunisten so abstoßend, daß sich die ursprüngliche Sympathie für den Streik und die Streikenden in Abscheu und Feindseligkeit verwandelte.«²²⁹ Das Ergebnis war, daß der Streik schnell zusammenbrach, und die Isolation der KPD von der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter massiv gestärkt wurde.

Noch im September 1932, vier Monate bevor Hitler an die Macht kam, wiederholte Thälmann gehorsam: »Die SAP, diese linke Filiale des Sozialfaschismus [SPD] und auch der Brandleristen und Trotzlisten kommen mit der Losung der "Vereinigung der SPD und KPD", um damit den Einheitswillen der Massen in falsche politische Bahnen zu lenken... Der Sozialfaschismus und der Faschismus zeigen sich gerade in der jetzigen Entwicklung in Deutschland am drastischsten als "Zwillingsbrüder", wie es der Genosse Stalin einmal ganz treffend betont hat... Unsere Partei hat entsprechend der Linie und mit Hilfe der Komintern und der gefaßten Beschlüsse den Kampf gegen alle Tendenzen der Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie mit großem Erfolg in der letzten Zeit durchgeführt und gegen jede Auffassung, daß die Hauptstoßkraft innerhalb der Arbeiterklasse nicht mehr gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein

²²⁸ Trotzki, ebenda, Seite 15 und 30f

²²⁹ Anderson, ebenda, Seite 209f

soll, auf das allerschärfste bekämpft.«²³⁰

In Wirklichkeit stärkte die Politik der KPD die Position der SPD-Führung unter SPD-beeinflußten Arbeitern. Aber diese Linie wurde bis zum bitteren Ende weiterverfolgt. Wie wir oben anführten, wuchs die KPD weiter; aber ihr soziales Gewicht nahm nicht zu. Nach einem 1932 vorgelegten Bericht des Direktors für Organisationsfragen in der Komintern sank das Verhältnis Fabrikarbeiter zu Gesamtmitgliezahl wie folgt: 1928: 62,3 Prozent der Mitglieder, 1929: 51,6 Prozent, 1930: 32,2 Prozent, 1931: 20,22 Prozent²³¹. Dies war zum Teil ein unvermeidliches Ergebnis der Wirtschaftskrise, aber nur zum Teil. Die Partei war in zunehmendem Maße eine Partei der Arbeitslosen und Deklassierten. Ihr Stimmenanteil wuchs auch weiterhin. In den letzten freien Wahlen (im November 1932) erzielte sie 5.980.000 Stimmen oder 16,9 Prozent, verglichen mit 7.248.000 Stimmen oder 20,4 Prozent für die SPD und 11.737.000 oder 33,1 Prozent für die Nazis.

Stimmenanteile waren aber nicht das Entscheidende. Die Passivität der KPD in der Praxis, der Stoß gegen den "Sozialfaschismus", ihre Blindheit angesichts der Wirklichkeit, das waren die entscheidenden Faktoren. In den Jahren 1930, 1931 und sogar noch 1932 hätte eine energische Einheitsfront Hitler besiegen können. Stalins Komintern sorgte dafür, daß eine solche Politik nicht zustandekam.

Warum? Es war sicherlich nicht im Interesse der stalinistischen Bürokratie in der UdSSR, daß die Nazis an die Macht gelangten, die KPD mitsamt der SPD und den Gewerkschaften zerschlugen, ein massives Wiederaufrüstungsprogramm einleiteten und sich dann bewußt und geplant vornahmen, die Macht Großbritanniens und Frankreichs in Europa zu brechen und das Festland zu dominieren und auszubeuten. Denn dies bedeutete unweigerlich einen Angriff auf die UdSSR, wozu es 1941 dann auch kam. Dazu war dieses Programm offen in Hitlers Buch Mein Kampf dargelegt, das bereits 1923 geschrieben wurde. Wie konnte Stalin so blind sein?

Es gibt zwei Gründe. Der erste ist ganz einfach seine Unwissenheit. Stalin, der als Politiker des Apparats eine immense Schlaueit und Rücksichtslosigkeit an den Tag legte, verstand wenig von der Wirklichkeit des Klassenkampfes außerhalb Rußlands. Sein berüchtigter Aphorismus von 1924, den wir bereits zweimal erwähnten, ist es wert, an dieser Stelle in voller Länge zitiert zu werden: *»Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus.«*²³² Daher *»sind sie nicht Gegenpole, sondern Zwillinge«*.

Natürlich gab es diejenigen, sogar im Zentrum des Kominternapparats, die diesen Quatsch durchschauten. Togliatti z.B., ein ehemaliger Schüler Gramscis und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Führer der italienischen Kommunistischen Partei, hatte noch auf dem sechsten Weltkongreß der Komintern 1928, als die ultralinke Linie bereits im Aufkommen war, eine hervorragende Analyse vom Verhältnis und grundsätzlichen Interessenkonflikt zwischen der Sozialdemokratie und dem Faschismus geliefert.

Togliatti war ein sehr fähiger Mann, aber, ähnlich wie Gramsci, konnte er sich keine Politik unabhängig von der russischen Führung vorstellen. Daher beeilte er sich *»zu*

²³⁰ Thälmann, "Reden und Aufsätze" Band 2 (1930-1933), Verlag Rote Fahne 1975

²³¹ Borkenau, "World Communism" Seite 364, Org.-Bericht der Komintern, vorgelegt 1932

²³² Trotzki, ebenda, Seite 81

beweisen, daß ihm die Wahrheit teuer war, Molotow aber noch teurer, und ... er schrieb ein Referat zur Verteidigung der Theorie des Sozialfaschismus. "Die italienische Sozialdemokratie", erklärte er in Februar 1930, "faschisiert sich äußerst leicht". Aber ach, noch leichter servilisieren sich die Beamten des offiziellen Kommunismus«,²³³ schrieb Trotzki. In der Tat, nachdem sie bis 1929 eine Säuberung nach der anderen durchgeführt hatten, waren die meisten unter ihnen schon lange zu Lakaien geworden.

Der zweite und wichtigere Grund war die verzweifelte Angst, die alle Teile der Bürokratie, auch jene, die von Stalins Herrschaft weniger begeistert waren, bezüglich ihrer Isolation von jeder anderen Schicht in der russischen Gesellschaft ergriff. Zumindest im Prinzip mußten sie erkennen, daß die Masse der Bevölkerung, Arbeiter wie Bauern, die immensen Entbehrungen, die ihnen durch den ersten Fünfjahresplan auferlegt wurden, mit höchster Feindseligkeit betrachteten. Das Regime war jetzt weitaus isolierter, als es 1919 gewesen war. Eine Auslandsintervention zum jetzigen Zeitpunkt könnte tödlich sein, denn sie könnte als Kristallisationspunkt für die bisher größtenteils passiv gebliebene Feindschaft dienen. So war jeder Aufruhr im Ausland unwillkommen - und die russische Bürokratie erblickte in Großbritannien und Frankreich, die während des Bürgerkriegs nach der Revolution Truppen nach Rußland entsandt hatten, nach wie vor den Hauptfeind.

Nach den Wahlen von 1930 in Deutschland freute sich die Prawda darüber, daß die Erfolge der Nazis »dem französischen Imperialismus nicht wenige Probleme«²³⁴ verschafft hätten. Die verzweifelte Hoffnung, daß eine extreme Rechtsregierung in Deutschland prinzipiell anti-französisch sein würde, beherrschte ihre Denkweise.

So wurde der KPD ihre Passivität auferzungen. Schon im Sommer 1928 war Thälmanns Führungsposition - durch die Mehrheit eines nicht geringeren Organs als das Zentralkomitee der KPD selbst - in Frage gestellt worden. Diese Herausforderung wurde jedoch von der Kominternexekutive überstimmt. (Es handelte sich um die Wittart-Affäre: Eine Reihe enger Mitarbeiter Thälmanns waren in Diebstahl von Parteigeldern verwickelt, und er hatte sie gedeckt.) Später, 1931-32, waren Neumann und Remmele, die durch Moskau in die erste Führungsposition in der KPD gehoben worden waren, an der Reihe und wurden eliminiert. Im Rahmen der "neuen Linie" hatten sie sich für eine allzu aktive Politik seitens der KPD stark gemacht. Jede aktive Politik war für Moskau ein Fluch. Also mußte Thälmann, als Stalins Sprachrohr, weiterhin unterstützt werden.

So konnte Hitler ohne jeden Widerstand im Januar 1933 an die Macht gelangen. Es stimmt zwar, daß sein erstes Kabinett nur eine Minderheit von Nazis umfaßte, und daß seine Partei nur ein Drittel der Stimmen bei den vorhergehenden Wahlen im November 1932 erzielt hatte. Das alles war aber nicht von Belang. Nachdem er einmal an der Macht war und sicher sein konnte, daß sich die zwischen SPD und KPD tief gespaltenen Arbeiter nicht aktiv gegen ihn vereinigen würden, ging er als erstes dazu über, die KPD zu verbieten, dann die SPD, dann die Gewerkschaften.

Gegen die Terrorherrschaft seiner faschistischen Sturmabteilungen gab es keinen wirksamen Widerstand. Nachdem er die Arbeiterparteien ausgeschaltet hatte, ließ er sich von den übriggebliebenen Teilen des Reichstags zum Diktator ernennen.

Danach waren nicht wir "an der Reihe", sondern unsere Zerstörung: Die Arbeiterbewe-

²³³ ebenda, Seite 83

²³⁴ zitiert in Carr, ebenda, Seite 29

gung wurde zerschlagen und die Klasse atomisiert. Wenige Tage, nachdem Hitler Kanzler wurde, faßte Trotzki die Erfahrung zusammen:

»Die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, mit 1914 angefangen, ist das tragischste Kapitel der modernen Geschichte. Welch erschütternder Verrat seitens ihrer historischen Partei, der Sozialdemokratie, und welche Unfähigkeit, welche Kraftlosigkeit ihres revolutionären Flügels! Doch wozu so weit zurückgreifen. In den letzten 2-3 Jahren der faschistischen Flut war die Politik der Stalinschen Bürokratie nichts anderes als eine Kette von Verbrechen, die den Reformismus buchstäblich retteten und damit die weiteren Erfolge des Faschismus vorbereiteten.«²³⁵

²³⁵ Trotzki, ebenda, Seite 273

7. Der Terror und die Volksfront

*»Das Jahr 1937 erbrachte neue Beweise gegen die Scheusale aus der bucharin-schen-trozkistischen Bande... Die Prozesse zeigten, daß dieser Abschaum der Menschheit gemeinsam mit den Volksfeinden Trotzki, Sinowjew und Kamenew bereits seit den ersten Tagen der Sozialistischen Oktoberrevolution in einer Verschwörung gegen Lenin, gegen die Partei, gegen den Sowjetstaat gestanden hatten... Die Prozesse stellten klar, daß sich die trozkistisch-bucharinschen Scheusale in Erfüllung des Willens ihrer Auftraggeber - ausländischer bürgerlicher Spionagedienste - das Ziel gesteckt hatten, die Partei und den Sowjetstaat zu zerstören, die Landesverteidigung zu untergraben, die auswärtige militärische Intervention zu erleichtern, eine Niederlage der Roten Armee vorzubereiten, die Sowjetunion zu zerstückeln,... die kapitalistische Sklaverei in der Sowjetunion wiederherzustellen.«
Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1938²³⁶.*

Im Januar 1934 wurde der siebzehnte Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion abgehalten. »Der XVII. Parteitag ging als "Parteitag der Sieger" in die Geschichte ein.« Er erklärte feierlich: »Der Sieg des Sozialismus auf allen Gebieten der Volkswirtschaft hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft.«²³⁷ Wenn man von solchen Träumereien einmal absieht, so hatte die stalinistische Bürokratie doch Grund zum Feiern. Die Kulaken waren "als Klasse liquidiert" worden, die Masse der Bauernschaft war jetzt fest in den Kollektivfarmen eingepfercht, und vor allem war die Industrieproduktion massiv gestiegen - die offiziellen Zahlen sprachen von einem Wachstum von durchschnittlich 70 Prozent seit 1928. Die Bürokratie war jetzt fest hinter ihrer privilegierten Machtstellung verschanzt.

Aber hinter der Geschlossenheit - es gab keine Debatte, alle Resolutionen wurden einstimmig verabschiedet - und den Lobeshymnen auf den großen Führer und Lehrmeister Stalin verbargen sich Spannungen. Die Masse der Arbeiter und kollektivierten Bauern war wie benommen und rührte sich nicht, aber die Arbeitsproduktivität war, verglichen mit westlichen Maßstäben, sehr niedrig. Teile der Bürokratie begannen, Zweifel zu hegen, ob diesem extrem gefährlichen Zustand einfach durch eine Fortsetzung des Polizeiterrors beizukommen sei. Einige waren dafür, sich verstärkt auf Leistungsanreize zu verlassen und das Zwangsregime etwas zu lockern. Zu Recht oder Unrecht wurden solche Ansichten dem Politbüromitglied und Boß der Leningrader Region, S.M. Kirow, zugeschrieben.

Am 1. Dezember 1934 wurde Kirow ermordet. Sein Tod war das Startzeichen für eine erneute Welle des staatlichen Terrors, die fünf Jahre andauerte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger von 1929 und danach richtete sich dieser Terror nicht in erster Linie gegen Arbeiter und Bauern, obwohl sie unweigerlich das Hauptkontingent seiner Opfer bildeten. Er wurde von Stalin gegen die Bürokratie selbst eingesetzt mit dem Ziel, alle Ränge in der Hierarchie zum bedingungslosen Kadavergehorsam seinem Willen gegen-

²³⁶ "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)" gebilligt vom ZK der KPdSU(B).1938, SWA-Verlag Berlin, 1944, Seite 468f

²³⁷ ebenda, Seite 432f

über zu zwingen.

1934 hatte Stalin keinen Regierungsposten inne. Seine Macht, insoweit sie überhaupt auf einer "legalen" Basis ruhte, bezog er gänzlich aus seiner Stellung als Generalsekretär der russischen Kommunistischen Partei. Dieser Posten unterlag jedoch zumindest theoretisch der Wählbarkeit. Jede beliebige Sitzung des inzwischen stark ausgeweiteten Zentralkomitees konnte ihn absetzen. Von unmittelbarer Bedeutung war der Umstand, daß das herrschende Politbüro, das theoretischerweise ein Ausschuß des Zentralkomitees war, ihn suspendieren und seine Ersetzung empfehlen konnte. Für Stalin war es deshalb lebensnotwendig, für sich eine uneinnehmbare Vorrechtsstellung über seine unmittelbaren Mitarbeiter im Politbüro zu sichern. Daher die riesigen "Verschwörungen", die von seinen verschiedenen Polizeichefs Jagoda, Yezhow und Beria entdeckt wurden - bevor sie sich selbst zu den Opfern zählen durften (die beiden ersten wurden während Stalins Herrschaft als Verräter hingerichtet, und der dritte wurde unmittelbar nach Stalins Tod auf Befehl seiner Nachfolger erschossen).

Der tiefere Sinn der großen Säuberungen und der Schauprozesse mit ihrer spektakulären Begleitmusik war die entschiedene Verleugnung der Oktoberrevolution durch die physische Zerstörung aller Beteiligten. Alle "alten Bolschewiki" wurden eliminiert. Bezeichnenderweise wurden die Sowjets, die in der Praxis schon lange gestorben waren, 1936 durch herkömmliche Wahlbezirke ersetzt. Eine neue herrschende Klasse festigte sich - und das schloß die Zerstörung all derjenigen mit ein, die auch nur die geringste Verbindung mit der revolutionären Vergangenheit hatten.

Das Schicksal der "Sieger" über 1917 wurde von einem der Überlebenden, Stalins Nachfolger Chruschtschow, 1956 enthüllt: »Von den auf dem XVII. Parteitag gewählten Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei [wurden] 98 Personen, das sind 70 Prozent, in den Jahren 1937 und 1938 verhaftet und liquidiert.«²³⁸

Abgesehen von einer Handvoll von pro forma Überlebenden der Revolutionsjahre waren diese Leute Stalinisten. Neben Kirow, der wahrscheinlich auf Stalins Befehl hin ermordet wurde, wurden mindestens sechs weitere Mitglieder von Stalins handerlesenem Politbüro vor 1940 erschossen. Aber politisch wurden die erfundenen Verbrechen, deren diese Menschen überführt wurden, dem Einfluß und den Befehlen ehemaliger Führer der Opposition gegen Stalin zugeschrieben, in erster Linie dem Oberfeind Trotzki. In den drei großen Schauprozessen im August 1936, Januar 1937 und März 1938 wurden die überlebenden Führer der Revolution, darunter Sinowjew, Kamenew und Bucharin, überredet zu gestehen, daß sie auf Trotzki's Befehl hin Verschwörungen organisiert hatten, um in der UdSSR den »Kapitalismus wiederherzustellen«.

Damit Stalin seine Machtstellung international festigen konnte, war es unabdingbar, daß die Kominternparteien von jeder Kritik seitens der revolutionären Linken abgeschirmt werden. Denn die Komintern sollte nun mit Hilfe der Agenten Stalins auf eine Position weit rechts von den sozialdemokratischen Parteien eingeschwoert werden, auf eine Position der Klassenzusammenarbeit - eben jene Position, die von den Sozialdemokraten während des Ersten Weltkriegs eingenommen wurde, und gegen die die Gründer der Komintern revoltiert hatten. Die "Volksfront", die systematische Klassenzusammenarbeit mit der "liberalen" Bourgeoisie, war jetzt an der Tagesordnung - wiederum

²³⁸ Medwedew u.a., "Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen", Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1977, Seite 498

im Interesse der Außenpolitik Stalins. Die internationale Kampagne gegen den "Trotzkismus", nicht nur gegen das Originalprodukt, sondern auch gegen jegliche linke Tendenz, die sich noch so zaghaft auf die Traditionen der ersten fünf Jahre der Internationale bezog, wurde verstärkt, insbesondere nach 1935, denn es waren die Jahre, wo die inzwischen degenerierte Komintern versuchte, die Arbeiterbewegung weit nach rechts zu ziehen. Diejenigen, die Widerstand leisteten, wurden als "Trotzkisten" denunziert, und Trotzki selbst als Agent Hitlers gebrandmarkt.

Die Schauprozesse, die anti-trotzkistischen Kampagnen und die "Volksfront-Linie" waren unzertrennlich miteinander verbunden. Die zahlreichen Sozialdemokraten, liberalen Intellektuellen und ausgesuchten "Progressiven", die ebenfalls die Volksfront unterstützten, stellten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle hinter die Moskauer Prozesse und die anti-trotzkistische Hysterie. Das war verständlich genug. Nicht nur die Angst vor Hitler trieb sie in die Arme des Stalinismus, sondern sie gesellten sich zu Stalin in der Erstickung der revolutionären Tradition von Marx und Lenin, die sie so sehr haßten und fürchteten. Es ist kein Zufall, wenn die stalinisierten Kommunistischen Parteien in dieser Periode zum ersten Mal in der Lage waren, massenweise Mitglieder und Sympathisanten aus den Mittelschichten zu gewinnen.

Auf dieser Grundlage konnten einige der Kominternparteien einen beträchtlichen Zuwachs verzeichnen, und neue Parteien wurden aufgebaut. In Südamerika zum Beispiel, wo die chilenische Kommunistische Partei die einzige Partei von Bedeutung in den 20er Jahren gewesen war, bevor sie durch die Repression dezimiert wurde, konnte die Komintern 1935 Mitgliedsparteien in einer Reihe von Ländern zählen, in Kolumbien, Costa Rica, Peru, Puerto Rico und Venezuela, und ein beträchtliches Wachstum in den bis dahin klein gebliebenen Parteien in Argentinien, Brasilien, Kuba und Mexiko verzeichnen. All diese Parteien entwickelten sich auf der Grundlage der neuen Politik der Klassenzusammenarbeit.

Volksfront in Frankreich

*»Heute ist die Lage nicht wie 1914. Jetzt sind nicht nur die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und alle arbeitenden Menschen fest entschlossen, den Frieden zu wahren, sondern auch die unterdrückten Länder und die Nationen, deren Unabhängigkeit durch den Krieg bedroht wird. Die Sowjetunion, die unbesiegbare Burg des Weltproletariats und der Unterdrückten aller Länder, ist der Brennpunkt für alle Kräfte, die um den Frieden kämpfen. In der derzeitigen Phase sind eine Anzahl kapitalistischer Staaten ebenfalls besorgt, den Frieden zu wahren. Daher die Möglichkeit einer breiten Front der Arbeiterklasse, aller arbeitenden Menschen und ganzer Nationen gegen die Gefahr des imperialistischen Kriegs.«
Resolution der Kominternexekutive, April 1936.²³⁹*

Einmal an der Macht kündigte Hitler bald den Versailler Vertrag, der die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann beschränkte, und leitete ein massives Wiederaufrüstungsprogramm ein. Er bereitete sich sichtbar auf den Krieg vor, und Rußland war offenbar eins seiner beabsichtigten Opfer. Stalin suchte jetzt nach Militärbündnissen mit den damals noch dominierenden Mächten Europas: Großbritannien und Frankreich.

Die "Volksfront"-Linie war einzig und allein konzipiert, um Druck auf diese und

²³⁹ "Resolution EKKI" 1936 *

andere Regierungen auszuüben, die dazu überredet werden könnten, sich an einem Militärbündnis mit der UdSSR gegen Hitler zu beteiligen. Der siebte und letzte Weltkongreß der Komintern wurde zur Förderung dieses Zieles im Juli-August 1935 einberufen: »Der Kampf für den Frieden eröffnet den kommunistischen Parteien die größten Möglichkeiten zur Herstellung der breitesten Einheitsfront«, erklärte er.

»In die Einheitsfront müssen alle einbezogen werden, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbündete Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe... Von entscheidender Bedeutung im Kampfe gegen den Krieg und die faschistischen Kriegstreiber ist in allen Ländern die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen... sowie auch mit den Massenorganisationen der nationalen Befreiungsbewegung, den religiös-demokratischen, den pazifistischen Massenorganisationen und ihren Anhängern.«²⁴⁰

Natürlich war dies keine Einheitsfronttaktik. Es handelte sich hier überhaupt nicht um eine Klassenpolitik, sondern um die Mobilisierung einer Unterstützung für die von Stalin verfolgte Außenpolitik. Diese Unterstützung suchte man in jeder Klasse, insbesondere in den herrschenden Klassen anderer Länder. Die Komintern hatte sich um hundertachtzig Grad gedreht. Nachdem sie mit den sozialdemokratischen Parteien wegen ihrer nationalistischen Politik der Klassenzusammenarbeit gebrochen hatte, war die Komintern jetzt noch offener um die Klassenkollaboration als die meisten Sozialdemokraten bemüht.

Es ging nicht einmal mehr darum, die Arbeiterklasse eines halbkolonialen Landes einer angeblich "progressiven Nationalbourgeoisie" im behaupteten Interesse des Kampfes gegen den Imperialismus unterzuordnen - eine Politik, die sowieso den Beschlüssen des zweiten Weltkongresses der Komintern zuwiderlief. Jetzt ging es vielmehr darum, die Arbeiterklassen und die Nationalbewegungen den Herrschern der zwei größten Kolonialreiche auf der Welt, Großbritannien und Frankreich, unterzuordnen!

Ein sehr bezeichnendes Merkmal des Siebten Kongresses der Komintern war die vorsichtige Vermeidung von antiimperialistischen Reden, die noch auf dem Sechsten Kongreß so im Vordergrund gestanden hatten. Zum ersten Mal seit 1919 ergriff kein Delegierter aus Indien das Wort, noch einer aus Indonesien. Die Rede eines Delegierten aus Ägypten (das damals unter britischer Kontrolle stand), der offensichtlich irrtümlicherweise aufgerufen worden war, wurde aus dem offiziellen Bericht ausgelassen. Delegierte der französischen Kolonien Syrien und Vietnam redeten zwar, aber es gelang ihnen, jede Erwähnung des französischen Imperialismus zu vermeiden!

Mit der Annahme der "Volksfront"-Linie erhielt die Komintern nun einen neuen Manager. Georgi Dimitroff, der bulgarische Exilierte, der während der "Dritten Periode" in Deutschland gearbeitet und als Verteidiger im Reichstagsbrandprozeß Ansehen gewonnen hatte, übernahm jetzt das Kommando. Er war ein energischer und wirksamer Verfechter der neuen Wendung, kein bloßer Trittbrettfahrer.

Im Mai 1935 unterzeichnete die UdSSR einen "gegenseitigen Sicherheitspakt" mit Frankreich. Die PCF, die erst vor kurzem noch die wütende Rhetorik der Dritten Periode rausposaunt und die französische Regierung als faschistisch bezeichnet hatte, machte

²⁴⁰ VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1975, Seite 328

jetzt kehrt. Ihr Führer Thorez verkündete: »Die Friedenspolitik der Sowjetunion steht im Einklang mit den historischen Anweisungen Lenins; sie wird von Stalin mit fester Hand geführt; sie entspricht den Interessen des internationalen Proletariats... im Augenblick besteht eine Interessenübereinstimmung zwischen dem bürgerlichen Frankreich und der Sowjetunion gegen Hitler.«²⁴¹ Aber Stalin mißtraute (zu Recht) der konservativen Regierung Frankreichs, die damals von Pierre Laval, einem zukünftigen Kollaborateur Hitlers, geführt wurde. Die PCF drängte auf eine "Volksfront", um die nächsten Wahlen zu bestreiten, die im Frühling 1936 stattfanden. Ihr Aufruf fiel auf fruchtbaren Boden.

Eine Abscheu vor dem Schwachsinn der Dritten Periode war unabhängig von Moskau entstanden. Hitlers Sieg in Deutschland hatte eine Stimmung an der Basis unter politisch bewußten Arbeitern für eine Arbeitereinheit entstehen lassen. Jene Kommunistische Parteien, die noch einen erstzunehmenden Anhang in der Arbeiterschaft besaßen, spürten diese Stimmung. Einige Kommunistische Parteiführer suchten nach Mitteln und Wegen, die Isolation ihrer Parteien zu mindern - ohne direkt dem Kominternzentrum zu widersprechen - noch bevor die offizielle Linie geändert wurde. Und auch die sozialistischen Parteien öffneten sich dem Ruf nach Einheit.

In Frankreich wurde die Wende 1934 eingeleitet. Am 6. Februar veranstalteten die faschistischen Organisationen eine Straßenschlacht und einen Sturm auf das Abgeordnetenhaus, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Der Kampf mit der Polizei hinterließ 13 Tote und mehr als 300 Schwerverletzte. Die reformistische CGT rief zu einem Massestreik und einer Kundgebung am 12. auf. Die CGTU, nach einer scharfen Auseinandersetzung in der Führung, unterstützte diesen Aufruf. In Paris wurde der Streik gut befolgt, und die zwei getrennten Demonstrationzüge beider Organisationen vereinigten sich schließlich.

Der Druck für eine Einheitsfront nahm zu. Die PCF-Führung begann zögernd, sich umzuorientieren. Thorez besuchte Moskau im Mai und scheint dort grünes Licht erhalten zu haben für ein Herantreten an die SFIO, in der einen oder anderen Form, zwecks eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Nazis. Die SFIO-Führer standen auch unter dem Druck ihrer eigenen Reihen. Im Februar des gleichen Jahres hatten die österreichischen klerikalen Reaktionäre die Armee eingesetzt, um die sozialistische Partei und die Gewerkschaften zu zerschlagen und eine militärische Polizeidiktatur zu errichten. Die SFIO-Führer waren ernstlich besorgt, so daß, nach einer Reihe von Manövern in Ivry zwischen beiden Parteien ein Übereinkommen über gemeinsame Aktivitäten gegen Faschisten unterzeichnet wurde.

Im Oktober wurden Vereinigungsverhandlungen zwischen der CGT und der CGTU eröffnet. Durch ihre groteske Haltung während der Dritten Periode hatte die CGTU ihre Vormachtstellung, was die Zahl der organisierten Arbeiter betraf, verloren. Das endgültige Vereinigungsabkommen wurde erst 1936 erzielt, aber die Tatsache, daß die Einheit in der Luft lag, half beiden Föderationen zu wachsen.

Solche Entwicklungen waren zunächst auf die Arbeiterorganisationen begrenzt. Die Radikalen, die wichtigste bürgerliche Zentrumspartei, wurden aber bald nebst einigen kleineren Gruppierungen einbezogen. Die Volksfront wurde als ein Wahlbündnis geboren, mit einer vagen "progressiven" aber eindeutig nichtsozialistischen Plattform, die die "kollektive Sicherheit", in anderen Worten die militärische Stärke, betonte. Sie

²⁴¹ Thorez, "PCF", nach Mai 1935 *

gewann die Wahlen im April/Mai 1936 mit Leichtigkeit. Bei der zweiten Runde erreichte die SFIO 182 Abgeordnete, die Radikalen 116 und die PCF, die ihre Kampagne unter die Losung »für ein starkes, freies und glückliches Frankreich« gestellt hatte, 72 Abgeordnete.

»Auf ideologischem Gebiet haben wir der Arbeiterklasse neue Waffen in die Hand gegeben und dabei dem Gegner mutig entrissen, was er uns geraubt hatte, um es schändlich zu mißbrauchen. Wir haben die "Marseillaise" und die Trikolore unserer Ahnen... wieder übernommen«²⁴², sagte Thorez.

Beide Arbeiterparteien konnten ihren Stimmenanteil, verglichen mit 1932, erhöhen: die SFIO von 1.950.000 auf 2.206.000 und die PCF von 800.000 auf 1.468.000. Die Radikalen und die Rechten verloren an Boden. Leon Blum, der Führer der SFIO, bildete die Volksfrontregierung, mit der begeisterten Unterstützung der PCF. Aber die PCF stellte keine Minister. Thorez hatte eine Regierungsbeteiligung aushandeln wollen, aber sowohl Stalin als auch Blum hatten es aus verschiedenen Gründen für unratsam gehalten, die Bourgeoisie mit angeblich "roten" Ministern zu erschrecken.

Die PCF fügte sich ohne Widerrede.

Kurze Zeit nach den Wahlen nahmen die Ereignisse eine für alle Führer unerwartete Wendung. Die Krise hatte Frankreich mit Verspätung heimgesucht, aber sie schlug hart ein, und die Gunst der Stunde war von den Unternehmern benutzt worden, um die Löhne zu kürzen. Jetzt, nach der Wahlniederlage der Rechten und angesichts einer gewissen wirtschaftlichen Erholung, kam es zu einer großen Explosion von Streiks und Betriebsbesetzungen. Im Juni 1936 waren davon mehr als sechs Millionen Arbeiter beteiligt. Die Gesamtmitgliedschaft der Gewerkschaften, die im Frühling etwas über eine Million lag (800.000 in der CGT und 300.000 in der CGTU), hatte im Sommer die Fünfmillionengrenze überschritten. Die Streikwelle beschränkte sich nicht nur auf ökonomische Forderungen. Forderungen aller Art nach Arbeiterkontrolle, Verstaatlichung und grundsätzlichen Veränderungen wurden erhoben. Es war ein wirkliches »Fest der Unterdrückten«. Unorganisierte Arbeiter ohne Kampferfahrung - darunter auch Versicherungs- und Bankangestellte - besetzten ihre Arbeitsstätten. Mancherorts begannen die Besetzungen, noch bevor konkrete Forderungen überhaupt formuliert worden waren!

Von seinem Exil in Norwegen aus schrieb Trotzki: »Die französische Revolution hat begonnen«. Der linke SFIO-Führer Pivert erklärte: »Alles ist möglich«. Jetzt war die Zeit für eine revolutionäre sozialistische Partei gekommen, um die Arbeiterkämpfe in einen Kampf um die Arbeitermacht zu verallgemeinern. Aber die PCF war keine revolutionäre Partei mehr.

Die von Panik ergriffene Bourgeoisie appellierte an Blum. Und Blum appellierte an Thorez. Jeder sah ein, daß bloße Versprechungen nicht ausreichen würden, um die Bewegung zu bremsen. Reale Zugeständnisse mußten gemacht werden. Die Bosse, von denen die meisten erst wenige Wochen zuvor nicht einmal die Anerkennung einer Gewerkschaft erwogen hätten, beeilten sich nun, eine "neue Abmachung" mit den Gewerkschaftsführern zu vereinbaren, die die Anerkennung der Gewerkschaften, umfassende Lohnerhöhungen und die 40-Stundenwoche - eine sensationelle Errungenschaft für die damalige Zeit - umfaßte. Aber würden diese beträchtlichen Zugeständnisse ausrei-

²⁴² Thorez, "Ausgewählte Reden und Schriften" 1933-1960, Dietz Verlag, Berlin 1962, Seite 108

chen, um die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu dämpfen? Die Gärung war so weitverbreitet und so tief, daß sie nicht von den SFIO- und CGT-Führern allein unter Kontrolle gebracht werden konnte. Um diese "Matignon-Vereinbarung" den Arbeitern schmackhaft zu machen, spielte die PCF die entscheidende Rolle.

Die PCF, die erst ein Jahr zuvor von "steigenden revolutionären Kämpfen" anlässlich des kleinsten örtlichen Streiks gesprochen und (in höchst unangebrachter Weise) nach "Sowjets überall" gerufen hatte, wurde von den neuerwachten Arbeitern als die wirklich "rote" Partei betrachtet. Ihre Mitgliedschaft schoß in die Höhe auf über 100.000.

Ihr hohes Ansehen wurde aber nicht eingesetzt, um die Bewegung weiterzuentwickeln, sondern um sie zu beenden. »Und wenn es wichtig ist, einen Arbeitskampf zu führen, so muß man ihn auch beenden können«, erklärte Thorez. »Alles ist jetzt nicht möglich«²⁴³, erklärte die Tageszeitung der Partei. Zu beharren, sei »Trotzkismus«, und, wie man in Moskau bewiesen habe, sei der »Trotzkismus« eine Agentschaft der Faschisten. Einige der Streiks und Besetzungen plätscherten noch eine Weile vor sich hin, aber es gelang der PCF, die Bewegung abzuwürgen.

Es lohnt sich, den meilenweiten Unterschied zwischen der Politik der PCF in der Zeit der Volksfront und der Taktik der Einheitsfront, wie sie in den ersten Jahren der Komintern verstanden wurde, hervorzuheben. Da wo der zweite Weltkongreß ausdrücklich auf die Unverzichtbarkeit für Kommunisten hingewiesen hatte, ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, enthielt sich die PCF jeder Kritik an ihren sozialistischen Verbündeten. Da wo man unter "Einheit" praktische Vereinbarungen über bestimmte Aktionen verstanden hatte, mit dem Ziel, die reformistischen Führer in den Augen ihrer Anhänger zu prüfen, wurde darunter jetzt ein Wahlbündnis verstanden, das niemanden einer praktischen Prüfung unterzog. Und während die Zusammenarbeit von Revolutionären mit anderen einst die Arbeiter und ihre Organisationen in den Mittelpunkt gestellt hatte, mit dem Ziel, daß die Revolutionäre die Mehrheit in der Arbeiterklasse gewinnen, dehnte die PCF jetzt ihre passive und unkritische Einheit auf die Organisationen der Bourgeoisie aus. Im Namen des Antifaschismus wurden die Interessen der Arbeiter denen der französischen herrschenden Klasse untergeordnet.

Durch die Volksfront-Politik wurde nicht nur eine Gelegenheit verpaßt, die Arbeitermacht zu errichten. Sobald die Bourgeoisie ihr Selbstvertrauen wieder zu gewinnen begann, bewegte sich die Regierung nach rechts. Und mit ihr die PCF. Ende des Jahres rief sie dazu auf, die »Volksfront« in eine »Französische Front« zu verwandeln, in die jene rechten Konservativen aufgenommen werden sollten, die aus nationalistischen Gründen stark antideutsch waren.

Anfangs mit Vorsicht begann Blum nun, an den in der Matignon-Vereinbarung festgehaltenen Errungenschaften der Arbeiter zu knabbern. Eine allgemeine Mutlosigkeit machte sich in der Arbeiterklasse breit.

Blum wurde dann als Premierminister vom Führer der Radikalen Partei Chautemps abgelöst. Die PCF unterstützte Chautemps, der seinerseits die Bosse weitaus offener unterstützte, als es Blum getan hatte. Als dann Chautemps selber von dem noch konservativeren Daladier ersetzt wurde, fuhr die PCF mit ihrer Unterstützung fort. Schließlich zog sie sie im September 1938 zurück, aber nicht wegen irgendeiner Veränderung in der

²⁴³ Willard, "Geschichte der französischen Arbeiterbewegung" (Frankfurt/Main, New York 1981), Campus-Verlag, Seite 193f

innenpolitischen Landschaft, sondern weil im gleichen Monat die britische und französische Regierungen in München ihr Einverständnis erklärt hatten, ihren Verbündeten, die Tschechoslowakei, Hitler zu opfern, in der Hoffnung, ihn damit zu kaufen. Die "kollektive Sicherheit", die behauptete Außenpolitik der Volksfront und überhaupt der Grund für ihr Existenzrecht in den Augen Stalins, wurde ohne viel Umstände über Bord geworfen. Die UdSSR blieb isoliert. Dann, und erst dann, stimmten die PCF-Abgeordneten in einer Vertrauensabstimmung gegen die Regierung, die sich offiziell noch Volksfront nannte.

Inzwischen befand sich die Arbeiterbewegung voll auf dem Rückzug. Die Demoralisierung griff um sich. Die Gewerkschaftsmitgliedszahlen gingen erheblich zurück. Hitler wurde mit jedem Tag stärker. Der Geruch der Niederlage breitete sich aus. Im späten September 1939 wurde die PCF von eben demselben Parlament mit seiner Volksfrontmehrheit verboten! Im Juni 1940 stimmte dann der gleiche Block dafür, das quasi-faschistische Regime von Pétain und Laval zu installieren. So endete die Volksfront in Frankreich.

Lediglich in einer Frage hatte die PCF von Anfang an Kritik an den verschiedenen Volksfrontregierungen geübt: in der Frage der Waffenverkäufe an die spanische Republik. Weil die französische und britische herrschenden Klassen Franco unterstützten, weigerten sich Blum und die anderen stets, Waffen zu verkaufen, die gegen ihn eingesetzt würden. Die PCF und Stalin wollten, daß die spanische Republik überlebt - aber als bürgerliche Republik unter einer Volksfrontregierung. In Spanien wie in Frankreich wurde der Arbeiterklasse durch die Volksfrontpolitik eine vernichtende Niederlage bereitet.

Die spanische Revolution

*»Das spanische Proletariat hat erstklassige Kampfeigenschaften an den Tag gelegt. Seinem spezifischen Gewicht in der Wirtschaft des Landes, seinem politischen und kulturellen Niveau nach stand es vom ersten Tag der Revolution an nicht unter, sondern über dem russischen Proletariat vom Beginn des Jahres 1917. Die Haupthindernisse, die seinem Sieg im Wege standen, waren seine eigenen Organisationen... Die "republikanischen" Heerführer kümmerten sich mehr um die Unterdrückung der sozialen Revolution als um militärische Siege. Die Soldaten verloren das Vertrauen zu den Kommandanten, die Massen das Vertrauen zur Regierung, die Bauern hielten sich abseits, die Arbeiter ermüdeten, Niederlage folgte auf Niederlage, die Demoralisierung wuchs... Dadurch, daß die Volksfront sich die Aufgabe stellte, das kapitalistische Regime zu retten, verurteilte sie sich zum militärischen Untergang. Durch die Verdrehung des Bolschewismus in sein Gegenteil spielte Stalin mit vollem Erfolg die Rolle des Haupttotengräbers der Revolution.«
Trotzki, "Die Spanische Lehre: Eine Letzte Warnung", 1937²⁴⁴.*

Die spanische Volksfront umfaßte vier bürgerliche Parteien - die Republikanische Union, die Republikanische Linke, die Katalanischen Nationalisten und die Baskischen Nationalisten - sowie die Spanische Sozialistische Partei (PSE), die Kommunistische Partei (PCE) und die POUM, eine Partei, die einen revolutionären Anspruch erhob, aber in Wirklichkeit zentristisch war. Sie verdiente ihren Wahlsieg im Februar 1936 der

²⁴⁴ Trotzki, "Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39", isp-Verlag, Frankfurt 1986, Band 2, Seite 309

unausgesprochenen Unterstützung durch die Anarchisten, die Spaniens größte Gewerkschaftsföderation, die CNT, kontrollierten. Die neue Regierung wurde von Manuel Azana, einem gemäßigten Konservativen und ehemaligen Kriegsminister und Expremierminister angeführt, den die spanische Kommunistische Partei bis 1935 als Faschisten gebrandmarkt hatte. Sie war die erste, die ausschließlich Minister aus bürgerlichen Parteien umfaßte.

»Das bemerkenswerteste Merkmal des [Volksfront-]Programms war vielleicht das Fehlen jeglicher ernsthafter sozialer und wirtschaftlicher Forderungen«, bemerkte ein scharfsinniger bürgerlicher Historiker, E.H. Carr. »Die Agitation um die Übernahme des Landes durch die Bauern und der Fabriken durch die Arbeiter wurde von der Linken aktiv betrieben... Aber dies fand keinen Widerhall oder Ermunterung im Volksfrontprogramm. Gemessen an den hitzigen Kontroversen jener Zeit war es ein mildes und beruhigendes Dokument, das offensichtlich dafür konzipiert war, eine breite Koalition auseinanderklaffender Interessen und politischer Standpunkte zu vereinigen, und lediglich in seiner Selbstverpflichtung zur Republik und zu irgendeiner Form der demokratischen Regierung Einstimmigkeit aufwies.«.²⁴⁵

Mehrere Sachen müssen allerdings berücksichtigt werden: Die spanische Monarchie war erst 1931 gestürzt worden, und die konservative Rechte hatte sich mit ihrem Abgang noch keineswegs abgefunden; eine konkrete Maßnahme, die die Azana-Regierung versprochen hatte und bei ihrem Machtantritt auch tatsächlich erfüllte, war eine Amnestie für politische Gefangene, von denen es etwa 30.000 gab, die meisten unter ihnen Linke und in der Mehrheit Anarchisten; und unter "Demokratie" verstand die spanische Bourgeoisie - die in ihrer Mehrheit absolute Gegner der Amnestie waren - etwas ganz anderes als die klassenbewußten Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Die Volksfrontregierung war überaus gemäßigt. Trotzdem entfachte ihr Machtantritt eine Welle von Streiks, Landbesetzungen durch Bauern und Gewalt der Volksmassen gegen verhaßte Vertreter der extremen Rechten. Vor Azana hatte es eine ultrarechte Regierung gegeben, die durch ihre Repressionen sowohl die Arbeiter als auch die Bauern radikalisiert hatte. Das Ausmaß der Streikwelle vermittelt eine Idee von der aufsteigenden Bewegung: Eine Million Arbeiter streikten am 10. Juni, zehn Tage später war die Zahl auf eine halbe Million zurückgegangen, stieg dann aber wieder auf eine Million Anfang Juli.

"Gesetz und Ordnung" brachen zusammen. Die Situation wurde zunehmend revolutionär, trotz aller Bemühungen der Minister, der Sozialistischen Partei und noch mehr der Kommunistischen Partei, die Lage zu beruhigen.

Am 17. Juli wurde ein militärischer Staatsstreich gestartet, mit der Unterstützung der Faschisten, der Hierarchie der katholischen Kirche und praktisch der Gesamtheit der oberen Klassen, die ihr Vertrauen in Azanas Fähigkeit, die Situation zu kontrollieren, verloren hatten. Azana selbst, der seit Mai Präsident war, hatte Vorabinformationen über den Staatsstreich, und ebenfalls zumindest einige seiner Minister. Sie ließen aber nichts verlauten.

Als die Armee garnisonen und die Einheiten der Zivilgarde versuchten, die wichtigsten

²⁴⁵ Carr, "The Civil War in Spain" (London 1965), Seite 3

Städte einzunehmen, kam es zum spektakulärsten spontanen Aufstand der Arbeiterklasse, der je gesehen wurde. Er begann in Barcelona am 19. Juli und führte zu einer Niederlage der Garnisonen im überwiegenden Teil Spaniens. Die leitenden Führer der Arbeiterparteien spielten darin kaum eine Rolle: Die Aktionen wurden in erster Linie von örtlichen Anarchisten und sozialistischen Mitkämpfern angeführt. Nun setzten sich die Parteiführungen in Bewegung, um die Kontrolle wiederzuerlangen, wobei die Kommunistische Partei den extrem rechten Flügel dieser Bewegung bildete.

»Es ist völlig falsch«, erklärte Jesús Hernández, Herausgeber der Kommunistischen Tageszeitung, »daß die gegenwärtige Arbeiterbewegung nach Beendigung des Krieges zum Ziel hat, eine proletarische Diktatur zu errichten. Man kann nicht sagen, wir hätten für unsere Beteiligung am Krieg ein gesellschaftliches Motiv. Wir Kommunisten werden als erste diese Unterstellung zurückweisen. Wir sind ausschließlich von dem Wunsch beseelt, die demokratische Republik zu verteidigen.«²⁴⁶

Diese Republik hatte aufgehört, zu existieren. Die Regierung hatte praktisch keine militärischen oder polizeilichen Kräfte zur Verfügung. Die Soldaten waren entweder auf der Seite Francos und der Faschisten, oder waren zu den Arbeitermilizen übergegangen, die jetzt die einzige bewaffnete Macht außerhalb des immer noch begrenzten Gebiets, das von Franco gehalten wurde, darstellten. Der Regierung fehlte sogar ein wirksamer Verwaltungsapparat; auch hier hatten Arbeiterkomitees alles in die Hand genommen.

»Sobald Sie die Grenze überschritten haben, werden Sie von Bewaffneten angehalten. Wer sind diese Menschen? Sie sind Arbeiter. Sie sind Milizangehörige, d.h. Arbeiter in ihrer gewöhnlichen Kleidung, aber mit Waffen - Gewehren oder Revolvern -, und sie tragen am Arm die Insignien ihrer Funktion oder der Macht, die sie vertreten... Bei ihnen liegt die Entscheidung darüber, ... ob sie Sie zurückschicken oder den Fall einem "Komitee" unterbreiten. Das Komitee ist eine Gruppe von Menschen, die drüben im Nachbardorf residieren und dort die gesamte Macht ausüben. Das Komitee verrichtet die üblichen kommunalen Funktionen; es hat die lokale Miliz geschaffen, bewaffnet und mit Unterkunft und Verpflegung aus dem Ertrag einer Abgabe versehen, die es allen Einwohnern auferlegt; es genehmigt das Betreten oder Verlassen der Ortschaft; es hat die Geschäfte der Faschisten geschlossen und nimmt die unvermeidlichen Requisitionen vor.«²⁴⁷

Kurzum, die Situation ähnelte der in Rußland im März 1917 oder Deutschland im November 1918.

Diejenigen, die sich als "wir Kommunisten" ausgaben, übernahmen jetzt die Aufgabe, die bürgerliche Republik wiederherzustellen, genauso wie es die SPD-Führer in Deutschland 1918 praktiziert hatten. Sie taten dies mit Hilfe der Sozialistischen Partei und ihrer bürgerlichen Verbündeten, wobei letztere kein besonderes Gewicht hatten: Die Kommunistische Partei war in eine Koalition »mit dem Schatten der Bourgeoisie« eingetreten, wie Trotzki sagte, denn die wirkliche Bourgeoisie war jetzt mit Franco.

Die militärische Bedrohung, die von Franco ausging, war natürlich ernst, aber die Volksfront half ihm regelrecht noch dabei, sich von seinem Rückschlag durch den Arbeiteraufstand zu erholen. Im Juli und August 1936 mußte sich Franco stark auf maurische

²⁴⁶ Trotzki, ebenda, Band 1, Seite 34

²⁴⁷ Broué/Témime, "Revolution und Krieg in Spanien", Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1968, Seite 151

Truppen stützen, die aus Spanisch-Marokko in deutschen Transportflugzeugen reingeflogen wurden. Seine mobile Feldarmee wurde anfänglich um diesen maurischen Kern herum aufgebaut. Es hatte aber einen massiven Aufstand in Marokko in den 20er Jahren unter der Führung von Abd-el-Krim gegeben (sowohl in der spanischen als auch in der französischen Kolonie). Es hatte Jahre gedauert, bevor dieser Aufstand unterdrückt werden konnte. Eine sofortige Erklärung maurischer Unabhängigkeit durch die spanische republikanische Regierung hätte Francos vorläufige Hauptstütze unterhöhlt und die maurischen Truppen zumindest zum Schwanken gebracht. Abd-el-Krim selbst, ein Gefangener von "Genosse" Blums-französischer Volksfront, appellierte an den Führer der spanischen Sozialistischen Partei Caballero, er möge Blum um seine Befreiung bemühen - damit er nach Marokko zurückkehren könne, um gegen Franco zu kämpfen.

Das stand aber außer Debatte. Die Unabhängigkeit von Spanisch-Marokko würde unweigerlich zu einem neuen Aufstand in Französisch-Marokko führen. Sinn und Zweck der Volksfront war es jedoch, ein Abkommen zwischen den britischen und französischen Imperien und der UdSSR zu zementieren. Also blieben die maurischen Truppen, denen man nichts Besseres anzubieten wußte, bei Franco.

Die Marokko-Angelegenheit war keine Ausnahme. In allen Fragen, sogar in Fragen, die die militärische Strategie direkt tangierten, wurden Kriegsziele der vergeblichen Hoffnung auf engere Beziehungen mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs geopfert. So wurde die Marine, die gleich zu Beginn des Kriegs gemeutert und sich auf die Seite der Republik gestellt hatte, von der republikanischen Regierung im Hafen zurückgehalten, aus der Angst heraus, ein Auslaufen der Flotte in Gefechtsformation könnte den Herrschern Frankreichs und Großbritanniens mißfallen, nachdem diese Mächte mit Deutschland und Italien die Aufstellung von Seepatrouillen vereinbart hatten, um die "Nichteinmischung" in Spanien zu sichern - eine Nichteinmischung, die ausschließlich zu Lasten der Republik ausgerichtet war.

Wie die PCF in Frankreich, so setzte sich auch die spanische Kommunistische Partei im Namen der »Demokratie« und des »Kampfes gegen den Trotzismus und den Faschismus« für die Konterrevolution in ihrer bürgerlich-demokratischen Form ein. Da die spanische Partei anfänglich sehr schwach war - 1934 hatte sie ungefähr 1.000 Mitglieder, im Februar 1936 waren es 35.000 und im Juli 1937 117.000 -, war sie in starkem Maße von der Unterstützung durch Rußland und die Komintern abhängig. Die UdSSR versorgte als quasi einziger Lieferant die Republik mit streng regulierten Lieferungen von Waffen und Munition - nachdem die britische Regierung und die französische Volksfrontregierung ein Abkommen mit den faschistischen Mächten, Deutschland und Italien, über die Verhinderung von Waffenlieferungen getroffen hatten. Der beträchtliche militärische Beitrag der Komintern, die Internationalen Brigaden mit insgesamt 40.000 Mann, darunter 10.000 Franzosen²⁴⁸, stärkte ebenfalls in hohem Maße den Einfluß der spanischen Kommunistischen Partei. Das Heldentum der Freiwilligen, sowie der Mitglieder der Kommunistischen Partei selbst, und anderer, wurde in tragischer Weise im Interesse der russischen Außenpolitik mißbraucht.

Die spanische Kommunistische Partei war aber nicht allein auf diese Hilfe angewiesen. Sie baute sich eine eigenständige Basis in den Mittelschichten:

In ihrer überwiegenden Mehrheit setzten die Kleinproduzenten, die Handwerker, die

²⁴⁸ Thomas, "The Civil War in Spain" (London 1965) Seite 796

Händler, die landbesitzenden Bauern ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben nicht in die Abschaffung, sondern in die Ausdehnung des Privateigentums. Um sich so zu entfalten, wie sie es wünschten, brauchten sie die Freiheit des Handels, die Freiheit vor dem erdrückenden Wettbewerb durch die großen, derzeit von den Gewerkschaften kollektivierte, Konzerne, die Freiheit der Produktion für den persönlichen Profit, die Freiheit, beliebig viel Land zu bestellen und Arbeitskräfte ohne Einschränkungen anzuheuern. Und vor allem brauchten sie, um diese Freiheiten zu verteidigen, ein Regime nach ihrem eigenen Antlitz, gestützt auf ihre eigene Polizeigewalt, ihre eigenen Gerichte, ihre eigene Armee, ein Regime, in dem ihre eigene Macht ohne Herausforderung oder Verwässerung durch Revolutionskomitees bestehen könnte. Aber jetzt war jegliche Hoffnung auf ein solches Regime dahingeschmolzen, und die Mittelschichten hatten keine andere Alternative, als sich in den Hintergrund zurückzuziehen. Sie waren viel zu vorsichtig, um gegen den Strom zu schwimmen, und paßten sogar ihre Kleidung den veränderten Umständen an. »Das Bild, das Madrid abgab«, bemerkte ein rechter Republikaner, »war unglaublich: Die Bourgeoisie salutierte mit geballter Faust... Männer in Arbeitskleidung und Stricksandalen, die die von der (Arbeiter)miliz angenommene Uniform nachahmten; Frauen ohne Kopfbedeckung...«

Die liberalen wie auch die konservativen Mitglieder des Mittelstandes, von der Revolutionswelle überwältigt, waren in dem Augenblick nur von der offensichtlichen Impotenz ihrer eigenen Parteien beeindruckt und begannen bald, nach einer Organisation Ausschau zu halten, die als Damm gegen die revolutionäre, von den anarchistischen und sozialistischen Gewerkschaften in Bewegung gesetzte Flut dienen könnte.

Ihre Suche dauerte nicht lange. Schon nach wenigen Wochen stellte sich die Kommunistische Partei als jene Organisation heraus, die ihre kurzfristigen Hoffnungen auf sich zu vereinen in der Lage war...

Bald prägte die Kommunistische Partei in entscheidender Weise den Gang der Ereignisse im Lager der antifrankistischen Kräfte. Als Verfechterin der Interessen der städtischen und ländlichen Mittelschichten - eine Haltung, die nur wenige Republikaner in jenen Zeiten der revolutionären Aufwallung offen zu vertreten wagten - wurde die Kommunistische Partei innerhalb von wenigen Monaten und nach eigenen Angaben zum Zufluchtsort für 76.000 landbesitzende und pachtende Bauern und 15.485 Mitglieder des städtischen Mittelstandes. Daß ihr Einfluß unter diesen Schichten weit über diese Zahlen hinausreichte, kann nicht angezweifelt werden, denn Tausende Angehörige der Mittelschichten in Stadt und Land stellten sich unter ihre Fittiche, ohne direkt Mitglieder der Partei zu werden. Von Beginn der Revolution an vertrat die Kommunistische Partei, wie auch die PSUC, die kommunistisch kontrollierte Vereinte Sozialistische Partei Kataloniens, die Sache der Mittelschichten, die in den Strudel der Kollektivierung geraten oder durch die Störungen des Handels, das Fehlen finanzieller Mittel und die Beschlagnahmungen durch die Arbeitermiliz außer Gefecht gesetzt worden waren.

»In einer kapitalistischen Gesellschaft bilden die kleinen Händler und Produzenten eine Klasse, die viel mit dem Proletariat gemeinsam hat«, erklärte das Kommunistische Organ für Madrid, 'Mundo Obrero': »Sie ist natürlich auf der Seite der demokratischen Republik und genauso gegen die Großkapitalisten und Kapitäne der mächtigen faschistischen Unternehmungen eingestellt, wie auch die Arbeiter. Da dem so ist, ist es jedermanns Pflicht, das Eigentum dieser kleinen Händler und

Produzenten zu respektieren.

Wir empfehlen deshalb mit Nachdruck den Mitgliedern unserer Partei, und der Miliz im allgemeinen, Respekt für diese Bürger der Mittelschichten, die alle Arbeiter sind und deshalb nicht belästigt werden dürfen, zu fordern und notfalls zu erzwingen. Ihre bescheidenen Interessen dürfen nicht durch Beschlagnahmungen oder durch Forderungen, die den Rahmen ihrer mageren Ressourcen sprengen, verletzt werden«.

»Es wäre unverzeihlich«, sagte das Kommunistische Organ für Katalonien, Treball, »die Vielzahl der kleinen Produzenten und Kaufleute in unserer Region zu vergessen. Viele unter ihnen glaubten, eine unabhängige Stellung für sich geschaffen zu haben, als es ihnen gelang, ihre eigenen Unternehmungen zu errichten. In der Folge des versuchten Staatsstreichs durch die Faschisten veränderte sich dann die Lage. Die überwältigende Mehrheit der Kleinproduzenten und Kaufleute, die gänzlich am Rande der Ereignisse gelebt hatten, sind heute verwirrter als sonst jemand, denn sie fühlen, daß ihnen Schaden zugefügt wird, und daß sie, verglichen mit den Lohnabhängigen, offensichtlich im Nachteil sind. Sie erklären, daß niemand um ihr Schicksal besorgt ist. Es sind Elemente, die dazu tendieren könnten, jede reaktionäre Bewegung zu unterstützen, weil ihrer Meinung nach jeder Zustand besser wäre als das Wirtschaftssystem, das derzeit in unserer Region eingeführt wird...

Die verzweifelte Lage vieler dieser Menschen ist offensichtlich. Mangels Kapitalreserven können sie ihre Werkstätte und Geschäfte nicht weiterführen; sie haben kaum genug zu essen, besonders die Kleinproduzenten, weil die Löhne, die sie den wenigen Arbeitern in ihrer Beschäftigung bezahlen müssen, sie daran hindern, ihre eigenen täglichen Bedürfnisse zu befriedigen...

Ein Moratorium muß all jenen Leuten gewährt werden, die sich in den Dienst der antifaschistischen Miliz gestellt haben, so daß sie nicht die volle Last der durch den Krieg erzwungenen Beschlagnahmungen tragen müssen. Ein Moratorium muß gewährt und Kredite zur Verfügung gestellt werden, damit ihre Geschäfte nicht in Konkurs geraten«.

Als ein Mittel der Verteidigung der Interessen der städtischen Mittelklassen in dieser Region organisierten die Kommunisten 18.000 Händler, Handwerker und Kleinproduzenten in die "Federacion Catalana de Gremios y Entidades de Pequeños Comerciantes e Industriales" (bekannt als die GEPCI). Einige ihrer Mitglieder waren, nach den Worten des CNT-Organs "Solidaridad Obrera", »unnachgiebige Unternehmer, wütende Arbeiterfeinde«, darunter auch Gurria, der ehemalige Präsident des Dachverbandes der Bekleidungsindustrie.

Weil die Kommunistische Partei den städtischen und ländlichen Mittelschichten eine mächtige Spritze neuen Lebens und Vitalität verlieh, ist es kaum erstaunlich, wenn ein Großteil des satten Zustroms an neuen Mitgliedern in die Partei in den Monaten nach der Revolution eben aus diesen Klassen stammte. Es ist natürlich beinahe überflüssig zu sagen, daß diese neuen Rekruten nicht durch kommunistische Prinzipien, sondern durch die Hoffnung, etwas von den Trümmern der alten sozialen Ordnung rüberretten zu können, angezogen wurden. Darüberhinaus verteidigte die Kommunistische Partei nicht

nur ihre Eigentumsrechte, sondern definierte den sozialen Umsturz nicht als eine proletarische, sondern als eine bürgerlich-demokratische Revolution. Innerhalb weniger Tage nach Ausbruch des Krieges erklärte die Kommunistische Führerin Dolores Ibarruri, bekannt als La Pasionaria, im Namen des Zentralkomitees:

»Die Revolution, die in unserem Land stattfindet, ist die bürgerlich-demokratische Revolution, die vor über einem Jahrhundert in anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, vollbracht wurde, und wir Kommunisten sind die Kämpfer an vorderster Front in diesem Ringen gegen die finsternen Mächte der Vergangenheit.«²⁴⁹

Zwei Jahre komplizierter Manöver waren notwendig, um die Doppelherrschaft von 1936 zu beenden und der bürgerlichen Republik die Kontrolle über die Arbeiterklasse wiederzugeben²⁵⁰, zwei Jahre, die Franco Zeit ließen, einen Großteil Spaniens durch konventionelle Kriegführung zu erobern. Ohne die politische Linie der Volksfront zur Zerstörung der Revolution wären Francos Aussichten gar nicht so rosig gewesen. Aber die Arbeiterrevolution wurde durch die Volksfront erwürgt, noch bevor Franco mit seinem endgültigen Sieg im März 1939 und der Errichtung einer rechten, beinahe dreißig Jahre währenden Diktatur die Republik besiegte.

Die spanische Kommunistische Partei hatte ihren Einfluß benutzt, sowohl um die bürgerlichen Minister gegen die Sozialisten als auch die rechten Sozialisten gegen die linke Mehrheit der Spanischen Sozialistischen Partei (PSE), der Anarcho-Syndikalistinnen und der POUM zu unterstützen.

Zuerst wurde die POUM als trotzkistisch gebrandmarkt (was nicht stimmte), und dann, zusammen mit dem linken Flügel der Anarcho-Syndikalistinnen, offen verfolgt. Viele wurden ermordet; die GPU konnte sich unter dem Schutz der spanischen Volksfront frei betätigen. Die linken Sozialisten, darunter auch der Premierminister Caballero, wurden von der Regierung verdrängt. Reguläre Polizeikräfte wurden wieder aufgestellt, und die bürgerlichen Eigentumsrechte durchgesetzt. In der Armee nahm das Offizierskorps ihre Vormachtstellung wieder ein. Die Milizeinheiten wurden eingegliedert oder aufgelöst. Die Errungenschaften von 1937 wurden nach und nach zurückgenommen. Der auf diese Weise wiedererrichtete bürgerliche Staatsapparat wurde dann von General Casado eingesetzt, um die Regierung zu stürzen und sich im März 1939 Franco zu ergeben. Der Stalinismus hatte die spanische Revolution zerstört.

Das letzte Aufbäumen

»Der endgültige Übergang der Kommunistischen Internationale in das Lager der bürgerlichen Ordnung und ihre zynische, konterrevolutionäre Rolle in der ganzen Welt, besonders in Spanien, Frankreich, USA und in den anderen, demokratischen Ländern, haben außerordentliche zusätzliche Schwierigkeiten für das Weltproletariat geschaffen.« **Trotsky, "Das Übergangsprogramm", 1938²⁵¹.**

Im August 1939 machte Stalin eine Kehrtwendung in seiner Außenpolitik. Nachdem er jede Hoffnung auf ein effektives Militärbündnis mit Großbritannien und Frankreich aufgegeben hatte, schloß er am 23. August einen Pakt mit Hitler. Die Grundlage dieses Paktes war die Teilung Polens zwischen Deutschland und der UdSSR, die Eingliederung

²⁴⁹ Bolloten, "The Grand Camouflage" (London 1961) Seite 81-86

²⁵⁰ siehe Morrow, "Revolution und Konterrevolution in Spanien" (Essen 1986), Gervinus-Verlag, wo dies in den Einzelheiten beschrieben wird.

²⁵¹ Trotsky, "Übergangsprogramm" (Köln 1984), Buchverlag Wolfgang Dröge

der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen in die UdSSR sowie die russische Verpflichtung zur Neutralität im kommenden Krieg. Der Krieg begann eine Woche später. Die deutsche Armee marschierte am 1. September in Polen ein. Am 3. September befand sich Deutschland im Krieg mit Großbritannien und Frankreich. Aber Stalin hielt sich an seinen Pakt mit den Nazis. Am 17. September überschritt die russische Armee die Grenze zu Polen und nahm Stalins Anteil an der Beute ein.

Das Kominternzentrum reagierte nicht sofort auf die neue Lage. Wahrscheinlich hatte man es versäumt, die neue Linie weiterzugeben. Die britische und französische Kommunistischen Parteien änderten jedenfalls nicht sofort ihren Kurs. Obwohl sie den Hitler-Stalin-Pakt als »einen Triumph der Friedenspolitik der großen Sozialistischen Republik«²⁵² feierten, unterstützten sie ihre eigenen Regierungen beim Ausbruch des Krieges. Die französischen Kommunistischen Abgeordneten stimmten für den Krieg mit einer größeren Begeisterung, als es die meisten anderen Parteien taten, während der Führer der britischen Kommunistischen Partei, Harry Pollitt, in Windeseile ein Pamphlet mit dem Titel: "Wie den Krieg gewinnen" herausbrachte.

Es stellte sich aber bald heraus, daß das überhaupt nicht erwünscht war. Moskau verkündete jetzt, daß das "antifaschistische Bündnis" nicht mehr galt. Wiedermal wurden die Kominternparteien dazu angehalten, einen Purzelbaum zu schlagen. Anfang November 1939 erklärte die Kominternexekutive:

»Die herrschenden Kreise Englands, Frankreichs und Deutschlands tragen einen Krieg um die Weltherrschaft aus. Dieser Krieg ist die Fortsetzung vieler Jahre des imperialistischen Wettstreits im kapitalistischen Lager. Drei der reichsten Staaten - England, Frankreich und die USA - kontrollieren die wichtigsten Handelswege und Märkte. Sie haben die wichtigsten Rohstoffquellen in ihre Gewalt gebracht. In ihren Händen befindet sich ein riesiges Wirtschaftspotential. Sie halten über die Hälfte der Menschheit unterjocht. Sie überdecken die Ausbeutung der arbeitenden Menschen, die Ausbeutung der unterdrückten Völker mit dem falschen Phantom der Demokratie, um damit die Massen umso leichter täuschen zu können.

Die anderen kapitalistischen Staaten, die erst später die Arena der kolonialen Expansion betraten, befinden sich im Kampf gegen deren Weltherrschaft und für ihre eigene Herrschaft. Sie wollen die Rohstoffressourcen, die Nahrungsquellen, die Goldreserven, die riesigen Menschenmassen in den Kolonien erneut und zu ihren eigenen Gunsten aufteilen. Das ist die wirkliche Bedeutung dieses Kriegs, der ein ungerechter, reaktionärer und imperialistischer Krieg ist... Die Arbeiterklasse kann einen solchen Krieg [gegen Deutschland, D.H.] nicht unterstützen.«²⁵³

Seit 1935 hatte die Komintern natürlich das genaue Gegenteil gesagt: Allein der Zynismus und die Unverfrorenheit dieser abrupten Kehrtwendung der Position erschütterte insbesondere die britische und französische Kommunistischen Parteien. Einundzwanzig Abgeordnete der PCF waren bereits nach der Verkündung des Hitler-Stalin-Paktes aus der Partei ausgetreten. Mitglieder und Anhänger verließen nun beide Parteien in Scharen, noch bevor die PCF verboten wurde. In Großbritannien mußte Pollitt seine Position als Parteiführer abgeben und nach einer Arbeitsstelle in seinem Beruf suchen.

Aber der Kern der Parteien hielt stand. Der Argwohn, daß die Motive der Herrscher

²⁵² Degras, "The Communist International 1919-43: Documents" (London 1965), Band 3, Seite 443f (Hervorhebung hinzugefügt)

²⁵³ "EKKI", November 1939

Großbritanniens und Frankreichs in der Tat genau der Beschreibung durch die Kominternklärung entsprachen (was tatsächlich voll begründet war), der Glaube, daß Stalin Hitler irgendwie austrickste, die Durchstalinisierung der Parteiapparate und die schon lange etablierte Gewohnheit des Gehorsams, das alles zusammengenommen sorgte dafür, daß die neue Wende akzeptiert wurde.

Man sollte nicht denken, daß sie etwa eine Rückkehr zu der revolutionären Position der frühen Jahre der Komintern bedeutete. Weit davon entfernt. Der Ruf war jetzt nach Frieden, in anderen Worten nach einem Friedensvertrag mit Hitler und den Nazis auf der Grundlage des Status quo der natürlich auch den Besitz der Hälfte Polens und der baltischen Staaten durch Rußland miteinschloß. Er fiel mit den "Friedensbemühungen" des hitlerischen Außenministeriums vor allem in den beiden Perioden: unmittelbar nach der Eroberung Polens, und wiederum im Sommer 1940 nach der Niederlage Frankreichs, als Hitler seine eigenen "Friedensoffensiven" startete, zusammen.

Weniger als zwei Jahre später zwangen die Ereignisse Stalin zu einer nochmaligen Kehrtwendung in seiner Außenpolitik. Hitlers Streitmacht marschierte in die UdSSR ein. Die Komintern schluckte wiederum in aller Gehorsamkeit die neue Linie - ohne jedes Wort der Erklärung für den Wechsel - und rief jetzt zur »*Mobilisierung aller Kräfte in den gegen Hitler in einem Kampf auf Leben und Tod verwickelten Nationen*«²⁵⁴ auf. Der Krieg, der am 21. Juni in Großbritannien und Frankreich ein imperialistischer Krieg gewesen war, wurde zu einem Krieg für die Demokratie am 22.

Die Komintern entbehrte jetzt jeder Bedeutung für Stalin. Sie hatte ihren Zweck erfüllt. Churchill und Roosevelt, die Vertreter der herrschenden Klassen im Westen und jetzt Stalins Verbündete, hatten eine Abneigung gegen alles, was ihre Arbeiter an die Revolutionsjahre erinnern könnte wenn auch nur dem Namen nach. Im Mai 1943 bat das Exekutivkomitee der Komintern um ihre Auflösung. Im Juni erklärte es, daß die Sektionen ihr » *einstimmiges Einverständnis* « dazu gegeben hätten. Am 8. Juni wurde die Komintern offiziell aufgelöst.

Stalins Kommentar in einem Interview mit dem Moskauer Korrespondenten der Presseagentur Reuters lautete:

»Frage: Die britischen Kommentare über die Entscheidung zur Auflösung der Komintern waren sehr positiv. Was ist die sowjetische Sicht der Angelegenheit?

Antwort: Die Auflösung der KI ist klug... Die Auflösung ist völlig opportun, denn genau jetzt, wo die faschistische Bestie ihre letzten Kräfte anspannt, ist es nötig, den gemeinsamen Angriff der von der Freiheit begeisterten Länder zu organisieren, um sie zu erledigen und die Völker von der faschistischen Unterdrückung zu befreien.«²⁵⁵

»Patrioten«, »freiheitsliebende Nationen« - dabei hatte Marx doch geschrieben, daß die gesamte Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist! Die formelle Auflösung der Komintern ereignete sich erst lange nach ihrem Tod als eine revolutionäre Arbeiterinternationale.

Die Liquidierung ihres führenden Personals hatte ebenfalls früher stattgefunden. Die Bolschewistische Partei, die treibende Kraft in der Komintern in den Anfangsjahren, hatte 1917 24 Mitglieder in ihrem Zentralkomitee. Sieben von ihnen starben, bevor Stalin

²⁵⁴ "Stalin 1942" *

²⁵⁵ Claudin, "Die Krise der kommunistischen Bewegung", Verlag Olle & Wolter, Berlin '77, Band 1, Seite 48

seine Diktatur errichtete, und zwei von ihnen, Stalin selbst und Alexandra Kollontai, lebten 1943 noch. Alle anderen fünfzehn waren, mit oder ohne Gerichtsverfahren, durch das stalinistische Regime ermordet worden. Darunter waren alle bolschewistischen Vertreter in der Kominternexekutive der Anfangsjahre: Bucharin, Radek, Trotzki und Sinowjew - Lenin war die einzige Ausnahme.

Die gesamte Führung der polnischen Kommunistischen Partei, die in die UdSSR geflüchtet oder in manchen Fällen dorthin beordert worden war, starb in der großen Säuberung der 30er Jahre. Warski, Walecki und Wera Kostryewa, vom rechten Flügel der Partei, Domsy und Unslicht, vom linken Flügel, und sogar der Stalinist Lenski, der seit 1929 Generalsekretär gewesen war - alle wurden liquidiert. Die einzigen prominenten Parteimitglieder, die überlebten, waren jene, die das Glück hatten, in dieser Zeit langjährige Strafen in polnischen Gefängnissen abzusitzen. Gomulka war einer unter ihnen. Die polnische Partei selbst wurde von Stalins Agenten 1938 aufgelöst.

Den deutschen Kommunisten widerfuhr ähnliches. Wilhelm Pieck, ein Gründungsmitglied der KPD, wurde als Gallionsfigur beibehalten. Die anderen prominenten KPD-Führer, die Schutz in der UdSSR gesucht hatten, wurden ermordet. Darunter waren Hugo Eberlein, der einzige deutsche Delegierte auf dem Kominternkongreß von 1919 und langjähriges Mitglied der Kominternexekutive. Von den drei, die die KPD während ihrer berüchtigten "Dritten Periode" geführt hatten, wurden Neumann und Remmele in der UdSSR ermordet; Thälmann starb in einem Konzentrationslager der Nazis.

Die meisten Führer der osteuropäischen Parteien, die sich in der UdSSR aufhielten, wurden ebenfalls verhaftet und erschossen oder von Stalin zum Sterben in die Konzentrationslager geschickt. Tito, der spätere Führer Jugoslawiens, bezeugte lange später: *»Eine ähnliche Erfahrung hatte ich 1938 in Moskau gemacht, als wir darüber sprachen, ob unsere Kommunistische Partei aufgelöst werden sollte oder nicht. Alle jugoslawischen Führer, die damals in der Sowjetunion waren, hatte man verhaftet, nur ich war noch übrig...«*²⁵⁶

Ähnlich erging es den meisten Ungarn, darunter auch Bela Kun, den Finnen, darunter Manner, der Führer der kurzlebigen Finnischen Sozialistischen Republik von 1918 und dann Mitglied der Kominternexekutive, den Letten, darunter Berzin, der in Zimmerwald gewesen war und die Erklärung der Zimmerwalder Linken unterzeichnet hatte. Sie alle verschwanden. Von den größeren illegalen Parteien entkamen nur die Italiener, deren Führer nach Mussolinis Machtergreifung zumeist im Exil in Frankreich lebten, und die Chinesen, die inzwischen ein eigenes Territorium in einem Teil Chinas kontrollierten. Für alle anderen bedeutete die Flucht in das "sozialistische Vaterland", um repressiven Regimes in ihren eigenen Ländern zu entkommen, den Tod.

Stalin, als der führende Vertreter der neuen herrschenden Klasse in Rußland, nahm die Aufgabe auf sich, die revolutionäre marxistische Tradition nicht nur politisch, sondern auch physisch zu zerstören.

²⁵⁶ Dedijer, "Tito", Ullstein A.G., Berlin 1953, Seite 373

8. Das Erbe der Komintern

Die Komintern war 1919 als eine konsequent internationalistische Organisation, als Erbe der Zimmerwalder Linken gegründet worden, und war jeder herrschenden Klasse und allen »zersetzenden Beimischungen von Opportunismus und Sozialpatriotismus« innerhalb der Arbeiterbewegung feindlich gesonnen.

Als sie 1943 aufgelöst wurde, war sie, und zwar bereits seit fast einem Jahrzehnt, ein Instrument nationalistischer Politik, das darauf abzielte, die Unterstützung der Arbeiterklasse für die verschiedenen herrschenden Klassen gegen andere herrschende Klassen zu mobilisieren. Die Komintern hatte den "Opportunismus und Sozialpatriotismus" auf neue Höhen getrieben.

1919 war die Komintern für den kompromißlosen Kampf der Arbeiterklasse eingetreten. 1943 trat sie, und das seit Jahren schon, für die systematische Klassenzusammenarbeit mit verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften ein, wobei die Interessen der Arbeiterklasse deren Interessen - entsprechend den sich verändernden Anforderungen der russischen Diplomatie - untergeordnet wurden.

Bei ihrer Gründung hatte die Komintern ihre Gegnerschaft gegen alle Imperialismen und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker verkündet. Schon lange vor 1943 war sie dazu übergegangen, den Befreiungskampf in den Kolonien und "Einflußsphären" der russischen Verbündeten abzulehnen. Als der Indische Nationalkongreß seine "Unabhängigkeit Jetzt"-Kampagnen im britisch beherrschten Indien 1942 startete, brandmarkte die Kommunistische Partei Indiens die Kongreßführer als »Verräter« und »japanische Agenten«. Die Kongreß-Führer, darunter Gandhi und Nehru, wurden durch die Briten ins Gefängnis geworfen. Die KPI-Führer unternahmen alles in ihrer Macht, um die darüber entfachte Massenagitation, Massenstreiks und Straßenkämpfe zu dämpfen, und verteidigten jede Repressionsmaßnahme der britischen Behörden. 1943 erzielten Stalin, Roosevelt und Churchill ein Übereinkommen in Teheran zur Neuaufteilung der Welt unter sich in neue Einflußsphären. Die UdSSR selbst war dem Klub der imperialistischen Mächte beigetreten.

1919 trat die Komintern unzweideutig für Arbeiterrevolution und Arbeitermacht auf der Grundlage eines Systems von Arbeiterräten ein: »Der Sieg der Arbeiterklasse liegt in der Zerstörung der Organisation der feindlichen Macht und in der Organisierung der Arbeitermacht; er besteht in der Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats und im Aufbau des Arbeiterstaatsapparats«, erklärte die Plattform von 1919. All dies wurde auf dem Kongreß von 1935 ausdrücklich aufgegeben und nie wiederbelebt. Trotzki nannte ihn »den Auflösungskongreß der Komintern«. Die Kominternparteien überhäufte Stalins brutale, despotische Diktatur über die Arbeiterklasse in der UdSSR mit unverfrorenem Lob. Die Komintern war ganz einfach zu einem Instrument der Klassenherrschaft der russischen Bürokratie geworden.

Das Rad hatte sich um hundertachtzig Grad gedreht. Die Komintern war zu einer

Position gekommen, wo sie alles ablehnte, was sie ursprünglich erkämpfen wollte. Es handelte sich hier nicht um bloße taktische Veränderungen, um eine Anpassung an veränderte Bedingungen - obwohl man natürlich ständig zu diesem Argument griff, um jeden neuen Verrat zu rechtfertigen. Der Internationalismus, die Arbeitermacht, der Antiimperialismus - das sind keine Taktiken, sondern Prinzipien und notwendige Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um den Sozialismus. Es war gerade, weil die sozialdemokratischen Parteien diese Prinzipien aufgegeben hatten, daß die Komintern überhaupt gegründet wurde.

Angesichts dieses Endresultats hinterfragen natürlich viele Menschen die Gültigkeit der Tradition der frühen Komintern: Enthielt sie nicht schon von Anfang an irgendeinen Makel, Fehler oder Verzerrung, die ihre Verwandlung in ein Instrument der stalinistischen Außenpolitik bewirkte oder zumindest erleichterte?

Der alte, bis 1902 zurückreichende Mythos von der "Ersünde" des Bolschewismus, von der monolithischen, einem einzigen Willen von oben gehorchenden Partei, hält einer kritischen Betrachtung nicht stand - was allerdings das breite Spektrum der Gegner des Sozialismus natürlich nicht davon abhält, ihn als eine unstrittige Wahrheit hinzustellen. In Wirklichkeit zeigt eine auch nur flüchtige Bekanntschaft mit ihrer Geschichte, daß die bolschewistische Organisation alles andere als monolithisch war. Sie war von scharfen internen Konflikten gekennzeichnet, die durch Argumente, manchmal auch öffentliche, und durch Abstimmungen auf Kongressen gelöst wurden. Nicht nur einmal fand sich Lenin, der angebliche "Diktator", in der Minderheit wieder. Darüberhinaus änderte er seine eigenen Ansichten über die Frage der Parteiorganisation immer wieder, um den Bedingungen, unter denen die Partei arbeitete, gerecht zu werden.²⁵⁷

Ein ernstzunehmenderes Argument ist das, wonach die Komintern den Parteien außerhalb Rußlands ungeeignete, den russischen Bedingungen entsprungene Organisationsformen aufgezwungen habe, was eine Hauptursache für ihre schließliche Entartung gewesen sei. Wie wir gesehen haben, war auch Lenin 1922 besorgt wegen der Tendenz, die russische Erfahrung mechanisch zu übertragen.

Die meisten Kritiker orten jedoch die behauptete Entartung zu einem früheren Zeitpunkt als 1922. Für sie liegt die Wurzel des Übels in den "21 Bedingungen" von 1920. Claudin zum Beispiel, ein ehemaliger Führer der spanischen Kommunistischen Partei, beschreibt die 21 Bedingungen als ein Paradebeispiel

»für Sektierertum und bürokratische Methoden in der Arbeiterbewegung... [sie] bedeuteten praktisch, daß die Kommunisten die Spaltung der Arbeiterbewegung organisierten und weiter, daß sie es mechanisch taten und nicht über einen politischen und ideologischen Prozeß, der es den Arbeitern gestattet hätte, sich von deren Notwendigkeit zu überzeugen... Eine große Anzahl von Sozialisten und Gewerkschaftlern, die der K1 anzugehören wünschten, weil sie mit der russischen Revolution sympathisierten und im allgemeinen die revolutionären Ziele der neuen Internationale teilten, fochten nichtsdestoweniger Teilaspekte an, speziell solche, die die Strukturen und Funktionsprinzipien betrafen.«²⁵⁸

Laßt uns diese Einwände ernsthaft prüfen. *»Eine Spaltung in der Arbeiterbewegung organisieren«?* Die größte Spaltung in der Arbeiterbewegung hat doch im August 1914,

²⁵⁷ siehe Tony Cliff "Lenin" (London 1975/76), wo dies insbesondere im Band 1 und 2 demonstriert wird.

²⁵⁸ Claudin, "Die Krise der Kommunistischen Bewegung", Verlag Olle & Wolter, Berlin 1977, Band 1, S. 116f.

fast fünf Jahre vor der Gründung der Komintern, stattgefunden, als die größten sozialdemokratischen Parteien die internationalistische Position, für die sie auf den Stuttgarter und Baseler Kongressen der Zweiten Internationale gestimmt hatten, verleugneten und "ihre eigenen" Regierungen im Gemetzel des Ersten Weltkriegs unterstützten. Waren Liebknecht, Luxemburg, Connolly, Maclean, Lenin, Trotzki, Debs und die anderen "Sektierer", als sie sich weigerten, den Krieg zu unterstützen? War Liebknecht ein Sektierer, als er erklärte: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«? War Connolly ein Sektierer, als er erklärte: »Weder König noch Kaiser«? War Lenin ein Sektierer, als er 1914 schrieb: »... die zwischen dem Opportunismus und der revolutionären Sozialdemokratie hin und her schwankenden Elemente die den Zusammenbruch der II Internationale zu verschweigen oder mit diplomatischen Phrasen zu bemänteln suchen, [erweisen] dem Proletariat den allerschlimmsten Dienst«?²⁵⁹

Die Internationale ist 1914 zusammengebrochen. Die Spaltung ist auf diesen Zusammenbruch gefolgt. Beidesmal trug die sozialdemokratische Rechte die volle Verantwortung. Die Spaltung wurde weiter durch die offen konterrevolutionären Aktionen der SPD-Führer in Deutschland 1918 vertieft.

Dies war die entscheidende Spaltung, die zentrale Entzweiung, aus der heraus die anderen folgten.

Wogegen sich Claudin und seinesgleichen wenden, ist die später, 1920 erfolgte Spaltung mit den Zentristen. Politisch gesehen hatte sie bereits 1916 in Kienthal stattgefunden, aber 1920 verzeichneten einige der zentristischen Parteien "einen Zustrom von revolutionären Arbeitern". Sie mußten gewonnen werden, und um sie zu gewinnen, war eine Trennung von den schwankenden, halbherzigen und oft genug verräterischen zentristischen Führern unverzichtbar. Daher die 21 Bedingungen. Insbesondere mußte es zu einem Bruch mit MacDonald, Karl Kautsky, Leon Blum und anderen Führern kommen, die bereitwillig die Rhetorik des revolutionären Sozialismus in den Mund nahmen, aber keine Taten folgen ließen. Sonst hätte die Bewegung Gefahr gelaufen, eine Wiederholung des August 1914 zu erleben.

Vielleicht hatten die 21 aber unerwünschte Nebeneffekte? Wir brauchen die Bedingungen hier nicht zu idealisieren. Sie wurden ziemlich hastig zusammengestellt - noch am Vorabend des Kongresses waren es neunzehn gewesen, zwei wurden im letzten Augenblick hinzugefügt - und sie waren ein ziemlich stumpfes Instrument. Aber sie erfüllten ihren Hauptzweck.

Nicht alle zentristischen Führer konnten ausgeschlossen werden, wie wir bereits gesehen haben, aber die schlimmsten Schufte wurden es. Dieses »Nichtübereinstimmen in einigen Punkten«, von dem Claudin redet, war in Wirklichkeit ein Auseinanderklaffen in Grundfragen. Und was den »politischen und ideologischen Prozeß« anbelangt, was waren die Debatten in Halle und Tours denn sonst? Die Komintern besaß damals überhaupt keine "bürokratischen" Mittel in Zentral- und Westeuropa, im Gegensatz zu den Zentristen und Sozialdemokraten. Und die 21 Bedingungen fanden eh in keiner der Kommunistischen Parteien volle Anwendung - oft aus falschen Gründen, manchmal aus guten Gründen. Claudins Argument läuft ins Leere.

Was hier in Wirklichkeit zur Debatte steht, ist die »Vorherrschaft Moskaus«, nicht die

²⁵⁹ Lenin, GW, Band 21, Seite 17

Bedingungen als solche. Es ist ein reales Problem. Der Niedergang der russischen Revolution und dann die stalinistische Konterrevolution, die darauf folgte, zerstörten tatsächlich die Komintern. Das ist unbestreitbar. Das Schicksal der Revolution und das der Internationale waren notwendigerweise miteinander gekoppelt. Das haben wir aufgezeigt. Jeder Plan für eine von Sowjetrußland - denn 1920 war Rußland noch ein Sowjetstaat - getrennte Internationale war eine vollkommen utopische Vorstellung.

Dabei muß nochmals festgehalten werden, daß die Ratschläge der Kominternexekutive in den Anfangsjahren denen der verschiedenen "anti-Moskau"- und "autonomen" Fraktionen in den verschiedenen Parteien haushoch überlegen waren. Schauen wir uns die Belege an. Hatte "Moskau" unrecht in seiner Einschätzung der französischen, deutschen und norwegischen zentristischen Führer? War es ein Fehler, einen harten Kampf gegen die Sektierer, sowohl gegen jene der passiven propagandistischen Sorte wie zum Beispiel Pannekoek und Wynkoop, als auch gegen jene der abenteuerlichen Sorte wie zum Beispiel Bela Kun, Fischer und Thalheimer, zu führen? Natürlich nicht. War es im Jahr 1921 ein Fehler zu argumentieren, daß die revolutionäre Welle vorbei war, daß ein Rückzug notwendig war, und daß die Einheitsfronttaktik jetzt eine zentrale Rolle spielen mußte? Natürlich nicht.

Man kann natürlich auf Fehler hinweisen. Die Abspaltung von den italienischen Zentristen hätte sicherlich besser gehandhabt werden können. Die Perspektive der Roten Gewerkschaftsinternationale war verfehlt, und spätestens 1921 hätte man dies anerkennen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen müssen. Aber in den wichtigsten Fragen, in der Hauptstoßrichtung ihrer politischen Linie, hatte die Kominternführung recht, und alle ihre Gegner hatten auf ihre verschiedenen Arten und Weisen unrecht. Gerade deswegen ist das Erbe der ersten vier Kongresse, was Prinzipien, Strategie und Taktiken anbelangt, für revolutionäre Sozialisten heute so unverzichtbar.

Es wäre natürlich falsch, die Kominternentscheidungen in mechanischer Weise und ohne Rücksicht auf die Bedingungen buchstabengetreu anzuwenden. Wenn zum Beispiel eine genaue Untersuchung des Klassenkräfteverhältnisses, des Zustandes der Arbeiterorganisationen und der Stärke der reformistischen Parteien zeigt, daß eine Einheitsfrontarbeit in Frage kommt, dann können die grundsätzlichen Leitlinien für eine solche Arbeit aus den Anfangsjahren der Komintern gewonnen werden. Es ist genauso unerlässlich heute, wie es auch damals war, daß sich jede Einheitsfront viel mehr um Vereinbarungen zur Einheit in einer konkreten Aktion als in der Propaganda dreht; daß das Bestehen einer unabhängigen revolutionären Partei mit einer klaren politischen Linie eine Vorbedingung ist; daß das Streben nach Einheit nicht die Vertuschung von Differenzen in zentralen Fragen bedeuten kann. Das alles wissen wir nicht nur aus den revolutionären Erfahrungen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, die in den ersten vier Kongressen der Komintern ihren konzentrierten Ausdruck finden, sondern auch aus den Katastrophen, die auf die Volksfronten der 30er Jahre folgten, als diese Prinzipien nicht angewandt wurden.

1923 war der Wendepunkt. Es fanden statt die Niederlage des Deutschen Oktobers, das beginnende Erwachen der russischen Bürokratie zum Selbstbewußtsein, die Entstehung der Linken Opposition und die gewalttätige bürokratische Reaktion darauf.

Bis zum ausgehenden Jahr 1923 war die Komintern trotz aller unvermeidlichen Schwächen und Fehler eine echte Arbeiterinternationale. Im Mittelpunkt stand immer noch der

Kampf der Arbeiterklasse. Die begangenen Fehler waren, wie wir gesehen haben, viel mehr das Ergebnis von politischer Unreife und einer Fehleinschätzung des Klassenkräfteverhältnisses als von irgendeiner Verschiebung dieses Klassenstandpunktes. Aber mit dem Aufstieg der Bürokratie und der Entstehung der Lehre vom "Sozialismus in einem Lande" begann sich der Klassenstandpunkt zu verändern. In China 1925 setzte die Komintern ihre Hoffnungen auf eine revolutionäre Veränderung in die Kuomintang, eine Organisation der Bourgeoisie, und nicht allein in die Arbeiterorganisationen.

In der Periode von 1924 bis 1928 wurde die Komintern zu einer "zentristischen" Organisation - Trotzki zimmerte den Ausdruck "bürokratischen Zentrismus", um ihre Politik zu beschreiben -, obwohl sie noch etwas von ihrer Tradition der Revolutionsjahre, wenn auch mit zunehmenden Verzerrungen und Entartungen, in sich trug. Nach 1928 wurden die letzten Überreste davon nach und nach getilgt, genauso wie die letzten Überreste der Arbeitermacht in Rußland getilgt wurden.

Weder der eine noch der andere Ausgang waren unvermeidlich. Wenn die deutsche Arbeiterklasse 1923 in der Lage gewesen wäre, die Macht zu ergreifen, dann hätte sich die Zukunft Europas, der UdSSR und der Welt ganz anders gestaltet. Jene »Welle, die, wenn man auf sie im Augenblick der aufsteigenden Flut aufspringt, zum Erfolg führt«, wurde verpaßt, so daß sich eine neue Klassenherrschaft in der UdSSR etablieren konnte, die der Arbeiterklasse alle Übel des Stalinismus auferlegte und im Gegenzug dazu die Sozialdemokratie stärkte.

Was heute noch Gültigkeit besitzt, ist die Kritik an der Kominternpolitik in Großbritannien, China, Deutschland und anderswo, die von der Linken Opposition formuliert wurde. Diese Kritik, die von Trotzki nach seiner Verbannung aus Rußland 1929 weiterentwickelt wurde, liegt der Herangehensweise des vorliegenden Buches zugrunde. Sie ist eine Fortführung der authentischen kommunistischen Tradition.

1929 schrieb Trotzki: »Der historische Faden zerreißt oft. Dann muß man einen neuen Knoten binden. Das eben taten wir in Zimmerwald.«²⁶⁰ Das ist es auch, was er mit der "Internationalen Linken Opposition" und, nach 1938, mit der Vierten Internationale zu tun versuchte. Aber, obwohl diese Tradition tatsächlich in lebendiger Weise fortgeführt wurde, wurde sie es im Rahmen einer Organisation, deren Basis in der Arbeiterklasse winzig war und die in einer Zeit arbeitete, als es nur wenige erfolgreiche Massenarbeiterkämpfe gab, aus denen man hätte lernen und auf denen man hätte aufbauen können.

Jene, die in dieser Tradition standen, wurden einer von Trotzki nicht vorhergesehenen Prüfung unterzogen. Denn nach 1944 erlebte der Stalinismus eine massive Expansion - auf der Grundlage militärischer Eroberungen und Vereinbarungen mit den herrschenden Klassen des Westens. Es gab in Wirklichkeit drei getrennte, aber miteinander verknüpfte Entwicklungen. Erstens wurde der größte Teil Osteuropas durch die Armeen der UdSSR erobert und im Zuge der Aufteilung Zentraleuropas in ihre "Einflußsphäre" eingegliedert. 1947-48 wurden diese Länder dann von oben nach unten in mehr oder minder getreue Abbilder des stalinistischen Rußlands verwandelt. Zweitens verfolgten die Kommunistischen Parteien im Westen bis zum Ausbruch des Kalten Krieges 1947 eine Politik der Klassenzusammenarbeit, die, wenn das überhaupt möglich ist, rechts von der Politik der Volksfrontperiode stand. Sie verzeichneten einen massiven Zuwachs und waren in den Regierungen von Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und einer Anzahl anderer

²⁶⁰ Trotzki, "Mein Leben", Seite 219

Länder vertreten, darunter auch Batistas Kuba. - Drittens entstanden 1944 in Albanien und Jugoslawien, 1948-49 in China und später in Kuba und Vietnam durch militärische Mittel, durch den Sieg von Bauernarmeen unter der Führung von Intellektuellen²⁶¹ über die schwachen einheimischen bürgerlichen Regimes - die eigentlich bloß Marionetten fremder Mächte waren - Regimes, die im Grunde genommen ähnlich waren, wie das der UdSSR.

Diese drei Prozesse wurden von den Gruppen, die die "Vierte Internationale" bildeten, nicht klar erkannt. Ein Faktor, der zu dieser Desorientiertheit beitrug, war Trotzki's eigene Weigerung, zu akzeptieren, daß eine Konterrevolution in Rußland stattgefunden hatte, und sein Beharren darauf, daß Rußland nach wie vor eine Form von Arbeiterstaat war, egal wie entstellt. Das führte dazu, daß während des Kalten Kriegs, als der Stalinismus die Auffassung von einer in zwei feindliche Lager, das des Sozialismus gegen den Imperialismus, geteilten Welt propagierte, die Gruppen der Vierten Internationale zu einer ähnlichen Weltauffassung von Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus gelangten. Das führte die meisten unter ihnen zu einer Position der "kritischen Unterstützung" für den Stalinismus, und, da es nun den Anschein hatte, daß ein "Arbeiterstaat" mit anderen Mitteln als denen der Arbeiterrevolution geschaffen werden konnte, darüberhinaus (in verschiedenem Ausmaß) zu der Übernahme von politischen Ideen, die nach einem anderen Träger für die Herbeiführung des Sozialismus als der Arbeiterklasse Ausschau hielten. So kam es dazu, daß sie einen großen Teil des Kerns der kommunistischen Tradition über Bord warfen, jener Tradition der revolutionären Komintern, für die Trotzki selbst eingetreten und gestorben war.

Denn diese Tradition nimmt als ihren Ausgangspunkt den Sozialismus als die Selbstemanzipation der Arbeiterklasse. Ihre unverzichtbaren Bestandteile sind der kompromißlose Internationalismus, die bedingungslose Unterstützung für Arbeiterkämpfe gegen jede herrschende Klasse, das Ziel eines Arbeiterstaates auf der Grundlage von Arbeiterräten als Träger des sozialistischen Übergangs, eine unzweideutige Ablehnung von allen Vorstellungen, wonach irgendeine andere Klasse oder Klassenbündnis oder politische Gruppierung oder Partei den Sozialismus stellvertretend für die Arbeiterklasse herbeiführen kann.

Aus dem Ringen heraus, diese Tradition im Verlauf von Arbeiterkämpfen anzuwenden und weiterzuentwickeln, wird eine neue Internationale geboren werden. Es wird notwendig sein, "auf dem Boden der ersten vier Kongresse" der Komintern zu stehen. Die Bedingungen der 80er Jahre sind weitaus günstiger für die Wiedergeburt einer internationalen Arbeiterbewegung, als sie es seit vielen Jahren gewesen sind.

Die stalinistische Bewegung befindet sich weltweit in einem fortgeschrittenen Stadium des Verfalls. Die stalinistischen Staaten selbst sind durch interne Klassenkämpfe geplagt - die Ereignisse um Solidarnosc 1980-81 in Polen waren nur das spektakulärste Beispiel. Ihre Beziehungen untereinander sind oft so gespannt, daß die Konflikte nur mit Mühe und Not überdeckt werden können, oder gar ans offene Tageslicht gelangen und in militärische Zusammenstöße - wie z.B. zwischen Rußland und China in den 60er Jahren oder zwischen China und Vietnam 1982 - oder sogar in Einmärsche und Eroberungen - wie im Falle Vietnams und Kambodscha ausarten. Der Mythos vom "sozialistischen Lager" ist wahrlich zerrüttet, und die ideologischen Konsequenzen daraus tiefgehend.

²⁶¹ siehe Ian Birchall, "Arbeiterbewegung und Parteiherrschaft - Zur Geschichte des internationalen Kommunismus seit 1943" Focus-Verlag, Gießen, Seite 197

Die Kommunistischen Parteien in anderen Teilen der Welt, darunter auch die bedeutende japanische Kommunistische Partei, befinden sich im Abschwung, und es wird sowieso immer schwieriger, sie von ihren sozialdemokratischen Rivalen zu unterscheiden.

Die sozialdemokratischen Organisationen, von der wieder ausgebrochenen kapitalistischen Krise eingeholt, stehen vor zunehmenden Schwierigkeiten. Die sozialdemokratischen Regierungen der 80er Jahre in Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland stellen bloß ihre Unfähigkeit unter Beweis, die ökonomische Krise zu lösen oder sie überhaupt zu lindern.

Diese Krise, von der auch die stalinistischen Staaten in verschiedenem Ausmaß betroffen sind, wird im Lauf der Zeit den Klassenkampf verschärfen, egal wie deprimierend ihre kurzfristigen Auswirkungen sein mögen, das Produktionspotential der Weltwirtschaft ist unvergleichlich größer, als es je gewesen ist. Die Weltarbeiterklasse ist größer als je zuvor. Die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, sind natürlich immens. Aber sie sind lösbar. Die Arbeiterrevolution und die Arbeitermacht sind keine Utopien. Sie sind der einzige Weg vorwärts für die Menschheit.

